Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft - Probleme, Chancen, Gefahren

Von

Michael Bohnet, Jürgen B. Donges,
Hans-Jürgen Harborth, Willy Kraus, Karl Wolfgang Menck,
Hermann Sautter, Christian Uhlig, Horst Wiesebach

Herausgegeben von Winfried von Urff

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 90

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 90

Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft - Probleme, Chancen, Gefahren

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft - Probleme, Chancen, Gefahren

Von

Michael Bohnet, Jürgen B. Donges,
Hans-Jürgen Harborth, Willy Kraus, Karl Wolfgang Menck,
Hermann Sautter, Christian Uhlig, Horst Wiesebach

Herausgegeben von Winfried von Urff

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft : Probleme, Chancen, Gefahren / von Michael Bohnet ... Hrsg. von Winfried von Urff. — 1. Aufl. — Berlin : Duncker und Humblot, 1976.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften : N. F. ; Bd. 90)

ISBN 3-428-03721-9

NE : Bohnet, Michael [Mitarb.] ; Urff, Winfried von [Hrsg.]

Alle Rechte vorbehalten
© 1976 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1976 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany

ISBN 3 428 03721 9

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort

Der folgende Band enthält die Referate der Jahrestagung 1975 des Auschusses Entwicklungsländer der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik), die am 28./29. 11. 1975 in Frankfurt stattfand. Entsprechend dem Gesamtthema der Tagung „Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft — Probleme, Chancen, Gefahren" wurde zunächst der Frage nachgegangen, ob für die Entwicklungsländer eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft überhaupt erstrebenswert sei. Durch die Verwendung des Begriffes „Integration" mit seinem positiv wertenden Gehalt wird dies bereits implizit vorausgesetzt, während aus der Sicht vieler Entwicklungsländer eine solche Integration als weitere Akzentuierung einer „Entwicklung der Unterentwicklung" interpretiert wird.

Die damit angesprochenen Thesen der Dependenztheorie wurden von *Sautter* in einem einleitenden Referat analysiert, mit dem Ergebnis, daß nur ein Teil dieser Thesen, und auch diese nur in relativierter Form, Anspruch auf Gültigkeit erheben können. In einigen Fällen spricht vieles dafür, daß die positiven Effekte des internationalen Handels oder von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern die von der Dependenztheorie in den Vordergrund gestellten negativen Effekte überwiegen, in anderen Fällen entziehen sich die von der Dependenztheorie aufgestellten Thesen einer empirischen Verifizierung.

Am Beispiel der Franc-Zone ging *Uhlig* der Frage nach, inwieweit eine monetäre Integration zwischen Entwicklungsländern unter Beteiligung des ehemaligen Mutterlandes Vorteile oder Gefahren mit sich bringt. Nach der Dependenzschule hätte man erwarten müssen, daß bei der noch nicht völlig vollzogenen internen Integration dieser Länder ein solcher Zusammenschluß überwiegend zu negativen Konsequenzen führt. Auch hier ließ sich ein eindeutiges Überwiegen der Nachteile über die Vorteile der Integration nicht nachweisen.

In einem weitgehend theoretischen Referat wurden von *Harborth* die Anforderungen an eine revidierte Integrationstheorie für Entwicklungsländer untersucht. Ausgehend von der traditionellen Integrationstheorie von Viner, Meade, Lipsey u. a. wurde zunächst die Kritik von Balassa und Linder an der Relevanz dieser Theorie für die Entwicklungsländer nachvollzogen, die darauf hinausläuft, daß es — im Gegensatz etwa zum

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachkriegseuropa — für die Entwicklungsländer nicht auf die bestmögliche Allokation der vorhandenen Ressourcen sondern auf die Entwicklung eben dieser Ressourcen selbst ankommt. Da regional begrenzte Integrationsgebilde hierzu nur einen begrenzten Beitrag leisten können, wird letztlich die Erarbeitung eines Leitbildes für eine voll integrierte Weltwirtschaft gefordert, eine Forderung, die, wie das Referat zeigt, sich nur schwer operationalisieren und sicher noch schwerer erfüllen läßt.

Als Beispiel für eine weitgehend autozentrierte Entwicklung wurde von *Kraus* die Entwicklung in der Volksrepublik China vorgetragen. Dabei wurden vor dem Hintergrund der insgesamt eindrucksvollen Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, der räumlichen Verteilung sowie der Diversifizierung der chinesischen Wirtschaft die einzelnen Phasen mit ihren unterschiedlichen Strategien herausgearbeitet. Als besonderes Merkmal wurde aufgezeigt, daß in der Volksrepublik China eine Kombination von zentralen, lokalen und einzelwirtschaftlichen Planungsaktivitäten gefunden wurde, die anscheinend befriedigend funktioniert, ohne daß es aufgrund der zugänglichen Informationen möglich ist, das Zusammenspiel im einzelnen aufzuzeigen. Die die Teilnehmer der Tagung brennend interessierende Frage nach einer Übertragbarkeit des chinesischen Modells wurde vom Referenten skeptisch beurteilt.

Der letzte Teil der Tagung war aktuellen Problemen der Weltwirtschaft und ihrer Auswirkung auf die Entwicklungsländer gewidmet. Er wurde eingeleitet durch eine Untersuchung von *Bohnet* über die Auswirkungen der Energieverteuerung auf die Gruppe der „Most Seriously Affected Countries". Anhand eines ausführlichen statistischen Materials wurden die Realeinkommensverluste dieser Länder herausgearbeitet, die in vielen Fällen so groß waren, daß sie nicht durch einen geringeren Konsum aufgefangen werden konnten, sondern sich auch in verminderten Investitionen niederschlugen und damit auf längere Sicht das Wachstum der betreffenden Länder beeinträchtigten.

Mit den an die Adresse der Industriestaaten und der Gewinner aus der Erdölverteuerung gerichteten Aufforderungen der Vereinten Nationen zur Unterstützung der MSA-Länder setzte sich *Menck* in einem Korreferat auseinander. Trotz des umfangreichen Kataloges der bereits laufenden und der darüber hinaus geforderten Maßnahmen blieben Zweifel an der Angemessenheit der Hilfe, gemessen am Umfang des Problems.

Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung wurden von *Donges* einer kritischen Analyse unterzogen. Haupttenor dieses Referates war ein Plädoyer für eine Ablehnung dirigistischer Eingriffe und eine entschiedene Hinwendung zu markt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaftlichen Prinzipien, wobei die Chance für die Entwicklungsländer in der konsequenten Überleitung des Systems komplementärer Arbeitsteilung in eines substitutiver Arbeitsteilung gesehen wurde. Für die Industrieländer bedeutet dies eine Abkehr von jeder Art Protektionismus und die bewußte Hinnahme struktureller Anpassungen.

Inwieweit die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland den Forderungen der Entwicklungsländer Rechnung trägt, wurde von *Wiesebach* in einem abschließenden Referat untersucht. In diesem Beitrag wurde die grundsätzliche Position der Bundesregierung deutlich, die die zunehmende Bedeutung der Handels- und Währungspolitik für die Entwicklungsländer durchaus anerkennt, in der Gesamtheit der von diesen geforderten Maßnahmen jedoch kein geeignetes Mittel zur Lösung der anstehenden Probleme sieht. Ausführlich wurden die Gegenvorschläge der Bundesregierung, wie etwa ein modifiziertes System der Exporterlösstabilisierung, dargestellt.

Die in dem Generalthema gestellte Frage, ob bei einer stärkeren Integration in die durch Instabilität gekennzeichnete Weltwirtschaft Chancen oder Gefahren für die Entwicklungsländer überwiegen, konnte die Tagung — wie zu erwarten war — nicht eindeutig beantworten. Allgemein überwog die Auffassung, daß von der Dependenzschule die negativen Aspekte der „weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung" überbetont werden (was eine grundsätzliche Anerkennung eines Teils der Kritik keineswegs ausschließt). An der allgemeinen Übertragbarkeit der von der Volksrepublik China mit Erfolg praktizierten Entwicklung aus eigener Kraft wurden ernstzunehmende Zweifel geäußert. Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer weltweiten Umverteilung durch direkte Eingriffe dürfte politisch kaum durchsetzbar sein, ganz abgesehen davon, daß es als zweifelhaft angesehen werden muß, ob auf diese Weise überhaupt eine dauerhafte Besserstellung der Entwicklungsländer erreicht werden kann. Andererseits sind jedoch auch Zweifel an der auf stärkere Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft abzielenden „marktwirtschaftlichen Lösung" angebracht. Abgesehen von der politischen Durchsetzbarkeit der damit für die Industrieländer verbundenen Strukturanpassung, fragt es sich, ob die von einigen Entwicklungsländern, vor allem Ostasiens und Lateinamerikas, mit Erfolg vollzogene Hinwendung zu einer substitutiven Arbeitsteilung von der Mehrzahl der Entwicklungsländer nachvollzogen werden kann. Auf jeden Fall verstärkt sich der Eindruck, daß das, was den Entwicklungsländern auf dem Gebiet der Entwicklungs-, Handels- und Währungspolitik angeboten wird, für eine grundsätzliche Wende zum Besseren nicht ausreicht, zumindest nicht für die Länder, die die Leidtragenden der Erdölverteuerung und der dadurch ausgelösten Effekte sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es muß somit als wahrscheinlich angesehen werden, daß sich das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd noch weiter verschärft. Lösungen, durch die eine solche Entwicklung mit Sicherheit verhindert werden kann, konnten auf der Tagung nicht angeboten werden. Wenn sie einen Beitrag leisten konnte, so war es der, die unterschiedlichen Aspekte des Problems aufzuzeigen und die verschiedenen Lösungsansätze kritisch zu analysieren. Der Herausgeber hofft, daß mit der Veröffentlichung der Tagungsbeiträge nicht nur einem Informationsbedürfnis entsprochen wird, sondern daß davon Anstöße für eine weitere kritische Auseinandersetzung mit vorhandenen und die Suche nach neuen Lösungsansätzen ausgehen.

Heidelberg im Juli 1976

Winfried von Urff

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Integration in internationale Güter- und Faktorströme — ein Instrument zur Überwindung oder Verstärkung der Unterentwicklung?

Von *Hermann Sautter*, Göttingen 11

Möglichkeiten und Gefahren einer monetären Integration — Das Beispiel der Franc-Zone

Von *Christian Uhlig*, Bochum 41

Anforderungen an eine revidierte Integrationstheorie für Entwicklungsländer

Von *Hans-Jürgen Harborth*, Aachen 65

Entwicklungsstrategien der Volksrepublik China — Lehren für die Entwicklungsländer

Von *Willy Kraus*, Bochum 89

Die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf die MSA-Länder („most seriously affected countries")

Von *Michael Bohnet*, München 121

Korreferat zu dem Vortrag:

Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf die Most Seriously Affected Countries (M. Bohnet)

Von *Karl Wolfgang Menck*, Hamburg 147

Probleme einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Von *Jürgen B. Donges*, Kiel 185

Entwicklungspolitik und Neue Weltwirtschaftsordnung

Von *Horst Wiesebach*, Bonn 211

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Integration in internationale Güter- und Faktorströme — ein Instrument zur Überwindung oder Verstärkung der Unterentwicklung? *

Von *Hermann Sautter*, Göttingen

I. Problemstellung

1. Die Diskussion über die Konsequenzen außenwirtschaftlicher Beziehungen für die Entwicklungsprozesse eines Landes ist in den letzten Jahren durch die Kritik der neo-marxistischen Dependenz-Theoretiker neu belebt worden. Die Ansicht dieser Theoretiker läßt sich in der Behauptung zusammenfassen, die Eingliederung der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung habe nicht entwicklungsfördernd, sondern entwicklungshemmend gewirkt. Die Anhänger der Dependenz-Schule sehen sich damit selbst in einem deutlichen Gegensatz zu der von ihnen als „bürgerlich" apostrophierten Außenhandels- und Entwicklungstheorie. Eine genauere Prüfung der Dependenz-Literatur läßt erkennen, daß sich dieser Gegensatz weniger auf die Frage bezieht, ob von der außenwirtschaftlichen Verflechtung eines Landes *überhaupt* ein entwicklungsfördernder Effekt ausgehen kann, sondern mehr auf die Frage, *unter welchen Bedingungen* derartige Wirkungen eintreten können und ob diese Bedingungen *erfüllt* sind. Mit diesen beiden Problemen befassen sich die folgenden Überlegungen. Dabei werden im Abschnitt II die Bedingungen für entwicklungsfördernde Außenhandelseffekte geklärt, im Abschnitt III wird die Behauptung der Dependenz-Schule diskutiert, diese Bedingungen seien nicht erfüllt, und im Abschnitt IV sollen die aus der Diskussion der vorangegangenen Teile sich ergebenden Konsequenzen für die Außenhandels- und Entwicklungspolitik skizziert werden.

2. Zuvor sollen die wichtigsten im Thema vorkommenden Begriffe so definiert werden, daß sie auch dem Anliegen der Dependenz-Schule entsprechen. Unter „Entwicklung" bzw. „Überwindung der Unterentwicklung" soll deshalb ein Prozeß verstanden werden, der zur Erreichung des nationalen Zieles hoher Wachstumsraten des realen Pro-

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 28. 11. 1975 vor dem Ausschuß Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt/M. gehalten wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kopf-Einkommens bei möglichst gleichmäßiger Einkommensverteilung und bei Erhaltung bzw. Erreichung der „nationalen Unabhängigkeit" führt[1]. Eine Festlegung dessen, was unter „nationaler Unabhängigkeit" verstanden werden soll, ist angesichts der zahlreichen in der Dependenz-Literatur vorkommenden Definitionen dieses Begriffes schwierig. Ohne hier auf die Differenzen innerhalb der Dependenz-Schule eingehen zu wollen[2], sei „Unabhängigkeit" als der Zustand eines Landes verstanden, in dem eine Äquivalenz zwischen der Beeinflussung der sozio-ökonomischen Entwicklung durch ausländische Entscheidungsträger und der aktiven Einflußnahme auf ausländische Wirtschaftspartner besteht, so daß im Hinblick auf dieses Land von interdependenten internationalen Beziehungen im Gegensatz zu Dependenz-Beziehungen gesprochen werden kann. Mit dieser Definition wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Möglichkeit einer völlig autarken Entwicklung praktisch irrelevant ist. Unter den „internationalen Güter- und Faktorströmen" werden hier die Handelsbeziehungen und der Kapitaltransfer zwischen den westlichen Industrie- und Entwicklungsländern verstanden, deren Grundregeln im GATT und im IMF niedergelegt sind und für die das marktwirtschaftliche Prinzip als grundlegender Steuerungsmechanismus konstitutiv ist. „Integration" in die internationalen Güter- und Faktorströme soll hier einmal den Zustand eines Landes bedeuten, das sich dem Spiel internationaler Marktkräfte nicht durch nationale Eingriffe in den Außenhandel entzieht, zum anderen die Bewegung eines Landes auf diesen Zustand hin durch Beseitigung von Hindernissen, die dem freien Güter- und Kapitalverkehr im Wege stehen.

II. Außenwirtschaftliche Beziehungen als Entwicklungsfaktor

1. Der mögliche Beitrag außenwirtschaftlicher Beziehungen zur Erreichung nationaler Entwicklungsziele

3. Die Eingliederung eines Landes in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung kann auf folgende Weise zur Erreichung des nationalen *Wachstumsziels* beitragen. Ein Land kann *erstens* sein Realeinkommensniveau erhöhen, indem es sich auf die Herstellung von Gütern spezialisiert, bei denen es im internationalen Vergleich komparative Kostenvorteile be-

---

[1] Auf weitere entwicklungspolitische Ziele soll hier der Übersichtlichkeit halber nicht eingegangen werden. Zumindest ein weiteres Ziel — das der Beschäftigungssteigerung — ist teilweise im verteilungspolitischen Ziel enthalten. Vgl. dazu: *Chenery*, H. B. et al. (Eds.): Redistribution with Growth London, 1974, S. 136 f.

[2] Siehe dazu: *Sautter*, H.: Unterentwicklung und Abhängigkeit als Ergebnisse außenwirtschaftlicher Verflechtung — Zum ökonomischen Aussagewert der „Dependencia"-Theorie —, Diskussionsbeiträge des Ibero-Amerika Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen, No. 7, März 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sitzt. Dieser Vorteil einer Reallokation vorhandener Ressourcen, die sich bei Einordnung in den internationalen Wettbewerb ergibt, gilt zu jedem Zeitpunkt. Da sich aber die Ressourcenbestände aller Länder ständig verändern (beispielsweise durch das Wachstum der Bevölkerung, die Kapitalbildung, die Entdeckung natürlicher Ressourcen, die Vermehrung des technischen und organisatorischen Wissens), erfordert die sukzessive Verwirklichung einer effizienten Ressourcen-Allokation den ständigen Wandel der Produktions- und Außenhandelsstruktur. Die Bereitschaft eines Landes, sich auf die Herstellung von Gütern zu spezialisieren, bei denen es komparative Kostenvorteile besitzt, schließt also Strukturwandlungen nicht aus, sondern erfordert diese geradezu[3]. Die Außenhandelsbeziehungen können *zweitens* den Bestand der im Inland verfügbaren Ressourcen erhöhen und damit das Realeinkommenswachstum beschleunigen. Diese Wirkung tritt beispielsweise ein, wenn durch die außenwirtschaftlichen Beziehungen das technische und organisatorische Wissen der Inländer erhöht wird (z. B. durch den Erwerb von Patenten und Lizenzen, den durch ausländischen Wettbewerbsdruck induzierten technischen Fortschritt im Inland), wenn Kapitalgüter importiert werden und wenn als Folge intensiver Außenhandelsbeziehungen der Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten erleichtert wird[4]. Ein Sonderfall dynamischer Wirkungen besteht darin, daß durch die ausländische Nachfrage für bisher ungenutzte inländische Ressourcen eine produktive Verwendung entsteht.

4. Reallokation und Wachstum der Ressourcen unter dem Einfluß außenwirtschaftlicher Beziehungen können unmittelbar zur Verwirklichung des *verteilungspolitischen Ziels* beitragen. Das ist dann der Fall, wenn durch den Außenhandel die Nachfrage nach Faktorleistungen zunimmt, die von den Angehörigen der unteren Einkommensgruppen angeboten werden (z. B. unqualifizierte Arbeit). Tritt diese Wirkung nicht ein, so wird von einem Beitrag zur „Entwicklung" im oben definierten Sinne nur gesprochen werden können, wenn der durch den Außenhandel entstehende Realeinkommenszuwachs durch verteilungspolitische Maßnahmen des Inlandes so umverteilt wird, daß davon die unteren Einkommensgruppen im gewünschten Ausmaß profitieren. Die *„Unabhängigkeit"* eines in den Weltmarkt integrierten Landes wird gewahrt,

---

[3] Darauf ist im Gegensatz zu Senghaas hinzuweisen, für den das Theorem der komparativen Kostenvorteile offenbar mit Strukturwandlungen inkompatibel ist. Vgl.: *Senghaas*, D.: Multinationale Konzerne und 3. Welt, in: *Puhle*, H. J. (Hrsg.): Lateinamerika — historische Realität und Dependencia-Theorien, Hamburg, 1976.

[4] Zu den Wachstumswirkungen des Außenhandels vgl. z. B. *Corden*, W. M.: The Effects of Trade on the Rate of Growth, in: Bhagwati, J. N., et al. (Eds.): Trade, Balance of Payments and Growth, Amsterdam/London, 1971, S. 117 - 143.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenn durch die außenwirtschaftlichen Beziehungen eine gegenseitige Beeinflussung der Entwicklung aller Partnerländer zustandekommt[5].

5. In der Außenhandelsliteratur ist seit J. Stuart Mill sehr viel Mühe darauf verwandt worden, die genauen Bedingungen für das Eintreten der entwicklungsfördernden Wirkungen des Außenhandels zu klären. Die im Rahmen außenhandelstheoretischer Modelle vorgenommene Beweisführung ist dabei um so stringenter, je wirklichkeitsfremder die gemachten Annahmen sind. Für die hier gestellten Fragen sind solche Modellüberlegungen wenig hilfreich. Hier soll vielmehr nach den generellen realen Bedingungen für das Eintreten entwicklungsfördernder Wirkungen des Außenhandels gefragt werden. Dabei wird es nicht mehr möglich sein, die Vorteile des Freihandels zwingend zu beweisen. Es kann lediglich von der durch historische Erfahrungen und theoretische Erkenntnisse begründeten Vermutung gesprochen werden, daß freie außenwirtschaftliche Beziehungen die Entwicklung eines Landes fördern.

2. Allgemeine Bedingungen für das Eintreten der entwicklungsfördernden Wirkungen

a) Bedingungen internationaler Art

6. Als *1. internationale Bedingung* für das Eintreten nationaler Entwicklungseffekte wird hier die *Gegenseitigkeit von Liberalisierungsmaßnahmen in Entwicklungsländern und Industrieländern* angesehen. Im Blick auf das „Unabhängigkeitsziel" ist diese Bedingung unmittelbar einleuchtend. Alle Maßnahmen, mit denen ein Land seine außenwirtschaftlichen Beziehungen liberalisiert, machen die Wirtschaft dieses Landes anfälliger für externe Impulse wie Mengen- und Preisänderungen der auf dem Weltmarkt gehandelten Güter, internationale Kapitalströme, Änderungen der Produktionstechniken und der Konsumentenpräferenzen in anderen Ländern usw. Deshalb wird ein Land nur dann „unabhängig" im eingangs definierten Sinne bleiben können, wenn zugleich mit der Beseitigung eigener Handelshindernisse auch seine wichtigsten Handelspartner ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen liberalisieren. Die genannte Bedingung ist auch im Blick auf das

[5] Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die deutschen Nationalökonomen des 19. Jahrhunderts, die man mit einem gewissen Recht als die „Entwicklungstheoretiker" der damaligen Zeit bezeichnen könnte, sehr stark die Ausgewogenheit nationaler Machtpositionen als Voraussetzung für einen prosperierenden Außenhandel betonten. Nach Max Sering vermag ein freier Außenhandel erst dann den wirtschaftlichen Interessen der Nationen zu entsprechen, wenn sich „gleichmäßig ausgestattete und gleich starke Staaten auf der Erde gegenüberstehen" (*Sering*, M.: Agrar- und Industriestaat, in: Elster, L. (Hrsg.): Wörterbuch der Volkswirtschaft, 3. völlig umgearbeitete Auflage, Band 1, Jena, 1911, S. 48 - 54, S. 53).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsziel von Bedeutung. Der einseitige Abbau von Handelshindernissen würde nur dann das Realeinkommen eines Landes erhöhen, wenn dieses Land inmitten einer Welt völlig freien Außenhandels seine Binnenwirtschaft vom Spiel internationaler Marktkräfte isoliert gehabt hätte. In einer Welt unvollständigen Wettbewerbs, externer Effekte auf nationaler und internationaler Ebene und zahlreicher Restriktionen tarifärer und nicht-tarifärer Art ist es dagegen keineswegs sicher, ob sich das Realeinkommen eines Landes als Folge eines einseitig vorgenommenen Abbaus von Handelshindernissen erhöht[6]. Es ist durchaus möglich, daß in diesem Fall die Exporte infolge der begrenzten Auslandsnachfrage weniger stark zunehmen als die Importe und die Zahlungsbilanz nur um den Preis einer „terms of trade"-Verschlechterung und damit einer Wachstumsminderung ausgeglichen bleibt[7].

7. Als *2. internationale Bedingung* kann unter bestimmten Voraussetzungen die *Stabilisierung der Exporterlöse im Primärgüterhandel* angesehen werden. Empirische Untersuchungen lassen es zwar fraglich erscheinen, ob das Ausmaß der Instabilität ein besonderes Problem der Entwicklungsländer darstellt[8]. Die Instabilität scheint zudem primär durch interne Faktoren verursacht zu sein, so daß eine Integration in die Weltmärkte eher zur Stabilisierung als zur Instabilität beiträgt[9]. Ernsthafte Probleme verursachen instabile Exporterlöse aber dort, wo die zur Anpassung der Produktionskapazität an veränderliche Exportpreise erforderlichen Zeiträume länger sind als die Perioden gleichgerichteter Preisbewegungen auf den Weltmärkten und wo dadurch zyklische Marktbewegungen ausgelöst werden. Dies ist besonders bei einigen Agrarprodukten der Fall (z. B. Kaffee, Naturkautschuk, Kakao). Da in diesen Fällen häufig nationale Stabilisierungsbemühungen wenig erfolgreich sind, werden internationale Aktionen wie Warenabkommen, „buffer stocks", Ausgleichsfinanzierungen usw. notwendig, die die Risiken einer Exportspezialisierung verringern und eine geordnete strukturelle Anpassung an langfristige Preisänderungen erleichtern. In diesen

---

[6] Vgl.: *Meade,* J. E.: Trade and Welfare, London usw., 1955, Kapitel 31.

[7] Die Möglichkeit eines Entwicklungslandes, durch einseitige Exportrestriktionen gegenüber den Industrieländern seine Wohlfahrt zu erhöhen, stellt die genannte Bedingung nicht grundsätzlich in Frage. Nur für wenige Entwicklungsländer ist die dafür notwendige Optimalzollsituation gegeben, und selbst im Fall der Erdölexportländer ist mittel- und langfristig mit einer Schwächung des Angebotsmonopols durch Erschließung neuer Energiequellen zu rechnen. (Zur Diskussion von Importrestriktionen s. S. 18.)

[8] *Mac Bean,* A. I.: Export Instability and Economic Development, London, 1966.

[9] *Mathieson,* D., Mc. *Kinnon,* R.: Instability in Underdeveloped Countries: The Impact of the International Economy (mimeo.), Febr. 1972, zitiert nach: Díaz-Alejandro, C.: Las políticas de comercio exterior y el desarrollo económico, FEDESARROLLO, Bogotá, 1974 (mimeo.), S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fällen kann von internationalen Aktionen zur Exporterlösstabilisierung als einer Entwicklungsbedingung gesprochen werden.

8. Als *„unechte internationale Bedingung"* für das Eintreten entwicklungsfördernder Wirkungen des Außenhandels wird die Unveränderlichkeit oder die Verbesserung der „commodity terms of trade" eines Landes verstanden. Dies kann wie folgt begründet werden. *Erstens* ergibt der Hinweis auf die angebliche säkulare Verschlechterung der Austauschverhältnisse von Rohstoffen gegenüber Industriewaren kaum brauchbare Anhaltspunkte für die entwicklungspolitische Strategie eines einzelnen Landes. Die Behauptung einer langfristigen Verschlechterung der Austauschverhältnisse für Rohstoffe ist statistisch kaum gesichert, und in dem Zeitraum, für den sich sinnvolle Zeitreihen aufstellen lassen, haben sich die Austauschverhältnisse einzelner Rohstoffe gegenüber einem ausgewählten Bündel von Industrieerzeugnissen völlig unterschiedlich entwickelt. *Zweitens* muß selbst die Tatsache, daß sich die „commodity terms of trade" für die Exportprodukte eines Landes verschlechtern, keineswegs bedeuten, daß sich dieses Land von seinen nationalen Entwicklungszielen entfernt. Sofern es diesem Land gelingt, durch Produktivitätssteigerungen im Exportsektor und durch eine mengenmäßige Ausweitung der Exporte die „factoral terms of trade" bzw. die „income terms of trade" zu verbessern, ist die Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung trotz sinkender „commodity terms of trade" von Vorteil[10]. *Drittens* gehören Änderungen der Austauschverhältnisse zum normalen Erscheinungsbild wachsender Wirtschaften. Nicht diese Änderungen, sondern die unzureichenden Anpassungen daran stellen das eigentliche Problem dar. Was als „unechte internationale Bedingung" bezeichnet wurde, ist deshalb im Kern eine nationale Bedingung für das Eintreten entwicklungsfördernder Wirkungen des Außenhandels (Flexibilität der Produktionsstruktur)[11].

b) Bedingungen nationaler Art

9. Die *1. Bedingung nationaler Art* ist die *Effizienz der inländischen Allokationsmechanismen in der Verfolgung des gesamtwirtschaftlichen*

[10] Natürlich läßt sich argumentieren, daß der Außenhandel in diesem Fall bei konstanten „commodity terms of trade" noch vorteilhafter wäre. Doch dies hieße den Vergleich mit einer hypothetischen Situation anstellen, während der relevante Vergleich zwischen den tatsächlichen Situationen vor und nach einer Änderung der „commodity terms of trade" erfolgen muß. Vgl. *Meier*, G. M.: The International Economics of Development, New York usw., 1968, S. 55.

[11] Vgl. dazu *Meier*, G. M.: „... the basic difficulty would have been not the external change in prices but the failure to have had sufficient internal resource flexibility". *Meier*, G. M.: The International Economics ... a.a.O., S. 239.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Optimums. Unter den idealen Bedingungen des Wettbewerbsgleichgewichtes löst jede Datenänderung im Außenhandel eine Reallokation der Ressourcen aus, die zur jederzeitigen Verwirklichung eines gesamtwirtschaftlichen Optimums führt. Ist die Mobilität der Produktionsfaktoren begrenzt, weichen die Marktpreise der Faktoren von ihren volkswirtschaftlichen Opportunitätskosten ab, ist die Marktübersicht der Wirtschaftssubjekte eingeschränkt, stimmen infolge monopolistischer Praktiken auf den Gütermärkten die Marktpreise nicht mit den Grenzkosten überein und ergeben sich externe Effekte bei der Produktion und im Konsum, so kann die Anpassung der Produzenten und Konsumenten an die durch einen freien Außenhandel entstehenden Marktdaten zu Wohlfahrtsverlusten führen. Wohlfahrtssteigernd wirken in dieser Situation am ehesten Maßnahmen, die die Marktverzerrungen direkt korrigieren und damit die Hindernisse einer optimalen Faktorallokation beseitigen[12]. Auch unabhängig vom Bestehen außenwirtschaftlicher Beziehungen kann sich ein Land seinen nationalen Entwicklungszielen nähern, indem es durch Erhöhung der Markttransparenz, Berücksichtigung externer Effekte bei der Preisgestaltung, Korrektur von Faktor-Preis-Verzerrungen usw. den Einsatz seiner Produktionsfaktoren so effizient wie möglich gestaltet. Insofern ist hier nur eine Bedingung genannt, die das Land im Interesse seiner Entwicklung ohnehin zu verwirklichen suchen sollte.

10. Als eine *2. nationale Bedingung* soll die *Wirksamkeit allgemeiner sozio-kultureller Entwicklungskräfte angesehen werden.* Auf diese Bedingung ist u. a. deshalb hinzuweisen, weil im Gefolge von Nurkse der Außenhandel häufig als „Wachstumsmotor"[13] betrachtet wurde und dies die Tatsache übersehen ließ, daß die entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung eines Landes interner Art sind[14]. Es hängt im wesentlichen von den allgemeinen Voraussetzungen für den „take off" ab, ob der Zufluß von Kapital und technischem „know-how" aus dem Ausland oder das Importangebot von Produktionsmitteln und die Exportnachfrage nach inländischen Erzeugnissen im Inland innovatorische

---

[12] Dies ist beispielsweise gegenüber dem Manoilesco-Argument für Zölle festzuhalten. Vgl. dazu: *Meier,* G. M.: The International Economics ... a.a.O., S. 180 ff.; *Johnson,* H. G.: Optimal Trade Intervention in the Presence of Domestic Distortions, in: Baldwin, R. E. et al. (Eds.): Trade, Growth, and the Balance of Payments, Chicago/Amsterdam, 1966, S. 3 - 34, S. 9 f.

[13] *Nurkse,* R.: Balanced and Unbalanced Growth; Patterns of Trade and Development, in: Haberler, G. and Stern, R. M. (Eds.): Nurske: Equilibrium and Growth in the World Economy, Cambridge, 1961.

[14] *Kravis* vertritt deshalb gegen *Nurkse* die Auffassung, daß der Außenhandel auch im 19. Jahrh. bestenfalls eine „handmaiden of growth" gewesen sei. Vgl. *Kravis,* I. B.: Trade as a Handmaiden of Growth: Similarities between the 19th and 20th Centuries, in: The Economic Journal, Vol. 80, Dec. 1970, S. 850 - 873.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Prozesse auslösen und die Kapitalbildung fördern. Zu diesen Voraussetzungen gehören beispielsweise die Aufnahmefähigkeit für Neuerungen, die Leistungsmotiviertheit der Bevölkerung oder die soziale Mobilität.

11. Ergänzend zu den beiden genannten nationalen Bedingungen soll die *zeitlich beschränkte und teilweise Ausgliederung aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung durch eine Erziehungszollpolitik als 3. nationale Bedingung* für das Eintreten entwicklungsfördernder Effekte angesehen werden. Die Erziehungszollpolitik ließen seit J. Stuart Mill auch die überzeugtesten Anhänger der Freihandelsidee als begründete Ausnahme vom Prinzip unbehinderten Außenhandels gelten. Sie führt aber, worauf die negativen Erfahrungen vieler Entwicklungsländer mit einer übertriebenen Importsubstitutionspolitik mit aller Deutlichkeit hinweisen, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zum gewünschten Erfolg. Zu diesen Voraussetzungen gehört, daß durch diese Politik dynamische externe Effekte entstehen, die auf andere Weise nicht realisiert werden können und daß das Mill-Bastable-Kriterium erfüllt ist. Insbesondere auf die zeitliche Befristung als Voraussetzung für den Erfolg einer Erziehungszollpolitik ist hinzuweisen. Durch diese Befristung soll erreicht werden, daß sich ein Land langfristig wieder in die internationale Arbeitsteilung eingliedert und dadurch dynamische, wenn auch nicht in jedem Zeitpunkt statische komparative Kostenvorteile verwirklicht[15].

12. Im Hinblick auf das eingangs definierte Ziel kann es nicht als entwicklungsfördernd angesehen werden, wenn als Ergebnis der Spezialisierung eines Landes nach komparativen Kostenvorteilen in erster Linie das Einkommen reicher Bevölkerungsschichten steigt. Diese Wirkung kann beispielsweise dann eintreten, wenn infolge bestehender Faktorintensitäten und Eigentumsverhältnisse durch die Ausweitung der Rohstoffproduktion die Einkommen des obersten Dezils der Einkommensbezieher sehr viel stärker zunehmen als diejenigen der unteren Dezile. In diesen Fällen kann als *4. nationale Bedingung* für das Eintreten entwicklungsfördernder Wirkungen die *Funktionsfähigkeit des verteilungspolitischen Instrumentariums eines Landes bei der Verwirklichung der jeweiligen sozialen Wohlfahrtsfunktion* angesehen werden. Handelsrestriktionen zur Verwirklichung verteilungspolitischer Ziele sollen hier ausgeschlossen bleiben, da sie die Allokationseffizienz verschlechtern und die möglichen Wachstumsgewinne des Außenhandels vermindern oder gar nicht erst entstehen lassen[16].

---

[15] Vgl. dazu insbesondere: *Little*, I., *Scitovsky*, T., *Scott*, M.: Industry and Trade in some Developing Countries, a Comparative Study. Development Center of the OECD, London usw., 1970.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Zwischenergebnis

13. Die diesem Abschnitt zugrundeliegende Fragestellung lautete: Unter welchen Bedingungen leistet die Einordnung eines Landes in den Allokationsmechanismus der Weltmärkte einen Beitrag zum nationalen Wirtschaftswachstum bei gleicher Einkommensverteilung und Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit? Die bisherigen Überlegungen zusammenfassend kann diese Frage wie folgt beantwortet werden: Durch die Einordnung in die internationale Arbeitsteilung nähert sich ein Entwicklungsland um so eher seinen nationalen Entwicklungszielen,

— je mehr auch die Industrieländer als die wichtigsten Handelspartner der Entwicklungsländer ihren Außenhandel mit den Entwicklungsländern liberalisieren;
— je eher es gelingt, kurzfristige Exporterlösschwankungen bei einigen typischen Ausfuhrerzeugnissen der Entwicklungsländer zu verhindern;
— je funktionsfähiger die Allokationsmechanismen eines Entwicklungslandes in der Verfolgung eines gesamtwirtschaftlichen Optimums und damit in der Reaktion auf außenwirtschaftliche Datenänderungen sind;
— je wirksamer die allgemeinen sozio-kulturellen Entwicklungskräfte eines Landes sind und je eher damit außenwirtschaftliche Impulse aufgenommen werden können;
— je gezielter eine Erziehungszollpolitik eingesetzt wird;
— je eher die außenwirtschaftliche Spezialisierung auch zur Erfüllung verteilungspolitischer Ziele beiträgt bzw. je wirksamer begleitende verteilungspolitische Maßnahmen sind.

Im nächsten Schritt geht es um die Klärung der Frage, inwieweit diese Bedingungen erfüllt sind.

---

[16] Das verteilungspolitische Ziel besitzt natürlich auch dynamische Aspekte. Es könnte der Fall eintreten, daß durch eine Außenhandelsspezialisierung die Bezieher mittlerer und hoher Einkommensgruppen begünstigt werden, die eine hohe Sparneigung aufweisen, und daß dadurch die realen Spar- und Investitionsquoten ansteigen und auf diese Weise der Strom künftiger Einkommen bei einem Verzicht auf die Verwirklichung verteilungspolitischer Ziele in der Gegenwart höher ist, als es bei einer sofortigen Umverteilung der Fall wäre. Dies würde aber nur dann einen Verzicht auf Umverteilungsmaßnahmen in der Gegenwart rechtfertigen, wenn bei gegebener sozialer Diskontrate der Gegenwartswert der künftigen Einkommen unterer Einkommensgruppen ohne Umverteilung höher wäre als mit einer Umverteilung. Geht man aber von einer hohen Diskontrate für die unteren Einkommensgruppen aus, was in Anbetracht ihres niedrigen Lebensstandards realistisch sein dürfte, so wird dieser Fall kaum eintreten. Die sofortige Durchführung von Umverteilungsmaßnahmen ist deshalb unerläßlich, soweit nicht uno actu mit der Außenhandelsspezialisierung eines Landes das verteilungspolitische Ziel erfüllt wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III. Außenwirtschaftliche Beziehungen als Entwicklungshindernis

14. Ein großer Teil der Kritik der Dependenz-Schule an der bestehenden internationalen Arbeitsteilung läßt sich zu der Behauptung zusammenfassen, die vorstehend genannten Bedingungen seien nicht erfüllt und die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Entwicklungsländer wirkten deshalb entwicklungshemmend. Bei dieser Kritik spielen soziale und politische Aspekte sowie die historische Dimension des Entwicklungsproblems eine wichtige Rolle. Im folgenden werden einige der am häufigsten in der Dependenz-Literatur vorgebrachten Behauptungen zu sechs Thesen zusammengefaßt und diese jeweils kritisch diskutiert. Die erste Thesengruppe hat die Nicht-Erfüllung internationaler Bedingungen, die zweite Thesengruppe die Nicht-Erfüllung nationaler Bedingungen zum Gegenstand.

1. Internationale Abhängigkeitsverhältnisse als Entwicklungshindernis

15. *These 1:* Die Mehrzahl der heutigen Entwicklungsländer hat die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung als gewaltsame Einordnung in ein koloniales Imperium erfahren. In dieser Situation bestimmte nicht die Gegenseitigkeit der Interessen, sondern die einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Mutterländer die Außenwirtschaft der peripheren Länder. Die gegenwärtige Lage der meisten Entwicklungsländer kann nur als Konsequenz dieser geschichtlichen Erfahrung verstanden werden.

16. Diese These wird in der Dependenz-Literatur wie folgt begründet. Es wird *erstens* darauf hingewiesen, daß die frühe Erfahrung der peripheren Länder mit einer außenwirtschaftlichen Spezialisierung keineswegs von einer Gegenseitigkeit der Handelsliberalisierung begleitet gewesen sei, sondern von einer extremen Form der Einseitigkeit gegenüber den Mutterländern. Nur diejenigen Produktionssektoren seien in den peripheren Ländern entwickelt worden, die den Export- und Importinteressen der Mutterländer entsprochen hätten. Gewerbliche Erzeugnisse der peripheren Länder seien, sofern sie überhaupt angeboten wurden, vom Zugang zu den europäischen Gütermärkten von vornherein ausgeschlossen gewesen. Die europäischen Kapitalmärkte hätten nur insofern den peripheren Ländern offengestanden, als es um die Finanzierung von außenwirtschaftsorientierten Projekten ging. Die Kolonien seien also zwar in die Güter- und Faktormärkte Europas eingegliedert worden, soweit es den Interessen der Mutterländer entsprach, aber es könne keine Rede davon sein, daß die europäischen Güter- und Faktormärkte den Bedürfnissen einer allgemeinen Entwicklung der peripheren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Länder Rechnung getragen hätten. In manchen Fällen sei durch die Verknüpfung von kolonialer Unterwerfung und erzwungener Außenhandelsspezialisierung einheimisches Produktionspotential zerstört worden, z. B. in der Vernichtung des Handwerks und der Verschleppung oder Ausrottung von Bevölkerungsteilen. Wolle man diese Erfahrungen mit den Modellbegriffen der Außenhandelstheorie wiedergeben, so müsse man davon sprechen, daß nicht eine Spezialisierung bei gleichbleibender oder sogar nach außen verschobener Produktionsmöglichkeitenkurve eintrat, sondern eine Verschiebung dieser Kurve zum Koordinatenursprung hin.

17. Es wird *zweitens* gesagt, diese Erfahrungen prägten bis heute die Wirtschaft der meisten Entwicklungsländer. Das sei vor allem damit zu erklären, daß während der Kolonialepoche im Inland bestimmte Sozial- und Wirtschaftsstrukturen geschaffen worden seien, die sich bis heute nicht wesentlich geändert hätten und die den Zustand einer sog. abhängigen Wirtschaft auch nach der Erlangung politischer Unabhängigkeit aufrechterhielten. Diese Behauptung wird im Zusammenhang mit der fünften und sechsten These noch ausführlicher diskutiert werden.

18. Prüft man diese These *kritisch*, so ist zunächst festzuhalten, daß zu ihrer Begründung eine Fülle unbestreitbarer historischer Tatsachen herangezogen werden kann. Es dürfte auch ohne weiteres einsichtig sein, daß die heutige Situation vieler Entwicklungsländer sehr stark durch das koloniale Erbe geprägt ist, wenn auch im Einzelfall die Möglichkeiten einer autonomen Entwicklung optimistischer einzuschätzen sind, als es in der Dependenz-Literatur häufig unterstellt wird. Der am häufigsten vorgebrachte Einwand gegen diese These bestreitet die aufgezeigten Fehlentwicklungen nicht, aber er besagt, daß die einzige realistische Alternative dieser Fehlentwicklung im Verzicht auf jede Form von Entwicklung bestanden hätte[17].

19. Zu diesem Einwand ist folgendes zu sagen. Die Überlegung ist müßig, welche Entwicklung in den peripheren Ländern ohne die Erfahrung des Kolonialismus möglich gewesen wäre. Es mag durchaus richtig sein, daß die Entwicklungsländer ohne die gewaltsame Erschließung im Zeitalter kolonialer Expansion heute noch viel ärmer wären. Die eigentliche Bedeutung des genannten Einwandes liegt nicht in derartigen Mutmaßungen über mögliche Entwicklungsverläufe in der Vergangenheit, sondern in seinem Stellenwert für die gegenwärtige entwicklungspolitische Diskussion. Mit dem Hinweis auf die fehlende Alternative zur Entwicklung unter kolonialen Vorzeichen könnte bewußt oder unbewußt die Relativierung bestehender Probleme und die Beschwichtigung drängender Forderungen versucht werden. Wäre dies der Hintergrund

[17] *Meier*, G. M.: The International Economics ... a.a.O., S. 232 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des genannten Einwandes, so wäre ihm entschieden entgegenzutreten. Die Industrieländer haben zu einem nicht unwichtigen Teil zu den heutigen Problemen der Entwicklungsländer beigetragen, und sie können sich der Verantwortung für eine Lösung nicht mit dem Hinweis entziehen, daß es ohne ihre früheren Leistungen um die Entwicklungsländer noch schlechter bestellt wäre.

20. *These 2:* Angesichts bestehender Entwicklungsunterschiede ergibt sich trotz einer formalen Gleichbehandlung aller Länder in der internationalen Handelspolitik keine Gegenseitigkeit der Handelsliberalisierung zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern. Die gegenwärtigen Prinzipien der internationalen Handelspolitik werden daher den Bedürfnissen der Entwicklungsländer nicht gerecht.

21. Zur Begründung dieser These, die nicht nur in der Dependenz-Literatur vertreten wird, finden sich folgende Argumente. Es wird zunächst auf eine fundamentale Ungleichheit zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern hingewiesen, die z. B. darin zum Ausdruck komme, daß der Grad der Faktormobilität und das innovatorische Potential unterschiedlich seien oder daß die Reibungsverluste bei der außenhandelsbedingten Reallokation der Ressourcen infolge unterschiedlicher Einkommensniveaus in den Entwicklungsländern eine relativ größere Wohlfahrtseinbuße verursachten als in den Industrieländern. Angesichts dieser Ungleichheiten würde die unterschiedslose Anwendung von marktwirtschaftlichen Prinzipien zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen[18].

22. Hinsichtlich der im GATT verfolgten internationalen Handelspolitik wird diese These wie folgt präzisiert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erfolge des GATT bei der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung zu einem großen Teil auf einer Verhandlungstechnik beruhten, die es allen Staaten unter prinzipieller Gleichberechtigung ermöglichten, Handelsliberalisierungen von gegenseitigem Vorteil zu vereinbaren. Die Prinzipien der Bilateralität und Reziprozität stellten deshalb wichtige Elemente dieses Abkommens dar. Die Möglichkeiten der Entwicklungsländer seien aber sehr begrenzt, unter diesen Spielregeln die Industrieländer zu einer nennenswerten Liberalisierung ihrer Importe aus Entwicklungsländern zu veranlassen. Ganz abgesehen von der geringen Marktgröße der Entwicklungsländer hätten diese ihre Handelsrestriktionen für wachstumsnotwendige Kapitalgüter und Vorpro-

[18] Vgl. dazu die Aussage des Inders R. *Pillai:* „Equality of treatment is equitable only among equals", zitiert nach Myrdal, G.: An International Economy, New York, 1956, S. 291.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dukte schon weitgehend aufgehoben, während sie bei anderen Gütern auf einen Zollschutz nicht verzichten könnten. Trotz formaler Gleichbehandlung der Entwicklungsländer könne also die gegenwärtige internationale Handelspolitik keine Gegenseitigkeit der Handelsliberalisierung zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern herbeiführen.

23. Die These von der Benachteiligung der Entwicklungsländer im System der internationalen Handelspolitik wird ferner mit dem Hinweis auf die generelle Ausnahme des Agrarhandels von den weltweiten Liberalisierungsmaßnahmen begründet. Zahlreiche Entwicklungsländer besäßen komparative Kostenvorteile in der Herstellung von Agrarerzeugnissen, die auch in den Industrieländern erzeugt würden. Gerade bei diesen Produkten werde aber eine Handelsliberalisierung der Industrieländer aus einkommenspolitischen und strukturpolitischen Gründen fast vollständig ausgeschlossen. Im Falle der EG sei im Laufe der letzten Jahre sogar eine Verschärfung des Agrarprotektionismus festzustellen gewesen. Das wirtschaftliche Potential und damit die Verhandlungsmacht der meisten Entwicklungsländer sei zu gering, um die Industrieländer zu einer spürbaren Verringerung ihrer Importschranken veranlassen zu können.

24. Als weiteres Beispiel für die fehlende handelspolitische Gegenseitigkeit werden die Bemühungen um eine Stabilisierung der Weltmärkte für Primärgüter genannt. Nahezu alle Ansätze für eine weltweite Stabilisierung seien bisher gescheitert. Die Industrieländer hätten dagegen nationale Systeme der Preisstabilisierung geschaffen, die unter bestimmten Voraussetzungen die Instabilität der Weltmärkte noch verstärkten. Diese Wirkung resultiere aus der Variation von Exportsubventionen bzw. Importbelastungen, durch die im Inland entstehende Preisschwankungen auf ausländische Märkte übertragen werden könnten. Hinsichtlich der Stabilisierungsbemühungen sei in diesen Fällen eine einseitige Durchsetzung der Interessen der Industrieländer zu Lasten der Entwicklungsländer festzustellen.

25. Man kann gegen die genannte These *kritisch* einwenden, daß die fehlende Ausgewogenheit im System der internationalen Handelspolitik inzwischen von den Industrieländern erkannt worden ist und daß daraus Konsequenzen gezogen wurden. So ist im Jahre 1966 in einer Erweiterung des GATT die besondere Problematik der Entwicklungsländer anerkannt und eine Ausnahme vom Prinzip der Reziprozität zugelassen worden. Es kann weiter auf die wachsende Bedeutung der UNCTAD hingewiesen werden, die als Interessenvertretung der Entwicklungsländer in gewisser Weise zur Gegenorganisation des GATT geworden ist. Dem beharrlichen Insistieren der Entwicklungsländer auf den bisherigen Welthandelskonferenzen ist es zu verdanken, daß die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industrieländer im allgemeinen Präferenzzollabkommen deutlich vom Prinzip der Reziprozität gegenüber den Entwicklungsländern abgerückt sind. Gerade dieses Abkommen läßt aber erkennen, wie gering bisher die Fortschritte in dieser Richtung waren. Abgesehen vom bescheidenen Ausmaß der Zugeständnisse nehmen die zahlreichen Ausnahmeregelungen, Plafonds und Schutzklauseln für Erzeugnisse, bei denen die Entwicklungsländer ihre stärksten Wettbewerbsvorteile besitzen, diesem Abkommen viel von seiner Wirksamkeit. Im Agrarhandel sind auch die bescheidensten Versuche einer weltweiten Liberalisierung bisher gescheitert. Die EG hat vielmehr durch die Mechanismen, mit denen sie ihre Binnenmärkte vom internationalen Wettbewerb isoliert, in einigen Fällen die Instabilität der Exporterlöse von Entwicklungsländern deutlich verstärkt[19]. Die zweite These drückt deshalb einen Mangel aus, der auch heute noch die internationale Handelspolitik kennzeichnet und es den Entwicklungsländern erschwert, aus ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtung Entwicklungsvorteile zu ziehen.

26. *These 3:* Ein großer Teil des Außenhandels der Entwicklungsländer wird durch transnationale Unternehmen abgewickelt, denen zahlreiche Möglichkeiten zur Umgehung nationaler Gesetze der Entwicklungsländer offenstehen. Nicht eine Interdependenz, sondern eine ausgeprägte Dependenz kennzeichnet in diesen Fällen die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Entwicklungsländer. Der von diesen Unternehmen ausgelöste Netto-Abfluß von Devisen stellt einen deutlichen Ausdruck für die entwicklungshemmende Wirkung der außenwirtschaftlichen Beziehungen dar.

27. Die Tätigkeit transnationaler Unternehmen ist ein bevorzugtes Thema innerhalb der Dependenz-Literatur. Im Kern lautet die Kritik an diesen Unternehmen, sie würden durch ihre Niederlassungen in Entwicklungsländern deren Abhängigkeit verfestigen, da sich die Entscheidungszentren dieser Unternehmen in den Industrieländern befänden und deshalb angenommen werden könne, daß sie auch in ihren Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern in erster Linie die Interessen der Industrieländer verfolgten. Die Tätigkeit transnationaler Unternehmen würde auf diese Weise die politische Souveränität der Entwicklungsländer unterlaufen und die Frage nach einer Gegenseitigkeit von Liberalisierungsmaßnahmen, die die Existenz souveräner Staaten voraussetze,

[19] Dies gilt z. B. für den Rindfleischmarkt. Vgl.: *Sautter*, H.: Konsequenzen der Agrarpolitik europäischer Industrieländer für Argentinien, Weltwirtschaftliche Studien aus dem Institut für Europäische Wirtschaftspolitik der Universität Hamburg, Hrsg. Jürgensen, H. und Predöhl, A., Göttingen, 1971.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von vornherein gegenstandslos machen. Es ist hier nicht möglich, die Gesamtproblematik transnationaler Unternehmen erschöpfend zu behandeln. Es sei lediglich auf die Bedeutung dieser Unternehmen für den Außenhandel der Entwicklungsländer, die behauptete Umgehung nationaler Gesetze der Entwicklungsländer und die These vom negativen Entwicklungsbeitrag transnationaler Unternehmen eingegangen.

28. Nach einer Schätzung von R. Vernon wurden im Jahre 1968 etwa 40 % der Industriewarenexporte Lateinamerikas von ausländischen Unternehmen durchgeführt[20]. Im Falle Brasiliens entfiel im Jahre 1969 ein Anteil von 43 % der Industriewarenexporte auf ausländische Tochterunternehmen; bei der Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen betrug dieser Anteil sogar 75 %. Diese Anteile haben sich im Laufe der letzten Jahre ständig erhöht. Detaillierte Untersuchungen für Brasilien haben weiter ergeben, daß das Exportvolumen je Betrieb bei ausländischen Tochtergesellschaften wesentlich größer ist als bei inländischen Unternehmen, daß die Exporte dieser Gesellschaften in die Industrieländer aus rohstoffintensiv und arbeitsintensiv hergestellten Produkten bestehen, während sie in andere Entwicklungsländer vorwiegend sog. „nicht-traditionelle", technologie-intensive Erzeugnisse liefern[21]. Die für Brasilien ermittelten Ergebnisse können auch als repräsentativ für viele andere Entwicklungsländer gelten[22]. Auch in der Primärgüterausfuhr der Entwicklungsländer spielen transnationale Unternehmen eine bedeutende Rolle. Die in der oben genannten These ausgedrückte Behauptung, ein bedeutender Anteil des Außenhandels der Entwicklungsländer werde durch transnationale Unternehmen abgewickelt, ist daher zweifellos richtig.

29. In der Dependenz-Literatur wird häufig darauf hingewiesen, diese Unternehmen besäßen zahlreiche Möglichkeiten zur Umgehung der entwicklungspolitischen Maßnahmen eines Gastlandes. Durch die Über- bzw. Unterfakturierung von Importen und Exporten könnten sie z. B. die Wirkungen von Zöllen und Steuern umgehen und die Gewinne in diejenigen Länder transferieren, die die günstigsten Steuersätze böten. Auf diese Weise könne zwar eine konzerninterne Arbeitsteilung stattfinden, die mit den komparativen Kostenvorteilen der Gastländer über-

---

[20] *Vernon*, R.: Restrictive Business Practices. The Operations of Multinational United States Enterprises in Developing Countries, Their Role in Trade and Development. UNCTAD-UNO, New York, 1972, S. 15.

[21] *Fajnzylber*, F.: Summary of study entitled: The Industrial System and Exports of Manufactures. Analysis of Brasil's Experience. Working Document. UN-ECLA, Conf. 37/L. 17, 22. 6. 71.

[22] *Fajnzylber*, F.: La empresa internacional en la industrialización de América Latina, in: Stanzick, K. H. y Godoy, H. (Eds.): Inversiones extranjeras y transferencia de tecnología en América Latina. ILDIS-FLACSO, Santiago de Chile, 1972, S. 125 - 156, S. 143.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einstimme. Die Verteilung der Außenhandelsgewinne müsse sich aber keineswegs mit der Struktur dieser Kostenvorteile decken, und es sei möglich, daß die Gastländer einiger Konzernniederlassungen dabei überhaupt nicht berücksichtigt würden, obwohl sie zum Gesamtgewinn einer Unternehmung beitrügen. Beispiele wie die für Kolumbien ermittelten durchschnittlichen Raten der Überfakturierung für Importe aus ausländischen Muttergesellschaften gäben eine Vorstellung von der Größenordnung des Problems. Hier wurden Überfakturierungsraten von durchschnittlich 25 % in der chemischen Industrie, 40 % in der Gummiindustrie und 255 % in der pharmazeutischen Industrie nachgewiesen[23].

30. Es wird ferner auf den von transnationalen Unternehmen ausgelösten Nettoabfluß von Devisen hingewiesen und darin ein Ausdruck für die entwicklungshemmende Wirkung dieser Unternehmen gesehen. Es läßt sich in der Tat feststellen, daß z. B. in Lateinamerika in der Nachkriegszeit die jährlichen Devisenabflüsse für Gewinnzahlungen ausländischer Unternehmen in der Regel größer waren als die Zuflüsse zur Durchführung neuer Investitionen. Der Netto-Zufluß an Devisen im Rahmen privater Direktinvestitionen betrug im Jahre 1970 in allen lateinamerikanischen Ländern 728 Mio. US-Dollar, im gleichen Jahr wurden aber Gewinne in Höhe von 1 741 Mio. US-Dollar ins Ausland transferiert, so daß sich die Devisenbilanz um etwa 1 Mrd. US-Dollar verschlechterte[24]. In diesem Zusammenhang wurde von einer „Entkapitalisierung" Lateinamerikas gesprochen, einem eindeutig entwicklungshemmenden Effekt also, der sich aus der Integration in die internationalen Faktormärkte ergäbe[25].

31. Die *kritische Diskussion* dieser These soll sich auf wenige Anmerkungen beschränken. Dazu gehört in erster Linie der Hinweis auf

---

[23] *Vaitsos*, C.: Transfer of Resources and Preservation of Monopoly Rents. Economic Development Report, No. 168, Development Advisory Service, Harvard University, 1970, zitiert nach Hunt, S. J.: La evaluación de la inversión extranjera en América Latina, Fedesarrollo, Bogotá, 1973 (mimeo.), S. 5 ff.

[24] *Heydenreich*, H. D.: Problembereiche ausländischer privater Direktinvestitionen in Lateinamerika. Arbeitsberichte des Ibero-Amerika Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen, Heft 15, Göttingen, 1974, S. 29.

[25] Beispielhaft für diese Kritik ist die Äußerung des chilenischen Außenministers bei der Übergabe der Erklärung von Viña del Mar an Präsident Nixon: „Die ausländische Investition bedeutete und bedeutet noch heute für Lateinamerika, daß die Zahlungen an das Ausland sehr viel größer sind als der Wert der Investitionen. Unser potentielles Kapital vermindert sich, während die Gewinne auf das investierte Auslandskapital zunehmen und sich mit exorbitanten Wachstumsraten vermehren, nicht in unseren Ländern, sondern im Ausland", in: New York Times vom 12. 6. 1969, S. 1, zitiert nach: *Hunt*, S. J.: La evaluación de la inversión extranjera ..., a.a.O., S. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Gefahr einer Verallgemeinerung der negativen Effekte transnationaler Unternehmen. Es ist zweifellos richtig, daß transnationale Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten zur Umgehung nationaler Gesetze besitzen, und es kann angenommen werden, daß sie diese Möglichkeiten vielfach auch ausnützen. Es ist auch richtig, daß in zahlreichen Fällen der jährliche Devisenabfluß für den Gewinntransfer die jährlichen Zuflüsse für Neu-Investitionen übersteigt. Diese und weitere negative Wirkungen transnationaler Unternehmen sollten aber nicht den positiven Entwicklungsbeitrag dieser Unternehmen übersehen lassen. Sie leisten in der Regel einen deutlich positiven Beitrag zum Wachstum des BIP, so daß ein Verzicht auf die Tätigkeit dieser Unternehmen für die meisten Entwicklungsländer mit Wachstumsverlusten verbunden wäre[26]. Will man die unterschiedlichen Wirkungen transnationaler Unternehmungen auf die Wirtschaft der Entwicklungsländer zusammenfassend beurteilen, so muß man also zwischen positiven und negativen Effekten, sowie zwischen empirisch nachweisbaren und empirisch nicht nachweisbaren Effekten abwägen. Dieses Abwägen impliziert ein Werturteil. Für die praktische Entwicklungspolitik dürfte weniger die Diskussion um dieses Werturteil, als vielmehr die Frage relevant sein, wie sich die positiven Wirkungen transnationaler Unternehmungen auf die Entwicklungsländer verstärken und die negativen Effekte verhindern lassen. Diese Frage kann hier nicht diskutiert werden. Im Zusammenhang des Abschnitts IV. wird kurz darauf eingegangen.

32. *These 4:* Zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern vollzieht sich ein „ungleicher Tausch", der einen ständigen „Mehrwerttransfer" aus den armen in die reichen Länder bewirkt. Dieser Einkommensverlust erschwert die Entwicklung der peripheren Länder.

33. Diese These ist das Ergebnis einer Anwendung der Arbeitswertlehre zur Erklärung des internationalen Handels, und sie besagt in ihrer einfachsten Form, daß im Außenhandel zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern die Güter nicht im Verhältnis der zu ihrer Herstellung „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" getauscht werden. Darin bestehe eine versteckte Ausbeutung der Entwicklungsländer. Die Äußerungen der marxistischen Theoretiker zu diesem Thema sind allerdings nicht einheitlich. Versucht man, die wichtigsten Beiträge zu diesem Thema zusammenzufassen, so erhält man zwei Grundtypen nicht-äquivalenter Austauschbeziehungen.

---

[26] *Bos*, H. C.; *Sanders*, M.; *Secchi*, C.: Private Foreign Investment in Developing Countries — a Quantitative Study on the Evaluation of the Macro-Economic Effects. International Studies in Economics and Econometrics, Vol. 7, Dordrecht/Boston, 1974.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

34. Der *1. Typ* besteht in einem ungleichen Tausch infolge ungleicher Produktivitäten. Es wird auch in der marxistischen Literatur anerkannt, daß ein äquivalenter Tausch im Sinne der Arbeitswertlehre nicht möglich sei, wenn die Arbeitsproduktivitäten in den handeltreibenden Ländern voneinander abwichen. Das sei im Außenhandel zwischen den sog. sozialistischen Ländern nicht anders als im Handel zwischen den sog. kapitalistischen Ländern[27]. Die Besonderheit im Außenhandel zwischen den Entwicklungsländern und den westlichen Industrieländern bestehe aber darin, daß die geringe Arbeitsproduktivität der Entwicklungsländer von außen her verursacht worden sei, und zwar durch die koloniale Machtausübung der heutigen Industrieländer und ihre gegenwärtige Außenwirtschaftspolitik. Die Behauptung, das geringe Produktivitätsniveau der Entwicklungsländer sei auf externe Einflüsse zurückzuführen, wird im Zusammenhang mit der These 5 diskutiert. Hier genügt der Hinweis, daß das analytische Instrumentarium der Arbeitswertlehre offenbar nicht ausreicht, um den Vorwurf der Ausbeutung durch diesen ersten Typ des ungleichen Tausches rechtfertigen zu können. Zur Begründung dieses Vorwurfs muß auf Annahmen zurückgegriffen werden, die keinen notwendigen Bestandteil der Arbeitswertlehre darstellen.

35. Der *2. Typ* ungleichen Tausches wird darin gesehen, daß bei gleichen Produktivitäten und Profitraten in den handeltreibenden Ländern das Lohnniveau unterschiedlich sei. Die Begründung für diese Form des ungleichen Tausches lautet folgendermaßen. Es wird angenommen, daß die Exporte der Entwicklungsländer aus den modernsten Produktionssektoren dieser Länder stammen, in denen die effizientesten technischen Verfahren angewandt werden, die zur Herstellung der jeweiligen Exportgüter weltweit verfügbar sind. Es wird dabei z. B. an die Erdölförderung, den Erzbergbau oder die Plantagenproduktion gedacht. Da ferner die gleiche Eignung der Arbeitskräfte in Entwicklungsländern wie in Industrieländern vorausgesetzt wird[28], müsse auch in beiden

---

[27] *Kohlmey*, G.: Karl Marx' Außenhandelstheorie und Probleme der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten, in: Wirtschaftswissenschaft, 15. Jahrg. (1967), S. 1258, zitiert nach: *Lorenz*, D.: Nichtäquivalenter Austausch und internationale Einkommensverteilung, in: Förster, W.; Lorenz, D. (Hrsg.): Beiträge zur Theorie und Praxis von Wirtschaftssystemen, Berlin, 1970, S. 255 - 278, S. 259. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß von rumänischer Seite mit der These vom ungleichen Tausch auch die Handelsbeziehungen im COMECON kritisiert wurden. Vgl.: *Montias*, J. M.: Economic Development in Communist Rumania, Cambridge/Mass., 1967, 4. Kapitel.

[28] Die Menschen in Entwicklungsländern besitzen nach Emmanuel „die gleichen zehn Finger und zwei Arme ... wie die Menschen in den entwickelten Ländern und verfügen über ein Gehirn, das auf dieselbe Weise funktioniert wie das Gehirn der Menschen in entwickelten Ländern". *Emmanuel*, A.: El intercambio desigual, in: *Emmanuel*, A. et al. (Eds.): Imperialismo y

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ländergruppen derselbe Mehrwert entstehen. Dieser Vergleich ist allerdings hypothetischer Art, denn die Industrieländer stellen die Exporterzeugnisse der Entwicklungsländer annahmegemäß nicht selbst her, weil ihnen dazu die natürlichen Voraussetzungen fehlen. Wären sie dazu aber in der Lage, so lautet die Argumentation marxistischer Autoren weiter, so wären die sog. „Produktionspreise"[29] der im Inland hergestellten Erzeugnisse wesentlich höher als die „Produktionspreise" der aus den Entwicklungsländern importierten Güter. Der Grund wird darin gesehen, daß das Lohnniveau bei gleichem Mehrwert in den Industrieländern höher sei als in den Entwicklungsländern.

36. Dieser Grund ist allerdings zur Erklärung des ungleichen Tausches noch nicht ausreichend. Es wäre immerhin denkbar, daß die Entwicklungsländer die Möglichkeit ausnützten, eine höhere Profitrate zu erwirtschaften[30] als in den Industrieländern. Diese Möglichkeit wäre insofern gegeben, als die Lohnkosten bei gleichem Mehrwert niedriger als in den Industrieländern sind. Mit anderen Worten gesprochen: die Entwicklungsländer könnten die Lohnkostenvorteile durch höhere Gewinnspannen ausgleichen. Dann ergäbe sich derselbe „Produktionspreis" wie im hypothetischen Fall der Produktion in den Industrieländern und ein ungleicher Tausch könnte vermieden werden. Die wichtigste Behauptung in diesem Begründungszusammenhang lautet, die Entwicklungsländer begnügten sich mit einer niedrigeren Profitrate, nämlich der sog. „durchschnittlichen Profitrate" aller handeltreibenden Länder. Weil sie nur diese niedrigere Profitrate bei der Kalkulation der „Produktionspreise" für ihre Exporterzeugnisse berechneten, seien diese Preise niedriger als die hypothetischen Preise, die im Falle einer Eigenproduktion dieser Güter in den Industrieländern entstünden. Der in den Entwicklungsländern erzeugte Mehrwert werde damit z. T. in die Industrieländer transferiert, es fände also ein ungleicher Tausch statt.

37. Die naheliegende Frage in diesem Zusammenhang muß natürlich lauten: Warum begnügen sich die Entwicklungsländer mit niedrigeren „Produktionspreisen" und Profitraten? Die Antwort, die Emmanuel und Amin auf diese Frage geben, macht einen fundamentalen logischen Bruch in ihrer Gedankenkette sichtbar. Sie begründen nämlich ihre Be-

---

Comercio Internacional, México usw., S. 29 - 68, S. 58. (Übersetzt vom Verf.) Derselbe Gedanke liegt auch der Argumentation Amins zugrunde, vgl.: *Amin*, S.: Die ungleiche Entwicklung, Hamburg, 1975, S. 111 ff.

[29] Zur Definition der Produktionspreise vgl.: *Zinn*, K. G.: Arbeitswerttheorie. Zum heutigen Verständnis der positiven Wirtschaftstheorie von Karl Marx, Herne/Berlin, 1972, S. 72 ff.

[30] Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Definition der Profitrate. Der Profit bzw. Mehrwert kann einmal auf das „materielle Gesamtkapital", zum anderen auf die Summe von „konstantem und variablen Kapital" bezogen werden. Siehe dazu: *Zinn*, K. G.: Arbeitswerttheorie ..., a.a.O., S. 71.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hauptung einer niedrigeren Profitrate in den Entwicklungsländern mit der Annahme einer unbehinderten internationalen Mobilität des Faktors Kapital. Durch sie würden die Profitraten aller Länder einander angeglichen werden. Es ist aber offensichtlich, daß internationale Kapitalströme nur erklärt werden können, wenn man unterschiedliche Profitraten in verschiedenen Ländern voraussetzt, also gerade das, was den ungleichen Tausch ausschließt. Versucht man, diesen Zusammenhang ohne Rückgriff auf die Arbeitswertlehre zu verdeutlichen, so könnte man sagen, daß allenfalls in einem internationalen Gleichgewichtszustand von einem Ausgleich der Kapitalrentabilitäten gesprochen werden könnte; in diesem Gleichgewichtszustand müßten aber auch die Lohnniveaus einander angeglichen sein, so daß die Voraussetzung für den ungleichen Tausch nicht gegeben wäre. Wenn also der ungleiche Tausch mit dem Hinweis auf den Ausgleich der Profitraten erklärt wird, dann wird das Ungleichgewicht damit erklärt, daß die Bedingungen des Gleichgewichts erfüllt seien. Diese Unlogik wird auch in der marxistischen Literatur gesehen. Mandel spricht davon, daß mit der Argumentation Emmanuels nicht die Unterentwicklung, sondern eher die „Unmöglichkeit der Unterentwicklung" zu erklären sei[31], und ein anderer marxistischer Autor, Klaus Busch, spricht — wissenschaftlich verbrämend — von einem „Emmanuel-Paradoxon"[32].

38. Weitere Einwände gegen die These 4 sind naheliegend. Diese These beruht auf einem Vergleich völlig fiktiver Werte; Marktzusammenhänge werden völlig ignoriert; das eigentliche Problem, nämlich das der Verteilung der in den Exportsektoren der Entwicklungsländer entstehenden Gewinne auf Inländer und Ausländer wird völlig verdeckt, und die entwicklungspolitischen Folgerungen sind völlig irreführend. So kann Emmanuel auf dem Boden seiner Theorie beispielsweise zu der Empfehlung kommen, die Entwicklungsländer sollten bei hohen Schutzzöllen ihr Lohnniveau um 60 - 100 % anheben, um dadurch ausländische Unternehmen zur Investition im Inland zu veranlassen und auf diese Weise eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität induzieren, die nachträglich die Lohnerhöhung rechtfertige[33]. Die kritische Diskussion die-

---

[31] *Mandel*, E.: Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M., 1973, S. 326.

[32] *Busch*, K. Ungleicher Tausch — zur Diskussion über internationale Durchschnittsprofitrate, ungleichen Tausch und komparative Kostentheorie anhand der Thesen von Arghiri Emmanuel, in: Probleme des Klassenkampfes, 3. Jahrg., (1973), Nr. 3, Heft 8/9, S. 47 - 88, S. 63: „Emmanuel kann nicht einerseits die Existenz einer internationalen durchschnittlichen Profitrate behaupten und andererseits das Problem der Unterentwicklung in der 3. Welt aus eben der Existenz dieser internationalen Profitrate ableiten".

[33] *Emmanuel*, A.: Unequal Exchange, New York/London, 1972, 3. Kapitel, insbesondere S. 132 f. An anderer Stelle lehnt Emmanuel die Anhebung des Lohnniveaus als eine vordergründige Maßnahme ab, aber er kann diese Ablehnung im Rahmen seiner Theorie nicht begründen. Seine Ausführungen in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ser These soll hier abgebrochen werden. Zusammenfassend läßt sich zur These 4 feststellen: Sie ist in sich widersprüchlich, empirisch nicht nachprüfbar und ohne entwicklungspolitische Relevanz. Sofern diese These Ungleichheiten im Außenhandel erklärt, geschieht dies nicht mit dem Instrumentarium der Arbeitswertlehre, sondern unter Verwendung zusätzlicher Annahmen. Diese Annahmen erlauben aber eine Erklärung für ungleich verteilte Außenhandelsgewinne auch ohne jeden Rückgriff auf die These vom ungleichen Tausch.

39. Mit der These 4 ist die kritische Diskussion einiger typischer Einwände der Dependenz-Theoretiker abgeschlossen, mit denen behauptet wird, die internationalen Bedingungen für entwicklungsfördernde Wirkungen des Außenhandels seien nicht erfüllt. Die Kritik der Dependenz-Schule geht aber noch weiter. Es wird behauptet, die entwicklungshemmenden Einflüsse internationaler Art beeinträchtigten auch die Entfaltung nationaler Entwicklungskräfte in den peripheren Ländern. Es wird also nicht nur festgestellt, daß die im Abschnitt II. genannten nationalen Entwicklungsbedingungen nicht erfüllt seien, sondern die weitergehende Aussage gemacht, daß dies nicht auf ein eigenes Versagen der Entwicklungsländer, sondern auf den Einfluß ausländischer Faktoren zurückzuführen sei. Mit dieser Behauptung befassen sich die Thesen 5 und 6.

2. Die Blockierung nationaler Entwicklungskräfte durch ausländische Einflüsse

40. *These 5:* Die in der Kolonial- und Nachkolonialepoche herbeigeführte Spezialisierung der peripheren Länder auf die Herstellung von Primärgütern hat die Funktionsfähigkeit der internen Allokationsmechanismen beeinträchtigt und die allgemeinen sozio-kulturellen Voraussetzungen von Entwicklungsprozessen verschlechtert. Die geringe Reaktionsfähigkeit auf Datenänderungen im Außenhandel und die Unfähigkeit zur Aufnahme externer Entwicklungsimpulse sind also letztlich auf externe Ursachen zurückzuführen.

41. Diese These wird in der Dependenz-Literatur wie folgt begründet. Es wird *erstens* darauf hingewiesen, daß die Lerneffekte und die Verkettungseffekte, die einen allgemeinen Entwicklungsprozeß in Gang setzen könnten, nicht bei allen Formen der Exportproduktion gleich seien. Den peripheren Ländern sei aber eine Exportspezialisierung aufgezwungen worden, bei der diese Effekte besonders gering gewesen

---

diesem Zusammenhang sind nicht überzeugend. Vgl. *Emmanuel*, A.: El intercambio desigual, in: Emmanuel, A. et al. (Eds.): Imperialismo y comercio internacional, a.a.O., S. 56.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seien. So wird z. B. darauf hingewiesen, daß vorzugsweise Güter exportiert worden seien, zu deren Herstellung keine ausgebildeten Arbeitskräfte notwendig waren. Diese Güter seien außerdem unter Verwendung importierter Kapitalgüter hergestellt worden, so daß sich die wichtigsten Verkettungseffekte im Ausland niedergeschlagen hätten. Die im Inland durchgeführten Infrastrukturinvestitionen hätten die Verknüpfung der Exportenklaven mit dem Ausland, aber nicht die Verflechtung inländischer Regionen untereinander zum Ziel gehabt.

42. Es wird *zweitens* behauptet, daß ausgehend von dieser Lage zahlreiche kumulative Prozesse das typische Erscheinungsbild „strukturell heterogener Wirtschaften"[34] geschaffen hätten. Die aus der Exportenklaven-Wirtschaft übernommene, ungleiche Einkommensverteilung habe beispielsweise während der Importsubstitutionsphase dazu geführt, daß vorwiegend dauerhafte Konsumgüter für den Bedarf der Ober- und Mittelschicht hergestellt worden seien, wobei vor allem ausländische Techniken und Kapitalgüter verwendet worden wären. Dadurch seien die Beschäftigungseffekte der Industrialisierung gering geblieben, die Einkommensverteilung sei nicht verbessert worden, und nach anfänglichen Erfolgen habe dies zur Stagnation der Industrialisierung geführt. Ein weiterer kumulativer Prozeß wird darin gesehen, daß das Wachstum aus den genannten Ursachen importkapazitätsabhängig sei. Die geringen Exportchancen bei gewerblichen Erzeugnissen hätten daher die Förderung der traditionellen Exportsektoren notwendig gemacht. Dies habe die Macht der alten Oligarchie gestützt, umfassende Reformen unmöglich gemacht und damit eine binnenmarktorientierte Entwicklung unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten behindert. Das Ergebnis dieser Prozesse seien Wirtschaften mit einem geringen sektoralen und regionalen Verflechtungsgrad. Die Existenz unverbundener Teilmärkte begünstige das Entstehen von Monopolen, beeinträchtige die Transparenz des Gesamtmarktes und führe auf den Faktormärkten zu Abweichungen von Marktpreisen und Opportunitätskosten. Letztlich seien es also externe Ursachen, die für die geringe Effizienz der gesamtwirtschaftlichen Faktorallokation verantwortlich zu machen seien.

43. In einer *kritischen Würdigung* der These 5 ist zunächst auf die Behauptung einzugehen, es seien die Produkteigenschaften der Exporterzeugnisse gewesen, die eine allgemeine Entwicklung der peripheren Länder verhindert hätten. Ohne Zweifel sind die Verkettungs- und Lerneffekte einzelner Primärgüter sehr unterschiedlich. Es ist aber nur sehr schwer möglich, diese produktspezifischen Eigenschaften von den

[34] Zum Begriff der strukturellen Heterogenität vgl. z. B.: *Córdova*, A.: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt/M. 1973.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen des Landes zu trennen. So hat es beispielsweise wenig Sinn zu behaupten, daß die Bananenproduktion weniger entwicklungsfördernd sei als die Weizenproduktion, da Bananen immer nur in tropischen Ländern produziert werden, in denen z. B. die Leistungsmotiviertheit der Bevölkerung gering ist, während Weizen immer in Ländern der gemäßigten Klimazonen erzeugt wird, in denen die allgemeinen Bedingungen für Entwicklungsprozesse günstiger sind[35]. In dieselbe Richtung weist die Beobachtung, daß die Aufnahme eines exportorientierten Bergbaus zu völlig unterschiedlichen Entwicklungsprozessen geführt hat, je nachdem, ob diese Produktion in Kanada oder in einem afrikanischen Land aufgenommen wurde. Dies führt zu einer generellen Kritik an dieser These.

44. Mit der These 5 wird unterstellt, daß letztlich alle internen wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer auf externe Ursachen zurückzuführen seien. Die Dependenz-Schule wird damit genauso einseitig wie die von ihr kritisierte „Modernisierungstheorie". Für diese ist „Unterentwicklung" gleichbedeutend mit dem intern verursachten Zurückbleiben einzelner Länder in einem weltweiten Entwicklungsprozeß, für die Dependenz-Theorie ist Unterentwicklung gerade das Ergebnis eines weltweiten, als „kapitalistisch" apostrophierten Entwicklungsprozesses. Eine sachgemäße Analyse des Problems wird auf keine der beiden Theorien verzichten können. Sie wird die Wirksamkeit interner Entwicklungshindernisse ebenso in Betracht ziehen müssen wie die Wirksamkeit externer Hindernisse und dabei den Erklärungswert der ersteren nicht dadurch aushöhlen dürfen, daß sie diese zum ausschließlichen Resultat externer Kräfte erklärt[36].

45. Die Schwächen und Unstimmigkeiten einer Theorie, die die Unterentwicklung letztlich nur durch externe Faktoren erklären will, werden in der Dependenz-Literatur selbst offenkundig. Es ist beispielsweise nur mit der Wirkung interner Entwicklungsfaktoren zu erklären, weshalb eine Gruppe von Ländern zu Kolonialmächten, eine andere Gruppe von Ländern zu Kolonien werden konnte[37]. Trotz ihrer Neigung zu einer historischen Erklärung der Unterentwicklung übergeht die Dependenz-

---

[35] *Caves*, R. E.: Export-led-Growth and the New Economic History, in: Bhagwati, J. N. et al. (Eds.): Trade, Balance of Payments and Growth, a.a.O., S. 403 - 442, S. 432.

[36] *Nuscheler* tritt in diesem Sinne für eine Kombination von Modernisierungstheorien und Abhängigkeitstheorien ein. Vgl.: *Nuscheler*, F.: Bankrott der Modernisierungstheorien?, in: Nohlen, D.; Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der 3. Welt, Band 1, Hamburg, 1974, S. 195 - 207.

[37] Dies betont z. B. *Pinto*, A.: Notas sobre desarrollo, subdesarrollo y dependencias, in: El Trimestre Económico, Vol. XXXIX (1972), No. 154, S. 243 - 264, S. 248 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Literatur diese Tatsache vollständig[38]. Es ist aber nicht einzusehen, warum eine historische Erklärung der Unterentwicklung für alle Entwicklungsländer in der gleichen Weise mit der Kolonisierung als dem „Zeitpunkt Null" beginnen soll und warum die rein internen Faktoren, die die Voraussetzung für die Entstehung kolonialer Abhängigkeit darstellten und die nach der Kolonisierung nicht völlig in externen Faktoren aufgegangen sein können, dabei völlig vernachlässigt werden sollen. Zu welchen Unstimmigkeiten es führt, wenn bei einer Analyse der Unterentwicklung die in negativem wie positivem Sinn wirkenden eigenständigen Entwicklungsfaktoren eines Landes nicht berücksichtigt werden, kommt beispielsweise bei Szentes zum Ausdruck. Er rechnet bei seinen entwicklungspolitischen Vorschlägen zur Überwindung der Abhängigkeit in erster Linie mit den autonomen Kräften eines Landes und widerspricht damit zumindest teilweise seiner Analyse, in der diese Kräfte praktisch nicht vorkamen[39].

46. *These 6:* Unter dem Einfluß außenwirtschaftlicher Beziehungen haben sich in den peripheren Ländern soziale und politische Wandlungen vollzogen. Die dadurch begünstigten sozialen Gruppen haben sich einer allgemeinen Entwicklung ihrer Länder widersetzt. Insofern hat die außenwirtschaftliche Verflechtung die internen Entwicklungsbedingungen der peripheren Länder verschlechtert.

47. Zur Begründung dieser These wird in der Dependenz-Literatur darauf hingewiesen, daß insbesondere in afrikanischen Ländern, die durch weitgehend egalitäre, bäuerlich strukturierte Gesellschaften gekennzeichnet gewesen seien, die Öffnung für den Außenhandel in der kolonialen Epoche zur Herausbildung einer Handels- und Verwaltungselite geführt habe. Das für die Plantagenproduktion notwendige Arbeitskräfteangebot sei durch Kopfsteuern und ähnliche Maßnahmen geschaffen worden, die das ehemalige Sozialgefüge nachhaltig gestört hätten. Die Entwicklungs- und Außenhandelspolitik der Folgezeit sei nur zu verstehen, wenn man die auf diese Weise entstandene dualistische Gesellschaftsstruktur berücksichtige und den Interessenstandpunkt der einheimischen, vom Außenhandel begünstigten Elite in Betracht ziehe[40]. Nach marxistischer Deutung hat der überlegene ausländische Einfluß die

---

[38] *Szentes* deutet zwar an, daß er diesen Zusammenhang nicht abstreitet, aber er mißt ihm für seine Argumentation keinerlei Bedeutung bei. *Szentes*, T.: The Political Economy of Underdevelopment, Budapest, 1973, S. 126 f.

[39] Vgl. *Szentes*, T.: The Political Economy ..., a.a.O., Kapitel IV, Abschnitte 2 - 4.

[40] Vgl. dazu: *Hymer*, St.; *Resnick*, St. A.: International Trade and Uneven Development, in: Bhagwati, J. N. et al. (Eds.): Trade, Balance of Payments and Growth ..., a.a.O., S. 473 - 494, S. 480.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

traditionelle Sozialstruktur erschüttert und funktionsunfähig gemacht, aber nicht zur Entstehung einer „nationalen Bourgeoisie" geführt, die nach dem Vorbild westeuropäischer Länder als Träger einer autonomen Entwicklung in Frage gekommen wäre. Stattdessen sei eine sog. „Kompradoren-Bourgeoisie" entstanden[41], die ihre Vorrechte weitgehend der Tatsache verdanke, daß sie sich die Interessen der Kolonialmächte zu eigen machte, und die deshalb an der Aufrechterhaltung der Abhängigkeitsbeziehungen interessiert sei.

48. Auch von nicht-marxistischer Seite wird die durch den Außenhandel ständig erneuerte Auslandsorientierung der nationalen Führungsschicht häufig als ein Entwicklungshindernis bezeichnet. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Hinweis auf den sog. „Demonstrationseffekt". Danach hat die Auslandsorientierung der Ober- und Mittelschicht zur Folge, daß die Konsumstandards der wohlhabenden Länder übernommen werden und dadurch die inländische Konsumneigung in den Entwicklungsländern zu Lasten der Sparneigung zunimmt. Es wird ferner auf den offensichtlichen Widerstand einheimischer Führungsschichten gegen jede Form einer Verteilungspolitik hingewiesen. Sofern die Integration in die internationalen Güter- und Faktorströme die Macht dieser Gruppen stärke (z. B. durch Kapitalimporte, Spezialisierungs- und Verteilungsgewinne), erschwere sie nicht nur eine Umverteilung der Außenhandelsgewinne, sondern auch eine gerechte Verteilung der Wachstumsgewinne schlechthin.

49. Bei einer *kritischen Würdigung* ist ähnlich wie im Fall der These 5 auf den naheliegenden Einwand hinzuweisen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse eines Entwicklungslandes nicht ausschließlich durch seine außenwirtschaftlichen Beziehungen erklärt werden können. Die externen Einflüsse waren für die meisten Länder ambivalent. So kann beispielsweise dem „Demonstrationseffekt" im Konsumverhalten durchaus der „Demonstrationseffekt" in der Leistungsmotivierung entgegengehalten werden[42]. Den Fällen, in denen der Außenhandel die Machtposition der traditionellen Oligarchie gefestigt hat, lassen sich andere gegenüberstellen, in denen er die Macht dieser Schichten entscheidend schwächte[43]. Es läßt sich nicht ohne Rückgriff auf interne Faktoren erklären, warum dieser oder jener der ambivalenten Einflüsse stärker vom Inland aufgenommen wurde. Die 6. These deutet aber eine Möglichkeit an, die bei einer rein ökonomischen Betrachtung außenwirtschaftlicher Beziehungen übersehen und auf die in der Entwicklungssoziologie mit

[41] *Szentes,* T.: The Political Economy ..., a.a.O., S. 152.

[42] *Meier,* G. M.: The International Economics of Development ..., a.a.O., S. 237 f.

[43] Siehe dazu z. B. auch *Hymer,* St. H.; *Resnick,* St. A.: International Trade ..., a.a.O., S. 481.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der These vom „Kulturschock" hingewiesen wird. Es ist möglich, daß die Öffnung eines Landes für die internationalen Güter- und Faktorströme die sozio-kulturellen Anpassungskräfte dieses Landes überfordert und damit nicht einen Anreiz zur eigenständigen Entwicklung darstellt, sondern eine solche Entwicklung entscheidend behindert[44]. Diese Gefahr wird um so größer sein, je mehr die wirtschaftliche Öffnung eines Landes auf äußere politische Kräfte zurückzuführen ist und je weniger sie die normale Folge interner Entwicklungsprozesse darstellt. Es spricht vieles für die Annahme, daß gerade diese Situation in manchen peripheren Ländern gegeben war.

3. Zusammenfassung

50. Die in diesem Abschnitt geführte Diskussion soll zusammengefaßt werden, indem die eingangs gestellte Frage wieder aufgegriffen wird. Diese Frage lautete, inwiefern die Kritik der Dependenz-Schule berechtigt sei, daß die Bedingungen für das Zustandekommen entwicklungsfördernder Wirkungen des Außenhandels nicht erfüllt seien. Überblickt man die in diesem Abschnitt diskutierten Thesen, so läßt sich trotz zahlreicher kritischer Einwände folgendes Ergebnis festhalten:

a) Die internationalen Bedingungen der Gegenseitigkeit von Handelsliberalisierungen und der Stabilisierung der Exportmärkte sind nur teilweise erfüllt, weil

— die Spielregeln der internationalen Handelspolitik bei formaler Gleichbehandlung aller Länder die Entwicklungsländer benachteiligen;

— die Industrieländer wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Primärgütermärkte bisher nur insoweit zugelassen haben, als sie selber davon profitieren;

— einzelne Entwicklungsländer sich in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber transnationalen Unternehmen befinden und dadurch teilweise die Voraussetzungen für das Entstehen interdependenter außenwirtschaftlicher Beziehungen verletzt sind.

b) Die Erfüllung der nationalen Bedingungen eines funktionsfähigen Allokations- und Verteilungsmechanismus ist teilweise gerade durch die Form, in der die außenwirtschaftlichen Beziehungen verwirklicht wurden, beeinträchtigt worden, denn

— die traditionelle Außenhandelsspezialisierung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern begünstigte die Entstehung hete-

[44] *Behrendt*, R. F.: Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Entwurf einer Entwicklungssoziologie, Frankfurt/M., 1965, S. 261.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rogener Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, die eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren erschweren, und

— die mit der außenwirtschaftlichen Spezialisierung einhergehenden Verschiebungen im internen Sozialgefüge haben in einzelnen Fällen entwicklungshemmende Kräfte ausgelöst.

51. Dieses Ergebnis erlaubt den Schluß, daß die entwicklungsfördernden Wirkungen außenwirtschaftlicher Beziehungen sehr viel größer wären, wenn es gelänge, die aufgezeigten Hindernisse zu beseitigen. Weitergehende Schlußfolgerungen stehen auf unsicherem Boden. Dies gilt z. B. für die These, die unerfüllten internationalen und nationalen Bedingungen hätten überwiegend entwicklungshemmende Effekte zur Folge gehabt. Eine Begründung dieser These würde ein Abwägen zwischen positiven und negativen Wirkungen erfordern und wäre nur möglich, wenn der Nachweis gelänge, daß die Entwicklungsländer ohne eine Verflechtung in die bestehende, unvollkommene weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einen höheren Entwicklungsstand erreicht hätten. Im Blick auf die Vergangenheit würde der Versuch einer solchen Argumentation zu reiner Spekulation führen. Im Blick auf die Gegenwart und Zukunft entsteht die wirtschaftspolitische Frage, wie die aufgezeigten Hindernisse einer vollen Ausschöpfung positiver Außenhandelseffekte beseitigt werden können und welche Alternativen es für eine solche Politik gibt. Zur Beantwortung dieser Frage sollen abschließend im Abschnitt IV die Umrisse alternativer außenwirtschaftlicher Strategien skizziert werden. Die bisher geführte Diskussion dürfte gezeigt haben, daß die Aufrechterhaltung der bestehenden Bedingungen keine Alternative sein kann, sofern das Ziel einer Entwicklung der sog. Dritten Welt bejaht wird.

IV. Alternative Strategien einer außenwirtschaftlichen Entwicklungsförderung

52. Ausgehend von der Erkenntnis, daß im Interesse der Entwicklung der sog. Dritten Welt Änderungen der bestehenden außenwirtschaftlichen Bedingungen dringend erforderlich sind, können folgende grobe Alternativen aufgezeigt werden:

a) die Ausgliederung der Entwicklungsländer aus der bestehenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung,

b) die Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung bei grundsätzlicher Bejahung ihrer Allokationsaufgabe durch Beseitigung der genannten Entwicklungshindernisse,

c) eine veränderte Aufgabenstellung der internationalen Arbeitsteilung durch Einbeziehung verteilungspolitischer Ziele.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

53. *Zu a):* Bei der Lektüre vieler kritischer Analysen der Dependenz-Theoretiker drängt sich zwar häufig der Eindruck auf, die Vertreter dieser Theorie würden die puristische Lösung einer völligen Ausgliederung der Entwicklungsländer aus der internationalen Arbeitsteilung befürworten. Auf konkrete entwicklungspolitische Maßnahmen angesprochen, sind die Dependenz-Theoretiker aber weniger puristisch, und sie erkennen an, daß ein umfassender Protektionismus, der weit über eine Erziehungszollpolitik hinausgehen würde, keinen gangbaren Weg für die Entwicklungsländer darstellt. Als einzige mögliche Ausnahme wird dabei China gesehen. Die drastische Verminderung der Importe und Exporte und die Unterbindung des Kapitalverkehrs würden in Ländern, in denen die Auslastung bestehender und die Schaffung neuer Kapazitäten weitgehend importkapazitätsabhängig sind, nicht zur eigenständigen Entwicklung, sondern zum Zusammenbruch jeder Entwicklung führen.

54. *Zu b):* Stellt die Aussonderung aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung keinen gangbaren Weg dar, so ist nach Möglichkeiten zu fragen, die positiven Effekte dieser Arbeitsteilung stärker als bisher zur Geltung zu bringen. Dabei soll zunächst von der Annahme ausgegangen werden, daß das marktwirtschaftliche Prinzip konstitutiv für die Ordnung der internationalen Güter- und Faktormärkte bleiben soll. Der internationalen Arbeitsteilung wird damit ebenso wie bisher die Aufgabe zugewiesen, eine optimale Allokation der Weltressourcen herbeizuführen, ohne daß dabei die internationale Handelspolitik als ein Instrument zur internationalen Einkommensumverteilung eingesetzt wird. Dies bedeutet beispielsweise, daß zur Beseitigung eines der externen Entwicklungshindernisse die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten um einen mittel- und langfristig sich abzeichnenden Trend stabilisiert werden müßten, daß aber eine bewußte Änderung dieses Trends zugunsten rohstoffproduzierender Länder zu unterlassen wäre, um eine Fehlallokation der Weltressourcen zu vermeiden. Für die Industrieländer bedeutet dies ferner, daß sie verstärkte Anstrengungen unternehmen müßten, die Einfuhr von Gütern zu erleichtern, bei deren Herstellung die Entwicklungsländer komparative Kostenvorteile aufweisen. Sie müßten eine liberalere Handelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern durch eine entsprechende Anpassungspolitik im Inneren erleichtern und sollten dabei auch künftige Strukturwandlungen, die sich aus absehbaren Änderungen der komparativen Kostenvorteile ergeben, nicht verhindern. Soll das Bekenntnis der Industrieländer für einen freien Welthandel ernstgenommen werden, so muß ferner auch ihr Agrarprotektionismus zur Disposition stehen. Im Hinblick auf die Tätigkeit transnationaler Unternehmen wären gemeinsame Verhaltensregeln und internationale Kontrollinstanzen zu schaffen, an denen die Ent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wicklungsländer nicht nur formal gleichberechtigt, sondern ihrer besonderen Förderungswürdigkeit entsprechend partizipieren könnten. Generell geht es beim Problem transnationaler Unternehmen um Lösungen, die die positiven Effekte dieser Unternehmen stärker zu Geltung und die aus ihrer Marktmacht resultierenden negativen Effekte unter Kontrolle bringen lassen. Die skizzierten außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen würden nichts anderes zum Inhalt haben, als eine konsequentere Anwendung des marktwirtschaftlichen Prinzips auf internationaler Ebene, nachdem es sich auch auf nationaler Ebene als Instrument zur Herbeiführung eines optimalen Einsatzes der Produktionsfaktoren bewährt hat. Ebenso wie auf nationaler Ebene wäre auch international eine Antimonopolpolitik und eine aktive Strukturanpassungspolitik zu betreiben sowie die Markttransparenz zu erhöhen.

55. Diese Strategie würde es den Entwicklungsländern erleichtern, ihren nationalen Entwicklungszielen näher zu kommen. Es ist allerdings zu vermuten, daß auf diese Weise das internationale Entwicklungsgefälle nicht überwunden werden kann. Es ist sogar wahrscheinlich, daß, ausgehend von der gegebenen Verteilung des Welteinkommens, die konsequentere Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien zur internationalen Faktorallokation das Einkommensgefälle zwischen den Industrieländern und Entwicklungsländern verstärken würde. Eine rein marktwirtschaftliche Regelung der Rohstoffmärkte würde beispielsweise die reichen Länder noch stärker als bisher in die Lage versetzen, ihren Rohstoffbedarf zur Herstellung von „Luxusgütern" zu decken, während der sehr viel dringendere Bedarf der Entwicklungsländer nicht befriedigt werden könnte. Um die marktwirtschaftliche Faktorallokation auf internationaler Ebene unter welt-sozialen Gesichtspunkten rechtfertigen zu können, müßte sie deshalb — analog zum regionalen Einkommensausgleich innerhalb eines Landes — durch eine internationale Verteilungspolitik ergänzt werden. Die dabei als „internationale Transferzahlungen" bewegten Summen müßten das Niveau der gegenwärtigen Entwicklungshilfe deutlich übersteigen. Die skizzierte Strategie würde also bedeuten, daß eine internationale Allokationspolitik, bei der konsequenter als bisher marktwirtschaftliche Prinzipien zum Tragen kommen, mit einer internationalen Verteilungspolitik kombiniert wird[45].

56. *Zu c:* Die an zweiter Stelle diskutierte Strategie mutet im Augenblick utopisch an. Daß sie aber mehr ist als ein unverbindliches Gedan-

[45] Auf einer abstrakten Ebene hat Perroux die Prinzipien einer solchen Strategie herausgearbeitet. Er spricht vom „kommerziellen Transfer", der zu Ungleichheiten und Abhängigkeiten führt und von einem „Solidaritätstransfer", der den erstgenannten erträglich macht. Vgl.: *Perroux,* F.: Macht und ökonomische Gesetzmäßigkeit, in: Schneider, H. K.; Watrin, C. (Hrsg.): Macht und ökonomisches Gesetz. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Band 74/2, Berlin, 1973, S. 737 - 754, S. 741.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kenspiel wird deutlich, wenn auf eine dritte Alternative zur Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung hingewiesen wird. Für die Verwirklichung dieser Alternative setzen sich die große Mehrheit der Entwicklungsländer sowie die Ostblockländer mit zunehmender Vehemenz ein. Sie besteht letztlich in einer Weltplanwirtschaft, in der der Einsatz knapper Produktionsfaktoren primär unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten vorgenommen wird. Würden diese Vorschläge verwirklicht werden, so wäre mit Sicherheit ein erheblicher Effizienzverlust in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu erwarten. Die Entwicklungsländer hätten den zweifelhaften Triumpf, ohne eigenen ökonomischen Gewinn ein System zu Fall gebracht zu haben, das zwar bisher mehr den Industrieländern als den Entwicklungsländern genützt hat, das aber genügend Ansatzpunkte für eine bessere Berücksichtigung der Entwicklungsländer bietet. Für die Industrieländer ist es deshalb keine Frage sozial-utopischer Spielereien, ob sie sich mit den Vorschlägen zur Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung im Sinne der zweiten Alternative befassen. Es ist für sie viel eher die Frage nach der Bewahrung einer Ordnung, die bisher ihren eigenen Wohlstand ermöglichte und die bei Durchführung der notwendigen Reformen auch den Wohlstand der Entwicklungsländer erhöhen kann.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Möglichkeiten und Gefahren einer monetären Integration: Das Beispiel der Franc-Zone

Von *Christian Uhlig*, Bochum

I. Probleme wirtschaftlicher Integration in Entwicklungsländern

Die Frage der regionalen Zusammenarbeit und Integration zwischen Entwicklungsländern wird in zunehmendem Maße diskutiert. Dabei werden die Wohlfahrtseffekte einer solchen wirtschaftspolitischen Strategie häufig von vornherein als sehr positiv bewertet, weil aufgrund der Bildung größerer einheitlicher Wirtschaftsräume Vorteile hinsichtlich einer effizienteren Investitionsplanung, besserer Arbeitsteilung, günstigerer Kostengestaltung der Produktion und insgesamt durch produktivere Nutzung der gegebenen Ressourcen in den Ländern der Dritten Welt erwartet werden[1]. Neben schon seit der Kolonialzeit existierenden wirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie der „East African Community" (EAC) wurde seit den 60er Jahren eine Vielzahl neuer interregionaler Kooperationen vereinbart, wie in Asien die „Association of South-East Asian Nations" (ASEAN) bzw. die „Regional Cooperation for Development" (RCD) und der „Arabische Gemeinsame Markt" in Vorderasien, in Lateinamerika die „Latin American Free Trade Association" (LAFTA), der „Central American Common Market" (CACM) und die „Caribbean Free Trade Association" (CARIFTA) sowie in Afrika die „Union Douanière des Etats de l'Afrique Centrale" (UDEAC), die „Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest" (CEAO) oder die „Entente" zwischen Elfenbeinküste, Obervolta, Niger, Dahomey und Togo. 1975 wurde schließlich die „große" westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) gegründet.

Eine Analyse der verschiedenen Beispiele regionaler Integration zeigt, daß die Ergebnisse keineswegs eindeutig positiv sind. Manche der Vereinbarungen konnten aufgrund starker Spannungen unter den Mitgliedern kaum zu voller Funktion gelangen, in anderen Zusammenschlüssen herrscht ständige Unzufriedenheit einiger, meist schwächerer Partner

---

[1] Vgl. zur allgemeinen Darstellung der Probleme der Integration *Balassa*, B.: The Theory of Economic Integration, London 1962; *Dorner*, K.: Probleme einer weltwirtschaftlichen Integration der Entwicklungsländer, Tübingen-Basel 1974; *Krauss*, M. B. (Ed.): The Economics of Integration, London 1973.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit der Kooperation[2]. Es zeigt sich, daß die Erwartungen gegenüber der regionalen Integration oft viel zu optimistisch und die Abschätzung der Vor- und Nachteile mit ihrer Verteilung auf die einzelnen Partner sowie die vorgesehenen redistributiven Kompensationsmaßnahmen unzureichend waren. In einer von der UNCTAD herausgegebenen Studie wurden verschiedene Beispiele für die negativen Wirkungen sowie für Ansätze von Evaluierungsmethoden zur befriedigenderen Lösung der Probleme diskutiert[3]. Zusammenfassend wurde festgestellt: „Integration schemes tend to favour the more advanced members of a grouping who benefit from the liberalization of trade and the expansion of their markets, while the less advanced members tend to gain less, unless the scheme provides for structural changes in the latter countries"[4]. Es zeigt sich, daß in vielen Fällen typische „backwash"-Effekte im Sinne Myrdals auftreten.

Unter den verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von der Freihandelszone bis zur Wirtschaftsunion spielt auch die monetäre Integration in Währungsunionen bzw. Währungszonen für Entwicklungsländer eine bedeutende Rolle. Aber diese Form internationaler Integration ist aus naheliegenden Gründen, die sich unschwer aus den Diskussionen um die Schaffung einer europäischen Währungsunion und der Neuordnung des internationalen Währungssystems ableiten lassen — Probleme der Entwicklung einer gemeinschaftlichen Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik mit ausreichender Wertgarantie und gemeinsamer Kontrolle der gemeinschaftlichen Währung unter Aufgabe von nationalen Souveränitätsrechten —, nur selten und unter besonderen Bedingungen verwirklicht worden. Auch bei solchen Integrationsbemühungen, sollen sie zum Erfolg führen, müssen die Vor- und Nachteile der Zusammenarbeit abgewogen und den Beteiligten die Probleme sowie die zu erwartenden speziellen oder gemeinschaftlichen Vorteile klargemacht werden[5].

---

[2] Eine interessante Zusammenfassung und Analyse der Probleme wirtschaftlicher Integration der dritten Welt bei *Johann*, H. und I.: Die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen der Enwicklungsländer, München 1974; außerdem *Petermann*, E. U.: Wirtschaftsintegrationsrecht und Investitionsgesetzgebung der Entwicklungsländer, Baden-Baden 1974; zu Erfahrungen in Lateinamerika vgl. bereits: *Dell*, S.: A Latin American Common Market, London 1966, S. 121 ff.

[3] Vgl. UNCTAD: Current Problems of Economic Integration. TD/B/394. New York 1973 mit einer ausführlichen Studie von E. Lizano über „The Distribution of Benefits and Costs in Integration among Developing Countries".

[4] Ebenda, S. 10.

[5] Vgl. dazu insbesondere *Johnson*, H. G. und *Svoboda*, A. K. (Eds.): The Economics of Common Currencies, London 1973; zur allgemeinen Problematik der Währungsunion: *Giersch*, H. (Hrsg.): Integration durch Währungsunion? Tübingen 1971.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im folgenden soll die Problematik monetärer Integration in Entwicklungsländern am Beispiel der Franc-Zone näher untersucht werden[6]. Die Franc-Währungszone hat für die frankophonen afro-madagassischen Länder besondere wirtschaftliche und politische Bedeutung[7]. Sie wird gemeinschaftlich von Frankreich, seinen Überseedepartements und -territorien, Monaco sowie seinen ehemaligen Kolonien, den heute unabhängigen Staaten West- und Zentralafrikas und — bis 1973 — Madagaskar[8], gebildet. In letzter Zeit hat sich die Diskussion über die Wirksamkeit dieses währungspolitischen Zusammenschlusses allerdings verschärft. Die Jahre 1972 und 1973 waren sogar ausgesprochene Krisenjahre für die Gemeinschaft; denn nachdem bereits 1959 Guinea die Zone verlassen hatte und 1960 das inzwischen wieder voll integrierte Mali einen autonomen Weg zu gehen suchte, haben sich 1972 Mauretanien und 1973 Madagaskar endgültig von der Gemeinschaft getrennt. Auch unter den übrigen Mitgliedsländern zeigte sich erhebliche Unruhe. Das mündete schließlich in eine umfangreiche diplomatische Aktivität und Beschlüssen zur Reorganisation der bestehenden Einrichtungen ein. Diese erhielten wesentlich erweiterte Autonomierechte wie auch allgemein den afrikanischen Mitgliedsländern größere Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt wurden.

---

[6] Die vorliegende Arbeit beruht auf einer ausführlichen Studie des Verfassers, die inzwischen unter dem Titel „Monetäre Integration bei wirtschaftlicher Abhängigkeit. Probleme einer währungspolitischen Strategie dargestellt am Beispiel der Franc-Zone" in der Reihe „Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen", Diskussionsbeiträge des Instituts für Allgemeine Überseeforschung, Hamburg im Weltforum Verlag, München 1976 erschienen ist.

[7] Zur Dokumentation über die Franc-Zone vgl. vor allem: IMF Staff Papers, Vol. 10 (1963), S. 380 ff.; IMF: Survey of African Economies, Vol. 1, Washington 1968, S. 14 ff.; Vol. 3, Washington 1970, S. 71 ff.; Vol. 4, Washington 1971, S. 154 ff.; *de la Fournière,* X.: La Zone Franc, Paris 1971; *Wallraven,* S.: Währungsintegration und Währungspolitik der Franc-Zone Afrikas, Frankfurt 1973; zu Teilbereichen: *Geiß,* H.-G.: Die Geld- und Banksysteme der Staaten Westafrikas, München 1967; *Frediani,* L.: The Banking System of Gabon and the Central Bank of the States of Equatorial Africa and the Cameroon, Milan 1974.

[8] Mitglieder in Westafrika: Dahomey, Elfenbeinküste, Mauretanien (bis 1972), Niger, Obervolta, Senegal, Togo (Bereich der „Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest" und der „Union monétaire ouest-africaine" — UMOA) und Mali („Banque Centrale du Mali"); in Zentralafrika: Gabun, Kamerun, Volksrepublik Kongo, Tschad und Zentralafrikanische Republik (Bereich der „Banque Centrale des Etats de l'Afrique Equatoriale et du Cameroun" — BCEAEC, seit 1973 „Banque des Etats de l'Afrique Centrale" — BEAC); für Madagaskar fungierte bis zu seinem Austritt 1973 das „Institut d'Emission Malgache" als Zentralbank, jetzt die „Banque Centrale de la République Malgache" (BCRM). Das Territorium der Afars und Issas (Djibouti) hat ein besonderes Währungsstatut. Als eine Art assoziierte Staaten mit autonomer Zentralbank, aber besonderen Beziehungen zum Finanzplatz Paris können Algerien, Marokko und Tunesien gelten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II. Der Funktionsmechanismus der Franc-Zone

Zusammenfassend kennzeichnen folgende Prinzipien den Funktionsmechanismus der Franc-Zone[9]:

im Innenverhältnis:

— feste Währungsparität zwischen den nationalen bzw. multinationalen Währungen und dem französischen Franc

— unbeschränkte Konvertibilität zwischen den Mitgliedswährungen

— freier Geld- und Kapitalverkehr

— enge Zusammenarbeit in der Geld- und Finanzpolitik;

im Außenverhältnis:

— Pool aller Gold- und Devisenreserven der Zentralbanken in Paris

— gemeinsame Devisenpolitik bei prinzipiell voller Außenkonvertibilität

— bei Bedarf Koordination der Außenwirtschaftspolitik.

Folgt man der Auffassung, daß eine Währungsunion allgemein die folgenden Voraussetzungen erfüllen sollte: Konstante, feste Wechselkurse, volle Konvertibilität, Fehlen von Bankkosten für Währungstauschoperationen, Einheitlichkeit der Bankpraktiken und der rechtlichen Grundlagen des Geldwesens[10], so ist festzustellen, daß die Franc-Zone diese Voraussetzungen de facto erfüllt. Allerdings ist de jure die Veränderung der Währungsparitäten zwischen Leitwährung (französischer Franc) und den Übersee-Währungen durch Beschluß möglich. Es besteht deshalb ein Unterschied zu einer Währungsunion, und es ist Wallraven zu folgen, der den Franc-Währungsblock als Währungszone bezeichnet[11]. Dabei ist das System von besonderem organisatorischem Interesse, weil innerhalb der Währungszone zwei echte Währungsunionen — in Westafrika die „Union monétaire ouest-africaine" (UMOA) und in Zentralafrika der zentralafrikanische Währungsverbund — bestehen.

Die wesentlichste Grundlage des Systems bildet die unbeschränkte Garantie der Währungen aller Mitgliedsländer durch das französische Schatzamt. Für jede Zentralbank wird dort ein „compte d'opérations"

---

[9] Eine ausführliche Darstellung des Systems bei *Wallraven*, S., a.a.O.

[10] Zur Definition vgl. *Sohmen*, E.: Remarks to the Project of a European Monetary Union, in: *Giersch*, H.: a.a.O., S. 125. Er sieht als Voraussetzung für eine Währungsunion besonders die Konstanz der Währungsparitäten zwischen den beteiligten Ländern an. So auch *Grubel*, H. G.: The Theory of Optimum Regional Associations, in: *Johnson*, H. G. and *Svoboda*, A. K., a.a.O., S. 101.

[11] Vgl. *Wallraven*, S., a.a.O., S. 94 f.; zur weitergehenden Auseinandersetzung mit der Frage vgl. *Uhlig*, C.: Monetäre Integration, a.a.O., S. 20 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geführt. Die Mitgliedsländer sind verpflichtet, ihre erwirtschafteten Devisen bzw. Goldbestände in französische Francs umzutauschen, die dem Operationskonto der jeweiligen Zentralbank gutgeschrieben werden. Die Devisenverpflichtungen werden ebenfalls über dieses Konto abgerechnet wie auch die gesamten Transaktionen in französischen Francs. Das Operationskonto kann bei Bedarf jederzeit durch die entsprechende Zentralbank überzogen werden. Dadurch ist die ständige internationale Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsländer garantiert.

Die Devisen werden also in einem gemeinsamen Pool gehalten (bis auf die Guthaben und die Goldtranche beim IMF), den die Bank von Frankreich verwaltet. Die internationale Reserveposition der Mitgliedsländer wurde bisher grundsätzlich in französischen Francs ausgewiesen. In den 1972 und 1973 erfolgten Revisionen der Abkommen zur Bildung der BEAC und der Neuordnung der BCEAO sind zur besseren Sicherung der Devisenreserven der Mitgliedsländer gegen Verluste bei Abwertung der Leitwährung verschiedene Klauseln in die Verträge eingebaut worden. Danach kann die BEAC ihre Währungsreserven partiell (bis zu 20 %) in anderen Währungen halten, was allerdings die grundsätzliche Umtauschpflicht in Francs nicht schmälert. Für den Bereich der BCEAO wurde die Definition der Reserven in Gold vorgesehen. Dort können auch 35 % der Reserven frei für den Handel mit Drittländern verwendet werden.

Das Operationskonto ist aber kein Instrument der langfristigen Kreditfinanzierung — etwa in Form der von den Entwicklungsländern jetzt erreichten stärkeren Verwendung der Reservemittel des IMF für die Entwicklungsfinanzierung. Vielmehr handelt es sich um einen Ausgleichsmechanismus für kurzfristige Zahlungsgleichgewichte, wobei aber die Mittel zusätzlich zu den üblichen Ziehungsrechten beim IMF zur Verfügung stehen. Guthaben der Mitgliedsländer werden zum französischen Diskontsatz verzinst, für Defizite müssen nach einem Staffelsatz, der ab 10 Mill. F dem französischen Diskontsatz entspricht, Zinsen bezahlt werden. Diese Verteuerung der Kredite sowie eingebaute Automatismen bzw. entsprechende Beschlüsse der Zentralbankräte leiten schließlich im Falle von Defiziten eine Politik der Geldverknappung in dem betroffenen Währungsgebiet ein mit dem Ziel, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zu beseitigen. Hierbei ergeben sich natürlich erhebliche unmittelbare Rückwirkungen auf die nationale Geld- und Wirtschaftspolitik der Regierungen der betroffenen Mitgliedsländer. Dabei können diese den Mechanismus direkt nur wenig über ihre beschränkten Stimmrechte in den Zentralbankräten beeinflussen.

Urteilt man nun zunächst nach den statutorischen Organisationsprinzipien, so scheint es sich bei diesem integrierten internationalen Wäh-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rungsverbund um ein den Bedürfnissen der überseeischen Partner gut angepaßtes System zu handeln. Trotz ihrer noch schwachen wirtschaftlichen Potenz werden diese in das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem in einer Form eingebunden, die ihnen viele Vorteile bietet.

Um so interessanter ist es festzustellen, daß trotz dieser Vorteile erhebliche Kritik gegen das System vorgebracht wird. Diese soll im folgenden überprüft werden.

III. Die Kritik an der Form der Integration

Die Kritik am Funktionsmechanismus der Franc-Zone richtet sich zunächst hauptsächlich gegen die folgenden Punkte[12]:

1. Es wird argumentiert, daß das System vornehmlich Frankreich begünstige, da die überseeischen Mitgliedsländer im Handel mit Drittländern außerhalb der Zone meist positive Salden aufweisen, während vor allem der Handel mit Frankreich defizitär sei. Folglich seien die Überseeländer ein beachtlicher Devisenlieferant für die Franc-Zone, während Frankreich seinen Überschuß im Handel mit den Überseeländern der Zone über den Mechanismus des Operationskontos mit den von diesen verdienten Devisen abdecke.

2. Da die Zahlungsbilanzen der Überseeländer infolge des Zuflusses öffentlicher und privater Mittel, insbesondere aus Frankreich, bisher überwiegend eine Tendenz zum Ausgleich bzw. sogar zum Überschuß aufweisen, komme der vorgesehene Garantiemechanismus kaum zum Zuge. Frankreich gebe also eine fast kostenlose Garantie, gewinne aber dadurch den Zugang zum Markt der übrigen Franc-Zonen-Mitglieder.

3. Gegenüber der grundsätzlichen Bedingung der vollen Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs innerhalb der Franc-Zone wird geltend gemacht, daß davon ebenfalls vor allem die Metropole profitiere, insbesondere über die privaten Kapitalinteressen. Die Bilanz der privaten Kapitalbewegungen sei für die überseeischen Mitgliedsländer infolge der hohen Gewinn- und Kapitalrücktransfers sowie des Transfers von Gehaltsteilen französischer Überseemitarbeiter oder -beamter sehr oft negativ und könne nur durch erhebliche Überweisungen öffentlicher französischer oder anderer Mittel ausgeglichen werden.

---

[12] Zur Kritik vgl. besonders *Amin*, S.: Pour un aménagement du système monétaire des pays africains de la Zone Franc, in: Le mois en Afrique, No. 41 (1969); *Diallo*, S.: La Zone Franc et les Etats africains après dix ans d'indépendance, in: Présence africaine, Paris 1971; *Dirra*, M.: Les Etats africains et la garantie monétaire de la France, Paris 1972; eine offizielle französische Auseinandersetzung mit der Frage in: Les problèmes de la Zone Franc. Rapport présenté au nom du Conseil économique et social par X. de la Fournière, in: Journal Officiel de la République Française, No. 3/1970, S. 185 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4. Vor allem aber behindere die Einbindung der Überseemitglieder in das Währungssystem der Franc-Zone eine auf die nationale Entwicklung des jeweiligen Landes ausgerichtete eigenständige Geld- und Finanzpolitik. Die eingebauten Automatismen, die den mittel- und langfristigen Ausgleich der Zahlungsbilanz sichern sollen, zwingen den Überseeländern häufig frühzeitig eine deflationäre Geldpolitik auf, während Frankreich selbst in seinem nationalen Bereich eher eine expansive Politik betreibe. Außerdem hätten die jeweiligen Zentralbanken statutengemäß nur geringe Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehenden Reserven für eine aktive Entwicklungsfinanzierung einschließlich der Vergabe längerfristiger Kredite an die nationalen Schatzämter einzusetzen.

Aufgrund dieser kritischen Argumente wird eine Revision der Verträge zugunsten der überseeischen Partner, wenn nicht sogar die völlige Auflösung oder Regionalisierung der währungspolitischen Kooperation mit Frankreich gefordert. Auch nach der letzten Revision der Verträge mit den afrikanischen Ländern ist diese grundsätzliche Kritik nicht verstummt.

IV. Die Überprüfung der Argumente

Im folgenden sollen die Punkte im einzelnen untersucht werden.

Zu 1): Was die Lage der Handelsbilanz anbetrifft, so ist es richtig, daß für die beiden afrikanischen Zentralbankbereiche im Handel mit Drittländern tendenziell ein Überschuß besteht, der vornehmlich durch die Länder Elfenbeinküste, Mauretanien, Gabun und Kamerun erwirtschaftet wird (vgl. Tabelle 1)[13].

Die übrigen Länder präsentieren jedoch chronische Defizite, wobei wertmäßig besonders dasjenige Senegals ins Gewicht fällt. Auch Madagaskars und vor allem Malis Handelsbilanzen zeigten stets Defizite im Handel mit Drittländern. Außerdem fällt auf, daß die Ergebnisse bei den Überschußländern in den Jahren 1969 - 71 sinkende Tendenzen aufweisen. Das wird sich für einige Rohstoffländer, wie Gabun und Mauretanien bei festeren Preisen der Exporte zwar wieder ändern, aber es zeigt doch, daß auch der Einfuhrbedarf aus den Drittländern schnell wächst, und somit zunehmende monetäre Überschüsse keineswegs langfristig garantiert sind. Der Handel mit Frankreich ist allgemein stark defizitär, so daß auf den gesamten Außenhandel bezogen nur noch die Bilanzen von Elfenbeinküste, Mauretanien und Gabun größere Überschüsse aufweisen. Diese reichen jedoch schon kaum für die Länder

[13] Die Analyse basiert auf der offiziellen Statistik der Franc-Zone: Rapport publié par le Secrétariat du Comité Monétaire de la Zone Franc: La Zone Franc en 1971, in: Statistiques et Etudes Financières, No. 293 (1973).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selbst aus, um die Defizite ihrer Dienstleistungsbilanzen zu kompensieren, geschweige denn, die Defizite der verschiedenen Währungsbereiche auszugleichen[14]. Mit dem Austritt Mauretaniens aus der Franc-Zone fällt seit 1973 auch noch ein wichtiger Devisenbringer aus, so daß der Ausgleich noch schwieriger wird.

Diese Sachlage relativiert die Vorwürfe der Übervorteilung durch Frankreich schon beträchtlich. Hinzu kommt folgender Sachverhalt: Wenn auch unstreitig ist, daß die afrikanischen Länder Devisen erwirtschaften, die in den Pool einfließen, so ist für alle Länder doch unabweisbar, daß sie, würden sie nicht in Frankreich kaufen, zu Käufen in anderen Ländern gezwungen wären. Damit wären ihre Devisenüberschüsse im Endeffekt ebenfalls saldiert. Allerdings könnten dann kaum so großzügig Defizite wie im Verhältnis zu Frankreich finanziert werden.

Gravierende Nachteile ergeben sich hierbei für die Mitgliedsländer möglicherweise aufgrund von Preis- und Qualitätsunterschieden der Lieferungen. Hier liegt sicherlich ein ernsthaftes Problem. Obwohl inzwischen die früher praktisch nur für Frankreich zugängigen Märkte der Überseeländer durch die EWG-Assoziation auch für die übrigen europäischen Mitgliedsländer zugängig geworden sind und damit der Wettbewerb verschärft worden ist, können sich in manchen Bereichen französische Monopolstellungen noch immer erhalten; zumal häufig europäische Produkte durch französische Handelsvertretungen angeboten werden. Die französischen Exporteure erlangen auch durch die französische Entwicklungshilfe mit ihrer Lieferbindung eine bevorzugte Stellung. So sind offenbar für manche Produkte immer wieder überhöhte Preisstellungen zu beobachten, die die Erinnerung an die Praktiken der Kolonialperiode bei den überseeischen Mitgliedern wachhalten und zur Kritik führen. Der französische Wirtschafts- und Sozialrat hat im übrigen diese möglichen Praktiken ebenfalls kritisiert und die Einrichtung einer Untersuchungskommission angeregt[15]. Diese Monopolstellungen könnten durch eine gezielte nationale Wirtschaftspolitik, die den Aufbau nationaler Handels- und Versicherungsunternehmen sowie die direkte Aktivität anderer europäischer Anbieter fördert, auch unter Beibehaltung des Währungsverbundes bekämpft werden.

Handelspolitisch ergibt sich für Frankreich durch die Überschüsse der Überseeländer im Handel mit Drittländern und den Defiziten mit Frankreich natürlich ein Vorteil, da die Defizite mit außerhalb der Franc-Zone erwirtschafteten Devisen abgedeckt werden. Das stellt aber im Prinzip

---

[14] Vgl. dazu die Angaben für 1969 in Tab. 3, deren statistische Quellen sich allerdings von denen der Tab. 1 + 2 unterscheiden, so daß die Angaben nicht voll vergleichbar sind.

[15] Vgl. Rapport de la Fournière, a.a.O., S. 187.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht für die überseeischen Mitglieder, sondern vielmehr für die potentiellen Lieferanten der Drittländer eine Einbuße dar, die nun nicht nach den Überseeländern liefern können. Von Frankreich aus gesehen, hat zudem die Bedeutung des Handels mit den Franc-Zonen-Ländern erheblich abgenommen, so daß die hier entstehenden Vorteile im Gesamtergebnis immer weniger zu Buche schlagen[16], wenn sie auch hinsichtlich der Stabilität des Marktes nicht unterschätzt werden sollen[17].

Zu 2): Daß die Zahlungsbilanzen der Mitgliedsländer weitgehend ausgeglichen seien, so daß die Garantie des französischen Schatzamtes kaum zum Zuge zu kommen brauche, gilt nur beschränkt. Tabelle 2 zeigt, daß 1971 die konsolidierte Zahlungsbilanzposition der afro-madagassischen Länder negativ ist und daß im Laufe der Jahre 1968 - 71 beachtliche Schwankungen bei den Zahlungsbilanzpositionen der einzelnen Zentralbankbereiche auftraten. Tabelle 3 zeigt für 1969, daß die Mehrzahl der Länder eine negative Zahlungsbilanzposition aufweist. Insbesondere die rapide Verschlechterung der Handelsbilanz der westafrikanischen Staaten und der daraus folgende negative Saldo der Zahlungsbilanz zeigen, wie schnell eine als sicher geglaubte Position verloren gehen kann.

Richtig ist, daß alle Zentralbanken, außer in Mali, eine positive Reserveposition ausweisen, so daß dadurch der Garantiemechanismus auf den Zentralbankbereich bezogen, nicht zum Zuge zu kommen braucht. Für Mali spielt die Garantie aber seit langem eine wichtige stabilisierende Rolle.

Die relativ günstige Zahlungsbilanzlage und Reservepositionen der übrigen überseeischen Franc-Zonen-Länder ist zum einen Teil besonders den kontinuierlichen öffentlichen Übertragungen und Entwicklungshilfeleistungen von seiten Frankreichs zu verdanken[18]. Das zeigt deut-

[16] Deshalb hält Vellas die Kritik, daß die Franc-Zone vornehmlich französischen Interessen diene, für übertrieben. Er verweist dagegen auf das erhebliche französische Engagement im Bereich der finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation. Vgl. *Vellas*, P.: Development of the Franc-Area and of Franco-African Monetary Cooperation, in: Journal of World Trade Law., Vol. 2 (1968), S. 95 ff.; dazu auch Rapport de la Fournière, a.a.O., S. 213 f.

[17] Der Anteil der afrikanischen Mitgliedsländer an den Gesamtexporten der Franc-Zone betrug 1968 11 %, 1971 aber nur noch 8 %, an den Gesamtimporten 13 % bzw. 11 %. Vgl. La Zone Franc, a.a.O., S. 31 ff.; 1972 gingen 4,5 % der Gesamtexporte Frankreichs in die Franc-Zone und es kamen von dort 4,2 % der Gesamteinfuhren. Der Überschuß der Leistungsbilanz Frankreichs gegenüber den Franc-Zonen-Ländern betrug 1972 2 754 Mill. FF, davon 1 971 Mill. FF aus Dienstleistungen. Vgl. Balance de paiements entre la France et l'extérieur en 1972, in: Statistiques et études financières Nr. 303/1974, S. 44 ff.

[18] Die öffentliche Hilfe Frankreichs an die afro-madagassischen Staaten betrug 1971 (1968) 1 627 Mill. F. (1 323 Mill. F.), wovon 471 Mill. F. (451 Mill. F.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich Tabelle 3. Diese Leistungen sind aber sicherlich als abhängige Variable des Zustands der politischen Beziehungen zwischen den Ländern zu betrachten. Zum anderen tragen die Überschußpositionen einiger Mitgliedsländer wie Elfenbeinküste, Mauretanien und Gabun viel zur Verbesserung der Lage aller Franc-Zonen-Mitglieder bei. Hier werden also die Vorteile der gemeinsamen Nutzung der Währungsreserven sowohl für die einzelnen Länder wie auch die Regionen und den Gesamtverband deutlich sichtbar[19].

Zu 3): Interessante Aufschlüsse ergibt die Überprüfung der Einwände, daß die Bilanz der privaten Kapitalbewegungen der afrikanischen und madagassischen Mitglieder durch den hohen Transfer von Gewinnen bzw. Gehältern der europäischen Kräfte tendenziell negativ sei und der Saldo nur durch die offiziellen Übertragungen von seiten Frankreichs gedeckt werden könne[20].

Das zugängliche Material der Zahlungsbilanzstatistik ist zu lückenhaft, um eindeutige Interpretationen der privaten Zahlungsströme zu erlauben[21]. Immerhin läßt sich aus dem vorhandenen Material eine Bestätigung der oben behaupteten Tendenz ableiten, wobei allerdings die Bedeutung des Abflusses privater Mittel aus verschiedenen Gründen nicht überschätzt werden darf.

Was den langfristigen privaten Kapitalverkehr in der Franc-Zone betrifft, so war nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder 1959/60 zunächst ein für Afrika negativer Trend zu beobachten, der durch die Repatriierung erheblicher Kolonialkapitalien ausgelöst wurde[22]. Seit Mitte der 60er Jahre ist diese Tendenz zugunsten der afrikanischen Länder verändert worden, als durch angepaßte Investitionsförderungs-

---

Nettokapitalleistungen und 1 156 Mill. F. (872 Mill. F.) Ausgaben für technische, kulturelle und finanzielle Hilfe waren. Vgl. La Zone Franc en 1971, a.a.O., S. 124.

[19] Zur Darstellung des Devisenmonopols vgl. besonders *Vinay*, B.: La mise en commun des devises. Mythe ou réalité de la Zone Franc? In: Revue Tiers-monde, tome XIV (1973), No. 55, S. 463 ff.

[20] Vgl. dazu vor allem *Amin*, S.: Pour un aménagement, a.a.O.; vgl. auch *de la Fournière*, X., a.a.O., S. 65. Amin geht auch in seiner Studie über die Entwicklung der westafrikanischen Staaten Mali, Guinea und Ghana davon aus, daß der Saldo der privaten Kapitalbewegungen im ehemaligen Französisch-Westafrika negativ, in Ghana und Nigeria dagegen positiv sei. Vgl. *Amin*, S.: Trois expériences africaines de développement: Le Mali, la Guinée et la Ghana. Etudes Tiers-Monde, Paris 1965, S. 220. Für 1969 läßt sich diese Aussage für Ghana und Nigeria nicht mehr bestätigen. Hier ist die Bilanz ebenfalls stark negativ. (Vgl. Tab. 3.).

[21] Zur Frage der konzeptionellen Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik in Afrika vgl. External Transactions Statistics for Africa, in: UN Statistical and Economic Information Bulletin for Africa, No. 4 (1973), S. 133 ff.

[22] Vgl. IMF: Surveys of African Economies, Vol. 3, Washington 1970, S. 91 ff.; Vol. 1, Washington 1968, S. 33 ff.; Vol. 4, Washington 1971, S. 175 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesetze und zum Zwecke der Erschließung von Rohstofflagern ein beträchtlicher Kapitalzufluß vor allem in die Länder Mauretanien, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun und Togo stattfand. Tabelle 3 zeigt, daß 1969 bis auf Togo alle aufgeführten Länder der Franc-Zone (11 von 14 Mitgliedern) einen positiven Saldo im privaten langfristigen Kapitalverkehr (Spalte 6) aufweisen konnten. Erheblich war der Zufluß vor allem auch in Niger, wo der Aufschluß der Uranerzläger begann. Außergewöhnlich niedrig war allerdings der Überschuß für die Elfenbeinküste, die aber zwischen 1963 und 1968 einen privaten Kapitalzufluß von jährlich durchschnittlich 15 Mill. $ zu verzeichnen hatte[23]. Der negative Saldo für Togo hängt mit beginnenden Rückzahlungen von Krediten für die Phosphaterschließung zusammen.

Dagegen zeigen die Salden für den Transfer von Investitionserträgen und für die privaten unentgeltlichen Übertragungen die Problematik der starken Auslandsabhängigkeit auf. Der Abfluß von Investitionseinkommen, worin teilweise allerdings auch staatliche Zinszahlungen enthalten sind, ist in den Ländern mit hohem Zufluß an Auslandskapital, wie z. B. Elfenbeinküste, Mauretanien und Gabun, oder auch Senegal und Madagaskar mit hohem Bestand von Auslandsvermögen beträchtlich und weist teilweise steigende Tendenz auf. Der Transfer von Investitionseinkommen aus der Elfenbeinküste, der inzwischen auf 40 Mill. $ gestiegen ist, entspricht etwa 20 % der Bruttoinvestitionen des Landes. Für 1975 wird der Abfluß von privaten Mitteln durch Transfer von Investitionserträgen und unentgeltlichen Übertragungen auf etwa 15 % des Bruttosozialprodukts der Elfenbeinküste geschätzt[24]. Für Madagaskar machte dieser Transfer 1965 - 69 jährlich durchschnittlich 16 Mill. $ aus; das entspricht zwischen 25 und 30 % der Bruttoinvestitionen[25]. Bei den unentgeltlichen Übertragungen, in denen die Überweisungen der Löhne und Gehälter einbegriffen sind, ist allerdings zu beachten, daß hier sehr beachtliche intraafrikanische Überweisungen von Wanderarbeitern enthalten sind. So ist der größte Teil des negativen Saldos der Elfenbeinküste auf solche Überweisungen nach Obervolta, Togo und Dahomey sowie Mali zurückzuführen. Senegal zahlt dafür vor allem an Mali, Gabun an die Nachbarländer. Immerhin ergibt der Saldo der privaten Transaktionen einschließlich des Kapitalverkehrs (Spalten 1, 2 und 6 der Tabelle 3) für die Länder der westafrikanischen Zahlungsunion (UMOA) im Jahre 1969 ein Defizit von 60 Mill. $ (Spalte 8). Unter Berücksichtigung der öffentlichen Leistungen beläuft sich der Saldo jedoch auf einen Überschuß von 137,7 Mill. $. Tatsächlich über-

[23] Vgl. ebenda, Vol. 3, a.a.O., S. 305; Vol. 4, a.a.O., S. 176.

[24] Vgl. ebenda, Vol. 3, a.a.O., S. 223 f. u. S. 305; für 1975 vgl. Africa Research Bulletin, Vol. 12 (1975), Nr. 8, S. 3618.

[25] Vgl. IMF: Surveys of African Economies, Vol. 4, a.a.O., S. 113 und 176.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wiegt also der Abfluß privater Ressourcen; das Defizit wird erst durch den Zufluß öffentlicher Mittel (Entwicklungshilfe, Budgetzuschüsse, Auslandsanleihen) weit überkompensiert.

Vergleicht man diese Situation mit der in drei nicht zur Franc-Zone gehörenden westafrikanischen Ländern Sierra Leone, Ghana und Nigeria, so zeigt sich dort ebenfalls ein stark negativer Saldo für den Transfer von Investitionseinkommen (besonders aufgrund der Öltantiemen in Nigeria) sowie für unentgeltliche Übertragungen. Dieser Saldo wird durch wesentlich höhere Zuflüsse an privatem Kapital als in den Franc-Zonen-Ländern zu zwei Drittel gedeckt. Der Rest wird durch Zuflüsse staatlicher Mittel kompensiert, die jedoch geringer sind als bei den Ländern der Franc-Zone, so daß schließlich der Saldo von Kapital- und Übertragungsbilanz gerade ausgeglichen ist. Für den Bereich der westafrikanischen Zahlungsunion ergibt sich dagegen, wie gezeigt wurde, ein erheblicher Überschuß, der ausreicht, auch das Defizit der Leistungsbilanz zu decken und einen guten Überschuß der Grundbilanz auszuweisen. Das ist bei den übrigen westafrikanischen Ländern der Sterling-Zone nicht der Fall.

Zu 4): Richtig ist, daß die Vorteile des Systems des Währungsverbundes mit einer Beschränkung der nationalen Souveränität und einer gewissen Abhängigkeit vom Leitwährungsland und seiner Währungs- und Außenwirtschaftspolitik verbunden ist. Denn um die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems zu sichern, muß der geld- und finanzpolitische Spielraum der einzelnen Mitglieder notwendigerweise geringer sein als in einem System mit voller Autonomie. Dennoch ist festzustellen, daß im Falle der Franc-Zone die Zentralbanken bzw. die nationalen Kreditkomitees beträchtliche Möglichkeiten der mittel- und langfristigen Kreditfinanzierung sowie auch für die Vergabe von Kassenkrediten an die öffentliche Hand haben. Der Globalrahmen liegt hierfür zur Zeit bei 20 % der Steuereinnahmen im voraufgegangenen Haushaltsjahr. Interessant ist dabei, daß diese Möglichkeiten im gesamtwirtschaftlichen Rahmen häufig gar nicht voll ausgeschöpft werden.

Die Beurteilung der Effizienz bestimmter Maßnahmen hängt natürlich auch von der grundsätzlichen Einschätzung ab, wie der Entwicklungsprozeß optimal gesteuert werden kann. Manche Kritiker des Systems der Franc-Zone gehen offenbar von der strukturalistischen Auffassung aus, nach der durch eine expansivere Geld- und Finanzpolitik die strukturelle Veränderung der Volkswirtschaft beschleunigt werden kann. Die die Geschicke der Franc-Zone bestimmenden Bankpraktiker und Wirtschaftspolitiker geben dagegen einer vorsichtigen, nicht-inflationären Politik, geführt von einer starken Zentralbank, den Vorzug. Im Ergebnis ist festzustellen, daß das durchschnittliche Wachstum der Mitgliedsländer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Franc-Zone nicht schlechter ist als das derjenigen Länder, die in ihrer nationalen Geldpolitik unabhängig agieren können. Und der gern zitierte Vergleich mit Ländern wie Guinea, Ghana oder Mali, die den expansiveren Weg beschritten hatten, fällt bis heute zugunsten der konservativeren Franc-Zonen-Mitglieder aus[26].

Die Überprüfung der kritischen Argumente gegen das System der Franc-Zone zeigt, daß in vielen Fällen die negativen Auswirkungen der Währungsintegration in der Franc-Zone für die Überseeländer überschätzt werden. Problematisch ist aber zweifellos der zu beobachtende Abfluß privater Mittel in die Metropole.

V. Tiefere Ursachen der Unzufriedenheit

Bleibt nun die Frage, warum trotz der gegebenen Vorteile des Franc-Zonen-Systems — gesicherte internationale Zahlungsfähigkeit, „risk-sharing" und „shock-absorption" durch das Pooling der Währungsreserven mit relativ großer außenwirtschaftlicher Bewegungsfreiheit, Zugang zu den französischen und internationalen Finanzmärkten — die Unzufriedenheit unter den Mitgliedern so groß ist.

Offenbar hat das System der Franc-Zone einen wesentlichen strukturellen Mangel. Das Leitwährungsland befindet sich nämlich als metropolitanes Zentrum gegenüber den peripheren Mitgliedsländern in einer wirtschaftlich und politisch überragenden Position, die von den übrigen Ländern als Abhängigkeit und Domination empfunden wird[27].

Nicht nur, daß praktisch der gesamte Apparat der Währungszone von Paris aus gesteuert wird, auch der Einfluß auf die Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungspolitik der Überseeländer ist nach der Erlangung der Unabhängigkeit und einer gewissen Entkolonisierung noch beträchtlich. Frankreich beherrscht den privaten Bankenapparat, den Großteil der wirtschaftlichen Aktivitäten und auch große Teile des Verwaltungsapparates. Diese Position wird durch das System der Franc-Zone noch gestärkt, da die darin festgelegte weitgehende Freizügigkeit im Wirtschafts- und vor allem Finanzverkehr im wesentlichen den französischen Interessen und denen der übrigen Industrieländer zugutekommt. Das heimische Kapital ist dagegen der überragenden „Konkurrenz des Geldes und der Köpfe" der alten Metropole nur unzureichend gewachsen. Damit entsteht die Gefahr, daß ein stark extrovertiertes Wachstum geschaffen wird, das wenig zur Stärkung der nationalen Schichten und

[26] Vgl. dazu Näheres bei *Uhlig*, C.: Monetäre Integration, a.a.O., S.49.

[27] Vgl. dazu allgemein die interessante Studie von *Amin*, S.: Le développement inégal, Paris 1973; sowie *Senghaas*, D. (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus. Analyse über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zur Integration der nationalen Volkswirtschaften beiträgt. Die Möglichkeit des ungehinderten Kapitaltransfers wird in einem solchen System zur gefährlichen offenen Flanke einer abhängigen Wirtschaft, die in eine internationale Währungszone eingebunden ist und Tendenzen eines unerwünschten Kapitalabflusses nicht in geeigneter Form bekämpfen kann.

Die offene außenwirtschaftliche Flanke macht sich z. B. auch darin bemerkbar, daß die nationalen Kapitalbesitzer sich ohne Probleme profitable Anlageobjekte im Ausland suchen können, besonders dann, wenn die internationale Zinsstruktur die Geldanlage im Ausland interessant macht. Neben der Kapitalflucht gibt es ganz legale Wege des Kapitaltransfers für Inländer, die ihr Geld freizügig in an der Pariser Börse gehandelten Werten anlegen können. Dadurch wird aber das nationale Investitionsvolumen beschränkt. Diese Möglichkeit nimmt übrigens auch der Staat in Anspruch, der seine Guthaben gut verzinst in Frankreich anlegt. Dabei kann sich das Kuriosum ergeben, daß das von den Überseeländern dort angelegte Geld von den französischen Depotbanken französischen Unternehmen als Kredit zur Verfügung gestellt wird, die es wiederum in Übersee investieren. Die Folge der Operation ist, daß mit den Ersparnissen des Überseelandes zwar eine produktive Investition in diesem Land erfolgt, daß aber das Kapitaleigentum an den Anlagen sich dann nicht in nationaler, sondern in ausländischer Hand befindet[28].

Andererseits muß man natürlich auch sehen, daß die weitgehende Offenheit der Länder für Aktivitäten des Auslandskapitals und den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte durchaus zu erheblichen Wachstumsraten in den Empfängerländern führen kann. Beispiele wie die Entwicklung von Elfenbeinküste oder auch Gabun und Kamerun zeigen das. Ob damit aber immer eine Entwicklung im Sinne einer nationalen Integration von Wirtschaft und Gesellschaft zustande kommt, wird von mancher Seite bestritten[29]. Bejaht man aber die positiven Effekte ausländischer Kapitalinvestitionen, beklagt jedoch den erheblichen Abfluß von Ressourcen im privaten Bereich, so muß man wohl zugestehen, daß Kapital und know-how aus dem Ausland nur zu einem bestimmten Preis zu erhalten sind. Will man diesen Preis verringern, muß man in günstiger Verhandlungsposition sein (Erdöl- und Rohstoffländer) oder in der Lage sein, ausländisches Kapital durch im Inland gebildetes Kapital abzulösen.

---

[28] Dazu *Emgba-Mekongo*, L.: Front économique du Tiers-monde et restauration de la Zone Franc CFA, Paris 1968, S. 250 ff.

[29] Vgl. dazu u. a. *Amin*, S.: Le développement du capitalisme en Côte d'Ivoire, Paris 1968.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Insgesamt zeigt sich die grundsätzliche Problematik einer weitgehenden Freizügigkeit des Kapitalverkehrs[30]. Diese kommt zunächst vornehmlich den Ausländern aus den Industrieländern zugute, die das liberale Handelssystem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Position, ihrer Marktkenntnis sowie der mit dem ehemaligen Mutterland übereinstimmenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Franc-Zone besonders gut nutzen können. Für das einheimische Kapital dagegen sind Tür und Tor für die Kapitalflucht geöffnet, was sich vor allem bei Unsicherheiten der allgemeinen Politik und der staatlichen Wirtschaftspolitik verhängnisvoll auswirken kann. Um hier sowohl kurzfristig als auch langfristig einen bremsenden Einfluß ausüben zu können, müßten den Überseeländern Instrumente der — häufig lediglich vorübergehenden — Kapitalverkehrskontrolle auch innerhalb der Franc-Zone zur Verfügung stehen. Das ist aber durch die Grundverträge der Franc-Zone bisher ausgeschlossen.

VI. Vor- und Nachteile der Währungsintegration

Faßt man die Diskussion über die Franc-Zone zusammen, so ist festzustellen, daß es sich um ein komplexes Gebilde handelt, dessen Beurteilung hinsichtlich der Vor- und Nachteile schwierig ist.

Sowohl aus theoretischer Sicht wie auch aufgrund der praktischen Ergebnisse könnte man in der Form der überregionalen Integration zwischen einem Industrieland und mehreren Entwicklungsländern geradezu ein Musterbeispiel einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern sehen, die dem weniger entwickelten Partner unleugbare Vorteile bringen. Hier sind vor allem zu nennen:

— die gesicherte internationale Zahlungsfähigkeit durch die umfassende Währungsgarantie;

— die Verstetigung der Außenhandelsfinanzierung durch den Währungspool („risk-sharing", „shock absorption");

— Zugang zu den internationalen Finanzmärkten und hoher Zufluß von Auslandskapital infolge langfristiger Währungsstabilität;

---

[30] Nach Aufhebung der Devisenkontrollen 1967 — temporär 1968/69 wieder eingeführt und wieder abgeschafft — sind zwar alle Zahlungsvorgänge mit dem Ausland, einschließlich Frankreich und Monaco, aus statistischen Gründen registrierpflichtig, der Kapitalverkehr ist aber prinzipiell frei. Dagegen unterliegen Kapitalgeschäfte mit Drittländern außerhalb der Franc-Zone in bestimmten Fällen der Genehmigungspflicht. Vgl. IMF: Surveys of African Economies, Vol. 3, a.a.O., S. 137 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— hoher Zufluß von Entwicklungshilfeleistungen infolge wirtschaftlicher und Verwaltungskooperation mit dem Leitwährungsland, sozusagen als eine Art von Integrationskompensation.

Das Ergebnis ist für einige Länder eine wirtschaftliche Entwicklung, die in Afrika zur Spitzenklasse zu zählen ist, für den ärmeren Rest aber zumindest im durchschnittlichen Rahmen liegt.

Andererseits zeigen sich einige gravierende Mängel:

— die Liberalisierung des Kapitalverkehrs führt nicht nur zum Kapitalzufluß, sondern auch zu einem beträchtlichen Kapitalabfluß; das zeigt sich für den privaten Bereich in einem erheblichen Defizit der Bilanz der privaten Kapitalbewegungen und der Übertragungen;

— die weitgehende Liberalisierung des Handels sowie des Niederlassungsrechts verschafft dem Auslandskapital beträchtliche Konkurrenzvorteile und beeinträchtigt die Entwicklungschancen der einheimischen Unternehmerschicht;

— Aufblähung des Imports von Konsumgütern in den Überseeländern infolge der europäisch beeinflußten hohen Nachfrage und aufgrund von fehlenden Finanzierungsschwierigkeiten; dadurch wird die Anregung der inländischen Produktion und Schaffung von Arbeitsplätzen behindert;

— starke Orientierung nach den Märkten des Leitwährungslandes infolge der handels- und währungspolitischen Verflechtung;

— Problematik der strukturellen Schwäche der Leitwährung und die daraus entstehenden Risiken für die Wertsicherung der in Franc ausgedrückten Währungsreserven;

— Abhängigkeit in der nationalen Geld- und Kreditpolitik von vom Leitwährungsland stark beeinflußten Gremien.

Will man die Leistungsfähigkeit dieser Art internationaler monetärer Kooperation abschließend beurteilen, so kommt man unter Berücksichtigung sowohl der ökonomisch relevanten Faktoren als auch der realpolitischen Gegebenheiten zu einem zwiespältigen Ergebnis:

Es handelt sich bei der Franc-Zone um eine Form der Währungsintegration, die die typischen Mängel eines Integrationsmodells zwischen dominierendem Zentrum und angeschlossener Peripherie aufweist. Durch die beherrschende Stellung des Leitwährungslandes wird das sachlich unleugbar mit Vorteilen ausgestattete integrierte Funktionssystem ausgehöhlt. Die Eingriffsmöglichkeiten des starken Partners in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsspielraum der unabhängigen, aber schwachen Mitgliedsstaaten, verbunden mit der Offenheit des Systems,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das zwangsläufig besonders von den Wirtschaftssubjekten des starken Partners genutzt wird, beeinträchtigt die eigenständige Entwicklung und relativiert so die positive Beurteilung der allgemeinen Leistungsfähigkeit des Systems nicht unerheblich.

Grubel[31] hat einmal gezeigt, daß schon bei der Bildung einer Währungszone zwischen Ländern gleich wirtschaftlicher Potenz, bei denen auch politische Machtausgewogenheit vorherrscht, von jedem Land die für das Funktionieren des Systems notwendige Preisgabe der autonomen Geld- und Finanzpolitik als bedeutsame nationale Wohlfahrtseinbuße angesehen wird; denn damit stehen auch die autonomen Instrumente für die Sicherung der nationalen Vollbeschäftigung bzw. sonstiger nationalen Ziele nicht mehr wie bisher zur Verfügung. Kommt zu diesen Problemen noch die Tatsache der politischen und wirtschaftlichen Dominanz durch den führenden Partner und läßt dieses Verhältnis eine Atmosphäre der Abhängigkeit und des Mißtrauens entstehen, so kann das Gefühl der Benachteiligung bei den abhängigen Partnern überwiegen[32]. Wenn dann von Seiten des führenden Partners noch Verständnis für die Lage sowie Flexibilität und Konzessionsbereitschaft fehlen, ist das gesamte Integrationsgebilde aufs äußerste bedroht. Grubel faßt diese Aspekte möglicher Wohlfahrtsgewinne oder -einbußen durch eine Währungsintegration und die Schwierigkeiten, diese überhaupt zu erfassen und zu bewerten, wie folgt zusammen: „First, many gains from regional associations are diffuse and their appreciation requires a significant understanding of technical economic analysis. The losses on the other hand, are much more specific and direct and are likely to arouse greater organised political opposition than do gains ... Second the welfare losses from most forms of regional association, are due to the need to adjust domestically preferred income and expenditure patterns and due to perceived risk that a group of people is of the mercy of another group, on whose compassion and sympathy it cannot rely"[33].

VII. Verallgemeinernde Schlußfolgerungen für die Integrationspolitik

Für die allgemeine Evaluierung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, hier in Form einer Währungsintegration, zeigt das spezielle Beispiel der Franc-Zone besonders deutlich, daß die Beurteilung der Wirksamkeit

---

[31] Vgl. *Grubel*, H. G.: The Theory of Optimum Regional Associations. In: *Johnson*, H. G. and *Svoboda*, A. K., a.a.O., S. 99 ff., bes. 110 ff.

[32] Darauf weist auch S. Wallraven hin. Er unterstreicht dabei noch, daß die Überseeländer acht geben müssen, nicht auch durch die EWG-Assoziierung trotz ihrer unleugbaren Vorteile in gleiche Abhängigkeiten zu kommen. (A.a.O., S. 147 f. und 151 ff.).

[33] Grubel, H. G., a.a.O., S. 111 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dieses Instruments sehr differenziert erfolgen muß. Sie darf sich nicht nur auf die ökonomisch-technische Untersuchung der Funktionsmechanismen beschränken, sondern muß besonders auch den politischen und sozialen Kontext in die Betrachtung einbeziehen.

Eine solche Feststellung scheint selbstverständlich, und doch ist es nicht überflüssig, sie zu wiederholen. Tatsächlich abstrahieren nämlich viele Überlegungen von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern, die auf eine rationellere Ordnung der wirtschaftlichen Gegebenheiten nach dem Prinzip der internationalen Arbeitsteilung in der Dritten Welt abzielen, zu stark von der politischen Realität[34]. Das mit dem Erfolg, daß viele der empfohlenen oder in Gang gesetzten Projekte regionaler oder multinationaler Kooperation bisher nur auf dem Papier stehen oder bereits gescheitert sind[35]. Diese Situation, die in einer Zeit verstärkter Bemühungen um eine weltwirtschaftliche Integration paradox anmutet, ist nur damit zu erklären, daß im Grunde in vielen Ländern der Dritten Welt die politischen und auch wirtschaftlichen Voraussetzungen für solche weltwirtschaftlichen Kooperationsformen noch nicht gegeben sind[36]. Es geht diesen Ländern zunächst darum, ihre nationale Identität zu bestimmen und eine nationale wirtschaftliche Basis zu schaffen[37]. Dabei soll nicht nur die politische, sondern auch die volle wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eine Verminderung von Abhängigkeiten und weitere Entkolonialisierung, die ja mit der Erreichung der Unabhängigkeit keineswegs schon abgeschlossen ist, erreicht werden, so daß ihnen

---

[34] Vgl. dazu *Fritsch*, B.: Das Vierte Welt-Modell einer neuen Wirklichkeit, Stuttgart 1970, S. 111 ff., bes. S. 135. In aufschlußreicher Zusammenfassung untersucht er die verschiedenen Integrationsansätze in Entwicklungsländern auf ihre Ergebnisse hin.

[35] Über den Stand in Afrika vgl. *Krämer*, M.: Kontinentale und regionale Zusammenarbeit in Afrika, in: *Krämer*, M., *Hillebrand*, W., *Köhler*, H.: Die Afrika-Wirtschaft 1973/74, Hamburg 1974, S. 22 ff.

[36] Es ist aufschlußreich, daß auch ein Autor wie D. Senghaas diesen typischen Abschließungseffekt unterschätzt. Er betont zwar die zunächst notwendige Dissoziation der Peripherie-Gesellschaften von den Metropolen, um eine stärker „autozentrierte Entwicklung" zu erreichen. Dann fordert er aber auch sogleich, daß in den nationalen Entwicklungskonzepten „der Aufbau regionaler, die heutigen Grenzen übergreifender Infrastrukturen (Großraumplanung)" der Balkanisierung der Dritten Welt entgegenwirken müsse. Tatsächlich dürfte aber die Tendenz zunächst zu ganz nationalistischer Politik führen, um sich damit die Authentizität zu beweisen. Vgl. *Senghaas*, D.: Elemente einer Theorie, a.a.O., S. 32 ff.

[37] Diesen Standpunkt macht J. K. Onoh aus afrikanischer Sicht ganz klar: „We would never achieve anything by condemning nationalism as a whole because economic nationalism has a natural pattern of development. Any nation that does not experience economic nationalism in the early process of development may never appreciate the values of equitable and reciprocal economic co-operation". *Onoh*, J. K.: Strategy approaches to crucial policies in economic development, Rotterdam 1972, S. 37. Das Buch zeigt übrigens an einer Fülle von historischen Vergleichen das gleichartige Verhalten der heutigen Industrieländer in der Frühphase ihrer Entwicklung auf.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Ausübung der vollen Souveränität nicht mehr bestritten werden kann. Diese Länder wollen nicht nur die alten Systeme der kolonialen Wirtschaftskooperation aufbrechen bzw. sich ihren Funktionsmechanismen entziehen, selbst wenn dadurch ein als vorübergehend betrachteter Effizienzverlust eintritt, sondern sie stehen auch, wie die langwierigen Verhandlungen stets zeigen, neuen Vorschlägen zur regionalen oder multinationalen Zusammenarbeit recht skeptisch gegenüber. Das ist um so mehr der Fall, wenn der Eindruck vorherrscht, daß die eigene wirtschaftliche Position gegenüber dem Partner nicht stark genug ist, um eine eventuell dominierende Stellung in einem multinationalen Integrationssystem auszuschließen.

Hinsichtlich der Effizienz von wirtschaftlichen Kooperationen für Entwicklungsländer sollte man folglich mindestens die folgenden Voraussetzungen beachten:

1. Eine gewisse Souveränitätsaufgabe für bestimmte Eingriffsbereiche kann nur dann mit Erfolg erwartet werden, wenn diese Souveränität von den abgebenden Staaten vorher auch de facto ausgeübt wurde und aufgrund von negativen Erfahrungen mit der Wirksamkeit nationaler Maßnahmen ein Beschluß der betroffenen Regierung zugunsten der internationalen Zusammenarbeit aus eigener Intention gefaßt wird. Diese Bedingung liegt heute in vielen Fällen nicht vor. Die Zusammenschlüsse wurden vielmehr noch in der kolonialen Epoche vollzogen oder geplant, wie z. B. die Franc-Zone, der Sterling-Block oder die ostafrikanische Gemeinschaft.
2. Ein Zusammenschluß mit Aufgabe von Souveränitätsrechten kann nur zwischen einigermaßen gleich starken Partnern erfolgen, so daß sich das Prinzip der „checks and balances" hinsichtlich der verschiedenen nationalen bzw. regionalen Interessen durchsetzen kann und eine Dominierung durch einen Partner unmöglich ist. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so müssen wirksame Konzepte und Methoden für eine gezielte regionale Strukturpolitik entwickelt werden, um die möglichen „backwash"-Effekte auszuschließen.
3. Im Sinne von Punkt 2. hat auch die zu frühe Einordnung von wirtschaftlich schwachen Ländern mit einer einseitigen, weitgehend zu den Industrieländern komplementären Wirtschaftsstruktur in ein weltweites Freihandelssystem eher hemmende als befruchtende Wirkungen[38]. Bekanntlich sind in vielen Entwicklungsländern die wirt-

[38] Darauf hat in der deutschen entwicklungspolitischen Diskussion frühzeitig Karl Schiller hingewiesen, indem er darauf aufmerksam machte, daß z. B. die Anwendung des Theorems der komparativen Kosten bei Ricardo von der Prämisse eines gleichen Entwicklungsstandes beider Partner ausgeht. Vgl. *Schiller*, K.: Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftlichen und institutionellen Voraussetzungen für das Funktionieren eines solchen Systems zugunsten beider Seiten, z. B. aufgrund der fehlenden Anpassungsflexibilität, der mangelnden internen Faktormobilität, der unvollständigen Konkurrenzsituation, nicht gegeben, ganz abgesehen davon, daß aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Eingriffsintensität sowohl in Industrie- wie auch Entwicklungsländern die internationalen Ausgleichsmechanismen nicht voll funktionieren.

4. Völlig unberücksichtigt bleiben, wie Fritsch wieder deutlich gemacht hat, in einem auf den Marktbeziehungen und Tauschwerten basierenden Modell die außermarktmäßigen Prozesse, „also alles, was mit Infrastruktur, Erziehungswesen, Forschung usw. zu tun hat"[39]. Das sind aber, so ist hinzuzufügen, gerade die Voraussetzungen, die die Bildung einer nationalen, unabhängigen Gesellschafts- und Produktionsstruktur wesentlich fördern können. Dieser Hinweis entspricht dem Argument Friedrich Lists, der bekanntlich die Bedeutung einer zeitweisen Isolierung einer nationalen Wirtschaft für die Entwicklung ihrer „produktiven Kräfte" und die daraus erwachsenden Vorteile für das zukünftige Wachstum hervorgehoben hat[40]. Die unkontrollierte Offenheit der schwachen, abhängigen Wirtschaften für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Industrieländer beinhaltet dagegen die Gefahr einer unausgewogenen Entwicklung der nationalen Produktionskräfte. Diese befinden sich zudem noch weitgehend in ausländischer Hand. Hinzu kommt die Gefahr des Abflusses des flexibelsten Teils des heimischen Kapitals bzw. der Arbeitskräfte (capital and brain drain) in sichere Anlagen in den Industrieländern. In Erkenntnis dessen ist es kein Wunder, daß die Entwicklungsländer eine undifferenzierte, nicht abgesicherte Eingliederung in ein solches automatisch wirkendes System in zunehmendem Maße ablehnen. Es sei denn, daß nachweisbare mittel- und langfristige Vorteile für sie aufgezeigt werden können[41].

Kiel 1960; wiederabgedr. in: *ders.:* Der Ökonom und die Gesellschaft, Stuttgart 1964, S. 243.

[39] *Fritsch,* B., a.a.O., S. 171. Fritsch faßt im übrigen die Argumente gegen die undifferenzierte Übernahme des Freihandelsmodells durch schwache und abhängige Entwicklungsländer übersichtlich zusammen.

[40] Vgl. *List,* F.: Das nationale System der politischen Ökonomie (Waentig-Ausgabe) 5. A. Jena 1927, S. 232 ff.

[41] Das kam bei den kürzlichen Verhandlungen um die erweiterte Assoziation deutlich zum Ausdruck, als die Entwicklungsländer die Gewährung von Gegenpräferenzen mit dem Argument ablehnten, „Gegenseitigkeit zwischen wirtschaftlich Ungleichen ist wirtschaftlich gesehen ein Widerspruch". Vgl. dazu *Twitchett,* K. J.: Das Assoziierungsmodell von Jaunde und die erweiterte Europäische Gemeinschaft, in: Europa-Archiv, Folge 23 (1973), S. 749 ff., bes. S. 757.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine volle Integration in ein internationales Handels- bzw. Währungssystem erscheint also nur dann langfristig funktionsfähig, wenn der Ausgleichsmechanismus in beiden Richtungen positiv wirkt und auch dem schwächeren Partner sichtbare Wohlfahrtsgewinne bringt. Andernfalls müssen im Falle der Gefahr des Auftretens von „backwash"-Effekten zugunsten des stärkeren Partners redistributiv wirkende Kompensationsmaßnahmen vorgesehen werden, um gezielt die Nachteile ausgleichen und Polarisierungseffekte vermeiden zu können. Dazu gehören, wie Lizano unterstreicht, nicht nur Abkommen über eine ausgeglichene Industrieansiedlung, spezielle Pläne der regionalen Förderung durch Entwicklungsbanken, Maßnahmen des steuerlichen Ausgleichs und des vorübergehenden Zollschutzes, sondern auch zeitweilige Beschränkungen der Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital[42]. Gerade diese zuletzt erwähnte Möglichkeit wurde aber im Rahmen der Franc-Zone grundsätzlich ausgeschlossen.

Im Falle des Fehlens dieser Voraussetzungen ist kaum damit zu rechnen, daß eine angestrebte Wirtschaftsintegration zwischen starken und schwächeren Partnern von dauerhaft positiver Wirksamkeit für den Entwicklungsstand der schwächeren Partnerländer sein wird. Vielmehr werden sich beträchtliche Ungleichgewichte sowie Spannungen ergeben, die letztlich bis zum Auseinanderbrechen der Integrationssysteme führen können. Die Entwicklung in der Franc-Zone ist hierfür ein Beispiel. Im Falle einer klar erkennbaren unausgewogenen Struktur zwischen den Partnern wäre dann die Anwendung einer langsamer vorgehenden, kurzfristig vielleicht sogar unrationeller erscheinenden Entwicklungsstrategie ratsamer, die zunächst auf eine nationale Integration abstellt, um später die internationale Integration auf höherer Stufe zu erreichen. Dann kann sich das nationale Interesse an einem solchen internationalen Zusammenschluß frei und langfristig erfolgversprechender dokumentieren.

Viele Probleme der wirtschaftlichen Integration, die sich in den Entwicklungsländern und speziell auch in der Franc-Zone stellen, lassen sich im übrigen mit denen im Rahmen der EWG vergleichen. Allerdings wird man hinsichtlich der Bereitschaft zu einer wirksamen internationalen Kooperation und Integration von den Ländern der Dritten Welt kaum ein größeres Maß an politischer und wirtschaftlicher Voraussicht und Vernunft erwarten können, als das bis heute von den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft für die Lösung des Problems der europäischen Währungsintegration gezeigt wurde.

---

[42] Vgl. dazu das Gutachten von *Lizano*, E.: in: UNCTAD: Current Problems of Economic Integration, a.a.O., S. 48 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1: **Handelsbilanzen der afro-madagassischen Gruppe der Franc-Zone in Mill. FF**

	1968					*1969*				
	Insgesamt	mit Frankreich	Rest Franc-Zone	Ausland	Deckung Ex/Im	Insgesamt	mit Frankreich	Rest Franc-Zone	Ausland	Deckung Ex/Im
Westafrikanische Staaten[a]	+ 156	− 177	− 13	+ 346	104	− 178	− 381	− 40	+ 243	96
davon Elfenbeinküste	.	.	.	.	.	+ 638	− 57	+ 28	+ 667	137
Mauretanien	.	.	.	.	.	+ 165	− 10	+ 12	+ 163	170
Senegal	.	.	.	.	.	− 388	− 32	− 29	− 327	62
Togo	.	.	.	.	.	− 62	− 15	− 2	− 45	79
Zentralafr. Staaten	+ 3	− 398	− 17	+ 418	100	+ 160	− 269	− 12	+ 441	107
davon Gabun	.	.	.	.	.	+ 331	+ 24	+ 40	+ 267	182
Kamerun	.	.	.	.	.	+ 135	− 113	− 14	+ 262	113
Kongo	.	.	.	.	.	− 178	− 200	+ 4	+ 18	56
Madagaskar	− 269	− 337	+ 79	− 11	68	− 361	− 267	+ 88	− 182	62
	1970					*1971*				
Westafrikanische Staaten[a]	− 117	− 566	+ 90	+ 359	98	− 726	− 771	+ 68	− 23	87
davon Elfenbeinküste	+ 450	− 145	+ 33	+ 562	121	+ 314	− 192	− 43	+ 463	114
Mauretanien	+ 238	− 8	− 10	+ 256	190	+ 187	− 22	+ 13	+ 196	159
Senegal	− 227	− 91	+ 79	− 206	79	− 17	− 214	+ 52	− 355	57
Togo	− 55	− 20	− 2	− 33	85	− 116	− 48	− 4	− 64	70
Zentralafr. Staaten	− 76	− 411	− 35	+ 370	97	− 121	− 619	+ 50	+ 448	71
davon Kamerun	− 56	− 276	− 29	+ 249	96	− 205	− 335	—	+ 130	85
Gabun	+ 327	+ 63	+ 27	+ 237	174	+ 493	+ 54	+ 73	+ 366	197
Madagaskar	− 147	− 240	+ 129	− 32	85	− 369	− 386	+ 90	− 73	69

a) Einschl. Mali.
Quelle: Ministère de l'Economie et des Finances: Statistiques et Etudes Financières No. 293/1973: La Zone Franc en 1971. Rapport par le Secretariat du Comité Monétaire de la Zone Franc, Paris, S. 184.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2: **Zahlungsbilanz- und Reservepositionen der Zentral- bzw. Emissionsbanken in Afrika und Madagaskar**

(in Mill. FF)

Bankbereich	1 Saldo der Handelsbilanz	2 Öff. Übertragungen in der Franc-Zone a)		3 Andere Vorgänge b)	4 Saldo insges.	5 Reserveposition	6 davon öff. Sektor
A)							
B. C. E. A. O.							
1968	+ 268	+ 346		− 528	+ 86	.	.
1969	− 72	+ 389		− 107	+ 210	1 103	− 94
1970	− 73	+ 391		+ 132	+ 450	1 553	− 67
1971	− 598	+ 345		+ 231	− 22	1 531	− 69
B. C. E. A. E. C.							
1968	+ 1	+ 148		− 90	+ 59	.	.
1969	+ 135	+ 204		− 362	− 23	115	− 63
1970	− 76	+ 257		− 49	+ 132	247	− 81
1971	− 123	+ 289		− 126	+ 40	287	− 107
B) c)		Eins. Übertr.	Kapitalbilanz				
Mali							
1969	− 130	+ 108	− 5	− 53	− 80	− 336	− 41
1970	− 76	+ 109	+ 7	− 68	− 28	− 342	− 35
1971	− 120	+ 131	+ 19	− 77	− 47	− 373	− 32
Madagaskar							
1969	− 360	+ 178	+ 44	+ 10	− 38	137	49
1970	− 142	+ 158	+ 38	+ 64	+ 118	270	83
1971	− 370	+ 170	+ 60	+ 114	− 26	267	83

a) Außer Finanzüberweisungen der Tresors. — b) Berücksichtigt übrigen Transfer, insbesondere für Dienstleistungen. — c) Die Zahlen der Spalten 2 und 3 des Bereiches B sind mit denen des Bereiches A wegen unterschiedlicher Aufteilung nicht voll vergleichbar.

Quelle: Secrétariat du Comité Monétaire de la Zone Franc: La Zone Franc en 1971, in: Ministère de l'Economie et des Finances. Statistiques et Etudes Financières, No. 293, Mai 1973, S. 167 - 179.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3: **Grundbilanz für 14 afrikanische Länder 1969 (in Mill. $)**

	Investitionseink. und unentgeltl. Transfer				Kapitalbilanz (Kapitalverkehr)		Saldo		Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Saldo Leistungsbilanz[a] (9+10)	Saldo Grundbilanz (1 - 11)
	Investitionseink.	unentgeltl. Übertragungen priv.	unentgeltl. Übertragungen öff.	Saldo (1+2+3)	insges.	davon priv.	insges. (4+5)	davon priv. (1+2+6)				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Mauretanien	— 11,1	— 1,9	+ 10,3	— 2,7	+ 13,6	+ 7,9	+ 10,9	— 5,1	+ 2,1	— 7,9	— 5,8	+ 5,1
Senegal	— 11,5	— 3,7	+ 35,6	+ 20,4	+ 18,6	+ 6,0	+ 39,0	— 9,2	— 72,5	+ 3,2	— 69,3	— 30,3
Niger	— 1,4	— 1,0	+ 25,8	+ 23,4	+ 16,3	+ 11,2	+ 39,7	+ 8,8	— 22,9	— 5,9	— 28,8	+ 10,9
Elfenbeinküste ...	— 39,0	— 36,0	+ 20,0	— 55,0	+ 27,0	+ 1,0	— 28,0	— 74,0	+ 111,0	— 35,0	+ 76,0	+ 48,0
Obervolta	— 1,6	+ 24,1	+ 20,8	+ 43,3	+ 3,0	+ 2,0	+ 46,3	+ 24,5	— 33,2	+ 8,1	— 25,1	+ 21,2
Dahomey	— 2,7	+ 3,9	+ 14,4	+ 15,6	+ 6,3	+ 3,9	+ 21,9	+ 5,1	— 23,8	— 3,4	— 27,2	— 5,3
Togo	— 4,6	+ 1,1	+ 17,0	+ 13,5	— 5,6	— 6,6	+ 7,9	— 10,1	+ 5,0	— 4,7	+ 0,3	+ 8,2
UMOA	— 71,9	— 13,5	+ 143,9	+ 58,5	+ 79,2	+ 25,4	+ 137,7	— 60,0	— 34,3	— 45,6	— 79,9	+ 57,8
Sierra Leone	— 7,4	+ 1,3	+ 3,0	— 3,1	+ 18,5	+ 16,3	+ 15,4	+ 10,2	+ 6,6	— 13,5	— 6,9	+ 8,5
Ghana	— 36,7	— 13,2	+ 0,9	— 49,0	+ 44,9	+ 8,1	— 4,1	— 41,8	+ 48,2	— 58,2	— 10,0	— 14,1
Nigeria	— 154,0	+ 5,0	+ 24,0	— 125,0	+ 115,0	+ 110,0	— 10,0	— 39,0	+ 233,0	— 260,0	— 27,0	— 37,0
3 Länder insges. ..	— 198,1	— 6,9	+ 27,9	— 177,1	+ 178,4	+ 134,4	+ 1,3	— 70,6	+ 287,8	— 331,7	— 43,9	— 42,6
Tschad	— 2,5	+ 1,3	+ 17,9	+ 16,7	+ 2,0	+ 2,6	+ 18,7	+ 1,4	— 7,5	— 18,0	— 25,5	— 6,8
Zentr. afr. Rep. ..	— 1,6	+ 2,3	+ 10,2	+ 10,9	+ 2,3	+ 5,8	+ 13,2	+ 6,5	+ 4,0	— 26,4	— 22,4	— 9,2
Gabun	— 15,9	— 5,2	+ 9,3	— 11,8	+ 11,9	+ 7,9	+ 0,1	— 13,2	+ 68,7	— 68,7	0,0	+ 0,1
Madagaskar	— 13,3	+ 9,1	+ 25,4	+ 21,2	+ 8,2	+ 2,7	+ 29,4	— 1,5	— 40,3	+ 3,9	— 36,4	— 7,0

a) Ohne Investitionseinkommen.

Quelle: Errechnet nach Angaben aus „External Transactions Statistics for Africa" Annexe II E und II F. In: Statistical and Economic Information Bulletin for Africa, No. 4 (1973), S. 245 ff. und 253 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anforderungen an eine revidierte Integrationstheorie für Entwicklungsländer

Von *Hans-Jürgen Harborth,* Aachen

Vorwort

In der folgenden Ausarbeitung geht es, obwohl von „Integrationstheorie" schlechthin gesprochen wird, in erster Linie um die *ökonomischen* Aspekte der Integrationstheorie. Damit sollen und können die *politisch-gesellschaftlichen* Aspekte des Integrationsproblems keineswegs „ausgeklammert" bleiben. Es gibt — im Gegenteil — eine doppelte Verklammerung: Einerseits können die neueren, von der Politikwissenschaft erarbeiteten Ansätze der Integrationstheorie[1] wie auch die neuere Imperialismus- und Dependenzdebatte[2] zu einem guten Teil als Antwort verstanden werden auf das tatsächliche oder vermeintliche Unvermögen der herkömmlichen „ökonomischen" Integrationstheorie, die speziellen Probleme der Entwicklungsländer einer Lösung näherzubringen. Andererseits ist zu befürchten, daß die Vertreter der traditionellen, mehr ökonomisch ausgerichteten Variante und der neueren, mehr politisch und polit-ökonomisch ausgerichteten Varianten der Integrationstheorie jeweils weiter ihre eigenen Wege gehen, anstatt eine Synthese zu versuchen.

In der vorliegenden Arbeit wird die These vertreten, daß die ökonomische Variante der Integrationstheorie zwar revisions*bedürftig*, aber doch in dem Sinne revisions*fähig* ist, daß sie veränderte Forschungsziele zu begründen vermag, deren Erreichung einen wesentlichen Beitrag zu einer interdisziplinär konzipierten Integrationstheorie leisten könnte. Die Themenstellung impliziert die Notwendigkeit einer Revision der Integrationstheorie, und zwar im Hinblick auf die besonderen Probleme

---

[1] Vgl. z. B. *Haas,* E. B.: Beyond the Nation State: Functionalism and International Organisation, Stanford 1964; *Etzioni,* A.: Political Unification, New York 1965; *Deutsch,* K. W.: Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972 und die Aufsatzsammlung bei *Frei,* D. (ed.): Theorien der internationalen Beziehungen, München 1973.

[2] Vgl. z. B. die Aufsatzsammlung in: *Senghaas,* D. (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt, Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972. (Der Band enthält auch eine ausführliche Bibliographie.) Vgl. auch den Beitrag von H. *Sautter* im vorliegenden Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Entwicklungsländer. Im folgenden ersten Teil soll diese Ausgangsvoraussetzung näher begründet werden. Fußend auf den Ergebnissen dieser Überlegungen soll dann im zweiten Teil versucht werden, einige wichtige Anforderungen zu konkretisieren, die an eine revidierte Integrationstheorie zu stellen sind.

I. Ist eine Revision der Integrationstheorie notwendig?

Diese Frage läßt sich am besten beantworten, wenn man einzelne Etappen der integrationstheoretischen Diskussion in die Betrachtung einbezieht.

1. Traditionelle Integrationstheorie

Eine erste, etwa von 1950 - 1960 reichende Phase war beherrscht durch die von Viner und Meade ausgearbeitet Theorie der Zollunion[3]. Diese Theorie kombiniert zwei scheinbar unvereinbare Konzepte, nämlich ein freihändlerisches (das auf der Theorie der komparativen Kosten beruht) und ein protektionistisches (das auf Hamilton und insbesondere List zurückzuführen ist). Das bedeutet Freihandel — und in den höheren Integrationsformen auch Faktormobilität — im Innenverhältnis, d. h. für eine begrenzte Anzahl benachbarter Staaten, und eine mehr oder weniger starke Abschirmung nach außen.

Die zugrundeliegende Idee ist die folgende: Der Wegfall von Zöllen und sonstigen Restriktionen des freien Waren- und Faktorverkehrs innerhalb der Integrationszone soll und wird wahrscheinlich dazu führen, daß die Niedrigkosten-Produzenten der Union die „teuren Produzenten", die nunmehr ihrer nationalen Protektion beraubt sind, verdrängen. Die „rentablen Produzenten" werden jetzt auch jene Mitglieder der Union beliefern, die das Produkt früher teurer hergestellt haben. Dieser Effekt, der sich in zusätzlichen Handelsströmen („trade creation") niederschlägt, ist Ausdruck für eine erhöhte Produktivität und daher positiv zu bewerten.

Die Prozedur des Zusammenschlusses kann aber auch Wohlstandsverluste bewirken. Als Beispiel sei ein Land genannt, das ein bestimmtes Produkt niemals selbst hergestellt, sondern von jeher aus billigen Drittländern importiert hat. Der Wegfall der nationalen Protektion gegenüber den Handelspartnern kann nun sehr wohl diese (Drittländer-) Importe unterbinden und das Land dazu zwingen, seinen Bedarf bei teureren unionsinternen Produzenten zu decken. Es fände hier also eine

[3] Vgl. *Viner*, J.: The Customs Unions Issue, New York 1950 sowie *Meade*, J. E.: The Theory of Customs Unions, Amsterdam 1955.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Umschichtung vom billigen zum teuren Produzenten statt. Dieser Vorgang, „trade diversion" genannt, ist daher negativ zu bewerten. Nach der traditionellen Integrationstheorie ist ein Zusammenschluß dann erstrebenswert, wenn die zu erwartende „trade creation" größer ist als die „trade diversion". Nach den eingehenden Untersuchungen von Viner und Meade ist eine Zollunion zwischen zwei Ländern um so erfolgversprechender,

— je höher der Anteil der betreffenden Partnerländer am Gesamthandel bereits ist (und je geringer der Anteil der Nicht-Partnerländer am Gesamthandel ist); und

— je geringer das gesamte Volumen des internationalen Handels der betreffenden Länder überhaupt ist[4].

Lipsey schreibt mit Recht, daß die erste Bedingung unmittelbar an den gesunden Menschenverstand appelliere: Sie ist sozusagen eine Formel für die richtige Wahl der Integrationspartner. Je mehr „intrazonaler" Handel — trotz bisheriger Behinderungen — bereits vorhanden ist, desto größer ist offenbar die Wahrscheinlichkeit, daß sich nach Wegfall der Zölle und sonstiger Handelsbeschränkungen neue Möglichkeiten für eine verbesserte Arbeitsteilung ergeben.

Die zweite Bedingung klingt, wie auch Lipsey sagt, etwas überraschend[5]. Sie ist am besten zu verstehen, wenn man sich die Situation vergegenwärtigt, die auch in der klassischen Außenhandelstheorie eine entscheidende Rolle spielt: Zwei (oder mehrere) Länder, die bisher wenig Außenhandel gehabt haben, die jedoch eine Reihe von inländischen Aktivitäten bereits entwickelt haben, sind nun „reif" für die Eröffnung des Außenhandels. M. a. W. ist erst jetzt — nach einer langen Periode interner Integration (und damit verbundener Außenhandelsabstinenz) — überhaupt eine Substanz vorhanden, die nach dem Prinzip der komparativen Kosten umgeschichtet werden kann.

Es ist unschwer zu sehen, daß es nach diesen Kriterien für die meisten Entwicklungsländer nicht empfehlenswert gewesen wäre, Zollunionen bzw. Wirtschaftsgemeinschaften anzustreben. Denn oft trieben selbst benachbarte Länder kaum Handel miteinander, andererseits waren sie fast durchweg stark in Welthandelsbeziehungen (Peripherie-Kern-Handel) einbezogen.

---

[4] Vgl. *Lipsey*, R. G.: The Theory of Customs Union: A General Survey, in: Economic Journal, Sept. 1960, S. 508.

[5] Vgl. ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Irrelevanz der traditionellen Integrationstheorie für Entwicklungsländer

Daß die verantwortlichen Politiker in den Entwicklungsländern sich um dieses Verdikt der Theorie nicht gekümmert haben, ist bekannt. Dies ist um so erklärlicher, als die Integrationstheorie sich zunächst in Richtung auf eine sehr weit getriebene welfare-theoretische Kasuistik entwickelte[6], die das Integrationskonzept insgesamt zu einer fast undurchschaubaren „wolkigen Angelegenheit" machte[7], in die man schließlich alle möglichen ökonomischen wie politischen Wunschvorstellungen hineininterpretieren konnte. Hinzu kam, daß das Beispiel der insgesamt als erfolgreich angesehenen europäischen Integrationsbestrebungen zu analogen Anstrengungen der Entwicklungsländer herausforderte. Einer besonderen „Theorie" schien es nicht mehr zu bedürfen.

Trotzdem war eine weitere Entwicklungsphase der Integrationstheorie durch den Versuch gekennzeichnet, die bereits realisierten bzw. die sich abzeichnenden Zusammenschlüsse von Entwicklungsländern theoretisch zu rechtfertigen. Dazu gehörte vor allem der Nachweis, daß die traditionelle Integrationstheorie für die Entwicklungsländer nicht relevant sei und daher nichts über die Wünschbarkeit von Zusammenschlüssen in diesen Regionen aussagen könne. Dies ist in der Tat leicht einzusehen. Diese Theorie ist deutlich auf die Nachkriegsverhältnisse in Westeuropa zugeschnitten: Damals ging es darum, die teils durch Kriegseinwirkungen, teils durch die lange andauernde Autarkieperiode durcheinandergeratene Produktionsstruktur Westeuropas *neu* zu ordnen bzw. *wieder* aufzubauen. Vorausgesetzt wird jedenfalls eine in allen Teilnehmerländern bereits aufgebaute, wenn auch „suboptimale" Produktionskapazität, die dann durch Umschichtungen (Re-Allokationen) verbessert und ggf. optimiert werden kann.

In den Entwicklungsländern aber stellt sich ein ganz anderes Problem. Hier geht es nicht — wie in Westeuropa — darum, isolierte und teilweise deformierte Teile eines ehemaligen Ganzen wieder zusammenzufügen, sondern darum, die Teile, die es später zusammenzufügen gilt, überhaupt erst einmal zu bauen. Das Problem ist m. a. W. nicht die Re-Allokation bereits bestehender Ressourcen, sondern die Entwicklung dieser Ressourcen selbst[8]. Es ist daher durchaus zutreffend zu sagen, diese „statische Re-Allokations-Theorie" sei zur Beurteilung von Integrationsvorhaben der Entwicklungsländer irrelevant. Es wird im Ge-

---

[6] Insbesondere bei *Meade*, J. E.: a.a.O.

[7] „... a clouded issue", wie es bei Allen heißt. Vgl. *Allen*, R. L.: Integration in Less Developed Countries, in: Kyklos, Vol. XIV (1961), S. 317.

[8] Vgl. *Balassa*, B.: Toward A Theory of Economic Integration, in: *Wionczek*, M. S. (ed.): Latin American Economic Integration. Experiences and Prospects. New York, Washington, London 1966, S. 30.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genteil hervorgehoben, daß man im Hinblick auf die Entwicklungsländer zu einem Konzept der „efficient trade diversion" kommen müsse[9].

Mit diesem ebenso berechtigten wie erfolgreichen Angriff war zwar die traditionelle Integrationstheorie als für Entwicklungsländer irrelevant erklärt worden, aber man hatte damit noch keine revidierte Integrationstheorie an ihre Stelle gesetzt.

3. Argumente für und gegen regional begrenzte Integrationsgebilde

Nun bot sich an, das inzwischen allgemein akzeptierte Protektionsargument von der nationalen auf eine multinationale Basis zu heben. Denn was einem einzelnen Land im Verhältnis zum Rest der Welt an „Schonraum" und „Schonzeit" zugestanden werde, könne man einer Ländermehrheit mit ähnlicher (Unter-)Entwicklungsstruktur nicht vorenthalten, weder politisch noch theoretisch.

Hier aber erwies sich ein Gegenargument, das sich im übrigen auf *alle* regional begrenzten Zusammenschlüsse bezieht, als ein schwer zu überwindendes Hindernis. Es handelt sich um einen tatsächlichen oder vermeintlichen logischen Widerspruch: Genau *die* Gründe, die dartun sollen, daß multinationale Zusammenschlüsse ökonomischer sind als nationale protektionistische Alleingänge, sind genau *die* Gründe, derentwegen „the union is necessarily inferior to free trade"[10]. Warum also nicht sofort weltweiter Freihandel? Oder: Warum nicht wenigstens sofort eine Union *aller* Entwicklungsländer? Überzeugte „Freihändler" wie etwa Haberler[11] oder Röpke[12] haben die erste Frage (mit entsprechender Absicht) von vornherein gestellt. Hatten die „Freihändler" ihren Widerstand gegen das *nationale* Erziehungszoll-Argument — wenn auch widerstrebend — aufgegeben[13], so bot ihnen nun das Konzept multinationaler Protektion neue Angriffsflächen. In der Tat hat die „multinationale Integrationstheorie" der formalen Schlußfolgerung, ein Integrationsgebilde sei um so wirkungsvoller und wünschenswerter, je mehr Nationen es umschließe, im Grunde nichts entgegenzusetzen: Sie kann weder bestätigen noch verneinen.

---

[9] Vgl. *Linder*, St. B.: Customs Unions and Economic Development, in: *Wionczek*, M. S. (ed): Latin American Economic Integration, a.a.O., S. 40.

[10] *Cooper*, C. A. and *Massell*, B. F.: Toward A General Theory of Customs Unions for Developing Countries, in: Journal of Political Economy, Vol. 73 (1965), S. 461.

[11] Vgl. *Haberler*, G.: Defects in the Concept of Regionalism to Solve Trading Problems, in: Indian Journal of Economics, July 1957.

[12] Vgl. *Röpke*, W.: Integration und Desintegration, in: *v. Beckerath*, E., *Meyer*, F. W., *Müller-Armack*, A. (eds.): Wirtschaftsfragen der freien Welt, Frankfurt 1957, S. 494.

[13] Vgl. *Haberler*, G.: Der internationale Handel, Jena 1933, S. 205 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nun hatte Balassa zwar frühzeitig versucht, sich dieses Problems dadurch zu entledigen, daß er den „absolutist approach" (den sofortigen Übergang zum Freihandel) mit pragmatischen Argumenten ablehnte: Eine Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken sei „not feasible for the world as a whole"[14], und daher müsse es bei regional begrenzten Integrationen bleiben. Diese Art, ein für die Tragfähigkeit des gesamten Integrationskonzeptes wichtiges Grundsatzproblem zu umgehen, konnte auf die Dauer natürlich nicht befriedigen.

Der wohl bemerkenswerteste Versuch, die Integrationsansätze in Entwicklungsländern, so wie sie sich gerade ergeben haben, zu rechtfertigen oder doch der Kritik zu entziehen, geht auf Breton, Johnson sowie insbesondere auf Cooper und Massell zurück[15]. Dieser Ansatz läuft darauf hinaus, integrations- und industriepolitische Entscheidungen, für die eine ökonomische Begründung nicht zu sehen ist, dadurch in die Nähe des Rationalen zu bringen, daß man entsprechende „soziale Präferenzen", etwa für „Industrialisierung", unterstellt und als wirtschaftspolitische Zielvorstellung respektiert[16].

Nun erscheint es durchaus gerechtfertigt, das Integrationskonzept auf seine gesellschaftlichen Implikationen zu überprüfen, um eventuell ökonomische Vorteile zugunsten gesellschaftlicher Vorteile — und manifestierten sich diese auch „nur" in ausgeprägten „sozialen Präferenzen" — zu opfern. Dies mag auch der Grund für die Tatsache gewesen sein, daß dieser Ansatz von einigen Autoren offenbar als eine Art theoretischer Rettungsanker für regional begrenzte Zusammenschlüsse von Entwicklungsländern angesehen wurde. Jedenfalls legt die lebhafte, u. W. weitgehend zustimmende Resonanz in der Fachliteratur diesen Schluß nahe[17].

---

[14] *Balassa,* B.: Toward a Theory of Economic Integration, a.a.O., S. 29.

[15] Vgl. *Breton,* A.: The Economics of Nationalism, in: Journal of Political Economy, Aug. 1964; *Johnson,* H. G.: An Economic Theory of Protectionism, in: Journal of Political Economy, June 1965; *Cooper,* C. A. and *Massell,* B. F.: Toward a General Theory of Customs Unions for Developing Countries, a.a.O.

[16] Die wichtigste Annahme der Autoren ist, „that there may be a social preference for particular types of economic activity — which we shall call ‚industry' — compared with other forms of activity. Specifically we assume that economic planners in a less developed country may be willing to accept some reduction in national income to an increase in industrial production." *Cooper,* C. A. and *Massell,* B. F.: Toward a General Theory of Customs Unions for Developing Countries, a.a.O., S. 462. Aus entsprechenden Hinweisen sowie aus dem Kontext ergibt sich, daß in Coopers und Massells Arbeit weder das Erziehungsargument, noch das sicherheitspolitische Argument (mehr Versorgungssicherheit durch Eigenproduktion) noch irgendwelche „dynamischen" Integrationsargumente eine Rolle spielen sollen. Übrigens kann die von den Verfassern in einer Fußnote untergebrachte Einschränkung „that we do not assume that planners *do* prefer industry, only that they *may*" (Fußnote 7, S. 463) nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gesamte Ableitung auf einer tatsächlich vorhandenen Industriepräferenz beruht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Um so nachdrücklicher muß auf die Problematik dieses Ansatzes hingewiesen werden. Sie liegt sicher nicht in den sehr sorgfältigen Ableitungen, auch nicht in erster Linie in einigen recht unrealistischen Annahmen, wie sie in der theoretischen Diskussion üblich sind[18]. Sie liegt vielmehr in zwei wesentlichen „politischen" Grundannahmen:

Erstens: Die Autoren unterstellen eine Identität von „social choice with the choice of the national economic planners"[19], eine Annahme, die erhebliche Implikationen hat angesichts der Tatsache, daß die hier angesprochenen „Planer" in der Regel Abkömmlinge (und Repräsentanten) privilegierter Schichten ihrer Länder sind. Ist es realistisch anzunehmen, daß die Werteskala dieser Planer mit der Werteskala der Gesamtgesellschaft, also auch der großen Masse der Unterprivilegierten übereinstimmt?

Zweitens: Um so realistischer — aber unheroischer — ist nun die Annahme der Autoren, diese Planer hätten eine ausgeprägte „Preference for Industry". Es sollte der Genauigkeit halber hinzugefügt werden, daß es sich hier oft um eine Präferenz für „moderne", arbeitssparende Industrie handelt, und daß diese Präferenz einherzugehen pflegt mit einer nicht weniger ausgeprägten Indifferenz gegenüber solchen Problemen wie Massenarbeitslosigkeit, regionalen, sozialen und sektoralen Dualismen[20].

---

[17] Vgl. z. B. *Robson,* P.: Economic Integration in Africa, London 1968; *Kahnert,* F., *Richards,* P., *Stoutjesdijk,* E., *Thomopoulos, P.:* Economic Integration among Developing Countries, Paris (OECD) 1969. (Im folgenden zitiert als „*Kahnert,* F. und Mitautoren ..."); *Andic,* F. and *Andic,* S. and *Dosser,* D.: A Theory of Economic Integration for Developing Countries, London 1971. Bei eingen Autoen findet sich bezeichnenderweise auch das Mißverständnis, es handele sich bei dem Cooper-Massell-Ansatz um eine „dynamische Analyse". Vgl. z. B. *Kahnert,* F. und Mitautoren: Economic Integration among Developing Countries, a.a.O., S. 15 oder *Krauss,* M. B:: Introduction, in: *Krauss,* M. B. (ed.): The Economics of Integration, London 1973, S. 13. Eine „dynamische Analyse" aber wollten Cooper und Massell ausdrücklich *nicht* liefern. Vgl. *Cooper,* C. A. and *Massell,* B. F.: Toward a General Theory of Customs Unions for Developing Countries, a.a.O., S. 462.

[18] „To simplify the exposition, we assume full employment, constant costs, competitive pricing, and constant terms of trade." *Cooper,* C. A. and *Massell,* B. F.: Toward a Theory of Customs Unions for Developing Countries, a.a.O., S. 463.

[19] Ebenda, S. 462.

[20] Der ehemalige „Chief Economist of the Pakistan Planning Commission", Mahbub ul Haq, erinnert sich: „... looking at the national plans of the developing countries, it was obvious that employment was often a secondary, not a primary, objective of planning ... Recalling my own experience with the formulation of Pakistan's five year plans ... the chapter on employment strategy was always added at the end, to round off the plains and make them look complete and respectable ..." *Mahbub ul Haq:* Employment in the 1970s: A New Perspective, in: International Development Review (Washington), 1971/4, S. 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob gewollt oder ungewollt: Der apologetische Charakter des Cooper-Massell-Ansatzes ist offenkundig. Nicht zuletzt leistet er dem Mißverständnis Vorschub, daß die exakte *Darstellung* der Industrialisierungspräferenz für ihre wissenschaftliche *Begründung* gehalten wird. Wer Vorurteile und Interessen zu verteidigen hat, ist für wissenschaftliche Schützenhilfe, was immer er dafür hält, besonders dankbar. Mit dieser Hilfskonstruktion ist es jedenfalls möglich, Integrationsgebilde jedweder Größe und Lage — und im Grunde auch jeder Zielsetzung — „theoretisch" zu rechtfertigen. Man könnte auch sagen, die Integrationstheorie habe sich selbst entmündigt, indem sie von vornherein alles für akzeptabel erklärte, was entscheidungsfreudigen Praktikern auf diesem Gebiet jemals eingefallen ist bzw. was ihnen noch einfallen sollte. Ein ähnlicher Hinweis findet sich bei Krauss, der das Konzept aber insgesamt nicht ablehnt[21].

Die Integrationstheorie entwickelte sich nun auf zwei ganz verschiedenen Ebenen weiter. Auf der einen — höheren — Ebene gab es verstärkte Bemühungen, die Integrationsdiskussion sozusagen in den Vorhof des „Grundsätzlichen", insbesondere in den Bereich der Begriffsbestimmung zurückzuführen. Man kann diese Bemühungen auffassen als die ersten Ansätze zu einer revidierten Integrationstheorie.

Auf der anderen — unteren — Ebene wurde dagegen versucht, „allzu grundsätzliche" Probleme entweder als positiv entschieden zu betrachten, oder sie beiseite zu lassen bzw. doch wenigstens nicht hochzuspielen und statt dessen Einzelargumente anzuführen, die *für* regional begrenzte Zusammenschlüsse von Entwicklungsländern zu sprechen scheinen. Von solchen „pragmatischen" Argumenten ist zunächst die Rede.

4. Pragmatische Integrationsargumente als Ersatz für eine Integrationstheorie?

Die hier zusammengetragenen Einzelargumente sind dadurch gekennzeichnet, daß sie dem sogenannten gesunden Menschenverstand sofort einleuchten, ganz im Gegensatz zu der Bedingungskonstellation, unter der sie jeweils nur gültig sind. Diese Argumente nun wurden und werden oft so behandelt, als ob ihre Summe bereits eine „Integrationstheorie" sei. Folgende Argumente werden am häufigsten angeführt: Ausnutzung von Großbetriebsvorteilen durch größere Märkte; Stärkung der Markt- und Verhandlungsmacht gegenüber dem Rest der Welt (u. a. mit positiven Wirkungen auf die Terms of Trade); Anziehungskraft größerer Märkte für Direktinvestitionen des Auslands (und damit

[21] Vgl. *Krauss*, M. B.: Introduction, a.a.O., S. 15.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

höhere Wachstumsraten); internationale Kooperation zum Zweck gemeinsamer Entwicklungsplanung usw.

Das bekannteste dieser „pragmatischen" Argumente verweist auf die durch Zusammenschlüsse vergrößerten Märkte, die ihrerseits wiederum die Ausnutzung von „economies of scale" ermöglichen. Das Argument ist nicht von der Hand zu weisen, läßt aber doch grundsätzliche Fragen offen: erstens gibt es nicht allzuviele Industrien, die aus zwingenden technischen Gründen nur als Mammut-Einheiten existieren können, wie es etwa bei Ölraffinerien der Fall ist. Zweitens sind für diejenigen Industrien, für die man angebliche „Optimalgrößen" ermittelt hat, die kleineren Betriebsgrößen (mit höheren Stückkosten) deshalb noch längst nicht undiskutabel: Oft wird bei solchen Kalkulationen — wie insbesondere die neuere Diskussion um die „angepaßte Technologie" gezeigt hat — nicht genügend berücksichtigt, daß Outputmaximierung mit dem Ziel der Beschäftigungsmaximierung kollidieren kann[22] und daß die Schaffung von Großbetrieben oft auch bedeutet: Verstärkung der Ballungsgebiete bzw. Entleerung der Peripherie, Konzentration und Zentralisation des Kapitals mit entsprechenden Monopolisierungstendenzen, schließlich, insbesondere bei großen Integrationsräumen, eine Vervielfachung der Transport- und sonstigen Distributionskosten. Im letztgenannten Fall bestünde die Gefahr, daß — via Betriebsgröße — eingesparte Produktionskosten von den Transportkosten wieder aufgezehrt und möglicherweise sogar übertroffen würden.

Ähnliche Vorbehalte und Relativierungen sind auch bei den anderen Eizelargumenten zu beachten. Aber selbst wenn in jedem Einzelfall die prinzipielle Richtigkeit der Argumente nebst notwendiger Bedingungskonstellation nachgewiesen wird, so kann doch nicht hingenommen werden, wenn ihnen in der Ziel-Mittel-Hierarchie ein zu hoher Rang eingeräumt wird in dem Sinne, daß sie zusammen eine „Integrationstheorie" konstituieren könnten. Es ist allerdings gerade der „Common-Sense-Charakter" dieser Argumente, der den Blick dafür verstellen kann, daß es sich im Grunde um nichts weiter als um (wahrscheinlich) nützliche Verfahrensregeln handelt, wenn die wichtigsten Entscheidungen *für* eine Integration bereits gefallen sind:

— die Entscheidung, welche Lage und welchen Umfang das Integrationsgebilde haben soll. Darin eingeschlossen

---

[22] Zu diesem Problem ist eine umfangreiche Literatur entstanden. Hier muß ein Hinweis genügen vgl. *Chandavarkar*, A. G.: Mehr Wachstum — mehr Beschäftigung? Die Herausforderung der Entwicklungsländer, in: Finanzierung und Entwicklung, Juni 1972, S. 28 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— die Entscheidung, aus welchen Komponenten das Gebilde bestehen soll: aus Nationen und/oder aus Treilregionen größerer Staatsgebiete;

— die Entscheidung, in welchem Verhältnis das Gebilde, aufgefaßt als Subsystem, in dem gegenwärtigen oder in einem noch zu schaffenden Gesamtsystem der Weltwirtschaft stehen soll;

— die Entscheidung, auf welche Produktionsstruktur hin das Integrationsgebilde entwickelt werden soll.

Die traditionelle Integrationstheorie hatte diese Fragen zwar gestellt, konnte sie aber nicht beantworten. Bei den „pragmatischen" Integrationsargumenten werden sie erst gar nicht gestellt, weil sie als bereits entschieden betrachtet werden.

Symptomatisch für die Unzufriedenheit mit den Ungereimtheiten der bisherigen Integrationstheorie ist die verstärkte Beschäftigung mit Grundsatzproblemen. Dazu gehören insbesondere Versuche, den Integrationsbegriff genauer zu definieren, Integrationsprozesse näher zu beschreiben und zu analysieren. Hier sind wichtige Ansätze für eine revidierte Integrationstheorie zu sehen. Es wird nun darauf ankommen, diese Ansätze aufzunehmen bzw. aufzuzeigen, in welcher Richtung sie weiterentwickelt werden müßten.

II. Anforderungen an eine revidierte Integrationstheorie: Ansätze und Möglichkeiten einer Weiterentwicklung

Die an eine revidierte Integrationstheorie zu stellenden Anforderungen sollen hier in vier Hauptpunkten zusammengefaßt werden:

— Es muß versucht werden, den Begriff der vollständigen Integration (als Richtpunkt für einen anzustrebenden Zustand) weiterzuentwickeln und widerspruchsfrei zu definieren.

— Da „Integration" kein „unbefragt positiver Wert" sein darf[23], müssen ideologiekritische Ansätze gesehen und weiterverfolgt werden.

— Gründend auf einer Definition der vollständigen Integration muß versucht werden, ein Leitbild für eine vollintegrierte Weltwirtschaft zu entwerfen.

— Eine revidierte Integrationstheorie muß stärker als bisher *raumwirtschaftlich* ausgerichtet sein.

---

[23] *Borchardt*, K.: Diskussionsbeitrag zu dem Referat von *Krupp*, H.-J.: Probleme der Messung des Integrationseffektes von Infrastrukturinvestitionen, in: *Arndt*, H. und *Swatek*, D. (eds.): Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Berlin 1971, S. 312.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Abklärung des Integrationsziels (und des Integrationsbegriffes)

Die wohl weitestgehende Definition von „Integration", verstanden als Ergebnis eines Integrationsprozesses, stammt von Myrdal: „The economy ist not integrated unless all avenues are open to everybody and the renumerations paid for productive services are equal regardless of racial, social and cultural differences", und er fügt hinzu, dieser Begriff ziele auf das alte „ideal of equality of opportunity"[24]. Das hierin zum Ausdurck kommende Gerechtigkeitspostulat und auch die sehr allgemein gehaltene Definition sind wahrscheinlich die Gründe gewesen, derentwegen dieser Begriff in späteren integrationstheoretischen Untersuchungen mehr moralische als wissenschaftliche Anerkennung gefunden hat. Es wird weiter unten die Meinung vertreten und begründet, daß und warum eine solche Beurteilung dem Myrdalschen Begriff nicht gerecht wird.

Einen wichtigen Versuch, den Begriff der „vollständigen Integration" exakt zu definieren und im Sinne der Ökonometrie meßbar zu machen, unternahm Jochimsen in seiner „Theorie der Infrastruktur"[25]. Für ihn ist ein Integrationsgrad gleich eins (vollständige Integration) dann gegeben, wenn ein „Ausgleich der Entgelte für gleichartige oder gleiche Faktorbeiträge — und nicht aller Faktorbeiträge überhaupt —" stattgefunden hat[26]. Auf die mit der Messung des Integrationsgrades zusammenhängenden methodologisch-statistischen Probleme hat insbesondere Krupp hingewiesen[27]. Wichtiger ist, daß auch Probleme im Begrifflichen auftreten: Daß die Maximierung der Produktion bei gegebener Erwerbsbevölkerung und gegebener Austattung mit Produktivkräften (d. i. Jochimsens „optimales Niveau der Wirtschaftstätigkeit") unter den Voraussetzungen des vollkommenden Marktes gleichzeitig und unter anderem auch einen Ausgleich der Faktorentgelte für gleiche Faktorbeiträge (Integrationsgrad gleich eins) bedingt, läßt sich anhand der sog. „dritten Marginalbedingung" aus dem Arsenal der Welfare-Theorie[28] beweisen: Wenn höchstmögliches Niveau der Wirtschaftstätigkeit, dann Integrationsgrad gleich eins. Aber man kann nicht mit der gleichen Bestimmtheit sagen: Wenn Integrationsgrad gleich eins, dann höchstmögliches Niveau der Wirtschaftlichkeit! Warum nicht? In ausgeprägt dualistischen Wirtschaften ist durchaus die Konstellation denkbar, daß alle im „modernen" Sektor Beschäftigten gleiche, relativ hohe

---

[24] *Myrdal*, G.: An International Economy, New York 1956, S. 11.

[25] *Jochimsen*, R.: Theorie der Infrastruktur, Tübingen 1966.

[26] Ebenda, S. 96.

[27] Vgl. *Krupp*, H.-J.: Probleme der Messung des Integrationseffektes von Infrastrukturinvestitionen, a.a.O., S. 289 ff.

[28] Vgl. z. B. *Giersch*, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1960, S. 112.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entgelte für gleiche Leistungen erhalten. Gleichzeitig können sehr wohl auch alle im „traditionellen" Sektor Tätigen gleichen, relativ niedrigen (Natural-)Lohn erhalten. Moderner und traditioneller Sektor dieses Landes hätten so gut wie nichts miteinander zu tun, und doch müßte man einem solchen Land — nach Jochimsens Definition — einen Zustand der vollständigen Integration bescheinigen[29].

Sowohl Myrdals als auch Joachimsens Integrationsbegriff scheint also Mängel zu haben. Es lassen sich aber Gründe anführen, die doch für eine Akzeptierung des Myrdalschen Begriffes sprechen. Um dies zu begründen, ist wiederum ein Rückgriff auf die Welfare-Theorie zweckmäßig, und zwar auf die dort übliche Unterscheidung von Marginal- und Totalbedingungen[30]. Es ist dann erstens ein Begriff der vollständigen Integration denkbar, der Aussagen machen will über die bestmögliche Zuordnung aller bereits vorhandenen (bzw. eingesetzten) Güter und Produktivkräfte. Und es ist zweitens ein Begriff der vollständigen Integration denkbar, der darüber hinaus auch solche Güter und Produktivkräfte ins Kalkül mit einbezieht, die zwar noch nicht vorhanden bzw. noch nicht eingesetzt sind, die aber — unter Zugrundelegung eines bestimmten Zeithorizonts — objektiv produzierbar bzw. zu entwickeln wären.

Der erste Begriff wäre ganz im Sinne einer rein statischen Re-Allokationstheorie: Betrachtet werden nur solche Wirtschaftselemente, die in dem betreffenden System bereits — wenn auch suboptimal — „mitspielen". Wer aber weder schlecht noch recht, sondern überhaupt noch nicht mitspielt, wie z. B. die große Zahl von Arbeitslosen und Fast-Subsistenzwirtschaftern, fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer solchen Theorie. Erst wenn die potentiellen Mitspieler die Szene tatsächlich betreten haben (z. B. durch erfolgreiche Maßnahmen der Entwicklungspolitik), kann und will sie Aussagen darüber machen, wie durch „Re-Allokationen" marginale Verbesserungen bis hin zum Optimum erreicht werden können[31].

---

[29] Die Erklärung für diesen Widerspruch liegt darin, daß Jochimsens Definition — ohne daß der Autor besonders darauf hingewiesen hätte — auf die sog. „dritte Marginalbedingung" von insgesamt sieben notwendigen Bedingungen abstellt. Die „Marginalbedingungen" weisen den einzuschlagenden *Weg* zum Wohlstandsoptimum durch schrittweise (marginale) Annäherung, und zwar (u. a.) bei *gegebener* Ausstattung mit bereits eingesetzten Faktoren. Vgl. *Giersch*, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 121.

[30] Die Totalbedingungen lassen sich „zusammenfassen in der Feststellung, daß es im Optimum nicht möglich sein darf, den Wohlstand zu erhöhen, indem ein bisher nicht erzeugtes Gut produziert, ein Betrieb errichtet oder geschlossen, ein neuer Produktionsfaktor erstellt oder verwendet oder ein bisher nur in einigen Betrieben verwendeter Faktor auch in anderen Betrieben eingesetzt wird". *Giersch*, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 122.

[31] Robson hat auf diesen Punkt nachdrücklich hingewiesen: „The traditional theory of customs unions ... considers the gains which may be achieved

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Favorisiert man das weitergehende zweite Konzept, so würden, um bei dem gewählten Beispiel zu bleiben, neben den im arbeitsteiligen Produktionsprozeß bereits Tätigen auch alle unfreiwillig Arbeitslosen und auch alle Subsistenzwirtschafter in die Betrachtung einbezogen. Myrdals Begriff der (vollständigen) Integration hat nun genau diese Qualifikation. Er ist „umfassend" in jeder Hinsicht. Denn da er erstens Chancengleichheit für *alle* Menschen fordert, unabhängig von etwaigen rassischen, sozialen und kulturellen Unterschieden, ergibt sich daraus auch — zweitens — die Einbeziehung aller Teilregionen der Welt. Ihm liegt also eine „kosmopolitische" Wohlstandsfunktion zugrunde[32].

Sie impliziert, wie jede andere auf eine Teileinheit (z. B. Kontinent, Nation, Teilregion, Klasse, Kaste usw.) fixierte Wohlstandsfunktion, eine Parteinahme, also ein Werturteil. Trotzdem unterscheidet sich der kosmopolitische „Standpunkt" grundlegend von anderen Minderheiten-Standpunkten: Er ist als einziger von vornherein (systembedingt) auf die Vermeidung von Konfliktsituationen angelegt, die bei einem Rassen-, Klassen-, National- usw. -Standpunkt fast zwangsläufig auftreten würden. Der kosmopolitische Standpunkt ist der einzige, der sich mit dem Prinzip der „Einheit des Ganzen" zweifelsfrei verträgt, also mit dem, was man in des Wortes eigentlicher Bedeutung als das Ergebnis von „Integration" verstehen muß.

Akzeptiert man diesen Integrationsbegriff, so kommt dies der Aufforderung gleich, Myrdals Begriff stärker zu konkretisieren, und zwar in Richtung auf ein Leitbild, das etwas aussagt über Ziel- und Endpunkt einer vollständig integrierten Weltgesellschaft und Weltwirtschaft.

2. Ideologiekritische Ansätze

An einen wichtigen Aspekt, der seit der Ablehnung der traditionellen Integrationstheorie fast in Vergessenheit geraten zu sein schien, hat u. a. Priebe erinnert: Integrationsvorgänge sind von sozialen und ökonomischen Desintegrationsvorgängen begleitet bzw. setzen sie voraus[33]. Integration „kostet" also etwas, nämlich die „schöpferische Zerstörung" (Schumpeter) überkommener ökonomischer und sozialer Strukturen.

---

from *reallocating given inputs* of *existing resources* under ... static assumptions ..." (S. 30/31). Und er fordert eine Integrationstheorie, die ihre Aufmerksamkeit richten müsse auf „... the existence of unemployed resources which the traditional theory disregards" (S. 34). *Robson*, P.: Economic Integration in Africa, a.a.O. (Hervorhebung nicht im Original.)

[32] Vgl. *Giersch*, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 101.

[33] Vgl. *Priebe*, H.: Lehren aus der europäischen Wirtschafts-Integration für die Entwicklungsländer, in: *Guth*, W. (ed.): Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Berlin 1967, S. 58.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn Integrationsprozesse nun aber eine „destruktive" und eine „konstruktive" Phase haben[34], dann muß nicht nur gefragt werden, ob der Gesamtprozeß sich per Saldo lohnt, sondern auch, *wer* die Verluste der Desintegrationsphase trägt, und *wem* die Erträge der Reintegrationsphase zufließen.

Hier sind deutliche Ansätze für eine Ideologiekritik des Integrationskonzepts vorhanden. Stellt man die an jede sozialwissenschaftliche Theorie zu richtende Frage, „die in jedem Kriminalroman gestellt wird: Cui bono? Welchen Interessen wird gedient?"[35], dann ergeben sich für die Integrationstheorie interessante Perspektiven. Erinnert sei an den Hauptpunkt der Kritik an der traditionellen Integrationstheorie. Welchen Interessen wird gedient bzw. wessen Interessen werden vernachlässigt, wenn man ausschließlich nach Möglichkeiten produktivitätssteigernder Umschichtungen bereits vorhandener Ressourcen fragt, während die *Entwicklung* bislang brachliegender Ressourcen (insbesondere des Arbeitskräftepotentials) nicht interessiert? *Wen* nicht interessiert? Welchen Interessen wird gedient, wenn bereits bestehende Märkte zusammengelegt werden sollen, damit Großbetriebsvorteile, von denen in der gesamten Integrationsliteratur so überaus viel die Rede ist, realisierbar werden? Wem nützt es, wenn in der Integrationsliteratur fast ausschließlich von „Industrie" die Rede ist[36]? Ist es Zufall oder wessen Interessen könnte es dienen, wenn in der Theorie dem Außenwirtschaftssektor, der ja in aller Regel den Großteil des „modernen Sektors" umschließt, ein derartig starkes Forschungsinteresse entgegengebracht wurde, während der unterentwickelte Binnensektor mit seinen unter- und unbeschäftigten Massen relativ kurz gekommen ist[37]? Warum hat es so lange gedauert bzw. warum ist es immer noch schwierig, das Forschungsinteresse vom (ökonomischen) Wachstum auf die gesellschaftliche „Wachstumsbeteiligung" (Priebe) zu lenken, von der Outputmaximierung auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit?

---

[34] Priebe spricht hier von „Reintegration auf höherer Ebene". Ebenda.

[35] *Myrdal*, G.: Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt 1972, S. 244.

[36] Vgl. *Kahnert*, F. und Mitautoren: Economic Integration among Developing Countries, a.a.O., S. 13.

[37] W. G. *Tyler* kommt in einer 1973 vorgelegten Untersuchung über die Beschäftigungseffekte von Fertigwarenexporten der Entwicklungsländer nicht nur zu einer insgesamt skeptischen Beurteilung, er fügt auch hinzu: „Alle, die weiterhin die exportorientierte Industrialisierung als Allheilmittel ansehen, scheinen sich selbst und jene, die auf sie hören, zu täuschen. Außerdem liefern sie eine wissenschaftliche Erklärung dafür, daß keine radikaleren Maßnahmen zur Lösung des Problems der nichtvollständigen Nutzung des Arbeitskräftepotentials und des Arbeitsüberschusses ergriffen werden." W. G. *Tyler:* Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung des Fertigwarenexports in weniger entwickelten Ländern: Einige Diskussionsanregungen, in: *Giersch*, H. und *Haas*, H.-D. (eds.): Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Berlin 1974, S. 426.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Diskussion um die Notwendigkeit einer beschäftigungsorientierten Entwicklungspolitik, selbst wenn sie — wenigstens kurz- und mittelfristig — im Gegensatz zu einer produktivitätsorientierten Wachstumspolitik steht, ist weltweit in Gang gekommen[38]. Und diese Diskussion kann und darf die Integrationstheorie nicht unberührt lassen. Allerdings, so plausibel das Konzept der „Einbeziehung" aller nicht oder nicht „produktiv" Arbeitenden in ein arbeitsteiliges, produktiveres Wirtschaftssystem klingen mag: Es kann verdächtigt werden, hier sollten genuine Wertvorstellungen über Muße, Kontemplation, Religion usw. vom flachen Utilitarismus und Materialismus überwuchert werden. Aber auch die umgekehrte Forderung wäre verdächtig: Rührt die Bereitwilligkeit, dem anderen „seine Wertvorstellungen zu lassen", ihn in seiner glücklichen Armseligkeit nicht zu stören, vielleicht daher, daß der Grenzaufwand, diese Menschen zunächst einmal mit dem Notwendigsten an Nahrung, Kleidung und (Aus-)Bildung zu versorgen, sehr viel größer wäre als der Grenzertrag, den sie bei unmittelbarem Einsatz in der Produktion erwirtschafteten?

Jede Antwort auf diese Frage ist eminent politischer Natur[39]. Ein mögliches (negatives) Kriterium könnte sein, daß die Respektierung einer sogenannten „Präferenz für Muße" um so unglaubwürdiger und irrelevanter wird, je weniger Alternativen für die Betreffenden objektiv vorhanden sind bzw. je weniger Alternativen aufgrund mangelnder Übersicht oder ganz allgemein: Bildung von ihnen gesehen werden. Hieraus leiten Myrdal/King die Berechtigung für eine forciert beschäftigungsorientierte Entwicklungspolitik ab[40].

Der Umkehrschluß würde besagen, daß eine „Präferenz der Muße" (die ja i. d. R. mit einer Präferenz für möglichst große Unabhängigkeit zusammenfallen dürfte) dann unter allen Umständen zu respektieren wäre, wenn sie in Kenntnis und nach Abwägung vorhandener Alternativen zustandegekommen ist. Für die Integrationstheorie bedeutet dies, von vornherein mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bestimmte Gruppen, vielleicht sogar ganze Nationen nicht „integriert" zu werden wün-

---

[38] Vgl. *Matzke*, O.: Die Beschäftigung als Kernproblem einer sozialen und wirtschaftlich koordinierten Entwicklung, in: *Matzke*, O. und *Priebe*, H.: Entwicklungspolitik ohne Illusionen, Stuttgart usw. 1973. Myrdal hat betont, daß die Einbeziehung *aller* Menschen in den Entwicklungsprozeß (und damit verbunden: mehr Gleichheit) „geradezu die Vorbedingung für schnelleres Wachstum ist". *Myrdal*, G.: Politisches Manifest über die Armut in der Welt, a.a.O., S. 35.

[39] Vgl. *Myrdal*, G./*King*, S. S.: Asiatisches Drama. Eine Untersuchung über die Armut der Nationen. (Es handelt sich um eine von King selbständig erarbeitete Kurzfassung des „Asian Drama" von Myrdal.) Frankfurt 1973, S. 223.

[40] Vgl. ebenda, S. 221 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen, und dies nicht etwa, weil sie die Theorie der komparativen Kosten nicht verstanden hätten, sondern weil sie Gründe haben, die politökonomischen Implikationen einer (angeblich für *alle* Beteiligten vorteilhaften) „gegenseitigen Abhängigkeit" zu fürchten[41].

Daraus folgt: Eine sich „rein ökonomisch" verstehende Integrationstheorie, die die Möglichkeit einer (nicht auf bloßer Ignoranz beruhenden) Präferenz für Unabhängigkeit leugnen oder als töricht abqualifizieren würde, geriet mit Recht in Ideologieverdacht. Andererseits ist damit die Aufgabe, eine Revision der ökonomisch begründeten Integrationstheorie zu versuchen, keineswegs hinfällig geworden. Im Gegenteil: Jedes nicht vorwiegend ökonomisch begründete Weltmodell wie im Extrem etwa das auf Rousseau und Fichte zurückgehende Modell des „Weltfriedens durch die Koexistenz autarker Kleinstaaten"[42], muß auf seine ökonomischen Implikationen untersucht werden können, um beurteilbar zu sein. Um, m. a. W. „realpolitisch" begründete Integrationskonzepte beurteilen zu können, muß es das Idealbild eines „rein ökonomischen" Integrationskonzepts geben, von dem abzuweichen etwas „kostet". Von der Notwendigkeit und möglichen Ansätzen, ein solches Leitbild für eine vollintegrierte Weltwirtschaft zu entwickeln, ist im folgenden die Rede.

3. Die Hauptaufgabe: Erarbeitung eines Leitbildes für eine vollintegrierte Weltwirtschaft

Die Forderung, ein Leitbild für eine vollintegrierte Weltwirtschaft zu erarbeiten, ergibt sich aus der Notwendigkeit, den globalen Entwicklungsprozeß ex ante zu koordinieren. Dies aber setzt eine Zielvorstellung voraus: Auf welche Struktur hin oder allgemeiner, auf welches vorgestellte integrierte System hin soll entwickelt werden? Auf eine

---

[41] Vgl. etwa das NEIN Norwegens zum EG-Beitritt oder Rumäniens Rolle im Comecon. Der Trend zu autarkistischen Gedankengängen und Verhaltensweisen (so etwa die besonders in den USA florierende Zurück-aufs-Land-Bewegung) ist ganz offensichtlich. Ein entschiedenes Plädoyer für mehr „Self-Reliance" (die er nicht mit Autarkie verwechselt haben möchte) findet sich bei *Galtung*, J.: Self-Reliance and Global Interdependence. Some Reflections on the New International Economic Order. Vortrag, gehalten auf der European Regional Conference der Society for International Development in Linz, Sept. 1975, Conf. Doc. No. 12-e.

[42] Vgl. *Fetscher*, I.: Modelle der Friedenssicherung, München 1972, S. 44 ff. Rousseaus Ansicht wird von Fetscher so zusammengefaßt: „... daß eine ‚gesunde Republik' (die wir Demokratie nennen würden) nur in kleinen, relativ autarken Staaten sich auf die Dauer halten kann, weil sie mit dem Geist des Konkurrenzkampfes, den der Freihandel mit sich bringe, unvereinbar sei. Die friedliche Koexistenz der kleinen Republiken beruht daher nach Rousseau gerade nicht auf ihren engen wechselseitigen Handelsbeziehungen, sondern umgekehrt auf ihrer vollständigen wirtschaftlichen (und psychischen) Unabhängigkeit voneinander, auf einer Minimisierung der Kontakte, die notwendig zu einer Minimisierung der Reibungsmöglichkeiten führt." (S. 10.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„richtige Weltproduktionsstruktur", sagen Kahnert und Mitautoren[43]. Aber was ist das?

Tinbergen spricht von der „most desirable structure of international economy ... (sowie von) desirable elements of coordination or unification"[44]. Nach Robson kommt es darauf an, „to look beyond the existing patterns of production to what is likely to emerge in the future, when comparative advantage and trade patterns are likely to be different"[45]. Hier wird mit aller Deutlichkeit das eigentliche Problem angesprochen: daß das *heute* gültige Signalsystem (komparative Kostenunterschiede) nicht ausreicht oder schlechtestenfalls sogar in eine falsche Richtung weist, wenn es um die Konzeption einer vollständig zu entwickelnden integrierten Weltwirtschaft geht. Es müßten daher Ersatzkriterien gesucht werden, die Hinweise dafür geben können, welche Strukturen in welchen Wirtschaftsräumen aufgebaut werden müßten, damit eine spätere „Re-Allokation" größeren Ausmaßes unnötig wird. Solche Ersatzkriterien müßten mehr leisten als die nichtssagende Empfehlung, die Entwicklungsländer sollten sich „industrialisieren". Die damit angesprochene Aufgabe mag prima facie unlösbar erscheinen, aber sie muß trotzdem in Angriff genommen werden.

Wichtige Aufschlüsse wären bereits zu erhalten, wenn man Antworten auf die folgende Frage fände: Wie müßte die Weltwirtschaft *heute* strukturiert sein, damit man sie als vollständig integriert bzw. allseitig entwickelt ansprechen könnte? Insbesondere: Ist eine Aussage darüber möglich unter Zugrundelegung der *bereits eingesetzten* oder doch alternativ einsetzbaren technisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten? Hierin eingeschlossen sind solche Fragen wie sie in den durch den Club of Rome veranlaßten Studien von Forrester, Meadows usw.[46] gestellt worden sind: Was kann unser Globus maximal tragen, und wie lange reichen seine Ressourcen? Wieviel Menschen können ihn mit einem wie hohen Lebensstandard bewohnen? Angenommen, die Globalbedingungen würden sich — trotz der noch andauernden heftigen Kontroverse um methodologische Fragen — einigermaßen abgesichert formulieren lassen[47], so

---

[43] Vgl. *Kahnert*, F. und Mitautoren:: Economic Integration among Developing Countries, a.a.O., S. 17/18.

[44] *Tinbergen*, J.: International Economic Integration, Amsterdam 1954, S. 95.

[45] *Robson*, P.: Economic Integration in Africa, London 1968, S. 33.

[46] Vgl. *Forrester*, J. W.: Der teuflische Regelkreis, Stuttgart 1972 und *Meadows*, D. and D., *Zahn*, E., *Milling*, P. und weitere auf S. 8 namentlich genannte dreizehn Mitarbeiter: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972. (Im folgenden zitiert: *Meadows*, D. und Mitautoren: Die Grenzen des Wachstums ...)

[47] In ihrem sogenannten „Stabilisierten Weltmodell I" kommen die Verfasser zu dem Ergebnis, daß unter bestimmten (technisch machbaren) Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bliebe doch die viel schwierigere Frage offen, wo welche Produktionsstrukturen aufzubauen wären. Sollten auf diese Frage wenigstens annäherungsweise Antworten gefunden werden, so würde dies bedeuten: Es würden die Umrisse einer nach bestimmten Qualifikationen aufzubauenden Weltwirtschaft erkennbar werden. Erkennbar werden müßten dann auch die Umrisse der einzelnen Integrationsräume nebst ihren zu entwickelnden Wirtschaftsstrukturen.

Der Sinn eines solchen Leitbildes[48] läge also darin, daß von einem zu konzipierenden globalen System (Weltwirtschaft) auf die zweckmäßige Lage, den Umfang und die Grobstruktur der einzelnen Subsysteme (Integrationsräume) zu schließen wäre, nicht aber umgekehrt: von mehr oder weniger „zufällig" entstandenen Teilen auf ein dann ebenfalls mehr oder weniger zufälliges Ganzes. Wenn Fortschritte bei der Konzeption eines solchen Leitbildes gemacht würden, könnten die bereits vorhandenen Integrationsgebilde daraufhin überprüft werden, ob sie — nach planmäßiger Entwicklung — in eine vollintegrierte Weltwirtschaft hineinpassen würden, oder ob sie so unglücklich konzipiert sind, daß sie sich eine Rückkehr zu einem multilateralen Weltwirtschaftssystem wegen unannehmbar hoher Friktionsverluste vermutlich gar nicht leisten könnten. Darüber hinaus müßte es dann möglich sein, theoretisch sinnvolle Integrationsräume nebst ihren Grobstrukturen zu identifizieren, entweder in Übereinstimmung mit oder im Kontrast zu den bereits begonnenen Ansätzen. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Erarbeitung eines solchen Leitbildes extrem schwierig ist, u. a. deshalb, weil ein solcher Versuch nur in einer beträchtlichen interdisziplinären Anstrengung Aussicht auf Erfolg hätte. Im Bereich der ökonomischen Wissenschaft wären es vor allem bereits vorhandene wie auch noch zu gewinnende Erkenntnisse der Raumwirtschaftstheorie, die hier einen Beitrag leisten könnten.

---

dingungen eine Weltbevölkerung von ca. 4 Mrd. Menschen den Globus langfristig bewohnen könnte. Allerdings wäre zu wählen zwischen geringerem, aber auskömmlichem Lebensstandard für alle oder nachträglicher Korrektur der Bevölkerungszahl nach unten. Vgl. *Meadows*, D. und Mitautoren: Die Grenzen des Wachstums, a.a.O., S. 149/150.

[48] Ein solches „Leitbild" wäre, methodologisch gesehen, ein Idealtypus bzw. ein „Konstrukt", und zwar von der Art, daß es „einen oder mehrere Realtypen als empirisches ‚Gegenstück' ..." hätte. (*Machlup*, F.: Idealtypus, Wirklichkeit und Konstruktion (1960/61), Wiederabdruck in: *Jochimsen*, R. und *Knobel*, H. (eds.): Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie, Köln 1971, S. 248.) — Ein solches Leitbild müßte weiterhin mindestens enthalten: Annahmen über den erreichbaren Grad kosmopolitischer Solidarität, über notwendige und akzeptable Steuerungstechniken, über Präferenzsysteme in bezug auf Arbeitszeit/Freizeit und auf die Art der Einkommensverwendung sowie über Umfang und Verteilung der Weltbevölkerung für den betreffenden Zeitraum.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4. Raumwirtschaftlich orientierte Integrationstheorie

Die bis heute vorherrschende multinationale Integrationstheorie für Entwicklungsländer enthält ein doppeltes Tabu: nämlich erstens eine Art stillschweigender Selbstverpflichtung, die von den Politikern so oder so konzipierten Länderkombinationen als Datum und nicht als Problem anzusehen, und zweitens, sich für die raumwirtschaftlich „richtige" Integration von Teilräumen größerer Staatsgebiete in eben dieses Staatsgebiet bzw. auch in das übergeordnete Globalsystem für nicht zuständig zu erklären. So ist zum Beispiel das indisch-ägyptisch-jugoslawische Kooperationsabkommen Gegenstand dieser Theorie, nicht aber etwa die Einbeziehung des brasilianischen Nordostens in einen wie auch immer gearteten Integrationszusammenhang.

Dieses doppelte Tabu darf von einer im regionalen Sinn „umfassenden", d. h. raumwirtschaftlich konzipierten Integrationstheorie nicht hingenommen werden. Diese muß sich insofern in doppelter Weise von der multinationalen Integrationstheorie herkömmlichen Stils unterscheiden. Sie muß im regionalen Sinne „enger" sein als jene, indem sie auch die „interne" Integration zu ihrem Problem erhebt. Gleichzeitig muß sie aber auch „weiter" sein insofern, als sie, wie im vorigen Abschnitt dargelegt, die zu konzipierenden Integrationsgebilde auffaßt als Subsysteme im Gesamtzusammenhang eines tatsächlich vorhandenen oder ebenfalls zu konzipierenden Weltwirtschaftssystems.

Die Unterscheidung von „interner" und „externer" Integration[49], die in weiterer Dimension in dem Begriffspaar von der „nationalen" und der „internationalen" Integration ihre Parallele findet, relativiert die bisher allein herrschende (multinationale) Integrationstheorie: „... internal economic integration is a prior condition for the success of external economic integration on a regional basis"[50]. Was bedeutet dies konkret? Kann daraus die Empfehlung abgeleitet werden, die Entwicklungsländer sollten sich eine Zeitlang — beispielsweise in einer entsprechend benannten „Dekade" — auf sich selbst zurückziehen, um sich ausschließlich einer sektoral wie regional breit angelegten, aber doch mittelalterlich anmutenden Phase der internen Integration zu widmen? Eine solche Idee wäre offenbar absurd, nicht nur, weil die einzelnen

[49] Priebe will Integration „... nicht nur extern als Vorgang der räumlichen Erweiterung, des räumlichen Hinauswachsens von Beziehungen und Kräften verstehen, sondern auch intern, als Prozeß des inneren Wachstums der Wirtschaft einer Region, der sich im Zusammenhang mit internen Strukturwandlungen vollzieht." *Priebe*, H.: Lehren aus der europäischen Wirtschafts-Integration für die Entwicklungsländer, a.a.O., S. 58.

[50] *Myint*, H.: Dualism and the Internal Integration of the Underdeveloped Economies (= Chapter 14 in *Myint*, H.: Economic Theory and the Underdeveloped Countries), London u. Toronto 1971, S. 347.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungsländer und -regionen sich in ihrem jeweiligen Entwicklungsstand erheblich voneinander unterscheiden, sondern vor allem, weil die Entwicklungsländer sich des unschätzbaren historischen Vorteils begeben würden, bereits entwickelte modernste Technologien übernehmen zu können. So ist Priebe zuzustimmen, „daß es keine echte Alternative gibt zwischen dem inneren Wachstum einer Wirtschaft oder dem übernationalen Güteraustausch — also zwischen einer internen oder externen Integration. Im Gegenteil: beides muß in gegenseitiger Ergänzung gesehen werden"[51].

Hieraus ergibt sich aber eine schwierige Simultanaufgabe: nicht nur eine beschäftigungsorientierte Breitenentwicklung „von unten" (interne Integration) zu betreiben, sondern auch den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung moderner, großindustrieller Aktivitäten[52], die wegen ihrer oft weiträumigen Bezugs- und Absatzbeziehungen in einen größeren, manchmal weltweiten (externen) Integrationszusammenhang eingeordnet werden müssen. Die mit dieser Simultanaufgabe verbundenen materiellen und gesellschaftlich-politischen Schwierigkeiten[53] sind schon groß genug. Doch ergeben sich (insbesondere für den Bereich der „externen Integration") schwierige fachliche Probleme, was die Auswahl, die zeitliche und räumliche Plazierung der aufzubauenden Strukturen angeht.

Im Bereich der „internen Integration" gibt es zwar erhebliche politisch-gesellschaftliche, aber weniger „theoretische" Probleme. Bei diesem Aufbau „von unten" geht es um eine Art Bodensatz sozioökonomischer Aktivitäten, die dadurch gekennzeichnet sind, daß sie von allen Menschen benötigt werden und daß sie auch fast überall produziert werden können. Es handelt sich um Produktion und Nachfrage „lokaler

---

[51] *Priebe*, H.: Lehren aus der europäischen Wirtschafts-Integration für die Entwicklungsländer, a.a.O., S. 73.

[52] z. B. solche Aktivitäten, für deren Produkte schon in frühen Entwicklungsstadien eine entsprechende Nachfrage zu erwarten ist *und* für deren kapitalintensive, großindustrielle Technologie vorerst keine diskutable Alternative bekannt ist.

[53] Auf die politisch-gesellschaftlichen Implikationen jeder erfolgreichen Entwicklungspolitik hat wiederum Myrdal nachdrücklich hingewiesen. Vgl. *Myrdal*, G.: Politisches Manifest über die Armut in der Welt, a.a.O., insbesondere Kapitel 8: „Kein Alibi, sondern eine Herausforderung", S. 151 ff. Es dürfte indes klar sein, daß die politisch-gesellschaftlichen Hindernisse vor allem bei entwicklungspolitischen Maßnahmen der „internen Integration" auftreten, weil sie, wie Myrdal unumwunden sagt, „radikale Reformen" (ebenda, S. 151) in den Entwicklungsländern selbst voraussetzen. Hierzu gehört auch die nur gegen starke Interessen durchzusetzende „Zähmung" des modernen Sektors: Regelung der Konkurrenz-, Liefer- und Absatzbeziehungen zum eigenen (nationalen) traditionellen Sektor. Vgl. dazu *Myint*, H.: Dualism and the Internal Integration of the Underdevloped Economies, a.a.O., insbes. S. 318 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Güter"[54]. Ihre notwendige Zusammensetzung zu ermitteln — etwa nach dem „Balanced-Growth"-Schema — ist gerade für die frühen Entwicklungsstadien keine unlösbare Aufgabe, und vor allem: Produktion und Nachfrage dieser Güter sind von der „Weltwirtschaft" relativ unabhängig. Das Abstimmungsproblem stellt sich nicht in voller Schärfe. Es spricht viel dafür, daß in diesem scheinbar bescheidenen Bereich, der aber die große Masse der nichtintegrierten Bevölkerung erfassen würde, die größten Entwicklungschancen für fast alle Entwicklungsländer liegen. Es wäre dies im wesentlichen eine von Priebe so genannte „Entwicklung von der ländlichen Basis her"[55]. Hier liegt auch, wie vor allem das Beispiel der VR China gezeigt hat, das Hauptanwendungsgebiet der „angepaßten Technologie".

Schwierige Abstimmungs- und Lokalisierungsprobleme tauchen dagegen bei Aktivitäten des „modernen Sektors" auf, soweit sie weiträumige Bezugs- und Absatzbeziehungen aufweisen und somit den „nationalen", „kontinentalen" oder gar „mondialen" Aktivitäten zuzurechnen sind[56]. Hier stellt sich das Problem, dem sich auch die Theoretiker des „ausgewogenen" wie auch des „unausgewogenen" Wachstums gegenübersahen: nämlich (simultan oder sukzessiv) eine Vielzahl von Investitionsentscheidungen im Hinblick auf ein zusammenhängendes Industriesystem zu treffen, das noch gar nicht oder erst bruchstückhaft existiert. Die Probleme der „richtigen" Auswahl und Allokation potenzieren sich, wenn die Entscheidungen nicht im nationalen, sondern im multinationalen Rahmen getroffen werden müssen[57]. Dasselbe gilt für die Aufgabe, ganze Verkehrs- und Nachrichtennetze nach geographischer Lage und Dichte zu planen, und zwar wiederum im Hinblick auf künftige Entwicklungen, die ihrerseits noch Gegenstand von Erwartungen und Planungen sind.

Gibt es die Möglichkeit, diese Zwänge des Interdependenzproblems[58] abzumildern, indem man z. B. nach dem „trial and error"-Verfahren

---

[54] Vgl. z. B. *Stolper,* W. F.: Standorttheorie und Theorie des internationalen Handels, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 112, (1956), S. 193 ff. und *Tinbergen,* J.: Eine neue Raumwirtschaftslehre, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 121 (1965), S. 625 ff.

[55] Vgl. *Priebe,* H.: Entwicklung von der ländlichen Basis her, in: *Matzke,* O. und *Priebe,* H.: Entwicklungspolitik ohne Illusionen, a.a.O., S. 9 ff.

[56] Vgl. *Tinbergen,* J.: Eine neue Raumwirtschaftslehre, a.a.O., S. 628.

[57] Auf die Übertragbarkeit des (ansonsten vorwiegend auf die Entwicklung von Inlandsaktivitäten angelegten) Konzepts des „Balanced Growth" auf internationale Dimensionen hat Nurkse selbst hingewiesen. Vgl. *Nurkse,* R.: Dynamic Aspects of Trade Theory, in: *Haberler,* G. and *Stern,* R. M. (eds.): Equilibrium and Growth in the World Economy, Economic Essays by Ragnar Nurkse, Cambridge (Mass.) 1962, S. 331. Hirschman — als der Vertreter des „Unbalanced Growth" — widmet diesem Punkt das 10. Kapitel seiner „Strategie..." Vgl. *Hirschman,* A. O.: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967 (1. amerik. Aufl. 1958), S. 171 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vorgeht, also zunächst einmal mit ein, zwei modernen Industriezweigen anfängt? So heißt es bei Cooper und Massell: „It is assumed that industries under consideration ... are separable — that production in one does not require the presence of another, either as a market or as a source of supply."[59] Solche „Annahmen" aber erweisen sich bei näherem Hinsehen — nämlich beim Studium von Input-Output-Strukturen entwickelter Industriesysteme — als trügerisch. Es gibt kaum einen „modernen" Industriezweig, der von anderen (liefernden oder abnehmenden) Industrien unabhängig wäre. Es gibt offenbar nicht einmal vom „Rest" separierbare, unabhängige Unter-Systeme[60]. Aus diesem Grund entscheidet sich ein Land oder eine Ländermehrheit im Regelfall nicht für oder gegen ein oder zwei Industrien, sondern für oder gegen einen ganzen Industriekomplex[61].

Das hiermit angesprochene Problem wird gewöhnlich unterschätzt, indem es auf ein Methodenproblem reduziert wird: Sollen und können die neuen Industriekomplexe mehr oder weniger gleichzeitig (Balanced vs. Unbalanced Growth) aufgebaut werden? Welche Rolle sollen und können dabei Importsubstitution und/oder Exportdiversifizierung spielen usw? Dagegen wird kaum ernsthaft die Frage gestellt, ob der Aufbau solcher Industriekomplexe in allen Teilen der entwickelten und der unterentwickelten Welt anzustreben sei. Im Gegenteil: Es gehört nicht nur zu den Grundüberzeugungen der meisten entscheidungsbefugten Praktiker, sondern auch zu den nahezu unbestrittenen Lehrmeinungen,

---

[58] Wir bleiben damit bei einer zwar ungenauen, aber üblichen Bezeichnung für „Systemzusammenhang". Ungenau ist die Bezeichnung deshalb, weil der technisch-ökonomische Gesamtzusammenhang nicht ausschließlich von Interdependenz, sondern (oft überwiegend) von Dependenz gekennzeichnet ist.

[59] *Cooper*, C. A. and *Massell*, B. F.: Toward a General Theory of Customs Unions for Developing Countries, a.a.O., S. 464.

[60] In der Sprache der Input-Output-Theorie wären dies „Untermatrizen der gesamten Transaktionsmatrix". Vgl. *Helmstädter*, E.: Die Dreiecksform der Input-Output-Matrix und ihre möglichen Wandlungen im Wachstumsprozeß, in: *Neumark*, F. (ed.): Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Bd. II, Berlin 1964, S. 1029. Es geht dabei um das Problem der „strengen Zerlegbarkeit", und Helmstädter bemerkt hierzu: „Es ist überhaupt bisher kein Fall einer streng zerlegbaren empirisch festgestellten Input-Output-Matrix bekanntgeworden. Das heißt, daß die Wirtschaftsgruppen einer Volkswirtschaft im allgemeinen in einem einzigen Systemzusammenhang stehen." (Ebenda, S. 1030.)

[61] Es gibt anders gelagerte Fälle, in denen — meist kleinere Länder — scheinbar isolierte Industrien aufbauen konnten. Dazu gehören die in Hong Kong etablierten, hochspezialisierten Exportindustrien, die teilweise — so die Bekleidungs-, Plastik-, Elektronik- und Perückenindustrie — Exportquoten von 80 % bis 90 % aufweisen. (Vgl. *Riedel*, J.: The Hong Kong Model of Industrialization (= Kieler Diskussionsbeiträge 29), Kiel 1973, insbes. S. 16. Diese Industrien stützen sich in Bezug und Absatz also auf *bereits bestehende* externe Systeme, den sog. Weltmarkt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dies sei eine selbstverständliche Notwendigkeit: „The process of development consists essentially in the installation and building of an approximation of the system embodied in the advanced economies of the U.S. and western Europe and, more recently, of the U.S.S.R.".[62]

Es ist eine Herausforderung an die Raumwirtschaftstheorie, eben dieses Axiom in Frage zu stellen. Positiv gesprochen, muß sie versuchen, die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen Regionen bestimmter Größe, bestimmter Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und insbesondere mit bestimmter Mindestbevölkerung nach Zahl und Dichte für die Ausbildung solcher (nationaler oder multinationaler) Industriekomplexe geeignet sind. In einer früheren Arbeit hat der Verfasser die These vertreten, die wichtigste Bedingung sei eine bestimmte Mindestbevölkerung nach Zahl und Dichte[63]. Wenn diese These richtig ist (und sich eventuell auch quantifizieren läßt), würden damit die Umrisse neuer potentieller Industriekomplexe deutlich. Sie könnten in Teilräumen großer Staatsgebiete lokalisiert sein, aber auch mehrere (kleinere) Staaten umfassen. Auf diese Weise könnten sie, in Analogie zu der räumlichen Struktur der bereits entwickelten Teile der Weltwirtschaft, jeweils zum Nucleus für zusammenhängende Integrationsräume werden, die auch — nach angenommen planmäßiger Entwicklung — eine Rückkehr zum globalen Freihandel nicht zu scheuen hätten. Denn was Jürgensen und Predöhl als Plädoyer für die Integration Westeuropas galt, würde nun auch für die neu zu konzipierenden Integrationsräume gelten: „Regionale Wirtschaftsintegrationen sind ... besonders vorteilhaft, wenn sie ganze Kerngebiete einbeziehen. Je vollständiger diese erfaßt sind, um so unbedeutender werden die verursachten Handelsumlenkungen."[64] Wenn sich auf die angedeutete Weise potentielle Kernregionen (Predöhl) im Bereich der Entwicklungsländer identifizieren ließen, hätte dies große Bedeutung nicht nur für die Konzeption sinnvoller Integrationsräume, sondern unmittelbar für eine Reihe von auf lange Sicht zu treffenden Investitionsentscheidungen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur.

Das Leitbild einer vollintegrierten Weltwirtschaft wäre hiernach das einer multizentrischen Weltwirtschaft, die implizite auch (entwickelte) Peripherien enthalten würde. Es sei hier nochmals daran erinnert, daß

---

[62] *Leontief*, W.: The Structure of Development, in: Scientific American, Sept. 1963, S. 159.

[63] Vgl. *Harborth*, H.-J.: Zur Rolle der Entwicklungsländer in einer multizentrischen Weltwirtschaft, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22 (1971), S. 244 ff. Eine erweiterte Fassung findet sich in: Economics. A Biannual Collection of Recent German Contributions to the Field of Economic Science, Vol. 5, Tübingen 1972, pp. 68 - 83

[64] *Jürgensen*, H. und *Predöhl*, A.: Artikel „Europäische Integration", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961, S. 380.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein solches Modell ein Idealtypus wäre, der möglicherweise weder kurz- noch mittelfristig realisierbar wäre[65]. Es kann sogar sein, daß die Verwirklichung eines solchen Leitbildes sich als nicht wünschenswert erweist, nämlich wenn und soweit es keine wirksamen Kontrollmechanismen gibt, die die Ausbeutung der stark Abhängigen (Peripherie) von den weniger Abhängigen (Kerngebiete) auf Dauer verhindern. Die ökonomische Theorie sollte ihre Aufgabe nicht darin sehen, „Fremdbestimmung und Ausbeutung als Regelfall internationaler Beziehungen"[66] wegzudiskutieren. Sie sollte sich vielmehr mit Hilfe einer revidierten, raumwirtschaftlich orientierten Integrationstheorie um den Nachweis bemühen, wie eine vollintegrierte Weltwirtschaft von morgen konstruiert sein müßte und welche potentiellen Gewinne sich aus einer solchen Entwicklung und Nutzung der globalen Produktivkräfte ergeben könnten. Erst wenn dieser Nachweis vorliegt, dürfte es überhaupt lohnend erscheinen, auch nach einem politisch akzeptablen Weltmodell zu suchen, in dem der Frieden zwar nicht *durch* Freihandel, wohl aber *trotz* Freihandel gesichert werden kann.

---

[65] Eine Zusammenfassung und kritische Würdigung der wichtigsten bisher bekannten „Modelle der Friedenssicherung", unter denen dem Modell „Weltfrieden durch Freihandel" keine guten Chancen gegeben werden, findet sich z. B. bei *Fetscher*, I.: Modelle der Friedenssicherung, a.a.O., insbes. S. 38 ff.

[66] Vgl. *Junne*, G. und *Nour*, S.: Internationale Abhängigkeiten. Fremdbestimmung und Ausbeutung als Regelfall internationaler Beziehungen. Frankfurt 1974.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungsstrategien der Volksrepublik China
Lehren für die Entwicklungsländer

Von *Willy Kraus*, Bochum

I. Entwicklungserfolge der Volksrepublik China

Zur Beurteilung entwicklungspolitischer Konzepte und Strategien verfügen wir über eine Reihe von Effizienzkriterien, wie z. B. Produktionsniveau, Pro-Kopf-Einkommen, Inflationsrate, regionale Streuung der Industrie, Grad der Unterbeschäftigung, Analphabetenquote und Einkommensverteilung. Mögen auch diese Kriterien einzeln oder gebündelt sehr umstritten sein, so bieten sie doch unter Berücksichtigung der Grenzen ihrer Aussagefähigkeit immerhin einigermaßen plausible Maßstäbe für entwicklungspolitische Fortschritte und Fehlentwicklungen. Wendet man sie auf die Volksrepublik China an, so ist nicht in Abrede zu stellen, daß die zurückliegenden fünfundzwanzig Jahre intensiver Entwicklungsanstrengungen relativ gute Ergebnisse erbracht haben. So konnte die Getreideproduktion des Jahres 1952[1] mit etwa 154 Mio. Tonnen auf 246 Mio. Tonnen im Jahre 1971[2], also um 60 %, die Stahlproduktion des Jahres 1952[3] in Höhe von 1,35 Mio. Tonnen auf 23 Mio. Tonnen im Jahre 1974[4] erhöht werden. Für 1974 wird die Getreideproduktion mit 259 Mio. Tonnen veranschlagt[5]. Die jährliche Erdölproduktion, die sich im Jahre 1952 auf eine halbe Mio. Tonnen belief[6], wird für 1974 auf 65 Mio. Tonnen geschätzt[7]. Nach amtlichen Mitteilungen hat sich der Bruttoproduktionswert der Maschinenbauindustrie zwischen 1965 und 1972 mehr als verdoppelt[8]. Der Gesamtwert der industriellen Produktion war 1974 um 190 % höher als 1964[9].

---

[1] State Statistical Bureau: Ten Great Years, Peking 1960, S. 119.

[2] *Dscheng Schi:* Kurzer Abriß der chinesischen Wirtschaft, Peking 1974, S. 11.

[3] State Statistical Bureau, a.a.O., S. 95.

[4] *Dscheng Schi*, a.a.O., S. 26.

[5] *Perkins*, P. H.: Constraints Influencing China's Agricultural Performance, in: Joint Economic Committee: China A Reassessment of the Economy, Washingon, D. C. 1975, S. 35

[6] State Statistical Bureau, a.a.O., S. 95.

[7] *Williams*, B. A.: The Petroleum Industry: Growth and Prospects, in: Joint Economic Committee, a.a.O., S. 228.

[8] *Dscheng Schi*, Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, a.a.O., S. 27.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten stieg zwischen 1949 und 1974 um 150 %[10]. Das Einkommen der Bauern nahm wahrscheinlich um einen ähnlich hohen Prozentsatz zu, da die staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte bei im wesentlichen konstanten Verkaufspreisen um 90 %[11], die Getreideproduktion im gleichen Zeitraum um fast 130 % und die Baumwollproduktion um 470 % stiegen[12]. Das Volkseinkommen erhöhte sich zwischen 1949 und 1974 schätzungsweise um rd. 450 %, zwischen 1952, dem Jahr, in dem der Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen im wesentlichen abgeschlossen war, und 1974 um rd. 250 %[13].

Bis zu Beginn der 70er Jahre konnte die Standortverteilung der Industrie, die zur Zeit der Gründung der Volksrepublik China in der Mandschurei und in den Küstengebieten der Vertragshäfen konzentriert war, zugunsten eines regional breitgefächerten Industrieaufbaues abgeändert werden. Fast alle Provinzen verfügen über kleine und mittlere Eisen- und Stahlwerke wie über Betriebe zur Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten und Traktoren. Über 90 % der rd. 2000 Kreise haben Maschinenbaustationen, Reparatur- und Montagewerkstätten[14]. Etwa 44 bzw. 60 % der Gesamtproduktion an Zement und Kunstdünger wurden 1971 in kleinen lokalen Betrieben hergestellt. Über 16 % des durch Wasserkraftwerke bereitgestellten Stromes stammte aus lokalen Kleinbetrieben[15].

Die Einkommensverteilung wurde im Zuge der Sozialisierungsmaßnahmen Anfang der 50er Jahre zugunsten der ärmeren Schichten verbessert. Lohnreformen und Änderungen der Lohnskala haben außerdem zur Verringerung des Abstandes zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Lohn der Industriearbeiter und der Angestellten beigetra-

---

[9] *Tschou En-lai:* Bericht über die Tätigkeit der Regierung (Erstattet auf der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volkrepublik China am 13. Januar 1975).

[10] *Dscheng Schi,* a.a.O., S. 52.

[11] Ebenda.

[12] Ebenda, S. 52.

[13] *Ashbrook,* A. G., in: China Economic Overview, 1975, in: Joint Economic Committee, a.a.O., S. 42 f. — Da seit über fünfzehn Jahren von der Volksrepublik China kaum Angaben zur Entwicklung volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen gemacht wurden, ist man auf Schätzungen angewiesen. Die im Auftrag des amerikanischen Kongresses 1972 und 1975 vorgenommenen Schätzungen sind im Statistischen Anhang enthalten. Die obigen Zahlenangaben sind bis auf die Angaben zur Erdölförderung im Jahre 1974 amtliche Zahlen. Die allgemein positive Beurteilung der quantitativen Entwicklung stützt sich im wesentlichen auf die Ergebnisse nicht-chinesischer statistischer Untersuchungen.

[14] *Dscheng Schi,* Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, a.a.O., S. 28.

[15] Peking Rundschau 39, 3. Okt. 1972, S. 14.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen[16]. Auch war man mit Erfolg bemüht, das regionale Einkommensgefälle durch zusätzliche Förderungsmaßnahmen in besonders unterentwickelten Regionen abzubauen. Darüber hinaus haben die Politik der stabilen Preise und wirksame Maßnahmen gegen Korruption dazu beigetragen, daß die Erfolge der Entwicklungspolitik nicht einer kleinen Gruppe sondern dem gesamten Volke zugute kamen.

Angesichts der beachtlichen Entwicklungserfolge Chinas und der nicht zu übersehenden entwicklungspolitischen Fehlschläge in zahlreichen anderen Ländern der Dritten Welt ist es verständlich, daß den chinesischen Entwicklungsbemühungen zunehmende Bedeutung beigemessen wird. So ist es weithin üblich geworden, nicht nur von einem chinesischen Entwicklungsweg oder einem chinesischen Entwicklungsmodell, sondern auch von dessen Übertragbarkeit zu sprechen. Vielfach wird mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß die Volksrepublik China nunmehr die einzig brauchbare Alternative zur westlich und auch sowjetrussisch konzipierten Entwicklungspolitik biete. Den Entwicklungsländern bleibe nichts anderes übrig, als dem chinesischen Beispiel zu folgen oder aber in kurzsichtiger Anlehnung an westliche oder sowjetrussische Entwicklungvorstellungen sich verstärkt einer imperialistischen bzw. sozialimperialistischen Ausbeutung auszuliefern.

II. Phasen des chinesischen Entwicklungsprozesses

Verfolgt man die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Volksrepublik China seit ihrer Gründung im Jahre 1949, so tauchen doch einige Bedenken auf, von einem chinesischen Entwicklungsweg, von einem chinesischen Entwicklungskonzept oder von einer chinesischen Entwicklungsstrategie zu sprechen. Vielmehr heben sich eine Reihe von Phasen ab, die in sehr unterschiedlichem Maße als eigenständige, spezifisch chinesische Entwicklungsbemühungen gelten können. Sicherlich bildete in allen Entwicklungsphasen die Industrialisierung im Rahmen einer typischen kommunistischen Wirtschaftspolitik der Nationalisierung und Kollektivierung die entscheidende Zielsetzung. Aber die Wege zu einem industrialisierten China verlaufen in den einzelnen Phasen sehr unterschiedlich. Zudem sind im Verlaufe des chinesischen Entwicklungsprozesses zahlreiche Umorientierungen feststellbar, je nachdem, ob vorwiegend ökonomische oder politisch-ideologische Grundsätze tiefgreifenden Einfluß auf die chinesische Gesamtpolitik nehmen. Selbst in Phasen einer eindeutig ökonomisch orientierten Schwerpunktverlagerung sind recht verschiedenartige Leitbilder wie Mittel und Wege ihrer Realisierung erkennbar. Es wechselt nicht nur die Priori-

[16] *Dscheng Schi*, a.a.O., S. 52.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tätenfolge hinsichtlich Industrie und Landwirtschaft, Schwerindustrie und Leichtindustrie wie hinsichtlich sektoraler und regionaler Investitionsschwerpunkte. Auch werden selbst jene Entwicklungsmethoden und Entwicklungsinstrumente, die vielfach als spezifisch chinesisch bezeichnet werden, den jeweiligen Erfordernissen angepaßt. Ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Phasen des bisherigen Entwicklungsganges zeigt dies sehr deutlich:

Der erste Fünfjahresplan (1953 - 1957) wurde durch das sowjetische Vorbild geprägt. Gleiches gilt auch für den ursprünglichen Entwurf des zweiten Fünfjahresplanes (1958 - 1962). Zentrale Zielgröße war die kapitalintensive Groß- oder Schwerindustrie. Leichtindustrien und Konsumgüterindustrien bildeten lediglich deren Anhängsel. Investitionen im Bereiche der Landwirtschaft wurden nur insoweit vorgenommen, als diese unumgänglich notwendig waren und die schwerindustriellen Investitionen nicht beeinträchtigten. „Die Industrialisierung, die unser Land erstrebt", so hieß es in dem Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der staatlichen Planungskommission Li Fu-ch'un[17], der auf der zweiten Tagung des I. Nationalen Volkskongresses vom 5. bis 6. Juli 1955 erstattet wurde, „ist die sozialistische Industrialisierung nach dem Muster der sowjetischen Erfahrungen und mit der direkten Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder"[18]. Aber bereits kurz nach der Verabschiedung des zweiten Fünfjahresplanes wurden wesentliche Teile revidiert oder gar aufgegeben. Nachdem erste Planungserfahrungen gesammelt waren, fand offenbar bereits während der Laufzeit des ersten Fünfjahresplanes eine Besinnung auf die strukturellen Eigenarten der chinesischen Wirtschaft und auf die eigenen Erfahrungen und Vorstellungen hinsichtlich der Führungs- und Lenkungsmethoden statt, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Entwicklungskonzept nahelegten.

Die Vorteile der Anwendung des sowjetischen Modells auf China wurden in Frage gestellt. Aber dies war erst dadurch möglich, daß man sich der sehr unterschiedlichen Ausgangslagen zu Beginn der Entwicklungsbemühungen bewußt wurde. Entwicklungsstrategisch entscheidend für den sowjetischen Aufbauprozeß war die Nutzbarmachung aller irgendwie erfaßbarer Agrarüberschüsse für die industrielle Akkumulation. China, das kaum über solche Agrarüberschüsse verfügte und außerdem auch noch vor dem Problem einer rasch wachsenden Bevölkerung

---

[17] Für die Umschrift chinesischer Namen im Text wurde die Methode von Wade und Giles benutzt. In Literaturhinweisen wird die dort verwendete Umschrift benutzt.

[18] *Li-Fu-dschun:* Bericht über den ersten Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Volksrepublik China von 1953 bis 1957, Berlin 1956, S. 27.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stand, hatte erst einmal Mittel und Wege zu finden, um solche Agrarüberschüsse überhaupt im benötigten Umfange produzieren zu können. Das Land war weder in der Lage, noch dazu bereit, den Industrialisierungsprozeß rücksichtslos auf dem Rücken der ländlichen Bevölkerung zu vollziehen. Auch gab es eine einflußreiche Gruppe in der chinesischen Führungsspitze, die starke Bedenken hatte, den mit dem sowjetischen Modell übernommenen Führungsstil, der durch straffe hierarchische Strukturierung der Gesellschaft und Einmannleitung der Betriebe gekennzeichnet war, nach und nach in ganz China durchzusetzen. Man sah zwar die Vorteile einer straffen hierarchischen Befehlsstruktur. Aber die entwicklungspolitischen Vorstellungen der Gruppe um Mao Tse-tung schienen im Rahmen der sowjetischen Führungsmethoden kaum realisierbar zu sein. Ihr kam es darauf an, möglichst die gesamte Gesellschaft an Entscheidungen und Maßnahmen zur Entwicklung durch Massenlinie und kollektive Beschlußfassung (Komiteeprinzip) zu beteiligen.

Auf der II. Konferenz des VIII. Parteitages der KPCh vom 5. bis 23. Mai 1958 wurde das revidierte Grundkonzept des zweiten chinesischen Fünfjahresplanes verabschiedet. Am 29. August 1958 wurden in der Resolution der erweiterten Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees in Peitaiho die Wesenszüge der Politik der „Drei Roten Banner" bekanntgegeben. „Großer Sprung nach vorn", „Volkskommunen" und „Neue Generallinie des sozialen Aufbaues" im Sinne des gleichzeitigen und gleichgewichtigen Aufbaues von Industrie und Landwirtschaft, der gleichzeitigen Verwendung moderner wie herkömmlicher Technologien bzw. Produktionsverfahren und des breitflächigen Industrieaufbaues bei gleichzeitiger Errichtung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben bildeten nach Auffassung der politischen Führung die notwendige ideologische Verbindung der marxistisch-leninistischen Prinzipien der erweiterten Reproduktion mit den konkreten chinesischen Gegebenheiten. Das Konzept des „Großen Sprungs nach vorn" und die „Volkskommunenbewegung" sollten den eigenständigen entwicklungspolitischen Beitrag leisten, der die Mängel und Unterlassungen des ersten Fünfjahresplanes zu korrigieren hatte. Und unbeschadet aller problematischen Seiten dieses Konzeptes kann kaum in Abrede gestellt werden, daß wesentliche Elemente grundlegend für die weitere chinesische Entwicklungspolitik geblieben oder inzwischen wieder geworden sind. Die dreistufige Organisation der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten — Kommunen, Brigaden, Produktionsgruppen — blieb seitdem in China erhalten, auch wenn die zu Beginn angestrebte Zentralisierung der Funktionen auf der Kommunenebene nicht durchgesetzt werden konnte. Massenlinie und Komiteeprinzip als Führungsstil, Aufbau einer Lokalindustrie als Möglichkeit zur Entfaltung der ländlichen Aktivitäten,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als Erziehungsprozeß und als Beitrag zu einer umfassenden Modernisierung und Industrialisierung blieben zumindest als Leitbilder in den Köpfen der Aktivisten verhaftet, die während des „Großen Sprungs nach vorn" ihre ganze Energie für die Realisierung eines so umfassenden Programms eingesetzt hatten. Aber erst einmal hatte die chinesische Führung mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden, die unmittelbar nach Einschlagung dieses neuen Kurses eintraten.

Auf dem 6. Plenum des VIII. Zentralkomitees in Wuhan zwischen dem 28. November und 10. Dezember 1958 wurden einschneidende Beschlüsse zur Korrektur radikaler Übersteigerungen der Politik der „Drei Roten Banner" gefaßt. Übereilte Versuche, unter noch nicht herangereiften materiellen Voraussetzungen kommunistische Prinzipien einzuführen, wurden abgebrochen. Derartige Versuche wurden nun als Utopie bezeichnet, der kein Erfolg beschieden sein könne[19]. Das kommunistische Verteilungsprinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen" wurde in eine fernere Zukunft geschoben, denn es könne nur verwirklicht werden, wenn es einen Überfluß an gesellschaftlicher Produktion gebe[20]. Den Kommunemitgliedern wurden konkrete Rechte hinsichtlich Arbeitszeit, Entlohnung, Freizeit und Privateigentum gewährt. Auf einer erweiterten Politbürositzung in Chengchou im Februar und März 1959 wurden ebenfalls Beschlüsse und Richtlinien zur Überprüfung der Volkskommunen gefaßt. Das 7. Plenum des VIII. Zentralkomitees, das vom 2. bis 5. April 1959 in Shanghai zusammentrat, bestätigte die Cheng chou-Beschlüsse. Auch wurde die in Wuhan abgegebene Garantieerklärung für den Privatbesitz an Haus und Garten nochmals deutlich gemacht.

Auf dem 10. Plenum des VIII. Zentralkomitees in Peking vom 24. bis 27. September 1962 wurden zum ersten Mal die sektoralen Prioritäten geändert und das Entwicklungskonzept „Landwirtschaft als Grundlage und Industrie als führender Faktor" zur neuen Richtlinie erhoben. Ohne Aufgabe der Industrialisierungsabsichten wurde die Landwirtschaft als Fundament der Wirtschaft offiziell anerkannt. Die Landwirtschaft rangierte nunmehr vor der Leichtindustrie und der Schwerindustrie. Die Änderung der sektoralen Prioritäten wurde zudem durch eine Reihe von Mißernten erzwungen. Die Getreideproduktin war in den Jahren 1960/61 auf das Niveau von 1954/55 gesunken[21]. Die Bevölkerung war aber im gleichen Zeitraum um rd. 80 Millionen gestiegen. Auch waren im Verlaufe eines Jahrzehnts die Kapazitäten in der Schwerindustrie zur Produktion moderner Inputfaktoren für die

---

[19] Jenmin shoutse (Volkshandbuch) Peking Jg. 1959, S. 41.

[20] Ebenda.

[21] *Ashbrook*, A. S., Jr., a.a.O., S. 42.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Landwirtschaft geschaffen worden. Der Landwirtschaft die höchste Priorität einzuräumen, erschien nun sinnvoll, da der Investitionsgüterbereich jetzt soweit ausgebaut war, daß Traktoren, Landmaschinen, chemischer Dünger usw. dem landwirtschaftlichen Sektor aus der eigenen Produktion bereitgestellt werden konnten.

Die dem Großen Sprung folgende Periode ist dadurch gekennzeichnet, daß das Grundkonzept drastisch modifiziert wurde. An die Stelle extrem egalitärer Auffassungen trat das Leistungsdenken. Die drei Stufen der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten, Kommune, Brigade und Produktionsgruppe wurden formal beibehalten, inhaltlich aber ihrer ursprünglichen Funktionen entkleidet. Teilweise wurden Produktionsaufgaben und Steuerlast den einzelnen Haushalten zugeteilt. Diesen Tendenzen wirkten allerdings die von Mao Tse-tung ausgehenden „sozialistischen Erziehungskampagnen auf dem Lande" entgegen. Schließlich wurde die Produktionsgruppe zur Grundeinheit für die Einkommensverteilung, für die Arbeitsplanung und für die Arbeitsorganisation. Brigade und Kommune erhielten primär Verwaltungs- und Koordinierungsfunktionen. Sie spielen aber seit der Kulturrevolution im Rahmen der ländlichen Industrialisierung eine wesentliche Rolle, ohne jene Bedeutung wiedererlangt zu haben, die sie während des „Großen Sprungs nach vorn" besaßen. Im Industriebereich war deutlich die Tendenz erkennbar, die Unternehmungen der bürokratischen und politischen Bevormundung zu entziehen und sie einem qualifizierten Management zu unterstellen. Vielfach setzte sich das Ein-Mann-Management durch. In Ermangelung einer ausreichenden Zahl von Führungskräften wurde auch der Versuch unternommen, Einzelbetriebe zu größeren Unternehmenseinheiten zusammenzufassen[22]. In zahlreichen Wirtschaftsbereichen entstanden nationale Unternehmenskonzentrationen, hochspezialisiert und vertikal gegliedert[23]. Für die Leistungsauslese in Schulen und Universitäten waren Noten und Prüfungen maßgebend. Proletarische Gesinnung war nicht mehr gefragt.

Die Kulturrevolution (1966 - 1968) kann als revolutionäre Auseinandersetzung um den zukünftigen entwicklungspolitischen Kurs aufgefaßt werden. In Form einer Massenkampagne, die aber an Umfang und Intensität alle bisher durchgeführten Aktionen dieser Art in den Schatten stellte, wurden in allen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen jene Strömungen angegriffen, aber auch von den Opponenten hartnäckig verteidigt, die den entwicklungspolitischen Vorstellungen

---

[22] Während der Kuturrevolution wurde dieserhalb der Vorwurf der Vertrustung erhoben

[23] Industrial Development in China. A Return to Decentralisation. By the Editor, in: Current Scene, Development in Mainland China, Vol. VI, No. 22, December 20, 1968, S. 3 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mao Tse-tungs nicht oder nicht mehr zu folgen vermochten. Es handelte sich also darum, ob die Volksrepublik China Maos radikal-egalitären entwicklungspolitischen Kurs weiterhin einschlagen sollte oder ob ein an der individuellen Leistung orientierter Entwicklungsgang unter Förderung von Experten und Inkaufnahme der Bildung einer neuen elitären Klassenstruktur zu bevorzugen sei. Der Sieg der Gruppe um Mao Tse-tung in dieser harten Auseinandersetzung war zumindest kurzfristig vollständig.

Im Verlaufe des der Kulturrevolution folgenden vierten Fünfjahresplanes (1971 - 1975) war die chinesische Führung bemüht, jene Auswüchse ihrer Grundeinstellung zu eliminieren, die insbesondere mit ihren entwicklungspolitischen Vorstellungen in Kollision geraten konnten. Da sind vor allen Dingen die Auswüchse des Egalitarismus zu nennen. Sie wurden mehr und mehr in Zweifel gezogen, insbesondere dann, wenn sie mit Leistungsfähigkeit und objektiven Fortschritten offenbar nicht zu vereinbaren waren. Um so stärker trat der Grundsatz in Erscheinung: „Jedem nach seinen Leistungen und Fähigkeiten". Kollektive Führungsgremien wurden teilweise zugunsten des Expertenmanagement verdrängt — offenbar gegen den Widerstand der Vertreter der Massenlinie.

All dies zeigt doch sehr deutlich, daß die entwicklungspolitischen Bemühungen der Volksrepublik China von der Wiederaufbauphase bis zum vierten Fünfjahresplan gerade dadurch gekennzeichnet sind, daß recht flexibel wechselnde, entwicklungspolitische Zielvorstellungen verfolgt und unterschiedliche Wege zu ihrer Realisierung eingeschlagen wurden, vielfach ausgerichtet am politischen Ertrag der jeweiligen Kampagnen und Aktionen. Zudem heben sich eine Reihe von Phasen ab, die in sehr unterschiedlichem Maße als eigenständige, spezifisch chinesische Entwicklungsbemühungen gelten können. Auch war die chinesische Führung jeweils elastisch genug, um nach Fehlentwicklungen noch rechtzeitig das Steuer herumzuwerfen. Gerade weil die Volksrepublik mit wechselnden Zielen und Methoden, mit flexiblen Entwicklungsstrategien recht erfolgreich und nachhaltig die Entwicklung Chinas vorangetrieben hat, werden Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik bestrebt sein müssen, die inzwischen gewonnenen Erfahrungen der Volksrepublik zu nutzen.

III. Leitlinien und Entwicklungserfahrungen

Als wesentliche Entwicklungserfahrungen in Hinblick auf deren Nutzbarmachung in anderen Ländern der Dritten Welt können wohl folgende gelten:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Entwicklung von oben und unten

Die chinesische Entwicklungspolitik, die sich seit der Gründung der Volksrepublik China weithin durch trial and error ihren Weg gebahnt hat, zeigt sehr deutlich, daß sie der Mobilisierung und der Partizipation der Bevölkerung bzw. der Massen zumindest die gleiche Bedeutung beimißt wie der rationalen Allokation von Ressourcen. Die bekannten „Balanced"- (Nurkse, Rosenstein-Rodan) und „Unbalanced-growth"-Modelle (Hirschmann) gehen im Grund von einer Allokationsstrategie aus, die zur tatsächlichen Implementation, der Mobilisierung und Partizipation breiter Bevölkerungsschichten, kaum Bezug hat[24]. Auch die „außen- wie innenwirtschaftlich orientierten" Entwicklungsstrategien (Exportdiversifikation bzw. Importsubstitution) sind in erster Linie auf außenhandelspolitische bzw. strukturpolitische Entscheidungen in Hinblick auf eine sinnvolle Nutzung möglicher komparativer Kostenvorteile bezogen. Die vorliegenden Erfahrungen in vielen Entwicklungsländern zeigen indes hinlänglich den extremen Kontrast zwischen intellektuellen planerischen Inputs und den tatsächlichen Ergebnissen. Offenbar fehlt es weniger an allokativen Techniken als an dem Vermögen, die Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise als Mitträger der Entwicklung zu mobilisieren. Die Folge ist, daß expansive Effekte sich auf eine Aufblähung der Regierungs-, Verwaltungs- und Planungsapparate beschränken, während die landwirtschaftliche und gewerblich-industrielle Erzeugung weiter stagniert.

2. Kombination von zentralen und lokalen bzw. einzelwirtschaftlichen Planungsaktivitäten

Zumindest seit der Diskussion über die „Zehn Großen Beziehungen" am 25. April 1956 bildet die Beteiligung der unteren Ebenen am wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß ein Grundprinzip der chinesischen Wirtschaftsplanung[25]. Allerdings sollen lokale Aktivitäten jeweils der zentralen Kontrolle und Koordination unterliegen. Offenbar ist man bemüht, einerseits die Schwerfälligkeit eines zentralistischen Verwaltungsapparates möglichst zu vermeiden. Aber man sieht auch die durch ungeplante, unkoordinierte Aktivitäten lokaler Ebenen entstehenden Probleme. Deutlich zeichnet sich demnach die Tendenz ab, in den eigentlichen Entwicklungsphasen, z. B. während des Großen Sprungs, während der Kulturrevolution und zu Beginn des vierten Fünfjahresplanes den Wirkungsbereich der lokalen Initiative auszuweiten, um auf

[24] *Ilchmann*, W. F., and *Bhargava*, R. C.: Balanced Thought and Economic Growth, in: Economic Development and Cultural Change. Vol. XIV, No. 4 (1966), S. 385 - 399.

[25] *Moa Tse-tung* Unrehearsed, Talks and Letters: 1956 - 71, edited and introduced by Schram, St., Harmondsworth, Middlesex, England 1974, S. 61 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diese Weise Improvisationsgabe und Organisationstalent entwicklungspolitisch nutzbar zu machen. So betonte die Volkszeitung bei der Ingangsetzung des vierten Fünfjahresplanes in ihrem Leitartikel: „Es ist viel besser, die Aktivität von zwei Seiten her zu entfalten als nur von einer Seite her. Man soll die örtlichen Organe unter der einheitlichen Planung der Zentralleitung noch mehr unternehmen lassen[26]." In Perioden der Konsolidierung des Erreichten wird indes die zentrale Lenkung wieder ausgedehnt, um Fehlentwicklungen möglichst unter Kontrolle zu halten. Diese Gewichtsverlagerung wurde während der laufenden Planungsperiode im Jahre 1972 deutlich erkennbar. Gegenüber den Provinzen und lokalen Behörden wurde die Notwendigkeit betont, der zentralen Wirtschaftsplanung in verstärktem Maße Beachtung zu schenken. Selbst bei kleinbetrieblichen Projekten wurde auf die „einheitliche Leitung und Gesamtplanung von Seiten der übergeordneten Behörden" verwiesen[27]. Jedenfalls ist man im Gegensatz zum Verhalten zahlreicher Entwicklungsländer bemüht, einen vernünftigen Ausgleich zwischen straffer Kontrolle bzw. Koordination und entwicklungspolitisch zu nutzenden Interessen und Initiativen der unteren Ebenen bzw. Einheiten zu schaffen.

3. Priorität der Agrarentwicklung

Die Volksrepublik China hat der landwirtschaftlichen Entwicklung — zumindest nach Aufgabe des sowjetischen Entwicklungsmodells — höchste Priorität eingeräumt. China hat es fertiggebracht, seine Bevölkerung zu ernähren — nur wenige Entwicklungsländer haben dies erreicht. Millionen Menschen wurden zur Durchführung von Wasserbauvorhaben eingesetzt, die wohl die wesentliche Voraussetzung für das Wachstum der Agrarproduktion bildeten. Darüber hinaus war die chinesische Führung immer wieder bemüht, einen gewaltigen Lernprozeß in Gang zu setzen und in Gang zu halten in Richtung auf die agrarwirtschaftlichen Erfordernisse. Selbst dann, wenn Agrarexperten in den Städten ausgebildet wurden, so stand nicht in Frage, daß sie aufs Land zurückkehren würden. China ist es im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungsländern gelungen, nicht nur der Landflucht Einhalt zu gebieten, sondern darüber hinaus eine Abwanderung aus den Städten aufs Land zu fördern.

Wahrscheinlich haben in der Vergangenheit planerische Aktivitäten und ihre wirtschaftspolitische Realisierung um so größere ideologische

---

[26] Volkszeitung, Peking, Neujahr 1971. Übernommen durch Peking Rundschau Nr. 1, 5. Januar 1971, S. 9. Vgl. auch Peking Rundschau Nr. 2, 11. Januar 1971.

[27] Peking Rundschau Nr. 9, 7. März 1972, S. 23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verständnisschwierigkeiten ausgelöst, je spezieller sie angelegt waren, keinen direkten Bezug zu den Massen hatten oder Expertenwerk darstellten, das die egalitären Grundsätze verletzen konnte. Bei agrarpolitischen Maßnahmen sind diese Probleme kaum aufgetaucht. Politik, Revolution, Massen und Agrarpolitik konnten wohl sehr schnell auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Im Rahmen einer unabhängigen Industriepolitik, verbunden mit den üblichen Urbanisierungsbemühungen, wie sie von zahlreichen Entwicklungsländern so häufig betrieben werden, hätte mit weitaus größeren Verständnisschwierigkeiten und Widerständen gerechnet werden müssen. Die chinesische Führung hat jedenfalls nicht den Aufbau industrieller Ballungsgebiete bevorzugt. Indes hat die chinesische Führung durch den Grundsatz „Landwirtschaft als Grundlage und Industrie als führender Sektor" dem entwicklungspolitisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen Industrie und Agrarentwicklung Rechnung getragen[28]. Auch war sie bemüht, diese gegenseitige Abhängigkeit dem ganzen Volke klarzumachen. „Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion — so heißt es immer wieder — fördert die Entwicklung der Industrie und die Entwicklung der Industrie wiederum fördert die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Wenn wir diese dialektischen Wechselbeziehungen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft richtig erkennen und beide Bereiche gut miteinander verbinden, können wir die Entwicklung der Industrie wiederum fördert die Steigerung der landwirtschaftlichen Landwirtschaft mit der Unterstützung durch die Industrie beschleunigen[29]." So werden die Fehler vieler Entwicklungsländer vermieden, die ländlichen Gebiete zu vernachlässigen. Allerdings war dieser Weg auch durch den Verlauf der chinesischen Revolution vorgezeichnet. Sie begann in den ländlichen Gebieten, die weiterhin nicht nur auf ihr Revolutionsverständnis verweisen, sondern auch auf ihre wohlerworbenen Rechte pochen.

4. Aufbau einer ländlichen Lokalindustrie

Die an das Konzept des „Großen Sprungs nach vorn" aus dem Jahre 1958/59 anknüpfende Entwicklungspolitik der dritten Planperiode ist darauf ausgerichtet, lokale Kleinindustrien im Rahmen der dezentrali-

[28] Von *Mao Tse-tung* wurde bereits im April 1956 hervorgehoben, daß es notwendig sei, die Landwirtschaft und die Leichtindustrie zu fördern, um die Schwerindustrie langfristig schneller entwickeln zu können. In: Mao Tse-tung: On the Ten Great Relationships, 25. April 1956, in: Mao Tse-tung Unrehearsed, Talks and Letters, 1956 - 1971, edited and introduced by Schram, St., Harmondsworth, Middlesex England 1974, S. 62 ff. Zu dieser Zeit war noch die Entwicklung der Schwerindustrie die zentrale Zielgröße und die allgemeine Wirtschaftspolitik folgte weiterhin dem sowjetischen Vorbild.

[29] *Li Feng:* Die Industrie entwickeln und die Landwirtschaft unterstützen. Peking Rundschau Nr. 1, 8. Januar 1974, S. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sierten Planung durch Masseninitiative zu entwickeln. Im Rahmen der Politik „Landwirtschaft an erster Stelle" war man bemüht, aufbauend auf ländlicher Initiative und auf ländlichen Ressourcen, Betriebe zu entwickeln, die landwirtschaftliche Inputfaktoren wie Dünger, Werkzeuge, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen herstellten und die landwirtschaftlichen Produkte verarbeiteten. Großbetriebe wurden angewiesen, die Kleinindustrien technisch und organisatorisch zu unterstützen. Die ländlichen Regionen wurden durch eine entsprechende Fiskalpolitik — im Jahre 1952 betrug die Landwirtschaftssteuer 12 %, im Jahre 1974 nur noch 6 % der ländlichen Produktion[30] — finanziell in die Lage versetzt, aus eigener Kraft die ländliche Industrialisierung in Gang zu setzen.

Jede Provinz versucht offenbar, ihre eigene Industrialisierung durchzusetzen, den erforderlichen Bedarf an Rohstoffen selbst zu decken und selbstverständlich die Ernährung der Bevölkerung ohne Zuhilfenahme anderer Regionen aus eigener Kraft sicherzustellen. In fast allen Provinzen werden Kraftwagen hergestellt. Autarkie einzelner Regionen anstelle einer möglichen Massenproduktion in großbetrieblicher Form kann allerdings bedeuten, daß man auf Kostensenkungen verzichtet und damit Ressourcen verschwendet. Interregionale Arbeitsteilung setzt aber interregionale Transport- und Verkehrsmöglichkeiten voraus, die derzeit in China wie in zahlreichen anderen Entwicklungsländern nur in beschränktem Umfang gegeben sind. Geringe Verkehrsdichte erzwingt geradezu die Konzipierung von regionalen Entwicklungsprogrammen, verbunden mit einem entsprechend hohen Autarkiegrad. Solche regionalen Entwicklungsprogramme können auch einen Beitrag leisten, die Ausbreitung einer schwerfälligen Wirtschaftsbürokratie einigermaßen in Grenzen zu halten. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß sich neben der zentralen Bürokratie das Gleiche nochmals auf Provinzebene etabliert. Aber offenbar legt man in China Wert darauf, insgesamt den Bürokratisierungsprozessen dadurch Einhalt zu gebieten, daß möglichst viele Entscheidungen und Zuständigkeiten auf die lokalen Ebenen selbst verlagert werden.

5. Substitution von Kapital und Technologie durch Arbeit

Die Volksrepublik China hat im Verlaufe des zweiten Fünfjahresplanes erstmals eine Entwicklungsstrategie verwendet, die sich u. a. auf eine umfassende Substitution von Kapital und Technologie durch Arbeit, auf eine Nutzbarmachung des brachliegenden ländlichen Arbeitspotentials zum Industrieaufbau stützt. Sie ist also bemüht, die ländliche

[30] *Dscheng Schi*, a.a.O., S. 60.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Überschußbevölkerung in nicht-agraren Bereichen einzusetzen[31]. Dazu gehört auch die Durchführung umfangreicher Infrastrukturinvestitionen, wie z. B. Straßenbau, Bau von Bewässerungssystemen, Erdarbeiten bei der Errichtung von Kraftwerken usw. Sicherlich würde ein Masseneinsatz von Arbeitskräften in manchen Entwicklungsländern eine Reihe schwer zu lösender organisatorischer Probleme hinsichtlich Erfassung, Transport, Unterkunft, Ausrüstung, Verpflegung u. a. aufwerfen. Organisatorische Schwierigkeiten des zentralisierten Großeinsatzes können aber vermieden werden, wenn man sich ernsthaft bemühte, im Rahmen des Dorfverbandes und auf genossenschaftlicher Grundlage die zwischen den saisonalen Arbeitsspitzen brachliegende Arbeitskraft zur Sachkapitalbildung (Straßen- und Wegebau, Bau von Bewässerungssystemen u. a.) zu mobilisieren. Aber nur wenige Länder haben bisher diesen Weg beschritten. Die Nutzbarmachung des brachliegenden ländlichen Arbeitskräftepotentials durch Masseneinsätze und Kampagnen zum Industrie- und Infrastrukturaufbau schließt aber nicht aus, daß kapitalintensive Technologien selbst entwickelt oder importiert werden. China beabsichtigt nicht, sich von den großen, weltweiten technologischen Entwicklungen auszuschließen. Allerdings wird dieser technologische Dualismus durch den Grundsatz begrenzt, das Land unabhängig und selbständig im Vertrauen auf die eigene Kraft aufzubauen.

6. Abbau der Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Berufsausübung

Die chinesische Entwicklungspolitik versucht systematisch, industrielle und gewerbliche Tätigkeiten breitflächig über das gesamte Land zu verteilen. Die Industrie soll also nicht nur in Großstädten konzentriert werden. Indem sie bewußt auf die Landgebiete ausgebreitet wird, rechnet man langfristig mit einem Ausgleich der Lebenshaltung zwischen Stadt und Land. Zumindest soll eine Verschärfung dieser Unterschiede unterbunden werden. Viele Entwicklungsländer sehen teilnahmslos einer Industriekonzentration in wenigen Großstädten zu oder fördern sie sogar. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen Stadt und Land immer größer werden, verbunden mit Landflucht, großstädtischer Arbeitslosigkeit und Slumbildung. Zusätzlich zur Angleichung des Lebensstandards wird im Rahmen der Erziehungsreform und mit Hilfe des Systems „Halb-Arbeit/Halb-Studium" bzw. der Verbindung von Ausbildung und

[31] Im Jahre 1956 wurde geschätzt, daß die 190 Mio. Bauernhaushalte jährlich 45 Milliarden Arbeitstage zur Verfügung stellen könnten. Davon würden aber nur 30 Milliarden für die landwirtschaftliche Produktion verwendet, der Rest bliebe ungenutzt. *Pang*, Th.: Les Communes populaires rurales en Chine, Fribourg 1967, S. 47.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

produktiver Arbeit den ideologischen Vorstellungen Rechnung getragen, die Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern, Stadt und Land, physischer und geistiger Arbeit abzubauen. Darüber hinaus trägt das System auch zum Ausgleich des sektoralen Arbeitskräftebedarfs bei, leistet einen Beitrag zur Lösung des Arbeitslosenproblems und ermöglicht schließlich, im Namen und mit Hilfe des Bildungssystems, Jugendliche in dünn besiedelte Gebiete oder in Grenzgebiete zu senden. Nach Abschluß der Mittelschule gehen z. B. die 16- bzw. 17jährigen Jungen und Mädchen regelmäßig für zwei oder drei Jahre in die Kommunen. Hochschul- und Fachschulabsolventen, Techniker und Ingenieure werden regelmäßig an die Maschinen geholt oder in die Masseneinsätze eingegliedert. Die vorliegenden Erfahrungen zahlreicher Entwicklungsländer haben deutlich gezeigt, daß bei Verachtung körperlicher Arbeit kaum ein höheres Entwicklungsniveau erreichbar ist, das dem Industrialisierungsstadium näherführt.

7. Ausgeglichene Einkommensverteilung

Das kommunistische Regime ist entsprechend seinen egalitären Auffassungen mit Nachdruck bemüht, Einkommensdifferenzierungen möglichst zu reduzieren. Die chinesische Gesellschaft ist nach maoistischer Auffassung viel zu arm, um Ungleichheiten dulden zu dürfen. Funktionäre des Staates und der Partei nehmen hierbei keine Sonderstellung ein. Der chinesischen Führung wird man jedenfalls nicht nachsagen können, daß sie dem Volke gestrengen Sozialismus predigt, während sie mit Hilfe der sich selbst gewährten Freiheiten die Annehmlichkeiten und Freuden dieser Welt auskostet. Man mag darüber streiten, ob ein solches System der Einkommensnivellierung unter allen Umständen gerecht und entwicklungskonform ist. Auch in der Volksrepublik China werden Perioden einer relativen Angleichung der Einkommen von Perioden abgelöst, in denen die Bedeutung der Einkommensdifferenzierung hervorgehoben wird. Aber immerhin hat die Volksrepublik China jene skandalöse Ungleichheit in zahlreichen Entwicklungsländern vermieden, die selbst bei hohen Wachstumsraten unerträglich ist.

8. Identifikation der Massen mit der Entwicklung

Die Volksrepublik China hat erstmalig im kommunistischen Machtbereich den erfolgreichen Versuch unternommen, den Autoritätsanspruch der Partei- und Staatsfunktionäre in die Schranken zu weisen und ihren Regierungsstil drastisch zu ändern. Das war nur möglich durch eine Einstellung gegenüber Partei und Funktionären, die sich grundlegend von der bis dahin üblichen Haltung in kommunistischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Systemen abhebt. Nach maoistischer Auffassung muß der Weg in die egalitäre Zukunftsgesellschaft schwer erkämpft werden: Der Kampf gilt der Formierung neuer Eliten, neuer Klassen, neuer Gruppierungen und allen sozialen Differenzierungen. Zu bekämpfen sind ferner bürokratische Erstarrung, professionelle Arroganz, Expertendünkel, intellektueller Hochmut und alle jene Haltungen, die politischem Eifer, revolutionärem Einsatz, kreativem Verhalten der Massen und proletarischer Reinheit im Wege stehen. Die Kluft zwischen Regierten, zwischen Parteikadern und Verwaltungsbürokratie einerseits und den breiten Schichten des Volkes, den Massen, andererseits wird zumindest verringert. Es besteht kein Zweifel, daß Auswüchse an Arroganz und Willkür beseitigt worden sind. Trotz mancher entwicklungspolitisch problematischer Seiten hat die Kulturrevolution sicherlich eines zustande gebracht: Motivierung breiter Schichten nicht nur für entwicklungskonforme Verhaltensweisen, sondern darüber hinaus auch für Initiativen und Aktivitäten durch spontane Entwicklungsförderung von unten her unter den Direktiven von Revolutionskomitees auf lokaler Ebene. Aus den Entwicklungsländern liegt indes genügend Erfahrungsmaterial vor, das in erschreckendem Ausmaß zeigt, wie eine etablierte, sich permanent ausweitende Bürokratie zum Selbstzweck wird, jeden Kontakt zum Volke verliert und den Entwicklungsprozeß mehr behindert als fördert.

9. „Massen" als Entwicklungsträger

Im Rahmen der Entwicklungstheorie wird den Unternehmern bzw. den Eliten die Innovationsfunktion (Joseph Schumpeter) bzw. die Empathie (Daniel Lerner) zugewiesen. Maos Typ „Neuer Mensch" bezieht sich nicht auf den engen Begriff der „Entwicklungselite", sondern auf die entwicklungsadäquate Einstellung jedes Einzelnen und damit der breiten Massen. Ihre Kraft und Kreativität bestimmt nach maoistischer Auffassung den weiteren Verlauf der chinesischen Geschichte[32]. Im Grunde handelt es sich darum, daß in der Gesellschaft des Entwicklungslandes China jene Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Weiterentwicklung ermöglichen: Opferbereitschaft, Einsatzbereitschaft und Genügsamkeit. Der chinesischen Führung ist es jedenfalls zumindest bis zu einem gewissen Grade gelungen, den kämpferischen und selbstlosen Geist der Jugend zu wecken, gleichsam als Vorstufe für die Schaffung eines neuen Menschentyps. Wir stellen doch immer wieder fest — und zwar in allen Entwicklungsregionen — wie unbeschränkter Eigennutz, Korruption und Familienegoismus, der nur die Belange des

[32] Vgl. hierzu *Bettelheim,* Ch., and *Charriere,* J.: Ein spezifischer Stil des sozialistischen Aufbaus, in: C. Bettelheim, H. Marchisio, J. Charriere: Der Aufbau des Sozialismus in China, München 1969, S. 145.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eigenen Klans akzeptiert, auch noch so große Entwicklungsbemühungen in Frage stellen.

10. Massenbegeisterung und wirtschaftliches Kalkül

Die chinesischen Entwicklungserfahrungen haben aber auch deutlich zu zeigen vermocht, daß forcierte Ideologisierung und überschäumende Begeisterung kaum beizutragen vermögen, planerische Mängel und die Mißachtung der Kostenseite auszugleichen. Im Verlaufe der Politik der „Drei Roten Banner" zeigte sich z. B. sehr deutlich, daß Massenbegeisterung und Masseninitiative keinen Ersatz für ökonomisches Handeln und die Beachtung ökonomischer Zusammenhänge bilden. Berücksichtigt man, daß auch in der Volksrepublik China gesellschaftliche Maßnahmen u. a. unter dem Aspekt nachfolgender Produktionssteigerungen beurteilt werden — der Zuwachs der Getreideproduktion zwischen 1952 und 1957 um 19 % wurde als überzeugender Beweis dafür gewertet, daß die Bauern ideologisch auf die neuen landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse ausreichend vorbereitet waren[33] — so läßt die Einstellung von statistischen Veröffentlichungen im Anschluß an den Großen Sprung auf erhebliche, unerwartete volkswirtschaftliche Kosten dieser Politik schließen. R. M. Field hat neben anderen Autoren zu Ende des dritten Fünfjahresplanes die Auffassung vertreten, daß der „Große Sprung nach vorn" und die Kulturrevolution in starkem Maße den Wachstumstrend der chinesischen Industrie unterbrochen haben[34]. Das gilt sicherlich uneingeschränkt für den „Großen Sprung nach vorn", wie er konkret durchgeführt wurde. Die absoluten Produktionsverluste während der Kulturrevolution sind indes geringer, als ursprünglich angenommen wurde. Mit Produktionseinbußen hätte die chinesische Führung aber immerhin rechnen müssen. Gleichwohl hat sie solche Wege beschritten, offenbar in der festen Erwartung, daß die Durchsetzung ihrer entwicklungspolitischen Vorstellungen, insbesondere die Massenmotivierung, die mittel- und langfristig möglichen Entwicklungsverzichte oder gar -verluste mehr als ausgleichen werde.

11. Expertenerfahrungen und Massenmobilisierung

Man wird der chinesischen Kritik an einseitigen, technologisch orientierten Entwicklungskonzepten, die der Massenmobilisierung kaum Bedeutung beimessen, weitgehend zustimmen können; aber problematisch ist es, wenn wiederum einseitig das andere Extrem nachhaltig betont

---

[33] *Dscheng Schi*, a.a.O., S. 13.

[34] *Field*, R. M.: Industrial Production in Communist China: 1957 - 1968, in: The China Quarterly, No. 42, 1970, p. 53.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wird. Man vertraut voll auf die Massenmobilisierung im Gegensatz zur Nutzbarmachung des Wissens und der Aktivität der Experten, die zuweilen als verkappte Renegaten, Revisionisten oder Kapitalisten denunziert werden. Mit fortschreitendem Industrialisierungsgrad werden aber Planung und Voraussicht, Manager und Experten sowie eine breitgefächerte Arbeitsteilung unverrückbare Bedingungen eines immer komplizierter werdenden Prozesses. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß nach der ideologischen Aufladung während der Kulturrevolution ein nüchterner, sachlicher Pragmatismus in Erscheinung trat, der den Notwendigkeiten des chinesischen Alltags Rechnung tragen sollte. Jedenfalls wurde der von Parteiideologen vertretene verkrampfte Antagonismus von Massen und Experten in seiner ursprünglich krassen Form nicht mehr aufrechterhalten.

IV. Spezifische Bedingungen und Übertragbarkeit

Die Erfolge der chinesischen Entwicklungspolitik legen nahe, den inzwischen bekanntgewordenen in China verwendeten Entwicklungsstrategien universale Bedeutung für die gesamte Dritte Welt beizumessen. Gegenüber einer solchen undifferenzierten Übertragungsthese ist aber darauf hinzuweisen, daß alle Bemühungen zur Konzipierung einer allgemein gültigen Entwicklungsstrategie bisher gescheitert sind und daß ihnen in Zukunft genau so wenig Erfolg wie bisher beschieden sein wird. Wir haben inzwischen doch immer deutlicher feststellen müssen, daß Entwicklungsprozesse historisch-bedingte Abläufe mit großen Variationsbereichen darstellen, daß es also „eine Vielzahl alternativer Entwicklungsmöglichkeiten“[35] gibt. Es besteht kein Grund, dies im Falle Chinas erneut in Abrede zu stellen. Die Befürworter der Übertragungsthese übersehen vielfach auch, daß Mao Tse-tung bereits lange vor der Gründung der Volksrepublik China auf die Besonderheiten seines Landes verwiesen hat, verbunden mit der Warnung vor der Anwendung ausländischer Schemata[36]. Selbst in der Periode einer starken Anlehnung an das sowjetische Entwicklungsmodell war die chinesische Führung bestrebt, den chinesischen Gegebenheiten bzw. Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Auf dem Afro-Asiatischen Wirtschaftsseminar am 23. Februar 1965 trat der chinesische Delegationsleiter Nan Han-ch'en als Befürworter für die Entwicklung unabhängiger Nationalwirtschaften und Kultur in den Ländern der Dritten Welt ein. Ausdrücklich wies er in seiner Rede

---

[35] *Leuenberger*, Th.: Modernität und asiatische Entwicklung, in: Europa, 6. Juni 1975, S. 3.

[36] *Mao Tse-tung:* Der Platz der Kommunistischen Partei Chinas im nationalen Krieg (Oktober 1938), in: Ausgewählte Werke, Band II, S. 245 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vor den Delegierten darauf hin, daß „die afro-asiatischen Völker gemäß den spezifischen Bedingungen ihrer Länder vollen Gebrauch von ihren Ressourcen machen" müssen[37]. Vielleicht könne die „mehr als zehnjährige Erfahrung des chinesischen Volkes beim nationalen Aufbau für viele Freunde in Asien und Afrika nützliche Ergebnisse bringen"[38]. Deutlich wurde also zum Ausdruck gebracht, daß die Übernahme der chinesischen Entwicklungspolitik nur sehr bedingt zu erwägen sei. Diese, wie eine Anzahl weiterer offizieller Äußerungen laufen jedenfalls auf die Feststellung hinaus, daß das, was für China geeignet und angemessen ist, nicht unter allen Umständen für das gesamte übrige Asien, für Afrika und Südamerika ebenfalls geeignet und angemessen sein muß. Entscheidend ist, ob die konkreten Bedingungen und Voraussetzungen der betreffenden Entwicklungsländer die Übernahme chinesischer Entwicklungserfahrungen ermöglichen — sofern diese im Interesse der eigenen Entwicklung überhaupt wünschbar erscheinen. Einige wesentliche Sonderheiten sollen hier angeführt werden:

a) Gegenüber den meisten Entwicklungsländern weisen die Grenzlinien der Volksrepublik China eine auffallend starke Kontinuität auf. Zwar ist um die Mitte des 19. Jahrhunderts die räumliche Ausdehnung im Zuge der Kolonialpolitik der europäischen Mächte durch Gebietsannektionen und Einflußzonen reduziert worden. Aber zwischen dem auslaufenden chinesischen Kaiserreich und der Volksrepublik besteht räumliche Identität, indem die faktische Ausdehnung mit der des Jahres 1912 weithin übereinstimmt. Dieses Staatsgebiet umfaßt eine Fläche von 9,6 Mio. qkm. Damit ist die Volksrepublik China der drittgrößte Staat der Erde. Die durchschnittlichen chinesischen Provinzen sind größer als jeder einzelne europäische Staat. Dieser gewaltige Wirtschafts- und Kulturraum ist reich mit Energie- und Rohstoffquellen ausgestattet. Bereits vor der Gründung der Volksrepublik China schätzte die National Resources Commission die Kohlenreserven auf 265 Milliarden t, die Reserven an Eisenerzen auf 5,2 Milliarden t[39]. Große Wasserkräfte können für die Energieversorgung nutzbar gemacht werden. China verfügt über Erdölvorkommen, die wahrscheinlich zu den ergiebigsten der Welt gehören. Auch ist China mit Nichteisenmetallen hervorragend ausgestattet.

b) Die Volksrepublik China erstreckt sich über zahlreiche Klimazonen, die von der subtropischen Zone im Süden bis zu dem subpolaren

---

[37] Für die wirtschaftliche Befreiung der afro-asiatischen Völker. Rede von Nan Han-ch'en auf dem Afro-Asiatischen Wirtschaftsseminar, Peking Rundschau Nr. 10, 8. März 1965, S. 20.

[38] Ebenda, S. 23.

[39] *Kolb*, A.: Ostasien. China — Japan — Korea. Geographie eines Kulturerdteils, Heidelberg 1963, S. 71.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bereich der nördlichen Mandschurei reichen. Klimatische Verhältnisse, Bodenbeschaffenheit und Oberflächengestaltung haben zur Folge, daß nur etwa elf Prozent der gesamten Fläche für den Ackerbau in sehr unterschiedlichen Anbauzonen genutzt werden können. Immer wieder ist China durch große Hungersnöte, hervorgerufen durch Überschwemmungen, Dürren, Taifune usw., heimgesucht worden. Aber diese Naturkatastrophen hatten auch zur Folge, daß China traditionell über einen hochentwickelten Wasserbau verfügt, daß der unentwegte Kampf mit der Natur offenbar zur ausgeprägten Aktivität, zur Beweglichkeit, zum Fleiß und zur Anpassungsfähigkeit der Chinesen erheblich beigetragen hat.

c) Die Volksrepublik China verfügte zur Zeit ihrer Gründung über ein breites Reservoir von Fachleuten auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, der Wirtschaft und Finanzen, des Trankportwesens usw. Bereits zu Beginn des Jahrhunderts studierten Zehntausende von Chinesen im Ausland. Allein 15 000 Chinesen studierten zu dieser Zeit an japanischen Universitäten und das Regime war bereit, die alten Eliten — ausgenommen „Grundherren" und „Monopolkapitalisten" — als Entwicklungsträger im Rahmen der eigenen Aufbaupläne nutzbar zu machen. Es konnte z. B. auf eine große Zahl ehemaliger Kuomintang-Berater zurückgreifen und es hat sich auch nicht gescheut, diese weiterhin bis zur mittleren Ebene des Verwaltungsapparates zu verwenden. In den Hafenstädten bestand eine breite Schicht von kleinen und mittleren Unternehmern. Auch sie sollte dem Wiederaufbau dienstbar gemacht werden. In seinem Bericht auf der Tagung des ZK am 25. Dezember 1947 betonte Mao Tse-tung: „Auf Grund der Rückständigkeit der chinesischen Wirtschaft wird selbst nach dem Sieg der Revolution im ganzen Land noch auf lange Zeit das Fortbestehen des kapitalistischen Wirtschaftssektors, vertreten durch die breite Oberschicht des Kleinbürgertums und die mittlere Bourgeoisie, gestattet werden müssen; ferner ist entsprechend der Arbeitsteilung innerhalb der Volksrepublik allen Teilen dieses Sektors, die für die Volkswirtschaft von Nutzen sind, eine bestimmte Entwicklung zu ermöglichen. Dieser kapitalistische Sektor ist noch ein unentbehrlicher Bestandteil der gesamten Volkswirtschaft[40]."

d) Offenbar zeigt sich besonders im Falle Chinas, eine der ältesten Kulturnationen, eine Kulturkonstanz, ein Kontinuum eingeprägter Verhaltensmuster, das Jahrhunderte miteinander verbunden hat und auch in unsere Gegenwart hinein noch weiter wirksam bleibt. Wenn auch das China Mao Tse-tungs sich vom „alten" traditionellen China abzu-

[40] *Mao Tse-tung:* Ausgewählte Werke, Bd. IV, Peking 1969, S. 174 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

setzen versucht, so ist sicher nicht beabsichtigt, jede Verklammerung von Gegenwart und Zukunft mit der Vergangenheit in Frage zu stellen und von der bisherigen Geschichte Abschied zu nehmen. In seinem Referat auf dem 6. Plenum des auf dem VI. Parteitag gewählten Zentralkomitees verwies Mao Tse-tung bereits im Oktober 1938 nachdrücklich auf die Aufgabe, das historische Erbe zu studieren und es „mit Hilfe der marxistischen Methode kritisch zusammenzufassen". Es hieß hier weiter: „Das heutige China ist das Entwicklungsprodukt der chinesischen Geschichte; wir sind Anhänger des marxistischen Historismus, wir dürfen den Faden der geschichtlichen Kontinuität nicht abschneiden. Wir müssen unsere Geschichte von Konfuzius bis Sun-Yat-sen zusammenfassen und von diesem wertvollen Erbe Besitz ergreifen[41]." Unter diesen Umständen konnten entwicklungsrelevante Gedanken, Verhaltensnormen, Institutionen und Konzepte durch bewußtes Anknüpfen an überkommene Auffassungen ohne größere Schwierigkeiten oder Widerstände eingeführt werden. K'ang Yu-Wei[42], der Führer der Reformbewegung der 90er Jahre, zeichnete z. B. in seiner Hauptschrift „Ta T'ung Shu" — Das Buch von der großen Gemeinschaft ein Zukunftsbild, das als Vorwegnahme des späteren Konzepts der Volkskommune bezeichnet werden kann: Alle Menschen sind gleich, mit gleicher Bekleidung für Frauen und Männer. Die ganze Bevölkerung arbeitet für die Gemeinschaft. Es gibt keine privaten Liegenschaften. Banken unterstehen der Gemeinschaftsregierung. An die Stelle der bäuerlichen Einzelwirtschaft tritt die gemeinschaftliche Agrarwirtschaft, an die Stelle des Privathandels der Gemeinschaftshandel. Neue Gemeinschaften entstehen als neue Lebenseinheiten mit kollektiver Produktion, ohne Eigennutz und Unfrieden[43]. Einzelne Gedanken K'ang Yu-Wei's hatten bereits fünfzig Jahre vorher — wenn auch nur kurzfristig — eine konkrete Realisierung erfahren. In dem 1851 nach dem Taiping-Aufstand gegründeten Staat des „Himmlischen Reiches des allgemeinen Friedens" bildeten jeweils 25 Familien unterste Einheiten, die zu größeren Gemeinschaften zusammengefaßt wurden. Eigentum an Grund und Boden war abgeschafft. Männer und Frauen waren gleichgestellt. Frauen übernahmen Ämter und dienten als Soldaten[44].

---

[41] *Mao Tse-tung:* Ausgewählte Werke, Bd. II, Peking 1968, S. 245 f.

[42] *K'ang Yu-Wei:* Ta T'ung Shu. Das Buch von der großen Gemeinschaft. Herausgeber der deutschen Ausgabe Wolfgang Bauer, Düsseldorf/Köln, 1974, S. 16. Vgl. hierzu auch Ta T'ung Shu, The one-world Philosophy of K'ang Yu-Wei. Translated from the Chinese with Introduction and Notes by Laurence G. Thompson, London 1958.

[43] Vgl. hierzu die Darstellung der „Drei Zeitalter" bei *K'ang Yu-Wei:* Ta T'ung Shu. Das Buch von der großen Gemeinschaft, a.a.O., S. 93 ff.

[44] *Franke,* H. und *Trauzettel,* R.: Das chinesische Kaiserreich, Fischer Weltgeschichte, Band 19, Frankfurt/M., Hamburg 1968, S. 317.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ferner konnte sich die chinesische Entwicklungspolitik auf eine Reihe von tradierten Normen und Konstanten stützen, die trotz Umwertung der Werte, Erneuerungen und revolutionären Umgestaltungen weiterwirken. Von diesen vorgegebenen Möglichkeiten hat sie bei ihren Entscheidungen vielfach Gebrauch gemacht. Da ist die Gruppenkohäsion zu nennen, sei es in Form der Sippenkohäsion bzw. des Familismus, sei es in Form der Gruppensolidarität, wie z. B. auf Grund der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit zu einer Provinz. Das Ichbewußtsein war nur Teil der Gruppenbezogenheit und der sozialen Solidarität. Immer wieder konnte die chinesische Führung an den spontanen Gemeinschaftssinn appellieren, an die Gemeinsamkeit des Chinesentums als eine durch Sprache, Schrift und Geschichte geprägte Einheit. Individuelle Freiheit hatte in China einen anderen Sinngehalt als im Westen. Sie bedeutete Verlust der sozialen Bindungen und Überantwortung an willkürliche Machtausübung. Stets waren indes kollektive Arbeitsformen auf dem Lande und bei Großbauvorhaben üblich, wie z. B. Erschließung von Neuland, Bau von Kanälen, Wasserregulierungen und Eindeichung der großen Flüsse. Im Verlaufe der chinesischen Geschichte konnten die erforderlichen Bewässerungssysteme nur in Gemeinschaftsarbeit errichtet und erhalten werden, ohne daß an solche Sachverhalte notwendig die Folgerung Wittfogels über die dadurch zwangsläufig bedingte Despotie zu knüpfen ist[45].

Der chinesische Alltag zeigt aber auch, daß Grundelemente der Tradition selbst dann in ihrer ganzen Zählebigkeit wirksam bleiben, wenn deren Abbau zum vorrangigen Revolutionsprogramm gehört. Jedenfalls sieht sich die Führung der Volksrepublik China veranlaßt, sich mit zahlreichen Problemen und Erscheinungen auseinanderzusetzen, die bereits im alten China offenkundig waren. Jede Erneuerungsbewegung in China ist z. B., unabhängig von ihren konkreten ideologischen Positionen, darauf angewiesen, sich mit der chinesischen Bürokratietradition auseinanderzusetzen. An die Stelle der einst hierarchisch gegliederten Beamtenschaft sind inzwischen kommunistische Kader getreten, denen als revolutionäre Vorhut die Aufrechterhaltung der Revolution oberstes Gebot sein soll. Gleichwohl sieht sich die chinesische Führung immer wieder veranlaßt, den auswuchernden Partei- und Verwaltungsstrukturen, den drohenden Erstarrungszuständen, dem angestammten Hang zur Verselbständigung und dem Aufleben eines neuen rangbewußten wie selbstgefälligen „roten Mandarinats" vehement entgegenzutreten. Offenbar sind in diesem Bereich der Gesellschaftsorgani-

[45] Vgl. hierzu *Wittfogel*, K. A.: Oriental Despotism: A Comparative Study of Total Power, New Haven 1957. *Derselbe:* Die orientalische Despotie, Köln 1962.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sation die überkommenen Bindungen noch so stark, daß die als Gegenkraft dienende Propagierung der Massenlinie und der Vorrangigkeit der Revolution vor der Expertenkompetenz nicht ausreicht, um Rebürokratisierungsvorgängen Einhalt zu gebieten.

e) Darüber hinaus konnten sich viele entwicklungspolitische Maßnahmen nur deshalb als effizient erweisen, da in China bereits über einige Jahrzehnte hinweg die konkreten Bedingungen für deren erfolgreiche Durchsetzung geschaffen wurden. Hierzu gehört die große Zahl begeisterter, mit den Massen verbundener Kader, die bereits vor 1949 unter erheblichem persönlichem Einsatz für den Aufbau eines neuen China gearbeitet hatten. Die Regierung konnte sicher sein, daß dieses Potential an Organisationsfähigkeit in loyaler Haltung zum Einsatz kam.

Ferner ist der erfolgreiche Aufbau der staatlichen Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen bis zu den Kreisen und Kommunen zu nennen. Auf diese Weise wurde die Grundlage für den sog. demokratischen Zentralismus geschaffen. Die Zentrale vermochte sich bis zur unteren und untersten Ebene durchzusetzen, während die unteren Ebenen wiederum in die Lage versetzt wurden, sich Gehör nach oben zu verschaffen. Auch ist auf die spezifische Form der zwischenbetrieblichen Kooperation zu verweisen. Großbetriebe hatten den Aufbau der Lokalindustrie auch dann zu unterstützen, wenn diese hinsichtlich ihres Produktionsprogramms in Konkurrenzbeziehungen zu ihnen standen. Auf diese Weise sollte Vorsorge getroffen werden, daß die auf den Lokalebenen errichteten traditionellen Betriebe in die Wettbewerbsfähigkeit hineinwachsen konnten und während dieser Übergangszeit zur Anhebung des technischen Verständnisses breiter Schichten beitrugen.

All dies läßt erkennen, daß die chinesische Entwicklung zahlreiche eigenständige, autochthone Elemente aufweist und unter Bedingungen erfolgte, die ihr spezifischen Rang verleihen. Wenn auch China inzwischen zum „Kristallisierungspunkt der Unruhe“[46] unter den Entwicklungsländern geworden ist, so legitimiert dies noch nicht, die typisch chinesischen, die eigenständigen entwicklungsstrategischen Verhaltensmuster und die konkreten in China vorherrschenden Rahmenbedingungen zu übersehen. Das schließt nicht aus, sich partiell anzulehnen oder auf jene erwähnten allgemeinen Entwicklungsgrundsätze zu bauen, die weitgehend von den speziellen Bedingungen der Entwicklungsländer unabhängig sind, die aber in der Volksrepublik China weitgehend beachtet und weiter entwickelt wurden.

---

[46] *Bauer*, W.: Chinas Vergangenheit als Trauma und Vorbild, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, S. 19.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anhang

Zur quantitativen Analyse der chinesischen Entwicklung (Schätzungen, Schätzmethoden, Angaben zur globalen und sektoralen Entwicklung)

Der Erfolg oder Mißerfolg entwicklungspolitischer Maßnahmen und Konzepte wird u. a. am Zuwachs sektoraler und/oder globaler Produktionsziffern und Einkommensgrößen gemessen. Seit fünfzehn Jahren sind von chinesischer Seite nur wenige Angaben über die globale Produktions- und Einkommensentwicklung veröffentlicht worden. Um einen Überblick über den Gesamtverlauf und die einzelnen Sektoren zu erhalten, ist man daher vor allem auf Schätzungen angewiesen[47]. Die Ergebnisse dieser Schätzungen sind u. a. von drei Komponenten abhängig: 1. von der Art und dem Umfang der statistisch zuverlässigen Informationen, 2.von den Aggregationsverfahren, 3. von der subjektiven Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in China. Die große Zahl abweichender Schätzwerte ist im wesentlichen auf eine oder mehrere dieser Komponenten zurückzuführen: Art und Umfang der statistischen Informationen hängen von dem zugänglichen Dokumentationsmaterial ab, das ausländischen Beobachtern zur Zusammenstellung und zur Auswertung statistischer Einzelangaben aus China zur Verfügung steht. Der Umfang statistischer Informationen ist auch vom Zeitpunkt abhängig, in dem die statistische Untersuchung durchgeführt wurde. Zuweilen werden statistische Angaben (absolut, prozentual oder mehr oder weniger verschlüsselt)[48] von weiter zurückliegenden Jahren bekannt, die das bisher gewonnene Bild sehr verändern. Die im Auftrag des Joint Economic Committee in den Jahren 1972 und 1975 von den gleichen Autoren erstellten Studien über die Agrar- und Industrieproduktion und über das Volkseinkommen können hier als Beispiel genannt werden. An Hand zusätzlicher statistischer Angaben für vergangene Jahre wurden die von den Autoren erstellten Zeitreihen für einen

---

[47] Vgl. z. B. die Schätzungen der Weltbank: World Bank Atlas. Population, Per Capita Product and Growth Rates, Washington D. C. 1974. Vgl. auch: Far Eastern Economic Review: Asia Yearbook 1975, Hong Kong 1975, S. 165; *Liu, Ta-Chung* and *Yeh, Kung-Chia:* Chinese and Other Asian Economies: A Quantitative Evaluation, in: The American Economic Review, Vol. LXIII, 1973, No. 2, S. 215 ff.; *Klatt,* W.: China's Economy: A Statistical Balance Sheet: 1973, in: Issues and Studies, Vol. X No. 6, 1974, S. 2 ff.; *Swamy,* S.: Economic Growth in China and India, 1952 - 1970. A Comparative Appraisal, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 21 No. 4, Part II 1973, S. 1 ff.; Joint Economic Committee: People's Republic of China. An Economic Assessment, Washington, D. C., 1972; Joint Economic Committee: China: A Reassessment of the Economy, Washington, D. C., 1975.

[48] Vgl. z. B.: „Die durchschnittliche Steigerung der Jahresproduktion von chemischen Düngemitteln von 1970 bis 1973 verfünffachte sich im Vergleich zu der durchschnittlichen Zunahme in den zehn Jahren vor 1970." In: Dscheng Schi, a.a.O., S. 30.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zurückliegenden Zeitraum von mehr als 10 Jahren drastisch geändert. Alle Schätzungen wurden beträchtlich erhöht. Die Schätzung der landwirtschaftlichen Produktion des Jahres 1965 wurde im Bericht des Jahres 1975 gegenüber dem des Jahres 1972 um 14 % nach oben korrigiert[49]. Die Industrieproduktion des Jahres 1965 unterlag in den beiden erwähnten Veröffentlichungen einer Korrektur von rd. 30 % nach oben[50]. Das BSP für 1965 wurde schließlich um 20 % höher eingeschätzt[51]. Ähnlich hohe Änderungen wurden fast im gesamten Zeitraum der 60er und der beginnenden 70er Jahre vorgenommen.

Die chinesischen statistischen Einzelangaben beziehen sich häufig nur auf die Produktion oder die Produktionszunahme bestimmter Produkte einzelner Betriebe oder Kommunen. Die Einzelinformationen müssen mosaikweise zusammengefügt werden, um eine Basis für die Schätzung von Globalgrößen zu erhalten. Zur Ermittlung der Gesamtproduktion einzelner Produkte ist es erforderlich, Abgrenzungskriterien bzw. Umrechnungskoeffizienten zu entwickeln, die die Möglichkeit bieten, auch Sortenvariationen Rechnung zu tragen. Ferner ist zu klären, wie repräsentativ Informationen über die Produktionsergebnisse einzelner Betriebe oder Kommunen für die Gesamtentwicklung der betreffenden Branche sind. In manchen Fällen stehen sachlich fundierte Strukturdaten zur Verfügung, wie z. B. bei manchen landwirtschaftlichen Produkten. Sind Anbaukarten verfügbar, die Auskunft über die Produktivität verschiedener Regionen geben und sind z. B. die Produktionsergebnisse relativ ungünstiger Regionen bekannt, so kann aufgrund der Produktivitätsverhältnisse unter Berücksichtigung der Witterungsbedingungen usw. das Produktionsergebnis in anderen Regionen geschätzt werden. In anderen Fällen, z. B. in manchen industriellen Branchen, ist das subjektive Moment weit stärker. Inwieweit Produktionsrückgänge oder -steigerungen einzelner Betriebe als repräsentativ für die gesamte Branche anzusehen sind, ist häufig vom persönlichen Standpunkt des Betrachters abhängig. Auch sind entwicklungspolitische Vorurteile häufig dafür bestimmend, ob bekanntgewordene partielle Produktionsrückgänge verallgemeinert werden oder nicht. So werden z. B. der „Große Sprung nach vorn", die Kulturrevolution und die Anti-Konfuzius-Kampagne von deren Befürwortern als Massenbewegungen zur „Befreiung der Produktivkräfte" betrachtet, die sich gegen die

---

[49] Vgl. *Ashbrook*, A. G. Jr.: China Economic Policy and Economic Results, 1949 - 1971, in: Joint Economic Committee: People's Republic..., a.a.O., S. 47 und *ders.* in: Joint Economic Committee: China: A Reassessment..., a.a.O., S. 42.

[50] Ebenda

[51] Ebenda. Vgl. auch die in den zitierten Werken durchgeführten Sektoranalysen von *Field*, R. M., *Erisman*, A. L. und *Perkins*, D. H.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„etablierten" Fachkräfte und Machthaber richten. Die auf die Kampagnen möglicherweise zurückzuführenden Produktionsverluste oder Wachstumsminderungen kurzfristiger Art werden wahrscheinlich von dieser Seite niedriger eingeschätzt als von den Gegnern. Zweifelt man daran, daß die Masseninitiative durch Kampagnen angespornt werden kann und hält man die durch Behinderung der Fachleute hervorgerufenen Produktionseinbußen für größer als die evtl. auf Massenbewegungen zurückzuführenden Produktionsgewinne, so wird man zu niedrigeren Produktionswerten kommen als im umgekehrten Fall[52].

Die Ermittlung der Produktionsmengen einzelner Produkte stellt den ersten Schritt zur Ableitung wirtschaftlicher Globalgrößen dar. Um die sektorale und globale wirtschaftliche Entwicklung abzuleiten, sind die einzelnen Reihen zu aggregieren. Hierzu müssen Methoden zur Transformation der Gütermengen in Wertgrößen entwickelt werden. Die verschiedenen Ansätze entfernen sich häufig sehr weit von den idealen Bedingungen einer Transformation angesichts des spärlichen Informationsmaterials und unter den Bedingungen einer zentralgeplanten Wirtschaft, in der Preise nicht auf Knappheitsrelationen beruhen.

Als Beispiel werden nachfolgend die Annahmen, die im Bericht des Joint Economic Committee von 1972 getroffen wurden, um die Einzelangaben zu aggregieren und schließlich in Dollarwerte umzurechnen, angeführt. Es sei hier bereits darauf verwiesen, daß die Wirtschaftsstruktur Ende der 50er Jahre im wesentlichen als weiterhin konstant angenommen werden mußte, um überhaupt Ergebnisse ableiten zu können.

1. Ableitung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion

   a) Die Getreideproduktion wird geschätzt.

   b) Es wird die Annahme getroffen, daß Getreide wertmäßig 85 % der Nahrungsmittelproduktion ausmacht. Gemüse, Fruchtanbau, Schweinezucht usw. zählen zu den restlichen 15 %.

   c) Die Baumwollproduktion wird geschätzt.

---

[52] Die Differenzen zwischen taiwanesischen, sowjetischen und westlichen Schätzungen, aber auch zwischen den Schätzungen verschiedener westlicher Autoren beruhen häufig auf unterschiedlichen Entwicklungsideologien. Je weiter sich die chinesische Entwicklungspolitik und Gesamtpolitik von den eigenen Vorstellungen entfernt, desto ungünstiger fallen zuweilen die Schätzungen für die VR China aus und desto stärker ist die Kritik an höheren Schätzwerten anderer Autoren. Vgl. z. B. *Kao, Hsiang-Kao:* Mainland China's Economy Reassessed, in: Issues and Studies, Vol. IX, No. 1, Oct. 1972, p. 30 f., der die hohen Schätzungen des Joint Economic Committees aus dem Jahre 1972 kritisiert: „Thus when the (US) government was intending to befriend the Chinese Reds, the government-hired specialists had to try by every means to sing praise to the Communists".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

d) Es wird die Annahme getroffen, daß die Entwicklung der Baumwollproduktion repräsentativ für die Entwicklung der Produktion technischer Kulturen ist.

e) Aufgrund einer Untersuchung von 1957 machte der Wert der Nahrungsmittelproduktion 85 % des Wertes der gesamten landwirtschaftlichen Produktion aus, der Wert der technischen Kulturen 15 %. Diese Relation wird im Zeitablauf als konstant unterstellt.

f) Mit Hilfe dieser angenommenen Strukturkonstanten wird die landwirtschaftliche Produktion berechnet.

2. Ableitung der industriellen Gesamtproduktion

a) Für einige ausgewählte Güter werden Produktionsreihen geschätzt.

b) Es werden Branchenzeitreihen gebildet, indem die Güter innerhalb einer Branche mit den entsprechenden Preisen gewichtet und aggregiert werden.

c) Um die Entwicklung der industriellen Gesamtproduktion zu erhalten, werden die Branchenreihen mit den Anteilen der Branchen an der industriellen Wertschöpfung von 1956 gewichtet und aggregiert.

3. Ableitung der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion

a) Da die Informationen über die Entwicklung des Handels, des Transportsektors und der übrigen, nichtmateriellen Sektoren unvollständig sind, wird die Wertschöpfung dieser Sektoren im Jahre 1957 im Verhältnis 1 : 1 auf die beiden Sektoren Landwirtschaft und Industrie aufgeteilt.

b) Das im Jahre 1957 bestehende Verhältnis der Bruttowertschöpfung des so gebildeten industriellen Bereichs zum landwirtschaftlichen Bereich wird zur Bewertung der Zeitreihen für die landwirtschaftliche und für die industrielle Produktion konstant gesetzt.

c) Das Ergebnis ist eine Zeitreihe zur Entwicklung des BSP. Da Indexreihen mit dem Basisjahr 1957 verwendet werden, erhält man das BSP ebenfalls als Indexform.

d) Die Indexreihe des BSP wird in zwei Schritten in 1970er US-Dollar transformiert.
Das chinesische und das amerikanische BSP von 1955 werden alternativ mit Dollar- und mit Yuanpreisen bewertet. Der Anteil

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des chinesischen BSP am amerikanischen BSP wird in Yuan- und in Dollarpreisen berechnet und jedes Mal in absoluten Dollarwerten ausgedrückt. Das geometrische Mittel aus beiden Dollarwerten wird als das chinesische BSP in Dollar betrachtet.
In einem zweiten Schritt wird das BSP in 1955er Dollar auf Dollarbasis 1970 umgerechnet. Hierzu werden die Dollarwerte entsprechend den amerikanischen Preisindizes inflationiert.

Es zeigt sich demnach, daß Schätzungen zur quantitativen Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik China nur dazu dienen können, ein ungefähres Bild über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erhalten. Sie sind nur mit Vorbehalten geeignet, Auskunft über Erfolg oder Mißerfolg der einzelnen entwicklungspolitischen Maßnahmen zu geben. Es kommt hinzu, daß Auswirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen in einem Lande, das zunächst einmal die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen für das Wirtschaftswachstum legen muß, sehr schwer zu quantifizieren sind, insbesondere in der kurzen Periode.

Aus der Vielzahl vorliegender Schätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik China wird die des Joint Economic Committee von 1975 hier vorgelegt. Sie ist jüngsten Datums, ihren Autoren standen vermutlich die statistischen Untersuchungen verschiedener amerikanischer Institute für die Chinaforschung zur Verfügung. Die Aggregationsmethoden sind explizit dargestellt. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Schätzungen gegenwärtig zu den am besten fundierten Angaben zählen[53]. Im beiliegenden statistischen Überblick sind einige Ergebnisse der Schätzung zusammengestellt worden. Im einzelnen werden Zeitreihen über das BSP, die Bevölkerung, das Pro-Kopf-Einkommen, die Industrieproduktion — hier im einzelnen die Produktion von Rohstahl, Kohle, Rohöl, chemischem Dünger, Traktoren und Baumwollstoffen — und über die landwirtschaftliche Produktion von Getreide und Baumwolle wiedergegeben. Außerdem sind Angaben über die Entwicklung des Außenhandelsumsatzes, der Exporte und der Importe enthalten.

a) Die landwirtschaftliche Produktion

Rund 80 % der Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten. Die Ackerfläche betrug 1958 108 Mio. Hektar, die Anbaufläche 156 Mio. Hektar. 33 Mio. Hektar Anbaufläche erbrachten 1974 auch bei Regen und Dürre stabile Erträge. Bis zum Jahre 1958 wurde auf knapp 80 % der Anbau-

[53] Es ist darauf hinzuweisen, daß offizielle Angaben oder aus offiziellen Hinweisen rekonstruierte Werte zumeist die Obergrenze darstellen, unter der die amerikanischen Schätzungen häufig bleiben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fläche Getreide produziert. Davon entfielen rd. 20 % auf den Anbau von Reis und rd. 18 % auf den Anbau von Weizen. Technische Kulturen wurden auf rd. 8 % der Anbaufläche angebaut[54]. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich diese Anteile seither nicht wesentlich geändert haben. Die landwirtschaftliche Produktion wurde durch verschiedene Maßnahmen erhöht. Hierzu gehören Neulandgewinnung, Be- und Entwässerung, Düngereinsatz, Teil- und Vollmechanisierung, Einsatz von besserem Saatgut und von Insektiziden, Rationalisierung der Arbeitsorganisation, Schaffung moderner Organisationsformen, Erhöhung der bäuerlichen Initiative usw.

Erst seit 1958 hat man Traktoren hergestellt. Bis dahin hat man 45 000 Standardtraktoren (1 Standardtraktor = 15 PS) importiert. Der Bedarf an Standardtraktoren wird auf 1,1 Mio. Einheiten geschätzt, wobei diese Bedarfsschätzung im internationalen Vergleich allerdings als sehr niedrig anzusehen ist. Aus dem statistischen Überblick kann z. B. ersehen werden, daß 1974 133 000 Standardtraktoren produziert wurden.

1958 wurden nur 1,35 Mio. Tonnen Kunstdünger hergestellt. Der Bedarf wird auf mind. 50 Mio. Tonnen pro Jahr geschätzt. Die Kunstdüngerproduktion betrug 1974 (s. Überblick) 24,9 Mio. Tonnen. Berücksichtigt man diesen Sachverhalt, so wird ersichtlich, daß China in den 50er Jahren die landwirtschaftliche Produktion weitgehend nur im Rahmen der traditionellen materiellen Produktionsbedingungen erhöht hat. Erst im Laufe der 60er Jahre verfügte das Land über die erforderlichen industriellen Kapazitäten, um moderne Inputfaktoren für die Landwirtschaft erstellen zu können.

Die Höhe der landwirtschaftlichen Produktion ist nicht nur vom Faktorinput abhängig. Trockenheit und Überschwemmungen, Effizienz der Arbeitsorganisation usw. beeinflussen ebenfalls weitgehend die Produktionsergebnisse. So stieg die Getreideproduktion zwischen 1949 und 1952 um 43 %, zwischen 1952 und 1958 um 30 %, sank aber zwischen 1958 und 1960 um 20 %, als das Land durch Dürrekatastrophen und Überschwemmungen heimgesucht wurde, zumal Änderungen in der Arbeitsorganisation die auf Erfahrung beruhende Anpassung der ländlichen Bevölkerung an Naturkatastrophen erschwerten. In den Jahren 1960 bis 1970 konnte die Getreideproduktion wieder um 50 % erhöht werden. Zwischen 1970 und 1974 stieg sie um 6 % an. Vergleicht man damit das Wachstum der Bevölkerung[55], so stieg die Getreideproduktion

---

[54] *Chen Nai-Ruenn:* Chinese Economic Statistics. A Handbook for Mainland China, Edinburgh 1966.

[55] Über die Größe der chinesischen Bevölkerung liegen sehr abweichende Schätzungen vor. Die Basis für die Vielzahl unterschiedlicher Schätzungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

langfristig stärker an als die Bevölkerungszahl. Einer Wachstumsrate der Bevölkerung zwischen 1949 und 1974 von 71 % steht eine Wachstumsrate der Getreideproduktion von 136 % gegenüber. Nicht so positiv sieht das Verhältnis der beiden Wachstumsraten aus, wenn sie auf den Zeitraum 1952 - 1974 bezogen werden. Die Bevölkerung wuchs um 61 %, die Getreideproduktion um 66 %.

Die Baumwollproduktion stieg zwischen 1949 und 1952 um fast 100 %, zwischen 1952 und 1974 um 92 %. Der Kleidungsbedarf der Bevölkerung konnte durch die zusätzliche Produktion von Kunstfasern gedeckt werden. Die landwirtschaftliche Produktion wuchs seit 1952 durchschnittlich um 2,4 %. Die Wachstumsrate der Bevölkerung im gleichen Zeitraum betrug 2,2 %.

b) Die industrielle Produktion

Die Rohstahlproduktion konnte von 158 000 Tonnen im Jahre 1949 auf 23,8 Mio. Tonnen 1974 erhöht werden. Zwischen 1949 und 1952 stieg sie um 750 %, zwischen 1952 und 1974 um 1 660 % an. Pro Kopf der Bevölkerung stieg die Stahlproduktion damit von 0,29 kg im Jahre 1949 auf 25 kg im Jahre 1974 an. Die Kohleproduktion stieg von 32 Mio. Tonnen 1949 auf 389 Mio. Tonnen 1974 an. Die Wachstumsrate betrug zwischen 1949 und 1952 105 %, zwischen 1952 und 1974 485 %. Pro Kopf wurden 1949 60 kg, 1974 423 kg Kohle produziert. Die Rohölproduktion erreichte, wie schon erwähnt, 1974 ein Niveau von 65 Mio. Tonnen. Die Baumwollstoffproduktion stieg von 1,889 Mrd. Meter im Jahre 1949 auf 7,6 Mrd. Meter im Jahre 1974 an. Die industrielle Produktion insgesamt wuchs seit 1952 um durchschnittlich 10,5 %.

c) Die Entwicklung des BSP

Das BSP versechsfachte sich im Zeitraum 1949 - 1974. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg allerdings nur um etwas mehr als das Dreifache. Die durchschnittliche Wachstumsrate des BSP betrug seit 1952 5,6 %, die des Pro-Kopf-Einkommens 3,4 %.

---

sind die Ergebnisse der Volkszählung von 1953/54. Die hier verwendeten Zahlen sind dem Reassessment entnommen, das möglicherweise die Bevölkerungszahl zu hoch angibt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausgewählte Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
BSP a) (Mrd. 1973 — US Dollar)	40	49	56	67	71	75	82	88	94	113	107
Bevölkerung a) (Mio. Jahresmitte)	538	547	558	570	583	596	611	626	641	657	672
Pro-Kopf-Einkommen a) (1973 — US Dollar)	74	89	101	117	122	125	134	141	147	172	160
BSP a) (Index, 1957 = 100)	42	52	60	71	76	79	87	94	100	120	114
Pro-Kopf-Einkommen a) (Index 1957 = 100)	51	61	69	80	83	85	91	96	100	117	109
Industrieproduktion a) (Index, 1957 = 100)	20	27	38	48	61	70	73	88	100	145	177
Rohstahl b) (Mio. Tonnen)	0,16	0,61	0,90	1,35	1,78	2,23	2,86	4,47	5,36	11,10	13,40
Kohle b) (Mio. Tonnen)	32,4	42,9	53,1	66,5	69,7	83,7	98,3	110,4	130,7	230,0	300,0
Rohöl b) (Mio. Tonnen)	0,12	0,20	0,31	0,44	0,62	0,79	0,97	1,16	1,46	2,30	3,70
Chemischer Dünger b) (Mio. Tonnen)	0,03	0,07	0,14	0,19	0,26	0,34	0,43	0,66	0,80	1,35	1,88
Traktoren c) (in 1 000 je 15 PS)	1,1	9,4	23,8	16,2	20,9	24,6	29,3	33,3	46,1	43,1	47,8
Baumwollstoffe d) (Mrd. Meter)	1,89	2,52	3,06	3,83	4,69	5,23	4,36	5,77	5,05	5,70	6,10
landwirtsch. Prod. a) (Index 1957 = 100)	54	64	71	83	83	84	94	97	100	108	83
Getreide a) (Mio. Tonnen)	108	125	135	154	157	160	175	182	185	200	165
Getreide a) (Index 1957 = 100)	58	68	73	83	85	86	95	98	100	108	89
Baumwolle a) (Mio. Tonnen)	0,44	0,89	1,0	1,3	1,2	1,1	1,5	1,4	1,6	1,7	1,2
Außenhandelsumsatz e) (Mio. US Dollar)		1,21	1,90	1,89	2,30	2,35	3,04	3,12	3,06	3,77	4,29
Export c) (Mio. US Dollar; f. o. b.)		0,62	0,78	0,88	1,04	1,06	1,38	1,64	1,62	1,94	2,23
Importe c) (Mio. US Dollar; c. i. f.)		0,59	1,12	1,02	1,26	1,29	1,66	1,49	1,44	1,83	2,06

a) Ashbrook, A. G., Jr.: China: Economic Overview, a.a.O., S. 42 f.

b) Field, R. M.: Civilian Industrial Production in the People's Republic of China: 1949 - 1974, in: Joint Economic . . ., a.a.O., S. 166.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
106	82	93	103	117	134	145	141	142	157	189	190	197	217	223
685	695	704	716	731	747	763	781	798	817	837	857	878	899	920
155	118	133	144	160	179	190	180	178	192	214	222	225	241	343
113	87	99	110	125	143	154	150	151	167	190	203	210	231	238
106	81	90	98	109	122	129	123	121	131	146	152	154	165	166
184	108	114	137	163	199	231	202	222	265	313	341	371	416	432
18,70	8,0	8,0	9,0	10,80	12,50	15,00	12,00	14,00	16,00	17,80	21,00	23,00	25,50	23,80
280,0	170,0	180,0	190,0	204,0	220,0	248,0	190,0	205,0	258,0	310,0	335.0	356,0	377,0	389,0
5,50	5,30	5,80	6,40	8,70	10,80	13,90	13,90	15,20	20,30	28,50	36,70	43,00	54,50	65,30
2,52	1,85	2,78	3,86	5,78	7,60	9,60	8,10	9,50	11,30	14,00	16,80	19,80	24,75	24,88
23,8	16,2	20,9	24,6	29,3	33,3	46,1	43,1	47,8	58,0	73,3	90,9	206,9	133,3	
4,90	3,30	3,50	4,60	5,10	6,40	6,70	5,50	6,00	6,60	7,50	7,20	7,30	7,60	7,60
78	77	92	96	106	114	116	123	116	118	129	134	130	138	141
160	160	180	185	195	210	215	230	215	220	240	246	240	250	255
86	85	97	100	105	114	116	124	116	119	130	133	130	135	138
0,9	0,8	1,0	1,2	1,7	1,9	1,8	1,9	1,8	1,8	2,0	2,2	2,1	2,5	2,5
3,99	3,02	2,68	2,77	3,22	3,88	4,25	3,90	3,77	3,86	4,29	4,72	5,92	9,80	13,72
1,96	1,53	1,53	1,57	1,75	2,04	2,21	1,95	1,95	2,03	2,05	2,42	3,09	4,90	6,31
2,03	1,49	1,15	1,20	1,47	1,85	2,04	1,95	1,82	1,83	2,24	2,31	2,84	4,98	7,41

c) Ebenda, S. 165.
d) Ebenda, S. 167.
e) Chen, Nai-Ruenn: China's Foreign Trade, 1950 - 74, in: Joint Economic . . ., a.a.O., S. 645.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf die MSA-Länder ("most seriously affected countries")

Von *Michael Bohnet,* München

I. Die MSA-Gruppe

1. Auswahlkriterien: Analyse und kritische Beurteilung

Die Erhöhung der Erdölpreise, die Inflation und die rezessiven Tendenzen in den Industrieländern sowie der Mangel an Getreide und Düngemitteln haben die Entwicklungsländer in den beiden letzten Jahren hart getroffen. So ist die Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation der Entwicklungsländer im Jahre 1974 etwa jeweils zur Hälfte den Erdölpreissteigerungen und der Verteuerung der Industrie-, Nahrungsmittel- und Düngemittelimporte zuzuschreiben[1]. Besonders beunruhigend ist die Lage in den ärmsten Entwicklungsländern. Angesichts dieser Entwicklung wurde während der 6. Sondersitzung der Vollversammlung der UN im April 1974 eine Resolution verabschiedet, die ein Sonderprogramm für diejenigen Länder fordert, die von der wirtschaftlichen Krise am stärksten betroffen sind („most seriously affected")[2]. Dabei wurden zur Bestimmung der „most seriously affected countries" (MSA-Länder)[3] folgende Kriterien festgelegt:

a) Niedriges Pro-Kopf-Einkommen auf Grund relativer Armut, niedriger Produktivität, geringen technologischen Wissens und eines niedrigen Entwicklungsstandes.

b) Drastische Verteuerung der Einfuhrpreise lebenswichtiger Güter im Vergleich zu den Exporteinnahmen.

c) Hohe Schuldendienstrate (Verhältnis Schuldendienstzahlungen zu den Exporteinnahmen).

d) Geringer oder nicht dem Bedarf entsprechender Umfang der Devisenreserven.

---

[1] OECD: Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, Jahresprüfung 1974, Paris, Nov. 1974, S. 21.

[2] UN-Resolution 3202 (S - VI): Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order, 1. May 1974, Abschnitt X.

[3] Liste der Länder auf der folgenden Seite (Tabelle 1).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

e) Nachteilige Auswirkungen der höheren Transport- und Transitkosten.

f) Relativ wichtige Rolle des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß.

g) Unzureichende und verhältnismäßig unelastische Exporteinnahmen sowie das Fehlen exportfähiger Überschüsse.

Tabelle 1

Liste der MSA-Länder

Afrika (27 Länder)	*Asien* (11 Länder)
Ägypten	Afghanistan
Äthiopien	Bangla Desh
Burundi	Birma
Dahomey	Indien
Elfenbeinküste	Arab. Republik Jemen
Ghana	Dem. Volksrepublik Jemen
Guinea-Bissau	Khmer
Guinea Rep.	Laos
Kamerun	Pakistan
Kapverdische Republik	West-Samoa
Kenia	Sri Lanka
Lesotho	
Madagaskar	*Lateinamerika* (4 Länder)
Mali	El Salvador
Mauretanien	Guyana
Mosambik	Haiti
Niger	Honduras
Obervolta	
Ruanda	
Senegal	
Sierra Leone	
Somalia	
Sudan	
Tansania	
Tschad	
Uganda	
Zentralafrikanische Republik	

Die von den Vereinten Nationen aufgestellten Kriterien sind recht allgemein gehalten. Sie wurden nicht in quantitative Bezugsgrößen umformuliert, wie dies z. B. bei der Festlegung des Kreises der „least developed countries" der Fall war[4].

Auch wurde von Anfang an betont, daß die Bestimmung der MSA-Länder nach diesen Kriterien aufgrund der Unsicherheiten der Weltwirtschaft und der von den Entwicklungsländern praktizierten Anpassungspolitik flexibel gehandhabt werden solle. Da jedoch durch die UN der politische Begriff „MSA-Länder" geboren worden war, konnte man

[4] Vgl. dazu S. 134.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich dem Zwang, die Kriterien zu operationalisieren, um eine entsprechende Länderliste festzulegen, nicht mehr entziehen. Bevor ausgeführt wird, wie die Länderliste bestimmt wurde, soll vorab gezeigt werden, welcher Stellenwert den einzelnen Kriterien zukommt:

a) Höhe des Pro-Kopf-Einkommens

Bei der Diskussion wurde die zulässige Höhe des Pro-Kopf-Einkommens unterschiedlich angesetzt: Die UN[5] ging ursprünglich von 200 $ pro Jahr aus, jedoch wurden später Länder bis 400 $ als Grenzfälle angesehen. Das Pro-Kopf-Einkommen wurde deshalb als ein Kriterium gewählt, weil es etwas über die Fähigkeit eines Landes aussagt, seine Verbrauchsgüterimporte und damit auch den Verbrauch zu vermindern. Bei niedrigem Pro-Kopf-Einkommen kann eine Reduzierung des Verbrauchs zur Bedrohung der physischen Existenz der Menschen führen[6].

b) Verhältnis der Exportgüterpreise zu den Importgüterpreisen

Auf der Importseite sind die gestiegenen Ölpreise entscheidend, da diese Erhöhungen mehr oder weniger langfristig sind. Daneben sind jedoch auch höhere Preise für Nahrungsmittel und Düngemittel von Bedeutung, denn die Verfügbarkeit über inländische Nahrungsmittel ist in diesen Ländern ein Unsicherheitsfaktor. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß auf der Exportseite viele Entwicklungsländer bis Mitte 1974 von den gestiegenen Rohstoffpreisen begünstigt wurden. Deshalb wurde vorgeschlagen, die Veränderung der Terms of Trade als Kriterium zur Auswahl der MSA-Länder zugrunde zu legen. Die Terms of Trade sind aber kein verläßlicher Indikator zur Messung der Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen. Erstens ist es nicht möglich, Preis- und Mengenbewegungen für viele Rohstoffe auseinanderzudividieren, denn in Ländern, die Hauptexporteure von Gütern sind, kann z. B. ein Anstieg der Preise durch einen Fall der Exporte verursacht werden oder in kleineren Ländern kann ein Sinken der Exporte durch Trockenheit und andere Probleme bewirkt werden und mit einem weltweiten Anstieg der Warenpreise übereintreffen. Obwohl sich die sogenannten Barter Terms of Trade in all diesen Fällen verbessern können, wird sich die Handelsbilanz dieser Länder als Folge der Importpreissteigerungen verschlechtern. Die Terms of Trade sind lediglich dann ein ge-

[5] Vgl. United Nations, General Assembly: Progress of the United Nations Emergency Operation, Report of the Secretary General, A/9828, 6. Nov. 1974, Distr. General.

[6] Bei Berücksichtigung der personellen Einkommensverteilung muß die obige Aussage im Einzelfall u. U. modifiziert werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nauer Indikator für die Wirkungen von Preisänderungen, wenn der Handel im Gleichgewicht ist und absolute Änderungen im Volumen der Importe und Exporte gleich sind. Meist sind jedoch in Entwicklungsländern die Importe wesentlich größer als die Exporte, so daß ein Preisanstieg, der zu unveränderten oder leicht verbesserten Barter Terms of Trade führt, oft mit einer ernsten Verschlechterung der Handelsbilanz verbunden sein kann. So weisen einige afrikanische Länder, z. B. die Sahelländer, keine sinkenden Terms of Trade auf, obwohl einige von ihnen durch die gestiegenen Importpreise hart getroffen wurden. In all diesen Fällen sind die Terms of Trade kein sinnvoller Indikator zur Messung der Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen. Das vorgeschlagene Kriterium „Veränderung der Terms of Trade" ist deshalb abzulehnen. Geeigneter als Indikator ist die Handelsbilanz, da sie den Nettoeffekt aller Bewegungen zeigt, die die Importe und Exporte eines Landes betreffen.

c) *Schuldendienstrate*

Ein weiteres, von der UN festgelegtes Kriterium ist die Schuldendienstrate eines Landes, d. h. das Verhältnis von Schuldendienstzahlungen (Tilgungszahlungen und Zinsen) aufgrund öffentlicher oder öffentlich garantierter Schulden zu den Güter- und Dienstleistungsexporten, denn ein Rückgriff der Länder mit hohen Schuldendienstraten auf Auslandsanleihen zu Marktkonditionen würde ihre Anfälligkeit bei ernsten Zahlungsbilanzschwierigkeiten noch erhöhen. Eine Analyse[7] ergab, daß die Schuldendienstraten der MSA-Länder äußerst unterschiedlich sind. Zu der Ländergruppe mit den höchsten Schuldendienstraten aller Entwicklungsländer (Durchschnitt 1970 bis 1973) gehören Ägypten (28 %), Indien (28 %), Afghanistan (21 %), Pakistan (26 %), Birma (17 %), Sri Lanka, Tansania und Sudan (je 11 %). In die Mittelgruppe fallen Äthiopien (9 %), Sierra Leone (8 %), Elfenbeinküste (7 %), Obervolta (6 %), Lesotho, Kenia, Uganda und Kamerun (6 %). Unter 5 % liegen die Schuldendienstraten folgender MSA-Länder: Senegal, El Salvador, Ghana, Tschad, Guyana, Madagaskar (4 %), Dahomey, Burundi, Mauretanien, Niger, Honduras, Somalia, ZAR (3 %) sowie Ruanda und Mali (2 %). Die extreme Unterschiedlichkeit der Schuldendienstraten macht erklärlich, warum sich dieses Kriterium als untauglich zur Identifizierung der MSA-Länder erweist, denn dann hätte man einen großen Teil der

[7] Ermittelt aufgrund von Daten, die enthalten sind in: UNCTAD: Debt Problems of Developing Countries, TD/B/C.3/131, 15. Sept. 1975, Distr. General, Annex Tabelle IV.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ärmsten Entwicklungsländer nicht zu den MSA-Ländern rechnen dürfen, da diese Länder sehr niedrige Schuldendienstraten aufweisen.

d) Höhe der Währungsreserven

Die MSA-Länder hatten, wie alle Entwicklungsländer, aufgrund der gestiegenen Exporterlöse während der letzten Jahre in beachtlichem Maße Währungsreserven angesammelt. Die von den Zentralbanken gehaltenen Bestände an Gold, Devisen, Sonderziehungsrechten sowie die Reserveposition beim IMF erreichten 1973 bei einigen armen Ländern, wie Äthiopien, Birma, Obervolta, Niger, etwa die Höhe von 8 - 12 Monatsimporten[8], so daß sich die berechtigte Frage stellte, inwieweit die Höhe der Währungsreserven bei der Auswahl der am härtesten betroffenen Länder berücksichtigt werden sollte. In der internationalen Diskussion werden z. B. Währungsreserven, die 3 Importmonate decken, als notwendig angesehen. Konkret heißt dies, daß in den Fällen, in denen die Währungsreserven wesentlich darüber hinausgehen, um die Finanzierung eines gemäßigten Zahlungsbilanzdefizits zu erlauben, dies bei der Aufstellung der MSA-Liste eigentlich berücksichtigt hätte werden müssen. Dies hätte zur Folge gehabt, daß einige der ärmsten Entwicklungsländer nicht in die MSA-Liste aufgenommen worden wären, wie z. B. die durch die Trockenheit betroffenen Länder Niger, Obervolta und Äthiopien sowie Birma.

Aus den obigen Ausführungen wird ersichtlich, daß die Höhe der Währungsreserven — trotz offizieller Deklamation — bei der Auswahl der MSA-Länder praktisch keine Rolle gespielt hat.

e) Höhere Transit- und Transportkosten

Die höheren Transport- und Transitkosten, die besonders bedeutsam für die „land-locked-countries"[9] sind, werden in den meisten Fällen durch die c. i. f.-Werte der Importe erfaßt, gehen also in die Handelsbilanz ein. Für Länder, für die nur die f. o. b.-Werte der Importe verfügbar sind, schlägt sich eine Erhöhung der Transportkosten in der Dienstleistungsbilanz nieder. Bei der Projektion des Defizites

---

[8] Vgl. dazu IMF: International Financial Statistics, Sept. 1975, sowie: H. J. *Petersen:* Drastisch verschärfte Außenwirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, in: DIW Wochenbericht 46/74.

[9] Quantitative Angaben über die höheren Transportkosten für „land-locked countries" finden sich in: UN: Special measures related to the particular needs of the land-locked developing countries, A/10203, 27. Aug. 1975, Distr. General, S. 46.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Leistungsbilanz, die letztlich als wesentliche Basis zur Auswahl der MSA-Länder herangezogen wurde[10], wurden die direkten höheren Transport- und Transitkosten somit auf jeden Fall erfaßt.

f) Rolle des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß

Als weiteres Kriterium wurde von der UN die relative Bedeutung des Außenhandels im Entwicklungsprozeß festgelegt. Dieses Kriterium mißt in einem gewissen Sinne die Fähigkeit einer Wirtschaft, Schocks zu überstehen, die durch den externen Sektor hervorgerufen werden. Die Bedeutung des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß läßt sich am einfachsten messen durch die Höhe der Export- und Importquoten, d. h. durch das Verhältnis von Exporten bzw. Importen zum Bruttoinlandsprodukt. In einer quantitativen Analyse[11] wurden die Export- und Importquoten der MSA-Länder ermittelt.

Die quantitative Auswertung führt zu folgender Gruppenbildung[12]:

Export- und Importquoten unter 15 %	Export- und Importquoten 15 % - 30 %	Export- und Importquoten über 30 %
Äthiopien	Ägypten	Elfenbeinküste
Bangla Desh	Dahomey	Gambia
Birma	El Salvador	Guyana
Botswana	Ghana	Lesotho
Burundi	Honduras	Mauretanien
Indien	Kamerun	
Khmer	Kenia	
Laos	Madagaskar	
Mali	Senegal	
Niger	Sierra Leone	
Obervolta	Sri Lanka	
Ruanda	Somalia	
Pakistan	Sudan	
Tschad	Tansania	
ZAR	Uganda	

Dabei wurden mehrere Gruppen unterschieden:

— Länder, deren Export- und Importquoten geringer sind als 15 %,

— Länder, deren Export- und Importquoten zwischen 15 und 30 % liegen,

— Länder, deren Export- und Importquoten über 30 % liegen.

---

[10] Vgl. dazu S. 129.

[11] Ermittelt aufgrund von Daten des IMF: International Financial Statistics, mehrere Ausgaben sowie DIW: Kurzdatensatz, Teil II, August 1974.

[12] Wenn nach der Höhe der Exportquote das Land z. B. in Gruppe 1 fiel, nach der Höhe der Importquote dagegen in Gruppe 2 — was selten vorkam —, so wurde für die Einordnung der Durchschnitt aus Export- und Importquote gewählt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Tabelle zeigt, daß die MSA-Länder das ganze Spektrum der sowohl vom Außenhandel nur geringfügig abhängigen Länder als auch der vom Außenhandel sehr stark abhängigen Länder widerspiegeln[13]. Dies macht deutlich, daß das Kriterium „Bedeutung des Außenhandels im Entwicklungsprozeß" bei der Auswahl der MSA-Länder in Wirklichkeit keine Rolle spielte.

Als weitere Kriterien wurden noch unzureichende Exporteinnahmen sowie das Fehlen exportfähiger Überschüsse genannt. Diese Kriterien werden letztlich durch den oben abgehandelten Indikator „Bedeutung des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß" erfaßt, denn bei Ländern, deren Exporteinnahmen unzureichend sind oder fehlen, ist naturgemäß die Exportquote niedrig. Deshalb braucht an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen zu werden.

g) Schlußfolgerung

Wie die vorstehenden Ausführungen gezeigt haben, hat sich eines der von der UN-Resolution festgelegten Kriterien als untauglich für die Beurteilung der Auswahl der MSA-Länder erwiesen (die Terms of Trade), andere Kriterien wie die Schuldendienstrate, die Höhe der Währungsreserven und die Bedeutung der Rolle des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß hätten zum Ausschluß eines größeren Teils der ärmsten Länder aus der MSA-Liste geführt, was politisch nicht gewollt war. Auch wenn diese Probleme nicht aufgetreten wären, wäre die Operationalisierung der Kriterien schwierig gewesen, da keine Ziele bzw. Grenzwerte angegeben waren. Auch stellte sich stets das grundsätzliche Problem der Gewichtung der Kriterien.

Um all diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, wurden in einem Unterausschuß einfach diejenigen Länder als MSA-Länder definiert, deren Zahlungsbilanzdefizite 1974 und 1975 mindestens 5 % der Importe in den betreffenden Jahren erreichen und deren Pro-Kopf-Einkommen weniger als 400 $ beträgt (1971)[14]. Damit wurden von den proklamierten Kriterien lediglich noch die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens und die Auswirkungen der höheren Transport- und Transitkosten sowie — mit den entsprechenden Einschränkungen — auch noch die Terms of Trade-Entwicklung berücksichtigt. Alle anderen Kriterien fielen unter den Tisch. Zusätzlich wurde mit der Einführung der Zahlungsbilanz als ein Indikatorelement stillschweigend die Höhe der Kapitalzuflüsse aus Entwicklungshilfe und son-

[13] Die Export- und Importquoten sind naturgemäß bei großen Ländern mit großem Binnenmarkt gering (Beispiel: Indien, Bangla Desh, Pakistan).

[14] Vgl. UN: Progress of the United Nations Emergency Operation, A/9828, 6. Nov. 1974, Distr. General.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stigen Quellen (z. B. Direktinvestitionen) zu einem entscheidenden Beurteilungskriterium für die Auswahl der MSA-Länder erhoben, ohne daß dies an irgendeiner Stelle erwähnt wurde.

Um die Zahlungsbilanzsituation abschätzen zu können, hat die UN, unterstützt durch die Weltbank, den IMF, die FAO, UNCTAD und UNDP, detaillierte Projektionen für die Warenbilanz, die Leistungsbilanz und die Kapitalbilanz aller Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen erstellt[15]. Diese Projektionen beruhen auf folgenden Annahmen[16]:

— Es wurde angenommen, daß die Importe jedes Landes so stark wie möglich eingeschränkt werden, ohne die Entwicklungsaussichten zu gefährden, die sich in bescheidenen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes ausdrücken. Dabei wurden vergangene Wachstumstrends als Bezugsgröße genommen und angenommen, daß die notwendigsten Importe an Nahrungsmitteln, Düngemitteln und Öl aufrechterhalten werden.
— Die Exporte und Importe wurden auf der Basis der jüngsten Voraussagen der Preise international gehandelter Güter und den Angebots- und Nachfragebedingungen in Industrie- als auch in Entwicklungsländern vorausgeschätzt.
— Bei der Projektion der Transferzahlungen und der Kapitalbewegungen wurden die jüngsten verfügbaren Daten über die Entwicklungshilfe herangezogen.

Die nachfolgende Tabelle 2 zeigt das geschätzte gesamte Zahlungsbilanzdefizit, das Defizit der Leistungsbilanz, den Nettokapitalzufluß als auch das Verhältnis von Gesamtdefizit zu c. i. f.-Importen. Ferner enthält die Tabelle das Pro-Kopf-Einkommen des Jahres 1971, da lediglich Länder in die MSA-Liste aufgenommen wurden, deren Pro-Kopf-Einkommen weniger als 400 $ beträgt (1971). Im August 1974 umfaßte die Liste der MSA-Länder 32 Staaten, im Mai 1975 wurde die Liste auf 42 Länder erweitert, ohne daß bisher Informationen darüber erhältlich sind, welche Indikatoren zur Erweiterung der Liste herangezogen wurden.

[15] UN: Progress of the United Nations Emergency Operation, a.a.O., Annex 1, S. 1.

[16] UN: Progress ..., a.a.O., S. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

MSA-Länder: Zahlungsbilanz für 1974 und 1975[1]) (in Mill. $)

	Pro-Kopf-Einkommen (in $)[d])	Gesamtdefizit[a])		Leistungsbilanzdefizit[a])		Nettokapitalzuflüsse[b])		Gesamtdefizit in % der Importe (cif)	
		1974	1975	1974	1975	1974	1975	1974	1975
Äthiopien	80	...	...	...	...	...	...	...	...
Bangla Desh	70	375	407	612	657	237	250	28,3	30,0
Dahomey	100	9	14	23	30	14	16	5,5	7,7
Elfenbeinküste	330	57	77	153	203	96	126	5,7	6,7
El Salvador	320	48	...	78	...	30	...	10,0	...
Ghana	250	23	82	— 7	85	— 30	3	3,6	10,9
Guinea	90	21	— 10	92	70	71	80	13,9	— 5,8
Guyana	390	16	16	74	48	58	32	5,9	5,2
Haiti	120	8	— 8	50	67	42	75	7,4	...
Honduras	300	33	44	84	104	51	60	8,9	10,2
Indien	110	820	880	1 919	2 270	1 099	1 390	16,8	15,7
Kamerun	200	25	42	43	67	18	25	5,6	8,2
Kenia	160	84	137	197	274	113	137	8,9	12,3
Khmer	130	...	...	...	...	...	...	...	...
Laos	120	...	...	...	...	...	...	...	...
Lesotho	100	...	...	87[c])	95[c])	...	...	...	...
Madagaskar	140	32	25	88	82	56	57	10,3	7,6
Mali	70	42	32	53	46	11	14	30,9	24,6
Mauretanien	170	17	16	26	28	9	12	9,6	8,3
Niger	100	30	22	31	23	1	1	21,1	19,6
Obervolta	70	10	17	82	73	72	56	7,4	12,6
Pakistan	130	155	78	485	513	330	435	8,6	3,8
Senegal	250	69	67	133	109	64	42	13,0	11,5
Sierra Leone	200	31	20	70	62	39	42	14,8	8,7
Somalia	70	27	29	56	59	29	30	18,6	18,7
Sri Lanka	100	69	100	152	185	83	85	9,7	13,0
Sudan	130	46	30	90	122	44	92	8,5	4,9
Tansania	110	120	124	229	218	109	97	16,4	16,5
Tschad	80	16	30	68	80	53	50	10,1	17,1
Arab. Rep. Jemen	90	11	...	54	...	43	...	5,0	...
Dem. Rep. Jemen	120	45	...	70	...	25	...	12,2	...
ZAR	150	19	25	39	49	20	24	21,6	25,0

Quelle: Basierend auf United Nations Emergency Operation sowie auf Zahlen der FAO, IMF, UNCTAD und Weltbank (A/9828).

1) Projektion für 1974 und 1975.

a) Minus bedeutet Überschuß.

b) Minus bedeutet Nettokapitalabfluß. Nach der Zahlungsbilanzdefinition des IMF erfaßt dieser Posten offizielle Übertragungen und den Kapitalverkehr.

c) Handelsbilanzdefizit.

d) 1971.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Folgende zusätzliche 10 Länder wurden 1975 aufgenommen:

	Pro-Kopf-Einkommen in $ (1971)
Ruanda	60
Burundi	60
Afghanistan	80
Birma	80
Uganda	130
West-Samoa	140
Kapverdische Republik	180
Ägypten	220
Guinea-Bissau	250
Mosambik	280

Die meisten der 42 MSA-Länder finden sich in Afrika (27), der Rest entfällt auf Asien (11) und Lateinamerika (4). In den MSA-Ländern lebt die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer[17] (900 Mill.), auf die asiatischen MSA-Länder entfallen davon allein 700 Millionen.

2. Zur Problematik der Gruppenbildungen (MSA-Länder, LLDC-Länder, „land-locked countries")

In der ursprünglichen UN-Resolution (3202 — S VI) wurden als MSA-Länder „die ‚least developed', die ‚land-locked' und andere Länder mit niedrigem Einkommen bezeichnet, die durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise, Naturkatastrophen, ausländische Aggression oder Besetzung am stärksten betroffen wurden"[18]. Dieser allgemeine Satz kann jedoch nur im Licht des ausschlaggebenden Auswahlkriteriums des letzten Abschnittes interpretiert werden, das sich auf die Notwendigkeit bezieht, die *lebenswichtigen* Importe in kurzfristiger Sicht zu sichern. Sicherlich benötigen auch die „least-developed"- und die „land-locked"-countries oder die aufgrund von Naturkatastrophen oder „ausländischer Aggression oder Besetzung" betroffenen Länder Hilfe, aber diese Hilfe ist keine Nothilfe. Entscheidend ist also nicht der Bedarf an langfristiger Entwicklungs- oder Aufbauhilfe, sondern die Notwendigkeit, lebenswichtige Importe aufrechtzuerhalten. Weder der Wortlaut der Resolution noch die verfügbaren Mittel würden etwas anderes zulassen. Da der Begriff der MSA-Länder aber von Anfang an mit dem der LLDC-Länder und der „land-locked countries" verknüpft war, sollen im folgenden zur Information die drei Ländergruppen gegenübergestellt werden (vgl. Tabelle 3).

---

[17] Ohne Berücksichtigung von China.

[18] UN-Resolution 3202 (S - VI): Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order, 1. May 1974, X c.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3

Entwicklungsländer, die einer oder mehrerer der 3 genannten Gruppierungen angehören

	MSA (most seriously affected countries)	LLDC (least developed countries)	land-locked countries
Afrika			
Ägypten	×		
Äthiopien	×	×	
Botswana[a]		×	×
Burundi	×	×	×
Dahomey	×	×	
Elfenbeinküste	×		
Gambia[b]		×	
Ghana	×		
Guinea	×	×	
Guinea-Bissau	×		
Kamerun	×		
Kapverdische Republik	×		
Kenia	×		
Lesotho	×	×	×
Madagaskar	×		
Malawi		×	×
Mali	×	×	×
Mauretanien	×		
Mosambik	×		
Niger	×	×	×
Obervolta	×	×	×
Ruanda	×	×	×
Sambia			×
Senegal	×		
Sierra Leone	×		
Somalia	×	×	
Sudan	×	×	
Swasiland			×
Tansania	×	×	
Tschad	×	×	×
Uganda[a]	×	×	×
ZAR[b]	×	×	×
Amerika			
Bolivien			×
El Salvador	×		
Guyana	×		
Haiti	×	×	
Honduras	×		
Paraguay			×

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Asien			
Afghanistan	×	×	×
Bangla Desh	×		
Bhutan		×	×
Birma	×		
Indien	×		
Jemen, Arab. Rep.	×	×	
Jemen, Dem. Volksrep.[b]	×	×	
Khmer	×		
Laos	×	×	×
Malediven		×	
Nepal		×	×
Pakistan	×		
Samoa West[a]	×	×	
Sikkim		×	×
Sri Lanka	×		

a) Soll aus der Liste der LLDC-Länder nach neuesten Vorschlägen gestrichen werden.
b) Soll in die LLDC-Liste aufgenommen werden.

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß allein 53 der insgesamt 114 Entwicklungsländer[19, 20] einer oder mehrerer der drei genannten Gruppierungen angehören. 12 Länder gehören allen drei Gruppen an, 14 Länder je 2 Gruppierungen und die restlichen 27 Länder nur je einer Gruppierung.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß es lange Diskussionen gab, bevor die Kriterien für die Auswahl der LLDC-Länder festgelegt wurden. Dabei wurde berücksichtigt[21]:

-- das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (100 $ oder weniger),

— der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP (10 % oder weniger),

— die Alphabetisierungsquote (in der Altersgruppe über 15 Jahre) (20 % oder weniger).

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wurde als grober Indikator für die Armut angesehen, der Anteil der verarbeitenden Industrie

19 Insgesamt gelten 151 Staaten und Territorien als Entwicklungsländer. Von ihnen sind 108 Mitglied der Vereinten Nationen, 38 gehören ihnen nicht an, da sie überwiegend noch unter kolonialer Herrschaft stehen und 5 sozialistische Länder gelten als Entwicklungsländer, werden aber offiziell nicht als solche bezeichnet (Albanien, Volksrepublik China, Dem. Rep. Korea, Mongolei, Dem. Rep. Vietnam).

20 Vgl. auch Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, Nov. 1973, Anlage 8.

21 E. *Becher:* An Action Programme for Land-locked LDC's, in: Inter Economics 5/72, S. 145 ff. und UNCTAD: Special measures for the least developed among the developing countries, TD/153/9. March 1972, und S. *Selwyn:* The least developed countries as a special case, IDS Discussion Paper No. 48, April 1974.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als Indikator für die strukturelle Veränderung der Wirtschaft und die Alphabetisierungsquote als Indikator für die Größe des Potentials an Fachkräften. Daneben wurden noch das Bruttoinlandsprodukt als Kriterium für die Größe der Wirtschaft (genauer des inländischen Marktes) sowie die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate des BIP zu konstanten Preisen über eine gewisse Zeitperiode hinweg als Kriterium für das Ausmaß der Stagnation einer Wirtschaft herangezogen. Die beiden letzten Indikatoren gaben in Grenzfällen den Ausschlag. Aufgrund dieser Kriterien wurden 1971 25 LLDC-Länder festgelegt. 1975 wurde diese Liste überprüft, danach sollen drei Länder zusätzlich aufgenommen werden, nämlich die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Volksrepublik Jemen und Gambia, während vorgeschlagen wurde, drei Länder herauszunehmen, nämlich Botswana, Uganda und West Samoa.

Die Definition der „land-locked-countries"[22] ist dagegen problemlos. Dies sind diejenigen Länder, die keinen Zugang zum Meer haben. Unter diese Kategorie fallen 20 Entwicklungsländer (13 afrikanische, 5 asiatische und 2 lateinamerikanische).

In der jüngsten entwicklungspolitischen Diskussion haben sich weitere Tendenzen zu Gruppenbildungen gezeigt, so wird nunmehr die besondere Aufmerksamkeit auf die geographisch benachteiligten Inselstaaten[23] unter den Entwicklungsländern (geographically more disadvantaged developing island countries) gelenkt. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die entwicklungspolitisch bedeutsame Gruppe der Sahelländer (Niger, Obervolta, Tschad, Mali, Mauretanien, Senegal), von denen lediglich 4 zu den „least developed countries", aber alle 6 zu den MSA-Ländern zählen. Ferner hat kürzlich die EG-Kommission eine neue Einteilung der Entwicklungsländer in acht unterschiedliche Gruppen[24] vorgeschlagen. Dies zeigt, daß es bereits eine verwirrende Vielzahl von Ländergruppierungen unter den Entwicklungsländern gibt, die alle durch eine mehr oder weniger willkürliche Kriterienauswahl gebildet werden. Dabei ist stets zu beobachten, daß zuerst der Begriff geprägt wird, dann eine Vielzahl von Kriterien genannt werden, die jedoch nicht zu operationalisieren sind und in einer dritten Phase der Zwang entsteht, zu einigen wenigen quantitativen Kriterien Zuflucht

[22] UN: Special measures related to the particular need of the land-locked developing countries, A/10203, 27. Aug. 1975 und UN: A transport strategy for land-locked developing countries, TD/B/453/Add 1/Rev. 1, 1974.

[23] UN: Special economic problems and development needs of geographically more disadvantaged developing island countries, E/5647, 27. March 1975.

[24] Vgl. Europäische Gemeinschaften: Entwicklungshilfe, Skizze der Gemeinschaftsaktion von morgen, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, 8/74, S. 17 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu nehmen, da die Gruppenbildung in den entwicklungspolitischen Gremien bereits einen politischen Stellenwert gewonnen hat und eine Länderliste aufgestellt werden muß. In einer vierten Phase stellt dann eine Expertengruppe eine Länderliste auf, oft ohne die postulierten Kriterien zu beachten und nebenbei stillschweigend neue Kriterien einführend. In einer fünften Phase ergibt sich im Ein- oder Zweijahresrhythmus die Notwendigkeit, die entsprechenden Listen zu revidieren, weil einige Länder sich benachteiligt fühlen oder Schwellenwerte gewisser Indikatoren erheblich über- oder unterschritten wurden. So ist die Liste der LLDC-Länder als auch die der MSA-Länder erweitert worden. Ferner gibt es Bestrebungen, einige Länder aus der LLDC-Liste wieder herauszunehmen.

Ziel solcher Gruppenbildungen ist es, entwicklungspolitische Sondermaßnahmen zu stimulieren, die den genannten Gruppen zugute kommen sollen. Da jedoch die tatsächlichen entwicklungspolitischen Reaktionen auf solche Forderungen gering bleiben, bleibt zu fragen, ob solche Gruppenbildungen in Zukunft überhaupt noch sinnvoll sind, angesichts der Schwierigkeiten, brauchbare Kriterien zu finden und diese Kriterien zu operationalisieren und angesichts der politischen Schwierigkeiten, die entstehen, wenn gewisse Länder nicht in die Liste aufgenommen werden.

Durch die Gruppenbildungen wurden also allein politische Ziele verfolgt, die zum einen bestehen in der Motivierung der Bevölkerung und der Regierungen in den Industrieländern zu erhöhter Entwicklungshilfe (Beispiel Sahelländer, MSA-Länder), zum anderen den politischen Wünschen einiger Entwicklungsländer zu Blockbildungen entspringen, um Sondermaßnahmen zu fordern (Beispiel: LLDC-Länder, land-locked countries, Inselländer). Je mehr solcher Gruppen entstehen, desto mehr verlieren sie ihren Wert, desto heterogener und unüberschaubarer werden die geforderten Maßnahmen und desto geringer wird die tatsächliche entwicklungspolitische Reaktion.

II. Die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf die MSA-Länder

1. Die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz

Bei der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf die Zahlungsbilanz besteht ein grundlegender Unterschied zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern[25]. Die Industrieländer

[25] Vgl. dazu OECD, a.a.O., S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

können für die nächste Zukunft eine Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz hinnehmen. Diese Verschlechterung ist sogar unvermeidlich, da die Ölländer für eine geraume Zeit nicht in der Lage sein werden, mehr als einen Bruchteil ihrer Mehreinnahmen für eine Steigerung der Güter- und Dienstleistungsimporte zu verwenden. Demgegenüber haben sich viele Entwicklungsländer bereits derart stark im Ausland verschuldet, daß umfangreiche neue Kredite die Schuldendienstlast, gemessen an den künftigen Exporterlösen der betreffenden Länder, erheblich vergrößern würden. Es ist festzuhalten, daß die Öldefizite der Entwicklungsländer nur ein Teil des größeren Ungleichgewichtes zwischen ölimportierenden und ölexportierenden Ländern darstellen. Die ölimportierenden Länder als Gruppe haben ein Zahlungsbilanzdefizit, das strukturell ist. Für die ölimportierenden Entwicklungsländer ist die Verwendung von Devisenreserven zur Finanzierung eines strukturellen Defizits kaum möglich, da diese Länder als Gruppe — von wenigen Ausnahmen abgesehen — wenig Devisenreserven besitzen. Andererseits ist der Rückgriff auf kurzfristige Auslandsanleihen problematisch, weil dies die Struktur und Höhe der Schulden ungünstig beeinflußt. Die Defizite müssen also durch langfristiges Auslandskapital finanziert werden. Während die Zurverfügungstellung langfristiger Anleihen, speziell für Investitionen, Aufgabe der Weltbank ist, ist die Bereitstellung von kurzfristiger Zahlungsbilanzhilfe Aufgabe des IMF. Die Unterscheidung zwischen kurzfristiger Zahlungsbilanzfinanzierung und langfristiger Finanzierung von Kapitalinvestitionen[26] ist jedoch angesichts eines globalen Ungleichgewichtes, das strukturell ist und nicht kurzfristig bedingt ist, überholt. Im folgenden werden die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf die Zahlungsbilanzen der MSA-Länder quantifiziert, um eine Vorstellung von der benötigten Zahlungsbilanzhilfe zu erhalten. Zahlen und Projektionen liegen für die Jahre 1973 bis 1975 vor. Diese Zahlen basieren auf Projektionen der UN[27]. Das Ergebnis findet sich in Tabelle 4. Die Zahlen zeigen eine erhebliche Verschlechterung der Position der MSA-Länder. Die Abschwächung der Produktionsausdehnung in den Industrieländern im Jahre 1973 und 1974 war die Ursache, daß ein wesentliches Wachstum im Volumen der Exporte der MSA-Länder ausblieb. Auf der anderen Seite stiegen die Importe u. a. aufgrund des gestiegenen Volumens als Folge der Nahrungsmittelknappheit, insbesondere in Gebieten wie der Sahelzone, aber auch in verschiedenen asiatischen Ländern, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die sich aus Naturkatastrophen ergaben. 1974 wuchsen die Im-

[26] Vgl. UNCTAD: The interdependence of money, trade and finance: the balance of payments adjustment process in the current world economic situation, TD/B/571, 10. July 1975, S. 16.

[27] UN: United Nations Emergency Operation, Report of the Secretary-General, A/10201, 21. August 1975, Distr. General.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

portwerte gegenüber 1973 um mehr als die Hälfte, vornehmlich als Ergebnis höherer Preise. Diese höheren Preise betrafen Öl, Düngemittel, Nahrungsmittel und Industriegüter. Das Ergebnis war ein Handelsbilanzdefizit, das 1974 fast dreimal so groß war wie das 1973. Trotz der geschätzten Vergrößerung der Kapitalzuflüsse um etwa ein Drittel gegenüber 1973 (darunter 1,4 Mrd. $ aus dem Sonderprogramm der UN) schloß die Zahlungsbilanz der MSA-Länder — gegenüber einem geringen Überschuß 1973 - 1974 mit einem Defizit in Höhe von 1,75 Mrd. $ ab. Dieses Defizit wurde gedeckt[28]:

— durch Rückgriff auf die IMF-Ölfazilität und die regulären Sonderziehungsrechte des IMF von insgesamt 1,2 Mrd. $[29],

— durch Rückgriff auf kurzfristige Euromarktkredite (0,5 Mrd. $).

Die Projektionen zeigen, daß sich die Situation 1975 weiter verschlechtern wird. Das Defizit der Handels- und Dienstleistungsbilanz der MSA-Länder wird etwa 10 Mrd. $ betragen. Dieses Defizit wird teilweise gedeckt durch Nettokapitalzuflüsse in Höhe von 7,75 Mrd. $, einschl. 1,4 Mrd. $ aus dem Sonderprogramm der UN. Trotzdem wird sich das Gesamtdefizit von 1,75 Mrd. $ auf 3 Mrd. $ 1975 vergrößern. Ein entscheidender Grund für diese betrübliche Aussicht liegt in der Verschlechterung der Terms of Trade. Während die Durchschnittspreise der Exporte durch die Rezessionserscheinungen in den Industrieländern wesentlich niedriger sind als 1974, wurden die Importe, insbesondere die Investitionsgüterimporte weiter durch die inflationären Maßnahmen ungünstig beeinflußt. Auf die Devisenreserven kann schwerlich zurückgegriffen werden, da die gesamten Reserven der MSA-Länder als Gruppe zusammengenommen lediglich 2 Monatsimporte abdecken. Da die Notmaßnahmen in Form von Zahlungsbilanzhilfe nicht im erforderlichen Umfang angestiegen sind, wird die kurzfristige Verschuldung weiter steigen.

2. Die Auswirkungen auf die Verschuldungssituation

Für die Gruppe der MSA-Länder zusammen war der Anstieg der Schulden von 1973 auf 1975 beträchtlich. 1973 erhöhten sich die öffentlichen oder öffentlich garantierten Schulden von 27 erfaßten MSA-Ländern um über 4 Mrd. $ (vgl. Tabelle 5)[30]. Dieser Anstieg beruht zu 60 % auf Kapitalzuflüssen der DAC-Länder (2,4 Mrd. $). Die Schuldendienst-

[28] Vgl. dazu UN: United Nations Emergency Operation, A/10201, a.a.O., S. 9.

[29] Besonders beansprucht von Indien, Pakistan, Bangla Desh, Sri Lanka, Kenia and Tansania.

[30] UNCTAD: Debt Problems of Developing Countries, TD/B/C.3/131, 15. Sept. 1975, S. 8 - 12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4: **MSA-Länder: Zahlungsbilanzübersicht und -projektion 1973 - 1975 (in Mrd. $)**

	1973			1974			1975		
	effektiv			geschätzt			geschätzt		
	25 ursprünglich berücksichtigte Länder[a] (1)	17 in der Zwischenzeit dazugekommene Länder[b] (2)	Gesamt (8)	25 ursprünglich berücksichtigte Länder[a] (4)	17 in der Zwischenzeit dazugekommene Länder[b] (5)	Gesamt (3)	25 ursprünglich berücksichtigte Länder[a] (7)	17 in der Zwischenzeit dazugekommene Länder[b] (6)	Gesamt (9)
Handels- und Dienstleistungsbilanz	*— 2,35*	*— 1,30*	*— 3,65*	*— 6,00*	*— 2,65*	*— 8,65*	*— 7,40*	*— 3,35*	*— 10,75*
Handelsbilanz	— 1,45	— 1,35	— 2,80	— 5,10	— 2,70	— 7,80	— 6,15	— 3,40	— 9,55
Dienstleistungsbilanz	— 0,90	0,05	— 0,85	— 0,90	0,05	— 0,85	— 1,25	0,05	— 1,20
Nettokapitalzuflüsse	*2,55*	*1,50*	*4,05*	*4,70*	*2,20*	*6,90*	*5,20*	*2,55*	*7,75*
Übertragungsbilanz[c]	1,20	1,25	2,45	1,35	1,95	3,30	1,50	1,70	3,20
Kapitalbilanz	1,35	0,25	1,60	3,35	0,25	3,60	3,70	0,85	4,55
Gesamtbilanz	0,20	0,20	0,40	— 1,30	— 0,45	— 1,75	— 2,20	— 0,80	— 3,00

Quelle: Basierend auf UN A/10201, Aug. 1975.
a) Bangla Desh, Dahomey, Ghana, Guinea, Guyana, Haiti, Honduras, Indien, Elfenbeinküste, Kenia, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Pakistan, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Kamerun, Tansania, Tschad, Obervolta, ZAR. — b) Afghanistan, Birma, Burundi, Kapverdische Republik, Ägypten, Guinea-Bissau, Mosambik, Uganda, West-Samoa, Khmer, El Salvador, Äthiopien, Laos, Lesotho, Dem.-Rep. Jemen, Arab.-Rep. Jemen, Ruanda. — c) Die offiziellen Übertragungen werden nach der IMF-Zahlungsbilanzstatistik zur Kapitalbilanz gerechnet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zahlungen (Tilgungszahlungen und Zinsen) der MSA-Länder betrugen 1973 1,3 Mrd. $, davon entfallen auf die DAC-Länder allein 44 % (567 Mill. $). Von den 4 Mrd. $ Auszahlungen wurden also 1,3 Mrd. $ zur Schuldenbedienung verwendet, dies sind 32 %. Den MSA-Ländern flossen also 1973 netto nur 2,8 Mrd. $ zu. Den DAC-Ländern fällt dabei die Schlüsselrolle zu, insbesondere der Bundesrepublik und den USA, da auf diese beiden Staaten allein die Hälfte der Schuldendienstzahlungen entfällt. Wenn die Schuldendienstzahlungen der MSA-Länder an die DAC-Regierungen 1973 suspendiert worden wären, hätte der gesamte Netto-Transfer an diese Länder 20 % höher gelegen als dies jetzt der Fall ist. Dies zeigt die quantitative Bedeutung der Gewährung von Schuldendiensterleichterungen und dokumentiert die entwicklungspolitische Verantwortung der DAC-Länder, insbesondere der Bundesrepublik und der USA.

Tabelle 6 zeigt die Schätzungen der Schuldendienstzahlungen der MSA-Länder im Jahre 1975. Dieser Betrag wird auf 1,9 Mrd. $ geschätzt, ein Betrag, der um 50 % höher liegt als 1973. Die Schuldendienstzahlungen aufgrund öffentlicher oder öffentlich garantierter Schulden betragen also fast 64 % des für 1975 erwarteten Zahlungsbilanzdefizits aller MSA-Länder zusammengenommen (vgl. Tabelle 4). Bisher haben Umschuldungsverhandlungen mit den MSA-Ländern Indien und Pakistan stattgefunden, den Ländern mit den größten Schulden. Die Schuldenerleichterungen aufgrund dieser Verhandlungen belaufen sich 1975 auf 345 Mill. $. Dies zeigt, daß dies lediglich ein bescheidener Anfang ist; erforderlich wären Schuldenerleichterungen in 5- bis 6facher Höhe.

Bei der Diskussion um die wachsende Verschuldung der Entwicklungsländer dürfen jedoch nicht die langfristigen Auswirkungen anhaltender inflationärer Tendenzen in der Weltwirtschaft außer acht gelassen werden. Es gilt folgender Zusammenhang: Der nominale Wert der Exporte folgt den Preisveränderungen im Durchschnitt mit einer geringen Zeitverzögerung. Der nominale Wert der Schuldendienste schließt dagegen die Preisniveaus verschiedener zurückliegender Jahre ein, da die Schuldendienstzahlungen, also Tilgungs- und Zinszahlungen, zur Begleichung alter Schulden dienen. Als Konsequenz steigt bei der Inflation der Schuldendienst nicht so schnell wie der Wert der Exporte. Eine merkliche Inflationsrate führt somit zu einem Absinken der Schuldendienstrate. Von diesem Phänomen werden jedoch die Entwicklungsländer unterschiedlich betroffen. Besonders günstig wirkt sich die Inflation auf den Schuldendienst der Länder aus, deren Exportpreise stark gestiegen sind, da sie weit weniger reale Ressourcen für die Aufbringung der für den Schuldendienst erforderlichen Devisen einzusetzen brauchen. Zu dieser Ländergruppe zählen jedoch erfahrungsgemäß die MSA-Länder nicht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5

Auszahlungen an MSA-Länder[a] und Schuldendienst der MSA-Länder[b] 1973 (Mill. $)

Gruppe	Auszahlungen (1)	Tilgungszahlungen (2)	Zinszahlungen (3)	Schuldendienst (4) = (2) + (3)	Nettotransfer (5) = (1) ⁄ (4)
Ausfuhrkredite	153,9	152,6	38,7	191,3	— 37,4
Private Bankkredite	227,7	67,8	26,5	94,3	133,4
Andere private Kreditgeber	32,9	15,3	12,3	27,6	5,3
Multilaterale Organisationen	707,9	111,8	115,5	227,3	480,6
DAC-Regierungen	2 436,4	306,5	260,9	567,4	1 869,0
Ostblockländer	113,2	106,5	21,1	127,6	— 14,4
Andere Länder	154,1	30,8	4,7	35,5	118,6
Nicht aufgeschlüsselt	229,9	4,6	3,8	8,4	221,5
Gesamt	4 056,0	795,9	483,5	1 279,4	2 776,6

Quelle: In Anlehnung an UNCTAD Secretariat, auf der Basis von Weltbankzahlen (TD/B/C 3/131).
a) Die erfaßten Länder sind: Afghanistan, Bangla Desh, Burundi, ZAR, El Salvador, Äthiopien, Ghana, Guyana, Honduras, Indien, Elfenbeinküste, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Mali, Niger, Pakistan, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Uganda, Kamerun, Tansania und Obervolta.
b) Aufgrund öffentlicher und öffentlich garantierter Schulden.

Tabelle 6

Schuldendienstzahlungen der MSA-Länder aufgrund öffentlicher und öffentlich garantierter Schulden (in Mill. $)

Gläubiger	1973[a] (tatsächlich)	1975[b] (geschätzt)
Private Stellen	313,2	439
Multilaterale Organisationen	227,3	289
Bilaterale öffentliche Stellen	730,5	1 160
DAC	567,4	—
Andere	163,1	—
Sonstiges	8,4	7
Gesamt	1 279,4	1 894

Quelle: In Anlehnung an Berechnungen und Projektionen von UNCTAD, beruhend auf Weltbankdaten (TD/B/C 3/131).
a) Erfaßte Länder siehe Fußnote 1 der Tabelle 5.
b) Die Schätzungen für 1975 berücksichtigen die 345 Mill. $ Schuldenerleichterung für Indien und Pakistan noch nicht, die in der Zwischenzeit multilateral vereinbart worden sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Die Auswirkungen auf Realeinkommen, Verbrauch, Investition, Beschäftigung und Preise

Die Verteuerung der Importe bedeutet c. p. einen Verlust an Realeinkommen, der sich letztlich in einer Verringerung des privaten oder öffentlichen Verbrauchs oder aber der Investitionen niederschlagen muß. Die höheren Importkosten können von ihren binnenwirtschaftlichen Auswirkungen her weitgehend einer Erhöhung der indirekten Besteuerung gleichgesetzt werden[31]. Diese „Steuer" führt aber nicht zu einer Umverteilung der Ressourcen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor innerhalb des Entwicklungslandes, sondern bewirkt vielmehr eine Übertragung realer Ressourcen ins Ausland. Die Tabelle 7 zeigt die geschätzten Mehrkosten der Ölimporte in Prozent des Bruttosozialprodukts in einer Reihe von MSA-Ländern, bei denen die Verteuerung besonders erheblich ist. Sie vermittelt eine Vorstellung von der Wirkung des Ölpreisanstiegs auf die realen Ressourcen.

Tabelle 7

Mehrkosten für Ölimporte im Jahre 1974 aufgrund der höheren Preise in % des BSP (1971) bei ausgewählten MSA-Ländern

Afghanistan	8,5
Sri Lanka	4,8
Sudan	3,8
Mauretanien	3,3
Guinea	3,2
Kenia	3,1

Quelle: OECD, a.a.O., S. 86.

Die Auswirkungen auf die realen Ressourcen vollziehen sich durch eine Reihe von Wirkungsketten. Der Verbrauch geht aufgrund der Preissteigerungen, die die in vielen Entwicklungsländern bereits herrschende schleichende Inflation überlagern, zurück. Die Verbrauchseinschränkungen treffen vor allem die ärmsten 40 % der Bevölkerung, die die höheren Preise nicht zahlen können und deren Einkommen mit dem Preisanstieg nicht Schritt halten kann. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß der Inlandsverbrauch im Durchschnitt automatisch um den vollen Betrag der Mehrkosten für die Erdöleinfuhr abnehmen wird.

[31] OECD, a.a.O., S. 85 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Viel eher ist zu erwarten, daß die inländischen Verbraucher den Anteil ihrer laufenden Ausgaben am verfügbaren Einkommen erhöhen werden, was die inländischen Ersparnisse senkt. Da die MSA-Länder im Durchschnitt wenig Devisenreserven besitzen, dürfte es für sie schwierig sein, ihre Ölimporte oder sonstige Importe zu verringern, ohne ihr Inlandseinkommen und ihr Wachstum zu gefährden. Dies gilt vor allem auf lange Sicht, da es ihnen kaum möglich ist, Devisen zur Bezahlung der Importe von Investitionsgütern aufzuwenden. Wenn die Regierungen das gleiche Volumen an realen Ressourcen wie vor der Ölpreiserhöhung für Investitionen zur Verfügung stellen wollen, werden sie gezwungen sein, die inländischen Steuern anzuheben, um den Verbrauch weiter zu drosseln und dadurch Ressourcen für Investitionen frei werden zu lassen[32]. Vor allem in den MSA-Ländern wären solche Steuern eine erhebliche Belastung und wären auch praktisch kaum durchzusetzen. Eine Verminderung der Produktion und der Investitionen ist deshalb unvermeidlich und wird auch das weitgehend unlösbare Beschäftigungsproblem weiter verschärfen. Die MSA-Länder müssen also ihre Investitions- und Wachstumsziele reduzieren, um die lebenswichtigen Importe aufrecht erhalten zu können. Die erhöhten Preise für Importe und die gesunkenen Exporterlöse haben in vielen Ländern auch die Schwierigkeiten verschärft, die durch die hausgemachte Inflation hervorgerufen werden. In Ländern, in denen die Staatseinnahmen in hohem Maße abhängig sind von den Gewinnen des Exportsektors, hat die Unwilligkeit oder die Unfähigkeit der Regierungen, ihre Entwicklungsprogramme den gesunkenen Terms of Trade anzupassen, erhebliche Haushaltsdefizite geschaffen, die den Inflationsprozeß, der durch die höheren Importpreise hervorgerufen wird, noch verschärft.

4. Rückwirkungen auf die einzelnen Wirtschaftssektoren

Neben der Untersuchung der Auswirkungen auf die makroökonomischen Größen, ist es zweckmäßig, die Rückwirkungen auf die einzelnen Sektoren der Wirtschaft gesondert zu analysieren. Besonders einschneidend sind die Rückwirkungen auf den landwirtschaftlichen-, industriellen- und Energiesektor, sowie auf den Verkehrs- und Tourismussektor. Diese Auswirkungen sind je nach Land verschieden. Im folgenden sollen — aus Raumgründen — nur die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Energiesektor behandelt werden.

---

[32] OECD, a.a.O., S. 87.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

a) Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Zahlreiche Entwicklungsländer, die vor dem 2. Weltkrieg Exportüberschüsse bei Getreide erzielten, wurden in den letzten 20 Jahren zu Nettoimporteuren, während sich die USA und Kanada zu Hauptexporteuren für Getreide entwickelten und nach Brown „über einen Anteil der exportfähigen Weltgetreidevorräte verfügen, der größer ist als der Welterdölanteil der OPEC-Länder"[33]. Infolgedessen sind die Länder der Dritten Welt zunehmend bei ihrer Getreideeinfuhr von Industriestaaten abhängig geworden. Dies gilt insbesondere für die MSA-Länder Sri Lanka, Ägypten, Elfenbeinküste, Mali und Senegal. Da die Nachfrage das Angebot an *Nahrungsmitteln* übersteigt, erhöhten sich zwischen 1970 und 1974 die Preise für Weizen, Reis und Soja um das Dreifache und für Mais und Sorghum um das Zweifache. Die geschätzten Mehrkosten der Getreideeinfuhr in % der Gesamteinfuhr betrugen z. B. 1974 in Ägypten 73 %, in Pakistan 36 %, in Indien und Senegal 28 % und in Sri Lanka 27 %. Die entsprechenden Zahlen für die geschätzten Mehrkosten in % des BSP lauten: Sri Lanka 9 %, Bangla Desh und Ägypten 8 %, Senegal 7 %, Pakistan 4 % und Indien 1 %[34]. Diese Zahlen vermitteln immerhin eine gewisse Vorstellung vom Umfang der Ausgaben, die einige MSA-Länder aufgrund der gestiegenen höheren Getreideimportvolumen und -preise tragen müssen.

Zum Preisanstieg der Grundnahrungsmittel kommt der Anstieg der Preise für *Düngemittel* hinzu. Zwischen 1971 und 1974 vervierfachten sich die Preise für Stickstoffdünger und verdreifachten sich die Preise für Phosphatdünger[35]. Dieser Preisanstieg erklärt sich vor allem aus der generellen Zunahme der Nachfrage, der unzureichenden Steigerung des Angebots, den Auswirkungen der Energiekrise auf die Produktion von Stickstoffdünger und den höheren Seefrachtkosten. Da die Entwicklungsländer über die Hälfte des Düngemittelbedarfs durch Einfuhren decken müssen, hat diese Entwicklung die Zahlungsbilanz erheblich belastet. Dies gilt in besonderem Maße für die MSA-Länder Pakistan, Indien und Bangla Desh. Die vorstehend geschilderten Faktoren verschärfen in ihrem Zusammenwirken die Probleme in der Landwirtschaft. Die Bauern stoßen bei der Kreditbeschaffung auf Schwierigkeiten, denn das laufende Kapital der mit energieintensiven Produktionsmethoden arbeitenden Betriebe reicht nicht aus, um die höheren Energiepreise auf-

[33] L. R. *Brown:* The next Crisis? Food, in: Foreign Policy, 1974, vgl. auch FAO: Die Ernährungslage der Welt, 1974.

[34] OECD, a.a.O., S. 156.

[35] OECD, a.a.O., S. 157.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zufangen, wodurch z. B. die Bewässerung und die Bestellung der Grenzflächen beeinträchtigt wird. Zudem wirken sich der starke Anstieg der Düngemittelpreise und die Versorgungslücken auf diesem Gebiet hemmend auf die Agrarproduktion aus. Der steile Anstieg der Transportkosten hat zur Folge, daß weniger Nahrungsmittel aus den Überschußin die Defizitgebiete gelangen, was wieder zu einer Verringerung der Agrarproduktion in den Überschußgebieten selbst führt. Durch diesen circulus vitiosus vermindert sich die vermarktbare Produktion an Nahrungsmitteln laufend.

b) Auswirkungen auf den Energiesektor

Die Ausgangslage ist in den Entwicklungsländern durch eine unzureichende Eigenenergieversorgung gekennzeichnet. Der Energie-Selbstversorgungsgrad, d. h. das Verhältnis von Energieaufkommen zu Energieverbrauch liegt bei den asiatischen Entwicklungsländern bei 0,65, bei den südamerikanischen Entwicklungsländern bei 0,62, die so mit dem Energieselbstversorgungsgrad der Industrieländer von 0,69 durchaus vergleichbar sind. Bei afrikanischen Entwicklungsländern fällt dieser Quotient auf 0,14 ab (alle Zahlen bezogen auf 1971)[36]. In den letzten Jahren blieb die Situation in Südamerika etwa gleich, sie verschlechterte sich in Asien und verbesserte sich geringfügig in Afrika. Anders als in Industrieländern, die ihre Industrialisierung bis in die Mitte dieses Jahrhunderts weitgehend auf der Basis von hohen Kohlevorkommen durchführten, verließen sich die Entwicklungsländer fast ausschließlich auf das Mineralöl. Der Anteil des Erdöls am Gesamtenergieverbrauch beträgt in Afrika und Südamerika 80 %. Der relativ geringe Anteil von 48 % für die asiatischen Länder beruht auf dem relativ großen Kohleverbrauch von Indien und Südkorea, auf die weit mehr als 90 % des gesamten asiatischen Kohleverbrauchs entfallen[37]. Somit ergibt sich für die übrigen Länder Asiens die gleiche Situation wie für Afrika und Lateinamerika. Durch diesen Tatbestand sind die Entwicklungsländer in bezug auf ihre ökonomische Entwicklungsfähigkeit fast ausschließlich vom Erdöl abhängig, wobei die MSA-Länder zwei Drittel ihres Bedarfs durch Importe decken müssen. Um die Frage möglicher Energieeinsparungen beantworten zu können, ist die Energie-Verbrauchsstruktur der Entwicklungsländer von besonderem Interesse. Der Energieverbrauch ist im Industriesektor am höchsten, es folgt der Verkehrssektor, während in der Landwirtschaft der Energieverbrauch ge-

---

[36] M. *Tietzel, J. Melcher:* Erdöl und die Dritte Welt, Bonn, 1975, S. 44.
[37] M. *Tietzel, J. Melcher,* a.a.O., S. 48.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ring ist; die Haushalte schließlich verbrauchen am Anfang des Industrialisierungsprozesses wenig. Hier ist der auffälligste Unterschied zu den Industrieländern zu sehen, in denen der Sektor „Haushalte und Kleinverbrauch" den Verkehrssektor weit überholt hat und in einigen Ländern, wie der Bundesrepublik, sogar den Industrieverbrauch übertrifft[38]. Daraus folgt, daß die Möglichkeit zur Energieeinsparung in Entwicklungsländern geringer ist als in Industrieländern, da in den Entwicklungsländern der überwiegende Teil des Energieverbrauchs dem Grundbedarf für die Industrialisierung dient. Die Ölkrise hat also die Entwicklungsländer härter getroffen als die Industrieländer, da ihre Einsparungsmöglichkeiten geringer sind.

Bei den derzeitigen Ölpreisen wird somit die Suche nach neuen Lagerstätten und die Erschließung bisher unwirtschaftlicher Vorkommen lohnend. Auf längere Sicht dürften die Aussichten besonders günstig für Indien, Bangla Desh und Pakistan sein. Auch die Erzeugung von Elektrizität durch Wasserkraft könnte beträchtlich vorangetrieben werden, aber auch andere unkonventionelle Energiequellen ließen sich nutzen (z. B. Geothermal-Energie)[39]. Ferner verfügen Indien und einige andere Entwicklungsländer über ausgedehnte Kohlevorkommen, Pakistan und Bangla Desh über Erdgas[40]. Auf Details kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Die Entscheidungen über die künftige Energiepolitik der MSA-Länder haben in jedem Fall weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung dieser Länder, da die erforderlichen Investitionen, gemessen an den verfügbaren Ressourcen, sehr hoch sind. Die Entscheidungen hängen wesentlich davon ab, welche Annahmen für die künftige Entwicklung der relativen Ölpreise getroffen werden. Wenn z. B. die relativen Ölpreise sinken, nachdem umfangreiche Investitionsvorhaben in Angriff genommen worden sind, könnte es zu einer erheblichen Vergeudung realer Ressourcen kommen. Hierin zeigt sich, wie notwendig es ist, die Frage zu klären, welcher Ölpreis auf lange Sicht angemessen wäre.

c) Auswirkungen auf sonstige Sektoren

Betroffen sind insbesondere der Industrie-[41], Verkehrs-[42] und Tourismussektor. Aus Raumgründen kann hierauf nicht im einzelnen eingegangen werden.

---

[38] M. *Tietzel, J. Melcher,* a.a.O., S. 55 f.

[39] H. *Amann:* Energy Supply and Economic Development in East Africa, München, 1969.

[40] OECD, a.a.O., S. 100/101.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III. Mögliche kurz- und langfristige Anpassungsmaßnahmen der MSA-Länder

Als erstes stellt sich die Frage, ob es für die MSA-Länder möglich ist, sich gegenüber den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränänderungen abzuschirmen. Dies wäre theoretisch denkbar bei Entwicklungsländern, bei denen die Bedeutung des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß gering ist, also bei Ländern mit niedrigen Export- und Importquoten. Zu diesen Ländern zählen unter den MSA-Ländern die großen Länder Indien, Pakistan und Bangla Desh, sowie auch einige kleinere Länder, deren Wirtschaft noch vornehmlich auf der Subsistenzwirtschaft beruht, z. B. Burundi, Laos, Mali, Niger, Obervolta, Ruanda und Tschad (vgl. dazu S. 126). Dies würde einen bewußten Verzicht auf Modernisierung im bisher verstandenen Sinne bedeuten und als Versuch zu werten sein, durch Ausdehnung der „food crops" auf Kosten der „cash crops" die Ernährungslage zu sichern, Kunstdünger durch nicht-chemischen Dünger zu substituieren und von den Öl- und Investitionsgüterimporten durch drastische Einschränkung der Entwicklungs- und insbesondere der Industrialisierungsprogramme unabhängig zu werden. Ferner würde dies einen Abbau der ausländischen Kapitalzuflüsse und einen Rückgriff auf die Eigenfinanzierung der Entwicklung bedeuten, d. h. auf nicht-monetäre Kapitalbildung[43]. Dabei sind die Möglichkeiten für die großen Länder in der Theorie günstiger zu beurteilen als für die kleinen Länder, da der Inlandsmarkt der ersteren größer ist. Ich halte solche Versuche, sich vom Weltmarkt abzukapseln, für die überwiegende Zahl der MSA-Länder für politisch nicht machbar. Bisher sind keine ernsthaften Bestrebungen in diesen Ländern erkennbar, die auf eine solche Strategie hindeuten.

Da der Korreferent sich im wesentlichen mit den möglichen kurz- und langfristigen Anpassungsmaßnahmen der MSA-Länder befaßt, werden diese hier lediglich skizziert. Grundsätzlich denkbar wäre: eine Verminderung der Importe, eine Erhöhung der Exporte sowie eine Erhöhung der Nettokapitalzuflüsse. Die realen und monetären Ströme dürfen dabei natürlich nicht isoliert gesehen werden, sondern bedingen

---

[41] Die Auswirkungen auf den Industriesektor hat u. a. behandelt E. *Körner:* The Oil Crisis — a Crisis for LDCs, in: Inter Economics, Febr. 1975, No. 2, S. 47 ff.

[42] Vgl. hierzu M. *Tietzel* und J. *Melcher,* a.a.O., S. 61 ff.

[43] Vgl. dazu H. *Priebe:* Eigenfinanzierung der Entwicklung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 84, Berlin, 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einander. Eine Verminderung der Importe würde in etwa kongruent sein mit gewissen Elementen der Abschottungsstrategie, eine Erhöhung der Exporte und eine Erhöhung der Nettokapitalzuflüsse würde sich dagegen in die gegenwärtige Entwicklungsstrategie der Entwicklungsländer einfügen.

Es ist sinnvoll, zwischen kurzfristigen und langfristigen Aspekten zu unterscheiden. Zu den kurzfristigen Maßnahmen zählen theoretisch die Importeinschränkungen, alle Formen der Zahlungsbilanzhilfe sowie die Umschuldungen. Zu den langfristig orientierten Maßnahmen gehören neben der Erhöhung der traditionellen Entwicklungshilfe in Form der Projekthilfe: die Energieeinsparung, die drastische Überprüfung der Investitions-, Technologie- und Verkehrsprioritäten, die Entwicklung eigener Energiequellen und die Erhöhung des Exportpotentials, um zusätzliche Deviseneinnahmen zu erschließen. Diese strukturellen Anpassungen brauchen jedoch nicht nur Zeit, sondern machen auch zusätzliche, hohe Investitionen erforderlich, die Investitionsgüterimporte erfordern. Diese zusätzlichen Investitionen werden auch kein zusätzliches Wachstum schaffen, sondern lediglich den wirtschaftlichen Status „quo ante erhöhte Ölpreise" wieder herstellen. Es ist deshalb wünschenswert, daß im Rahmen der gegenwärtigen Hilfsmaßnahmen nicht nur lebenswichtige Importe finanziert werden, sondern auch einige der Investitionen, die nötig sind, um die strukturellen Anpassungen zu erleichtern. Grundsätzlich gilt, daß die Fähigkeit zur Anpassung um so geringer ist, je niedriger der Entwicklungsstand eines Landes[44]. Die Möglichkeiten für die Verbrauchseinschränkung von Öl und Nahrungsmitteln sind um so beschränkter und die Möglichkeiten, die Exporte zu erhöhen, um so geringer, je ärmer das Land ist. Für viele MSA-Länder ist deshalb die Grenze der internen Anpassungsmöglichkeiten bereits erreicht. Notwendig ist also eine Kapitalhilfe „be only slightly distinguishable from grants"[45].

Extrem ausgedrückt heißt dies, daß die MSA-Länder im Weltmaßstab langfristig subventioniert werden müssen.

---

[44] H. B. *Chenery:* Restructuring the World Economy, in: Foreign Affairs, Jan. 1975, S. 259.

[45] K. *Farmanfarmaian,* A. *Gutowski,* S. *Okita,* R. V. *Roosa,* C. L. *Wilson:* How can the world afford OPEC oil? in: Foreign Affairs, Jan. 1975, S. 214.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Korreferat zu dem Vortrag: Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf Most Seriously Affected Countries (M. Bohnet)

Von *Karl Wolfgang Menck*, Hamburg

I. Umfang und Struktur der Sonderhilfe für die MSA-Länder*

1. Unter dem Eindruck weit um sich greifender Naturkatastrophen (Erdbeben, Hochwasser, Mißernten, Unwetter) vor allem in weniger entwickelten Staaten Asiens und Afrikas wandten die Industrieländer ihr Interesse den davon betroffenen Gebieten zu. Nach den Ölpreiserhöhungen 1973 mußten die reichen Länder schnell feststellen, daß besonders arme Entwicklungsländer auf Notstandshilfe angewiesen waren. Diese Form der Entwicklungshilfe sollte besonders den von Katastrophen *und* den Folgen der Ölpreiserhöhung betroffenen Ländern (most severely affected countries, MSA-Länder; vgl. Tabelle 1) gewährt werden[1]. Die einzelnen Empfängerstaaten mußten u. a. folgende Auswahlkriterien erfüllen:

a) „Niedriges Pro-Kopf-Einkommen auf Grund relativer Armut, niedriger Produktivität, geringen technologischen Fachwissens und eines niedrigen Entwicklungsstandes.

b) Drastische Verteuerung der Einfuhrpreise lebenswichtiger Güter im Vergleich zu den Exporteinnahmen.

c) Hohe Schuldendienstquote im Verhältnis zu den Exporteinnahmen.

d) Unzureichende und verhältnismäßig unelastische Exporteinnahmen sowie das Fehlen exportfähiger Überschüsse.

c) Geringer oder nicht dem Bedarf entsprechender Umfang der Devisenreserven.

---

* Da das Referat von M. Bohnet eine ausführliche Lageanalyse der MSA-Länder enthält, konzentriert sich das Korreferat auf die Darstellung und Würdigung entwicklungspolitischer Maßnahmen der Industrieländer in diesen Staaten nach dem Stand vom Dezember 1975.

[1] Vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Jahresprüfung 1974, November 1974, S. 114 f., im folgenden zitiert als Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

f) Nachteilige Auswirkung der höheren Transport- und Transitkosten.

g) Relativ wichtige Rolle des Außenhandels für den Entwicklungsprozeß[2]."

2. Eine genaue Einhaltung dieser Merkmale mußte bei dem Mangel an geeigneten statistischen Daten in den meisten Ländern zu einer Verteilung der Mittel auf einige wenige Länder führen. Vor allem die am wenigsten entwickelten und ärmsten Staaten hätten den formalen Kriterien nicht genügen können und wären deshalb von der Notstands- und Sonderhilfe ausgeschlossen worden. Deshalb beschlossen die OECD-Mitgliedstaaten, die Auswahlkriterien für arme Entwicklungsländer großzügig auszulegen und dabei der „Ungewißheit über die Weltwirtschaft" sowie dem nicht genau abschätzbaren Wirken der „Anpassungsmaßnahmen, die die Industriestaaten beschließen könnten", Rechnung zu tragen[3].

3. In der öffentlichen Diskussion über die Entwicklungshilfe in den reichen Ländern spielten die Notstands- und Sonderhilfe eine wichtige Rolle. Nachdem nämlich Liefersperren und Boykottdrohungen der OPEC-Länder in den meisten Industrieländern einen Umschwung in der öffentlichen Meinung über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Hilfeleistungen an die Länder der Dritten Welt herbeigeführt hatten, argumentierten die für das Ressort Entwicklungshilfe zuständigen Minister und Fachleute vor allem mit dem Hinweis auf die Notlage in den MSA-Ländern. Diese Staaten seien — so hieß es — vor allem nach der Ölkrise auf die Hilfe der reichen Länder angewiesen. Deshalb müßten diese Staaten ihre Entwicklungspolitik fortsetzen, allerdings neu konzipiert und schwerpunktmäßig auf die MSA-Länder ausgerichtet. Demgegenüber sollten die reichen Entwicklungsländer, beispielsweise die OPEC-Länder und andere weiter entwickelte Länder, einen Teil der Kosten für die Entwicklungshilfe — gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit — selbst tragen[4].

4. Die Programme für die Soforthilfe im Sinne der Notstands- und Katastrophenhilfe für die MSA-Länder wurden vergleichsweise schnell verwirklicht. Entwicklungsländer in der Sahel-Zone, Bangla Desh und andere von den Ölpreiserhöhungen betroffene Länder erhielten Entwicklungshilfe aus mehreren Industrieländern. Maßgeblich für die Auswahl dieser Emfängerstaaten waren das Pro-Kopf-Einkommen, die Fol-

[2] Ebenda, S. 129.

[3] Ebenda, S. 130; UN: Program of the United Nations Emergency Operation, Report of the Secretary General, A/9828, 6. Nov. 1974, S. 8 f.

[4] Vgl. o. V.: Rede des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen. 7. Sondergeneralversammlung über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 51, Bonn, November 1975, S. 18; o. V.: Kissinger-Rede vor der Sondersitzung der Vereinten Nationen, New York, 1. September 1975, in: ebenda, S. 36.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen naturbedingter Katastrophen und die rapide Verschlechterung der Handelsbilanz. Zusätzlich verlangten die Geberländer, daß die Empfänger „in gewissem Umfang Mittel aufnehmen sowie eine Verringerung ihrer Devisenreserven und eine gewisse Senkung ihrer Einfuhren hinnehmen"[5].

5. Zahlen liegen lediglich für die Leistungen der Industrieländer vor. Die Katastrophenhilfe der OECD-Staaten wurde von jährlich 0,651 Mrd. US-$ auf 1,6 Mrd. US-$ insgesamt zwischen 1970 und 1973 erhöht. Nach einem Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hatten bis zum 1. 11. 1974 17 Länder(gruppen) und drei übernationale Organisationen etwa 2,8 Mrd. US-$ bereitgestellt (vgl. Tabelle 2). Wichtigste Empfängerländer waren Bangla Desh (etwa 25 % 1973) und Tansania (etwa 16 % 1973). Die Leistungen an die einzelnen Länder schwanken im Beobachtungszeitraum zum Teil erheblich: beispielsweise erhielt Afghanistan 1970 rd. 18 Mio. US-$ und 1973 49 Mio. US-$, Botswana 14,25 Mio. US-$ 1970 bzw. rd. 82 Mio. US-$ 1973. Der Anteil für Uganda sank im gleichen Zeitraum von 39 Mio. US-$ auf 9 Mio. US-$. Die Leistungen für Haiti (1970 7 Mio. US-$, 1973 6 Mio. US-$) und Somalia (1970 30,15 US-$; 1973 33,80 Mio. US-$) blieben nahezu unverändert[6].

6. An der Katastrophen- und Soforthilfe beteiligten sich die meisten Industrieländer. Die USA leisteten vor allem Hilfe an Afghanistan, Äthiopien, Haiti, Laos, Großbritannien an Lesotho, Frankreich an Dahomey, Tschad, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Obervolta und die BRD an Sudan und Yemen. Ergänzt wurden diese bilateralen Maßnahmen der Sofort- und Katastrophenhilfe an MSA-Länder durch multilaterale Mittelzuweisungen sowie durch Leistungen regionaler Entwicklungsbanken[7].

7. Die bisher angewandten Instrumente der Sofort- und Katastrophenhilfe lassen sich nur schwer unter eindeutige und widerspruchsfrei systematisierende Oberbegriffe zusammenfassen. Häufig wurde bilateral ungebundene Kapitalhilfe vereinbart (EWG, Großbritannien, Dänemark). Daneben waren Nahrungsmittellieferungen und die Bereitstellung von Kunstdünger (Kanada, Norwegen, Neuseeland) sowie Warenhilfe (Norwegen) Gegenstand von Maßnahmen der Soforthilfe oder Katastrophenhilfe[8]. Einzelne multilaterale Organisationen führten größ-

---

[5] Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 130.

[6] Vgl. UNCTAD: Review of Progress in the Implementation of Special Measures in Favour of the Least Developed among the Developing Nations, TD/B/AC. 17/3/Add. 1, 12. June 1975, Tab. 12.

[7] Vgl. UN: Second United Nations Development Decade. Special Measures in Favour of the Least Developed Among the Developing Countries, E/5467, 30. April 1975.

[8] Vgl. u. a. Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 134.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tenteils Beratungen und Ausbildungsförderung in den MSA-Ländern durch[9].

8. Viele Maßnahmen waren von der Absicht bestimmt, die MSA-Länder in die Lage zu versetzen, „die unerläßlichen Einfuhren an Nahrungsmitteln, Kunstdünger, Brenn- und Treibstoffen sowie Industrierohstoffen aufrechtzuerhalten, während sie die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen einleiten, um ihren Zahlungsverkehr mit dem Ausland und ihre Wirtschaft der veränderten Lage anzupassen"[10]. Im einzelnen wurden Instrumente wie

— Zahlungsbilanzhilfen und ungebundene Warenkredite,
— Lieferung von Kunstdünger,
— Nahrungsmittelhilfe,
— Schuldendiensterleichterungen und die Gewährung von Krediten zu „weichen" Konditionen[11]

eingesetzt.

Darüber hinaus sollte die Hilfe zur Erhöhung der Produktion in der gewerblichen Wirtschaft beitragen, insbesondere den Verbrauch von inländisch verfügbaren Rohstoffen und Energieträgern intensivieren, und dafür

— energiesparende Transportverfahren entwickeln,
— durch Anwendung lokaler Technologien und einheimischer Ressourcen zur Importsubstitution beitragen,
— energiesparende landwirtschaftliche Produktionsverfahren einführen und
— den Tourismus in den MSA-Ländern fördern.

II. Die Rolle der MSA-Länder in den Vorstellungen über die neue Weltwirtschaftsordnung

9. Die Probleme der MSA-Länder wurden gleichzeitig mit den Forderungen rohstoffexportierender Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung in den Industrieländern und in den Beratungen der internationalen Organisationen diskutiert. Die armen Staaten sollten nach Ansicht der Industrieländer besondere Hilfen aller reichen Länder erhalten; dafür wurden neben zusätzlichen finanziellen Leistungen Maßnahmen der technischen Hilfe empfohlen.

10. In der UN-Resolution nach der 6. Sondergeneralversammlung am 1. 5. 1974 wurden beispielsweise folgende Maßnahmen zugunsten dieser Ländergruppe empfohlen:

---

[9] Vgl. Second United Nations Development Decade, a.a.O.
[10] Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 131 f.
[11] Ebenda, S. 132 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

a) „Sondervereinbarungen zu besonders günstigen Bedingungen, einschließlich der Subventionierung und Sicherstellung der Versorgung mit lebenswichtigen Grundstoffen und Gütern;
b) Zahlungsaufschub für alle oder einen Teil der eingeführten lebenswichtigen Grundstoffe und Güter;
c) Warenhilfe einschließlich Nahrungsmittelhilfe als Zuschuß oder mit Aufschub der Zahlung in Landeswährung; hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Ausfuhren der Entwicklungsländer dadurch nicht beeinträchtigt werden dürfen;
d) langfristige Lieferkredite zu günstigen Bedingungen;
e) langfristige Kapitalhilfe zu Vorzugsbedingungen;
f) Ziehungsrechte aus Sondereinrichtungen des Internationalen Währungsfonds zu entgegenkommenden Bedingungen;
g) Herstellung einer Verbindung (links) zwischen der Schaffung von Sonderziehungsrechten und der Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung des zuständigen Finanzbedarfs der am schwersten betroffenen Länder;
h) bilateral oder multilateral gewährte Zinssubventionen für Mittel, die von den am schwersten betroffenen Ländern zu handelsüblichen Bedingungen geliehen wurden;
i) fallweise Neuverhandlung über Schulden mit dem Ziel, Übereinkünfte über Schuldenerlaß, Moratorien oder Umschuldung zu schließen;
j) Gewährung günstigerer Bedingungen für Investitionsgüter und technische Hilfe zur Beschleunigung der Industrialisierung der betroffenen Länder;
k) Vornahme von Investitionen in Industrie- und Entwicklungsvorhaben zu günstigen Bedingungen;
l) Subventionierung der zusätzlichen Transit- und Transportkosten, insbesondere bei Binnenländern[12]."

11. In der Erklärung und im Aktionsplan der 2. UNIDO-Generalkonferenz vom 12. - 16. März 1975 wurden besondere industrie- und gewerbefördernde Maßnahmen gefordert:

a) „Specific, urgent measures to establish the necessary conditions for industrialization: infrastructures, inventories of natural resources, and the technical and financial assistance required for the exploitation of these resources;
b) The establishment and financing of complete industrial estates and pilot plants based as much as possible on the use of available local resources;
c) The creation of integrated production units such as agricultural machinery plants, appropriate engineering industries, and repair and maintenance services;
d) The implementation of an appropriate agrarian policy as an essential basis for the promotion of integrated rural development schemes involving the establishment of smallscale production units to meet both the needs of internal markets and export requirements;
e) The development of crafts and cottage industries including artistic crafts;
f) Assistance for systematic studies of their industrialization potential;

[12] UN: Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order, Res/3202 (S-VI), 1. 5. 1974, S. 20, offizielle deutsche Übersetzung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

g) Speedy examination and establishment of infrastructures permitting the harnessing and full utilization of water resources and the establishment of agroindustries with special emphasis on the countries affected by drought;

h) Preferential treatment within the context of international agreements for industrial products and processed commodities from these countries as well as the setting up of joint enterprises under regional co-operation;

i) Special aid and assistance to the least developed, land-locked and island developing countries in the establishment and development of adequate means of transport and communications;

j) Urgent measures to increase the import and export capabilities of the least developed countries and to help the disadvantages of the adverse geographic situation of the land-locked countries, particularly with regard to their additional transportation and transit costs;

k) In addition to priority assistance from UNIDO and other international organizations in all fields, additional favourable financial and technical assistance with exception of counterpart requirements where appropriate should be given to these countries through bilateral and multilateral channels to accelerate industrialization in conformity with their national policies and development plans[13]."

12. In beiden Resolutionen wird darüber hinaus nicht deutlich, wieweit reale oder monetäre Leistungsströme in die MSA-Länder gefordert werden. Einige Empfehlungen können zudem als nicht operational zurückgewiesen werden. Beispielsweise werden ohne eine wesentliche Änderung im Wirtschaftssystem der marktwirtschaftlichen Industrieländer private Lieferanten nicht dazu angehalten werden, die Lieferkonditionen gegenüber Kunden in MSA-Ländern günstiger zu gestalten als bei Lieferungen in andere Entwicklungsländer. Präferenzen für die Einfuhr von Industriegütern aus MSA-Ländern versprechen nicht allein — wie viele Untersuchungen zeigen — Exportsteigerungen in den MSA-Ländern.

13. Die in den bisher vorliegenden Empfehlungen enthaltenen Maßnahmen können nicht eindeutig nach kurz- und/oder langfristig wirkenden Instrumenten unterschieden werden. Beispielsweise sind Nahrungsmittellieferungen kurzfristig in der Regel ein geeignetes Mittel, um die Folgen einer Dürre oder Mißernte möglichst gering zu halten. Demgegenüber schaffen Lieferungen von Investitionsgütern, die in den Resolutionen vorgeschlagen werden, die Voraussetzungen für langfristiges wirtschaftliches Wachstum. Davon logisch nicht getrennt sind infrastrukturfördernde Maßnahmen — wie sie die UNIDO-Erklärung verlangt —, die kurzfristig Engpässe im bestehenden Handwerk und Gewerbe ausgleichen und langfristig die Basis einer entwicklungspolitisch orientierten Industrie- und Gewerbepolitik sind.

---

[13] UNIDO: Erklärung und Aktionsplanung. 2. UNIDO-Generalkonferenz, 12. - 16. März 1975, in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 49, Juni 1975, S. 48/49 (Eine deutsche offizielle Übersetzung ist bisher nicht zugänglich).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schließlich sind die Vorschläge — auch zusammengenommen — nicht vollständig. Die Empfehlungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung erwähnen nicht die Ausbildungsförderung; die UNIDO-Erklärung befaßt sich nicht ausführlich mit den Möglichkeiten zur Verstärkung der industriellen Kooperation.

14. Den Zielen der MSA-Länder trägt eine Unterscheidung und Auswahl geeigneter Instrumente am besten danach Rechnung, ob sie kurz- und/oder langfristig wirken. Dieses Kriterium erweist sich deshalb als vorteilhaft, weil

— kurzfristige Folgen von Katastrophen oder Notlagen Ansatzpunkte für geeignete Maßnahmen festlegen sowie

— die langfristigen Ursachen der wirtschaftlichen Entwicklung in den MSA-Ländern benannt und darauf abgestimmte Instrumente bestimmt werden können.

15. Die Grenzen für die Fristen einzelner Maßnahmen werden allerdings nicht immer operational, widerspruchsfrei und allgemein gültig festgelegt. In den einzelnen MSA-Ländern sind erfahrungsgemäß zu verschiedenen Zeitpunkten Ursachen gleicher Art oftmals kurz- und langfristiger Natur gewesen. Deshalb darf die Unterscheidung nach der Wirkungszeit einzelner Instrumente nur im Hinblick auf den Entwicklungsstand eines Landes vorgenommen werden.

16. Üblicherweise wurden Lieferungen von Nahrungsmitteln als vor allem kurzfristig wirkende Maßnahmen angesehen. Sie sollen schnell beim Ausfall von Ernten und/oder Unterbrechungen der Nahrungsmittelimporte Versorgungslücken schließen. Langfristige Erfolge werden oft bei Instrumenten zur Steigerung der Produktivität der agrarischen und gewerblichen Wirtschaft erzielt. Unklar war die Trennung der Wirkungsfristen bei Maßnahmen zur Beseitigung der Verschuldung in den MSA-Ländern: kurzfristig hielten die Kredite die Importkapazität konstant, langfristig lösten Zinssubventionen die mit der Verschuldung verbundenen Probleme.

III. Einzelne Maßnahmen der Industrieländer für die MSA-Länder

1. Nahrungsmittelhilfe

17. Das Nahrungsmitteldefizit ist ein häufig anzutreffendes Merkmal der meisten MSA-Länder. Verursacht wird es durch Naturkatastrophen und durch die schon seit langem bestehende Abhängigkeit der betroffenen Länder von Nahrungsmittelimporten[14]. Verschärft wurde die Er-

[14] Vgl. OECD, Food Aid, Paris 1974, S. 22/23, 108.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nährungskrise durch die weltweiten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel (eine Folge von Mißernten bei gleichzeitig steigendem Verbrauch) und durch die Ölpreiserhöhung, die auf die Transportkosten und die Düngemittelpreise durchschlug. Angesichts der hohen Importabhängigkeit (vgl. Tabelle 3) in den meisten MSA-Ländern bei geringen Deviseneinnahmen drohte deshalb eine Versorgungslücke bei Nahrungsmitteln.

18. Um diese Gefahr und eine drohende Hungerkatastrophe abzuwenden, haben die Industrieländer seit 1968 Nahrungsmittel in die MSA-Länder geliefert. Die Leistungen der Europäischen Gemeinschaft machten zwischen 1968/1969 und 1974/1975 1,5 Mio. Tonnen aus, etwa 50 % aller Lieferungen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe. Die mengenmäßigen Nahrungsmittellieferungen aller Industrieländer betrugen zwischen 1970 und 1972 rd. 12,2 Mrd. Tonnen, darunter aus der EWG 1,2 Mrd. Tonnen (vgl. Tabelle 4).

19. Tatsächlich hatte sich die Versorgungslage in den MSA-Ländern durch diese Nahrungsmitteleinfuhren geringfügig verbessert[15]. Denn steigende Agrarpreise sowie die Ernteausfälle[16] schufen erhebliche Probleme bei der Beschaffung der erforderlichen Nahrungsmittel für die MSA-Länder. Dadurch verzögerte sich die Bereitstellung der erforderlichen Lieferungen. Häufig konnten auch die benötigten Mengen nicht geliefert werden. Davon wurden die MSA-Länder um so härter getroffen, weil sie im Gegensatz zu den reichen Ländern

— „ausreichende vorbeugende Maßnahmen zur Sicherung bei Ernährungskrisen nicht vorbereiten können bzw. eingeleitet haben,

— Rückschritte im Entwicklungsprozeß vergegenwärtigen müssen, sofern nicht schnell Abhilfe bei Katastrophenfällen erfolgt, und

— nicht über die erforderlichen Ressourcen verfügen, um Notlagen ohne fremde Hilfe schnell und wirksam zu bekämpfen“[17].

20. Die Nahrungsmittelhilfe reichte auch nicht aus, um die weitergehenden Wünsche der MSA-Länder zu erfüllen. Die Leistungen sollten nämlich nicht nur

---

[15] Vgl. Vereinte Nationen. Welternährungskonferenz 1974. Die Ernährungslage der Welt in Gegenwart und Zukunft. Eine vorläufige Bestandsaufnahme, CESJ/42/74, S. 21.

[16] Vgl. u. a. *Heimpel*, C., *Brandt*, H.: Neue Ansätze zur Lösung des Welternährungsproblems im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung?, in: Neue Elemente in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, Berlin 1975, S. 81.

[17] Vgl. *Polte*, W.: Leistungen sowie Koordinations- und Kooperationsprobleme internationaler Organisationen und Behörden bei Katastropheneinsätzen in Entwicklungsländern (unter besonderer Berücksichtigung der BRD), Diss. Köln 1974, S. 2/3; ähnlich *Heimpel*, C., *Brandt*, H., a.a.O., S. 88.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— „die unmittelbaren Folgen von Naturkatastrophen und anderen Notlagen mildern", sondern auch

— „einen Beitrag leisten zur Durchführung der Projekte und Programme im Bereich der Wirtschafts- und Sozialentwicklung, insbesondere von öffentlichen Bauvorhaben mit hohem Arbeitsaufwand, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermindern; und

— mithelfen, bestimmte wirtschaftliche Programme, wie z. B. Ungleichgewichte in Zahlungsbilanz und Budget, zu beseitigen"[18].

21. Darüber hinaus entsprach die Verteilung der Nahrungsmittellieferungen nicht immer den Vorstellungen der Industrie- und Entwicklungsländer. Es fehlen Transporteinrichtungen[19] und Partnerorganisationen zur Planung und Abwicklung der schnellen und gerechten Auslieferung. Notwendige Maßnahmen wie

— der Aufbau von Einrichtungen, welche die Verteilung von Nahrungsmitteln im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe übernehmen,

— die Ausbildung von geeignetem Personal, und

— die Bereitstellung von zusätzlichen Sach- und Dienstleistungen für die Aufnahme und Durchführung der Aufgaben in den Nahrungsmittelverteilungsorganisationen[20]

wurden meistens verspätet eingeleitet.

22. Neben den organisatorischen Unzulänglichkeiten in den meisten MSA-Ländern hat die unzureichende Verkehrsinfrastruktur eine rasche Verteilung, insbesondere bei schnell verderblichen Nahrungsmitteln, verhindert. Dadurch verdarben für die Ernährung der einheimischen Bevölkerung wichtige Hilfsgüter[21].

23. Darüber hinaus haben die bisher vorliegenden Erkenntnisse über die Wirkungen der Nahrungsmittelhilfe in einzelnen MSA-Ländern u. a. gezeigt, daß sich nicht nur kurzfristige Hilfe nach dem Vorbild der Lieferungen aus dem PL 480 nachteilig auf die inländische Agrarproduktion auswirken kann[22]. Durch vergleichsweise große Lieferungen

---

[18] Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 194; ähnlich OECD, a.a.O., S. 7 ff.

[19] Matzke, O.: Das Spannungsverhältnis zwischen einer agrarprotektionistischen Handelspolitik und der Entwicklungspolitik — Lockerung durch kleine Schritte?, in: Urff, W. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Ort, W.: Der Agrarsektor im Integrationsprozeß. Hermann Priebe zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1975, S. 504.

[20] Vgl. OECD, a.a.O., S. 17.

[21] Vgl. ebenda, S. 17 ff.

[22] Vgl. Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung, a.a.O., S. 206 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Getreide u. a. in einzelne MSA-Länder wurde nämlich das Angebot kurzfristig gesteigert, so daß auf den örtlichen Märkten Produktionsanreize für die einheimische Landwirtschaft entfallen konnten. Zudem befürchteten viele Fachleute, daß umfangreiche Einfuhren aus dem Ausland die Empfänger von der Notwendigkeit entheben können, Maßnahmen zur Reform und Modernisierung der einheimischen Landwirtschaft einzuleiten und fortzuführen. Weiterhin dürften die — oft auch durch Subventionen verbilligten — Nahrungsmittelimporte die binnenwirtschaftlichen Austauschrelationen zuungunsten der Landwirtschaft verschieben. Langfristig gab es deshalb oft wenig Anreiz zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bei niedrigen Preisen. Schließlich sollen Maßnahmen der Nahrungsmittelhilfe die Gewohnheiten der Verbraucher verändert und damit die Nachfrage nach einheimischen Nahrungsmitteln zugunsten importierter Nahrungsmittel verringert haben. Diese Wirkungen konnten in einzelnen Fällen bereits vor allem in der städtischen Bevölkerung vieler Entwicklungsländer beobachtet werden[23], die bisher den größten Teil der Nahrungsmittelhilfe erhält und im allgemeinen eine größere Vorliebe für importierte Ernährungsgüter zeigt. Langfristig bewirkt dies eine Zunahme der Importnachfrage und setzt die Zahlungsbilanz einer zusätzlichen Belastung aus. Diese aus der Sicht der Industrie- und Entwicklungsländer unerwünschten Folgen der Nahrungsmittelhilfe hätten vermieden werden können, wenn die Nahrungsmittelhilfe vor allem jene Gruppen erreicht, „die aufgrund ihrer Armut nicht auf dem Markt als Käufer auftreten können. Ihnen kann nur durch unentgeltliche Verteilung, z. B. in Form von Speisungsprogrammen in Schulen, Krankenhäusern, Flüchtlingslagern, Elendsvierteln usw., oder in ‚Food-for-Work-Aktionen' geholfen werden ... Die gesamte Nahrungsmittelhilfe würde dann nach dem Vorbild der Soforthilfe im Katastrophenfall geleistet ..."[24].

2. Lieferung von Kunstdünger

24. Neben der Nahrungsmittelhilfe haben die Industrieländer längerfristige Maßnahmen zugesagt, um die Ertragskraft der Landwirtschaft in den MSA-Ländern zu erhöhen und dadurch weiteren Hungerkatastrophen zu begegnen. Dazu gehören u. a. die Leistungen der World Food Programme[25] bei der Ausbildung von Bauern und Agrarfachleuten, Maßnahmen des Community Development, Unterstützung von Projekten zur Verbesserung der Bewässerung und Düngemittelversorgung

[23] Vgl. *Mondot-Bernard,* J. M.: Attempted Analysis of the Food Situation in Africa, OECD Development Centre, o. O., May 1974.

[24] Second United Nations Development Decade, a.a.O., S. 37 ff.

[25] Vgl. o. V.: Reiche Länder im Kampf gegen den Hunger, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 106 vom 9. 5. 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sowie Entwicklungsprogramme und Infrastrukturverbesserungen in ländlichen Regionen. Weiterhin planen Öl- und Industriestaaten besondere Fonds zur Finanzierung von Vorhaben, die die Landwirtschaft in den MSA-Ländern effektiver gestalten[26]. Zentrale Bedeutung räumten die Industrieländer bisher der Düngemittelversorgung der MSA-Länder ein.

25. Die Priorität der Düngemittellieferungen beruhte einmal auf dem unmittelbaren Bedarf der MSA-Länder, deren Wert 1975 mit 622 Mio. DM beziffert wurde (vgl. Tabelle 5). Weil diese Staaten nicht über die notwendigen Devisen für die Aufrechterhaltung von Düngereinfuhren verfügten, lieferten die Industrieländer diese Güter als Teil der Notstands- und Katastrophenhilfe[27]. Zum anderen versprachen Lieferungen von Düngemitteln, die Produktivität der inländischen Landwirtschaft zu erhöhen und damit auch den Einfuhrbedarf und Devisenverbrauch für Lebensmittelimporte herabzusetzen[28]. Schließlich waren die Düngemittellieferungen notwendig, weil die MSA-Länder besonders von den — vermutlich in Zukunft allerdings begrenzten — Düngemittelpreissteigerungen[29] betroffen waren. Sie gehen auf die Preisanhebungen für Inputfaktoren, vor allem Phosphat und Rohöl[30], sowie eine kräftige Verbrauchssteigerung während der Ernterückgänge zu Beginn der siebziger Jahre zurück[31].

26. Die Düngemittellieferungen im Rahmen der Soforthilfe erreichten die MSA-Länder bilateral im Rahmen der Entwicklungshilfeprogramme einzelner Industrieländer oder multilateral über die Bereit-

---

[26] *Möbius*, U.: Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaft, in: DIW Wochenbericht 51.52/75, 18. 12. 1975, S. 424; ähnlich: Vereinte Nationen, Welternährungskonferenz 1974, S. 51 ff.; *Matzke*, O., a.a.O., S. 505.

[27] Vgl. u. a. o. V.: Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder soll verstärkt werden, in: Nachrichten für Außenhandel, Nr. 27 vom 25. 10. 1974.

[28] Vgl. Food and Agriculture Organization of the United Nations, Provisional Indicative World Plan for Agricultural Development. A synthesis and analysis of factors relevant to world, regional and national agricultural development, Vol. 1, C 69/4 August 1969, S. 194. UN: Mid-Term Review and Appraisal of Progress in Implementing the International Development Strategy; Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order; Special Session of the General Assembly Devoted to Development and International Economic Co-Operation. Special economic problems and development needs of geographically more disadvantaged developing island countries, E/5647, 12 June 1975, S. 14; Vereinte Nationen, Welternährungskonferenz, a.a.O., S. 23, 74.

[29] Vgl. u. a. o. V.: Die Ernährungslage der Welt in Gegenwart und Zukunft (Marei-Bericht), in: Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 47, Dezember 1974, S. 43.

[30] Vgl. o. V.: Reichlich versorgte Düngemittelmärkte, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 140 vom 19. 8. 1975.

[31] Vgl. *Spies*, F.: Geschäft mit dem Hunger, in: Die Zeit, Nr. 13 vom 21. 3. 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stellung von Düngemitteln oder ihrem Gegenwert in dem International Fertilizer Supply Scheme[32]. Sehr schnell zeigte sich, daß diese Lieferungen bei weitem nicht den Bedarf decken können[33]. Die FAO mußte deshalb wiederholt dazu aufrufen, die Beiträge an das International Fertilizer Supply Scheme zu erhöhen.

In der Tat ist dieser Fonds bisher nicht großzügig ausgestattet worden. Am 17. Oktober 1974 (neuere Zahlen liegen nicht vor) verfügte das Supply Scheme über 158 000 Tonnen Düngemittel und 44 Mio. US-$ (vgl. Tabelle 6). Notwendig wäre aber ein Mindestkapital von 400 Mio. US-$, allein um die Preisunterschiede für Düngemittel 1974 gegenüber 1972 zu decken[34]. Insgesamt braucht man für eine langfristige Düngemittelversorgung sogar rd. 1 Mrd. US-$[35].

27. Deshalb müssen die Industrieländer zusätzlich den MSA-Ländern Düngemittel zu niedrigen Preisen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus können weitere vorgeschlagene Maßnahmen wie die „Einrichtung eines internationalen Düngemittel-Datenzentrums bei der FAO die laufende Erstellung von Projektionen über die Versorgungslage durch die FAO-Unido-Weltbank-Düngemittelgruppe, Prüfung der Möglichkeit des Ausschusses langfristiger Lieferkontrakte“ und gegebenenfalls „weltweite Düngemittelabkommen“[36] langfristige Garantien für eine sichere und preisgünstige Düngemittelversorgung auch in den MSA-Ländern schaffen.

3. Erhöhung der Produktion in der gewerblichen Wirtschaft

28. Neben der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion helfen die Industrieländer den MSA-Ländern beim Aus- und Aufbau der gewerblichen Produktion, um langfristig das im Inland verfügbare Güterangebot zu erhöhen und diese Länder in die internationale Arbeitsteilung einzubeziehen. Zu den vorgesehenen Maßnahmen gehören u. a. Projekte mit dem Ziel

— das Produktionsniveau zu verbessern und die mengenmäßige Erzeugung zu vergrößern,

— die Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren und insbesondere Wirtschaftszweige zu begünstigen, die durch forward- oder backward-linkages Wachstumsimpulse auch anderen Sektoren vermitteln,

---

[32] Vgl. Program of the United Nations Emergency Operations, a.a.O., S. 7.

[33] Vgl. o. V.: Ruf nach verstärkter Düngemittelumverteilung, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 140 vom 20. 6. 1975.

[34] Vgl. o. V.: Ruf nach verstärkter Düngemittelumverteilung, a.a.O.

[35] Vgl. o. V.: Überinstitutionalisierung der Entwicklungspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 237 vom 29. 8. 1974.

[36] o. V.: Ruf nach verstärkter Düngemittelumverteilung, a.a.O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— die Absatzmöglichkeiten der gewerblichen Produktion der MSA-Länder in anderen Entwicklungs- und in Industrieländern zu erweitern, und

— die materielle Infrastruktur[37] und die öffentliche Verwaltung, Planungsbehörden, Handels- und Exportförderungseinrichtungen und Banken zu verbessern und dabei gleichzeitig dafür zu sorgen, daß Inländer verstärkt an dem Aufbau dieser Einrichtungen beteiligt werden[38].

29. Die Möglichkeiten zum Aufbau von Industrie und Handwerk in den MSA-Ländern wurden bisher vor allem durch den Vorrat an einheimischen Bodenschätzen bestimmt (vgl. Tabelle 7)[39]. Daneben ergeben sich weitere wachstumsbeschränkende Faktoren wie die Tatsache, daß

— die Energie zu günstigen Preisen und in ausreichendem Maß nur in wenigen MSA-Ländern vorhanden ist,

— häufig ausgebildete Arbeitskräfte fehlen, und

— der Inlandsmarkt meistens die Fertigung in kostengünstigen Serien bzw. Stückzahlen verhindert.

Dem Energiemangel kann gegebenenfalls durch die Erschließung alternativer Energiequellen und Maßnahmen zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Nutzung mit Hilfe der reichen Länder begegnet werden[40]. Wenn geeignete Arbeitskräfte fehlen, dürften Ausbildungsmaßnahmen unter Umständen mit Unterstützung der Industrieländer, vor allem die beruflich-gewerbliche Schulung, zumindest längerfristig zur Produktionssteigerung beitragen.

Innerhalb weitergehender Maßnahmen können Kenntnisse über öffentliche Verwaltung, Planung, Projektprüfung, Bankwesen und Finanzierungstechniken einheimischer Experten[41] in MSA-Ländern vermittelt werden. Der Erfolg dieses Transfers von Wissen hängt davon ab, wieweit es zuvor gelingt, das in den MSA-Ländern entscheidende und dringend benötigte Know-How festzustellen und zu vermitteln. Aus den

---

[37] Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, Bonn 1971, S. 16.

[38] Vgl. u. a. UN: Special Measures in Favour of the Least Developed among the Developing Countries, E/5467, 30. April 1974, S. 34.

[39] Vgl. u. a. UN: Mid-term Review and Appraisal of Progress, a.a.O., S. 13.

[40] Vgl. u. a. UNCTAD: Agriculture, Natural Resources and Industry in Least Developed Countries: Some Indications of Potential, TD/B/AC. 17/4, 12. June 1975, S. 6.

[41] Vgl. u. a. *Ahmad*, J.: The Least Developed Nations among the Developing Countries, in: Journal of World Trade Law, Vol. 8 (1974), S. 206, 208.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erfahrungen anderer Entwicklungsländer und der Industrieländer können gegebenenfalls Hinweise abgeleitet werden, mit deren Hilfe Probleme in den MSA-Ländern gelöst werden können.

30. Ein weitaus schwerwiegenderes Problem für die Industrialisierung stellt jedoch der kleine Inlandsmarkt der MSA-Länder dar. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte erst auf lange Sicht die Nachfrage erhöhen, so daß erst in späteren Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung der inländische Markt mehr Kaufkraft aufweisen wird. Diese langfristigen Folgen der Industrialisierung für den Binnenmarkt ersetzen jedoch nicht die bei Beginn des Aufbaus der gewerblichen Produktion fehlende Kaufkraft. Deshalb ist vorgeschlagen worden, im Rahmen regionaler Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Entwicklungsländern die Märkte für Erzeugnisse der MSA-Länder zu vergrößern[42].

31. Größere Märkte könnten darüber hinaus im Rahmen einer verstärkten Exporttätigkeit der MSA-Länder erschlossen werden. Dazu bedarf es meistens zusätzlicher Maßnahmen der Industrieländer im Rahmen der Handelshilfe. Sie nützte in der bisher meistens angewendeten Form vor allem größeren und weiterentwickelten Ländern. Diese bieten nämlich Ausfuhrchancen für eine größere Palette von Produkten an, insbesondere industrielle Erzeugnisse, die in den Industrieländern einen aufnahmefähigen Markt finden. Für eine Exportförderung zugunsten der MSA-Länder reichen die Maßnahmen der Handelshilfe nicht aus, weil diesen Ländern die notwendigen Kenntnisse und Kapital fehlen, um Marktchancen in reichen Ländern auszunutzen[43]. Deshalb hat die UNCTAD spezielle Instrumente für die Handelshilfe im Interesse der MSA-Länder empfohlen:

— Missionen zur Beratung der MSA-Länder in Fragen der Exportförderung, der nationalen Außenhandelspolitik und beim Abschluß internationaler Handelsvereinbarungen,

— die Förderung der Zusammenarbeit zwischen armen Entwicklungsländern,

— Ermittlung geeigneter Exportprodukte für die MSA-Länder, Vermittlung von Managementkenntnissen und Know-How für Exportgeschäfte sowie

— Warenabkommen zwischen Industrie- und MSA-Ländern,

— Erstattung von Transportkosten für land-locked MSA-Länder aus einem einzurichtenden internationalen Fonds[44] (vgl. Tabelle 8).

---

[42] Vgl. u. a.: Special Measures in Favour of the Least Developed Countries, a.a.O., S. 10.

[43] Vgl. u. a.: Special Measures for the Least Developed among the Developing Countries, a.a.O., S. 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

32. Die UNCTAD hat in einigen Ländern bereits Maßnahmen dieser Art vorbereitet[45]. Über ihren Erfolg liegen noch keine aussagefähigen Ergebnisse vor. Die Bedeutung handelspolitischer Instrumente für die MSA-Länder sollte jedoch nicht überschätzt werden. Denn die meisten Industrieländer haben ihr Interesse vor allem auf den ländlichen Sektor in den MSA-Ländern konzentriert und dort gewerbefördernde Instrumente nur in vergleichsweise geringem Umfang angewendet. Ursache für die Bevorzugung der Landwirtschaft war u. a. die hohe Priorität, welche die meisten MSA-Länder selbst der Lösung des Ernährungsproblems einräumten. Zudem waren in vielen MSA-Ländern Handwerk und Gewerbe noch so wenig verbreitet, daß sich Ansatzpunkte für den Einsatz geeigneter Instrumente in diesem Sektor zunächst nur selten anboten.

4. Lösung der Zahlungsbilanzprobleme

33. Kurz- und langfristige Maßnahmen für die MSA-Länder müssen u. a. die Anwendung von Instrumenten zur Erhöhung der Importkapazität der MSA-Länder sowie die Lösung des Verschuldungsproblems einschließen. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der realen Exporterlöse ist in den meisten MSA-Ländern gering und häufig sogar negativ gewesen (vgl. Tabelle 9). Dadurch wurde die Importkapazität dieser Staaten zunehmend geringer mit der Folge, daß zum Teil sogar Einfuhren zurückgestellt wurden. Ein solches Vorgehen läßt sich aber zukünftig in den MSA-Ländern nicht mehr fortsetzen, es sei denn um den Preis erheblicher Wachstumsverluste. „Denn leider haben viele Entwicklungsländer, vor allem die ärmeren unter ihnen, die nicht ‚lebenswichtigen' Einfuhren (. . .) bereits bis zum äußersten eingeschränkt. Das bedeutet, daß sich die Anpassungen bei den Einfuhren, ob sie nun mit Hilfe von Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen oder Abwertungen herbeigeführt werden, letztlich auf den Import von Kapital oder von Produktionsgütern auswirken müssen, so daß sich auf kurze wie auf lange Sicht nachteilige Rückwirkungen auf die Investitionen und Einkommen im Inland kaum vermeiden lassen[46]."

34. Einigkeit besteht angesichts der Folgen einer weiteren Einschränkung der Importkapazität in den MSA-Ländern[47] darüber, daß Zu-

---

[44] Vgl. u. a. UN: Development and International Economic Co-Operation. Special Measures related to the Particular Needs of the Land-Locked Developing Countries, A/10203, 27. August 1975.

[45] Vgl. UNCTAD: Review of Progress in the Implementation of Special Measures in Favour of the Least Developed among the Developing Countries. Part Four: Further Relevant Activities in UNCTAD and in other International Organizations, TB/B/AC. 17/3 (Part IV), 12. June 1975, S. 1 ff.

[46] Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 98.

[47] Vgl. u. a. World Bank: Annual Report 1975, S. 12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schüsse und Devisenkredite zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen gewährt werden sollen[48]. Diese Instrumente sind mit der geringen Absorptionsfähigkeit in den meisten MSA-Ländern abgestimmt. Denn erfahrungsgemäß sind diese Staaten meistens (noch) nicht in der Lage, andere Projekte der Kapitalhilfe und private Investitionen aus Industrieländern in den Entwicklungsprozeß nutzbringend einzugliedern[49]. Mit der Überlassung ungebundener externer Ressourcen können je nach Zielsetzung und Bedingungen in den einzelnen MSA-Staaten Importe zur Verbesserung der Nahrungsmittelerzeugung (Kunstdünger, Saatgut u. ä.), die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen, die Einfuhr von Ersatzteilen zur weiteren Nutzung bestehender industrieller Anlagen und/oder andere Maßnahmen der Entwicklungshilfe finanziert werden[50].

35. Darüber hinaus können — wenn es notwendig ist — Zahlungsbilanzhilfen auch für konsumptive Zwecke in MSA-Ländern verwendet werden, in denen sich noch der Übergang von der Subsistenz- zur Tauschwirtschaft und dem Beginn der Industrialisierung vollzieht. Budgethilfen können zentraler Teil entwicklungspolitischer Programme in MSA-Ländern sein, weil gerade dort der öffentliche Haushalt zentraler Träger der wirtschaftlichen Entwicklung ist. In einzelnen Fällen sollte auch die Übernahme laufender Kosten, einschließlich der Ausgaben für Reparaturen, aus der Zahlungsbilanzhilfe oder aus Warenkrediten erfolgen[51].

36. Die Industrieländer haben zur kurzfristigen Erhöhung der Importkapazität nach Berechnung der OECD 1973 rd. 1,2 Mrd. US-$ für ungebundene Warenkredite bereitgestellt[52]. Weitere Mittel wurden von Industrie- und OPEC-Ländern dem Special Account beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zugesagt (vgl. Tabelle 10). Im Verlauf des Jahres 1974 wurden aus diesem Fonds etwa 77,9 Mio. US-$ für Warenhilfe an Äthiopien, Tansania, Madagaskar, Senegal und die Zentralafrikanische Republik bereitgestellt (vgl. Tabelle 11).

---

[48] Vgl. Internationaler Währungsfonds: Jahresbericht 1975, Washington, D. C., o. J., S. 33.

[49] Vgl. *Sohn*, K.-H.: Entwicklungspolitik Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe, München 1972, S. 121; *Bodemer*, K.: Entwicklungshilfe-Politik für wen? Ideologie und Vergabepraxis der deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade, Arnold-Bergstraesser-Institut, Studien zu Entwicklung und Politik 4, München 1974, S. 305 ff.

[50] Vgl. u. a. *Pearson*, L. B. (Chairman): Partners in Development. Report of the Commission on International Development, London 1970 (im folgenden zitiert als Partners in Development), S. 143.

[51] Vgl. UNCTAD: Special Measures for the Least Developed Among the Developing Nations, TD/135, 9. March 1973, S. 19.

[52] Vgl. Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 484 und eigene Berechnungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

37. Neben Krediten zur Steigerung der Importkapazität in den MSA-Ländern sehen die Forderungen der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Unterentwicklung in diesen Ländern weitere Maßnahmen wie Importkredite der Lieferanten in den Industrieländern, den Link zur Finanzierung der Entwicklungshilfe aus Sonderziehungsrechten, Zinssubventionen und die Vereinbarung neuer Schuldenabkommen vor. Diese Forderungen werden u. a. mit dem Ziel der Beseitigung der Verschuldung der MSA-Länder begründet. Sie betrug 1972 23,1 Mrd. US-$ und war damit höher als die Verpflichtungen der Länder mit mittlerem Einkommen und der Erdölländer. Rund 14 % des Schuldendienstes von 86 Entwicklungsländern entfallen auf die MSA-Länder (vgl. Tabelle 12). Die damit verbundenen (in der Entwicklungspolitik schon seit langem bekannten[53]) Probleme werden durch die kurz- und langfristigen Folgen der Rohstoffpreiserhöhungen in den MSA-Ländern verschärft.

38. Notwendig sind deshalb Maßnahmen, welche die Belastungen als Folge der hohen Verschuldung der Entwicklungsländer mildern und der Armut in den MSA-Ländern entgegenwirken. Als wichtigste Instrumente gelten Kredite zu „weichen" Konditionen (soft loans) und eine Schuldenkonsolidierung. In der Krisensituation sollen die MSA-Länder nicht durch weitere Devisenkredite zu den „üblichen" Zinssätzen belastet werden. Statt dessen müssen diese Staaten Kredite zu *für sie* angemessenen Bedingungen erhalten. „Das Problem tragbarer Hilfsbedingungen, d. h. langer Kreditlaufzeiten und niedriger Zinssätze, ist in den vergangenen Jahren immer stärker in den Vordergrund getreten." „Eine Überschreitung der Grenzen tragbarer Verschuldung führt (nämlich, K. W. M.) zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten und damit indirekt zu Kontrollen, Spekulationen, Versiegen privater Quellen und Kapitalflucht. Zur Vermeidung dieser Folgen und einer Unterbrechung, wenn nicht gar Umkehrung des Entwicklungsprozesses ist die Zusammenarbeit aller beteiligten Geber und eine sorgfältige Dosierung der Hilfe aus den verschiedenen Quellen unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen Schuldenlast erforderlich[54]."

39. Um den Bedingungen in den einzelnen MSA-Ländern zu entsprechen und kurzfristig nicht vorhersehbare Datenänderungen und deren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzsituation zu berücksichtigen, sollten die Abkommen weiterhin zur Erleichterung des Schuldendienstes die Möglichkeit vorsehen, Konditionen in gegenseitigem Einvernehmen zu ändern (bisque-Klausel). Nach den Erfahrungen in der Vergangen-

[53] Vgl. u. a. Partners in Development, a.a.O., S. 153 ff.

[54] *Kraske*, J.: Koordination der Entwicklungshilfe aus nationaler und internationaler Ebene, in: Besters, H., Boesch, E. E. (Hrsg.): Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, Berlin-Mainz 1966, Sp. 863.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

heit müssen nämlich in einzelnen Entwicklungsländern bei Krisen kurzfristig der Zinssatz gesenkt, die Zahl der Freijahre erhöht oder die Tilgungsperiode verlängert werden.

40. Gegen Abkommen dieser Art mit MSA-Ländern haben vor allem viele Industrieländer und multilaterale Entwicklungsbanken Einwände geltend gemacht. Ihnen zufolge würden Änderungsklauseln die Selektionsfunktionen des Zinses im Hinblick auf eine rationelle Verwendung der Kredite beeinträchtigen oder unter Umständen sogar ganz außer Kraft setzen. Die Verfasser des Pearson-Berichts haben beispielsweise — um diesem Argument Rechnung zu tragen — vorgeschlagen, daß in gemeinsamen Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Kapitalgeber und der MSA-Länder, die Planung und die Verwendung der Kredite bestimmt werden solle[55]. Damit wird eine Möglichkeit geschaffen, die notwendige Flexibilität mit dem Interesse an einer ökonomischen Verwendung der Kredite zu verbinden. Der Erfolg dieses Vorgehens hängt weitgehend davon ab, ob und wieweit es gelingt, die kapitalgebenden und -nehmenden Länder zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu veranlassen.

41. Die Industrieländer haben bisher bei der Kapitalhilfe an die MSA-Länder auf die bekannten Formen von Geschenken oder zinsgünstigen Krediten zurückgegriffen[56] und damit teilweise auf eine Rückzahlung und Verzinsung verzichtet. Der Anteil der Leistungen zu Vorzugskonditionen fällt in den einzelnen Industriestaaten unterschiedlich aus. Während er zwischen 1965 bis 1968 und 1973 beispielsweise in Australien und der Schweiz 100 % ausmacht, beträgt er in der BRD 49 % bis 71 % in den einzelnen Jahren, in Schweden jährlich rd. 60 % und in Kanada 93 % bis 39 % (vgl. Tabelle 12).

42. Im Rahmen multilateraler Entwicklungshilfeleistungen sind für die Lösung der Verschuldungsprobleme der MSA-Länder u. a.

— Kredite aus dem Special Account des Generalsekretärs der Vereinten Nationen,

— Finanzierungshilfen in Form von Ölfazilitäten[57] und

— besondere Zinssubventionen über einen Zusatzfonds (sog. third-window, Dritter Schalter)

zugesagt worden.

---

[55] Vgl. Partners in Development, a.a.O., S. 156 ff.

[56] Vgl. u. a. o. V.: Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 75 vom 12. 6. 1975; o. V.: Kapitalhilfe der Bundesrepublik soll möglichst viele Arbeitsplätze schaffen, in: Blick durch die Wirtschaft, Nr. 134 vom 13. 6. 1975.

[57] Vgl. Internationaler Währungsfonds a.a.O., S. 103 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

43. Im Special Account wurden 1974 zinslose und nichtrückzahlbare Kredite mit einem Volumen von etwa 218 Mio. US-$ den MSA-Ländern, darunter vor allem Indien, Äthiopien und Tansania, zugesagt. Im gleichen Zeitraum versprach der Special Account Kredite in Höhe von rd. 50 Mio. US-$, darunter vor allem an Äthiopien und Obervolta (vgl. Tabelle 11).

44. Daneben wurden unter dem Eindruck der Ölkrise in den armen Entwicklungsländern die Ölfazilitäten durch Zuweisungen von Industrie- und erdölexportierenden Ländern geschaffen. Diese Mittel können von allen MSA-Ländern entliehen werden. Verzinst wird die Ölfazilität mit 7 % p. a. Nach sieben Jahren muß der Kredit zurückgezahlt werden. Die Rückzahlungsfrist kann für die MSA-Länder auf acht Jahre erhöht werden. Der diesen Ländern zur Verfügung stehende Betrag kann größer sein, als dies durch die Tranchenziehungsregelungen für SZR festgelegt ist[58] (vgl. Tabellen 14, 15). Im Januar 1975 hatten sechs Länder einen Kredit in Höhe von insgesamt 190,25 Mio. SZR oder 15 % der Ausleihungen der Ölfazilität angefordert.

45. In einem Sonderfonds von 65 Mio. US-$ ist weiteres Kapital bereitgestellt worden, um die Zinssätze von etwa 7,5 auf 2,5 % p. a. herunterzusetzen. Dieser Fonds steht nur der „Gruppe der besonders hart getroffenen 30 einkommensschwächsten Entwicklungsländern" zur Verfügung[59]. Der erste Kredit dieser Art wurde an Kenia vergeben[60].

46. Im Rahmen der Third-Window-Kredite erhalten Länder, deren Pro-Kopf-Einkommen nach den zuletzt verfügbaren Statistiken unter 375 US-$ p. a. liegt, einen Gesamtkredit von 500 Mio. bis 1 Mrd. US-$. Damit werden die Zinssätze um 4 % bis 4½ % p. a. für die Empfängerländer herabgesetzt. Diese Zinssubvention wird nur für ein Jahr gewährt[61]. Abgesehen davon, daß die Finanzierung des Third-Window-Kredits erst seit September 1975 gesichert ist[62], muß bezweifelt werden, ob dieser Kredit den MSA-Ländern in dem erwünschten Ausmaß nut-

---

[58] Vgl. IWF-Memorandum. Januar 1975, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 8 vom 28. 1. 1975.

[59] *Jonas*, R., *Minte*, H.: Petrodollar-Recycling. Ansätze zu neuen weltwirtschaftlichen Kooperationsformen. Aus den Materialien der Dokumentationsstelle Nr. 24, Bonn, April 1975, S. 125; ähnlich o. V.: Subventionskonto des Internationalen Währungsfonds im Rahmen seiner Ölfazilität, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 59479 vom 20. 8. 1975.

[60] Vgl. o. V.: IMF gewährt ersten Kredit unter „Sonderfazilität mit verlängerter Laufzeit", in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 46 vom 16. 7. 1975.

[61] Vgl. World Bank, a.a.O., S. 15.

[62] Vgl. u. a. o. V.: International Monetary Fund, Press Communiqué of the Interim Committee of the Board of Governors on the International Monetary System, Press Release No. 75/40. For Release: August 31, 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zen kann. Denn die kurze Laufzeit steht in Gegensatz zu den Forderungen vieler MSA-Länder nach langfristigen Krediten.

47. Weitere Vorschläge der Vereinten Nationen zur Lösung des Schuldenproblems in den MSA-Ländern wie der Link, Vereinbarung neuer Schuldenabkommen sind schon seit langem Gegenstand internationaler Diskussionen, deren endgültiges Ergebnis noch nicht feststeht. Schon jetzt zeichnet sich jedoch die Möglichkeit ab, daß der Link oder die Vereinbarungen neuer Schuldenabkommen aus den in den Industrieländern vorhandenen Ressourcen für die Entwicklungshilfe bestritten werden müssen und deshalb auch auf die Leistungen angerechnet werden. Eine Erhöhung der Ausgaben für die MSA-Länder würde folglich zu Lasten anderer Leistungen für die Entwicklungshilfe gehen und nicht die für diesen Zweck benötigten Mittel erweitern.

IV. Erfolgsbedingungen für Hilfeleistungen der Industrieländer an die MSA-Länder

48. Die Hilfe der Industrieländer und internationaler Organisationen für die MSA-Länder war bisher wenig von einem systematischen, umfassenden Konzept als von fallweisen Entscheidungen bestimmt. Unter den Maßnahmen zur Behebung der Rückständigkeit in den MSA-Ländern überwiegen Instrumente, die in länderweise verschiedenen Schlüsselsektoren die Produktivität erhöhen oder kurzfristig Lücken zwischen Angebot und Nachfrage schließen sollen. Eine Programmplanung war demgegenüber bisher nicht Grundlage der Entwicklungspolitik für die MSA-Länder. Das Vorherrschen einzelner ad-hoc Maßnahmen kann u. a. damit erklärt werden, daß die kurzfristige Verschlechterung der Lage in den armen Entwicklungsländern schnelle Entscheidungen verlangte und die Industrieländer nicht ein Konzept zur Behebung dieser krisenhaften Lage vorbereitet hatten. Infolgedessen kam es zu Reibungsverlusten, Doppelarbeit und nicht koordinierten Einzelmaßnahmen. Um derartige Fehler nicht zu wiederholen, müssen die Erfolgsbedingungen für die Notstands- und Katastrophenhilfe stärker als bisher bei der Entscheidung über den Einsatz einzelner Instrumente beachtet werden.

49. Die Katastrophen- oder Notstandshilfe wird nur dann langfristig wirtschaftliches Wachstum in den MSA-Ländern sicherstellen, wenn sie

— in einem widerspruchsfreien, vollständigen und operationalen Konzept zur Beeinflussung kurz- und langfristiger Ursachen der wirtschaftlichen Lage in den MSA-Ländern eingeordnet ist und langfristig zur wirtschaftspolitischen, haushalts- und entwicklungspolitischen Selbständigkeit führt[63],

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— mit den Entwicklungsplänen des Nehmerlandes abgestimmt ist,

— in Einklang mit der Absorptionsfähigkeit geplant und durchgeführt wird, und

— nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und politische Rahmenbedingungen berücksichtigt.

50. Die kurzfristigen Maßnahmen der Sofort- und Katastrophenhilfe sowie langfristig wirkende Instrumente müssen mit den Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Nehmerländer abgestimmt werden. Allgemein gültige Problemlösungen können bei der Hilfe für die MSA-Länder meistens nicht angewendet werden[64].

51. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, daß für die MSA-Länder zum Teil Analysen über die Daten und das Entwicklungspotential wie verfügbare Ressourcen u. ä. teilweise überhaupt (noch) nicht vorliegen. Zudem fehlen konsistente, umfassende und verbindliche Entwicklungspläne, die den Industrieländern Anhaltspunkte für den Einsatz ihrer entwicklungspolitischen Instrumente in den MSA-Ländern vermitteln könnten. Um die für die Entwicklungshilfeplanung der Industrieländer notwendigen Daten zu beschaffen, sollten deshalb im Rahmen der Hilfe für die MSA-Länder Länder- und Regionalanalysen sowie die Unterstützung bei der Entwicklungsplanung vorgesehen werden.

Die Folgen der Unsicherheiten in längerfristigen Plänen könnten vermieden werden, wenn kurzfristige, jeweils aufeinander abgestimmte und gegebenenfalls revidierbare Pläne aufgestellt werden. Soweit nötig, müßten die Industrieländer im Rahmen ihrer Entwicklungshilfe auch die unter Umständen notwendige Anpassung der Pläne unterstützen[65]. Dabei sollte geprüft werden, wieweit Methoden und Instrumente der Planungshilfe für einzelne MSA-Länder Musterlösungen entwickeln helfen, die auch in anderen Staaten angewendet werden können.

52. Die Entwicklungspläne können auch Aufschluß geben über die Absorptionsfähigkeit der einzelnen MSA-Länder für verschiedene Instrumente und den eigenen Beitrag der Empfängerländer ermitteln. Die möglicherweise notwendigen oder von den Industrieländern geforderten Eigenanstrengungen der Nehmerländer sollten sich dabei nach der wirtschaftlichen Leistungskraft einzelner Länder richten und dabei

---

[63] Vgl. u. a. o. V.: Fortschreitende Politisierung der FAO, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 284 vom 6./7. 12. 1975

[64] Vgl. *Selwyn*, P.: The Least Developed Countries, as a Special Case, in: World Development, Vol. 2 (1974), S. 39.

[65] Vgl. Special Measures in Favour of the Least Developed among the Developing Countries, a.a.O., S. 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Anfälligkeit gerade der MSA-Länder gegenüber kurzfristigen Exporterlösschwankungen berücksichtigen[66].

53. In den Rahmenplänen der MSA-Länder sollten die sozialen und politischen Strukturen der Empfängerländer berücksichtigt werden. Auch wenn die bestehenden sozialen Strukturen häufig einen Wandel in den MSA-Ländern behindert haben[67], dürfen sie insbesondere bei der Vorbereitung längerfristiger Maßnahmen nicht außer acht gelassen werden. Sie setzen nämlich die Rahmenbedingungen für die Anwendung der Instrumente, mit deren Hilfe sich die MSA-Länder erst wirksam aus ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit lösen können.

Abkürzungsverzeichnis

FAO	= Food and Agriculture Organization of the United Nations
IMF	= International Monetary Fund
IWF	= Internationaler Währungs-Fonds
MSA-Länder	= Most-Seriously-Affected-Länder
OECD	= Organization for Economic Co-Operation and Development
OPEC	= Organization of the Petroleum Exporting Countries
SZR	= Sonderziehungsrechte
UN	= United Nations
UNCTAD	= United Nations Conference on Trade and Development
UNEO	= United Nations Emergency Operation
UNIDO	= United Nations Industrial Development Organization

Tabellen

(folgen auf S. 169)

[66] Ebenda.

[67] Vgl. *Myrdal*, G.: Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt a. M. 1970, S. 241.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1

Liste der MSA-Länder

Afrika (27 Länder)	*Asien* (11 Länder)
Ägypten	Afghanistan
Äthiopien	Bangla-Desh
Burundi	Birma
Dahome	Indien
Elfenbeinküste	Arab. Republik Jemen
Ghana	Dem. Volksrepublik Jemen
Guinea-Bissau	Khmer
Guinea Rep.	Laos
Kamerun	Pakistan
Kapverdische Republik	West-Samoa
Kenia	Sri Lanka
Lesotho	
Madagaskar	
Mali	*Lateinamerika* (4 Länder)
Mauretanien	
Mozambique	El Salvador
Niger	Guyana
Obervolta	Haiti
Ruanda	Honduras
Senegal	
Sierra Leone	
Somalia	
Sudan	
Tanzania	
Tschad	
Uganda	
Zentralafrikanische Republik	

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Stand Herbst 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Gesamtleistungen für die Katastrophenhilfe am 1. 11. 1974 in Mio. US-$

Leistende(s) Länd(er)	Gesamt-leistungen	davon Geschenke
I. Einzelne Länder(gruppen)		
Algerien	51	43
Australien	49	49
Kanada	101	85
Dänemark	1	1
EWG	150	150
Finnland	11	0
Iran	1 577	
Japan	100	...
Niederlande	16	16
Neuseeland	9	9
Norwegen	17	17
Saudi-Arabien	30	30
Schweden	37	34
Vereinigte Arabische Emirate	127	...
Großbritannien	48	19
Venezuela	100	80
Jugoslawien	7	3
II. Internationale Einrichtungen		
Arab Fund for Economic and Social Development	72	
International Development Association	100	
Liga der arabischen Staaten	121	
III. Summe	2 724	

Quelle: UN: Program of the United Nations Emergency Operation, a.a.O., Annex III.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3

Nettogetreideimporte als Prozentsatz der einheimischen Bedarfsdeckung in v. H. 1966 - 1970 in ausgewählten MSA-Ländern

Kontinent/Land	Anteil der Bedarfsdeckung
Afrika	
Ägypten	18,1
Äthiopien	0,6
Dahome	5,6
Elfenbeinküste	20,2
Ghana	17,6
Kamerun	7,4
Mauretanien	29,9
Obervolta	2,1
Senegal	26,4
Sierra Leone	12,2
Sudan	8,0
Tansania	2,4
Tschad	1,1
Uganda	2,8
Zentralafrikanische Republik	10,9
Asien	
Indien	6,2
Pakistan	3,4
Sri Lanka	43,2
Lateinamerika	
El Salvador	16,0
Haiti	6,5
Honduras	2,2

Quelle: Vereinte Nationen. Welternährungskonferenz 1974, a.a.O., S. 43 (auszugsweise).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4: **Verteilung der Nahrungsmittelhilfe nach Ländergruppen 1963/69 bis 1974/75 in 1 000 Tonnen**

	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1968/1969 bis 1974/1975
Am wenigsten entwickelte Länder (ohne Sahel-Länder)	21,67	32,34	45,20	33,94	12,94	32,48	25,10	203,72
Besonders benachteiligte Länder (ohne Sahel-Länder)	163,44	127,69	112,64	178,85	243,14	274,92	442,09	1 542,77
Sahel-Länder	—	45,48	19,77	58,37	79,34	167,62	78,51	449,09
Gesamtleistungen	301,0	336,9	353,1	414,0	464,0	580,0	643,5	3 090,4

Quelle: Möbius, U.: Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaft, a.a.O., S. 423, Tabelle 2 und eigene Berechnungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5

Düngemitteldefizit 1975 in MSA-Ländern in 1 000 metr. Tonnen

	N	P_2O_5	K_2O	Total
Asien				
Bangla-Desh	85,10	17,02	22,80	124,92
Indien	211,00	145,00	93,00	449,00
Khmer Republik	2,00	1,90	—	3,90
Laos	0,50	0,50	—	1,00
Pakistan	176,00	63,00	—	239,00
Sri Lanka	22,90	7,40	16,20	46,50
Yemen Arab. Republik	2,50	2,50	—	5,00
Yemen Volksrepublik	5,35	1,37	0,37	7,09
Zwischensumme	505,35	238,69	132,37	876,40
Lateinamerika				
Haiti	1,00	1,00	—	2,00
Honduras	8,00	2,60	—	10,60
Zwischensumme	9,00	3,60	—	12,60
Afrika				
Zentralafrikanische Republik	0,55	0,13	—	0,68
Tschad	1,14	0,91	0,91	2,96
Äthiopien	2,99	—	—	2,99
Madagaskar	5,06	6,79	6,12	17,97
Mali	0,70	1,46	—	2,16
Mauretanien	0,50	0,50	—	1,00
Niger	0,40	0,22	0,12	0,74
Sierra Leone	1,33	1,15	0,53	3,01
Somalia	5,00	2,00	—	7,00
Tanzania	1,90	—	—	1,90
Obervolta	0,50	0,40	—	0,90
Zwischensumme	20,07	13,56	7,68	41,31
Summe	534,42	255,85	140,05	930,32
Wert in Mio. US-$	427,54	179,02	15,40	621,96

Quelle: UN: World Food Conference. Emergency Measures in Regard to the Supply of Fertilizers and Pesticides, E/5596, 11. Nov. 1974, Annex I.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 6

1. Düngemittelbestand im FAO/International Fertilizer Supply Scheme am 17. 10. 1974

Lieferland	Menge
Staatliche Lieferanten	
Israel	50 000 Tonnen Pottasche zu Marktpreisen 50 000 Tonnen Rohphosphat zu Marktpreisen
Niederlande	ca. 24 000 Tonnen als Entwicklungshilfe
Norwegen	ca. 18 900 Tonnen als Entwicklungshilfe
Großbritannien	5 000 Tonnen
Private Lieferanten	
FIAC Mitglieder	50 000 Tonnen zu Marktpreisen
Aric (Italien)	10 000 Tonnen zu Marktpreisen

2. Finanzmittel im FAO/International Fertilizer Scheme am 17. 10. 1974

Quelle	Summe in Mio. US-$	
Niederlande	10,35	(Kosten für Lieferungen nach 1)
Norwegen	7,3	(Kosten für Lieferungen nach 1)
Neuseeland	5,0	(zur Weitergabe an ausgewählte Länder)
UNEO	21,0	(vorgesehen zur Düngemittellagerung in 9 Ländern)
Summe	43,65	

Quelle: UN: World Food Conference. Emergency Measures in Regard to the Supply of Fertilizers and Pesticides, a.a.O., Anhang III.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 7

Verfügbare Rohstoffe in ausgewählten MSA-Ländern

Land	Nahrungsmittel	Genußmittel	landwirtschaftliche Rohstoffe	mineralische Rohstoffe
Äthiopien	Vieh, Getreide, Ölsaaten, Früchte	Kaffee, Tabak	Felle und Häute, Holz	Gold, Kupfer, Salz, Phosphat, Öl, Gas (Platin, Fluorspat, Bauxit, Diamanten, Sodaasche)
Afghanistan	Vieh, Getreide, Früchte	—	Wolle, Felle und Häute	Erdgas, Barit, Talkum (Gold, Kupfer, Chrom, Eisenerz)
Burundi	Getreide, Bananen, Erdnüsse	Kaffee, Tee	Wolle	Nickel, Zinn, Gold, seltene Erden
Dahome	Getreide, Palmöl, Erdnüsse	—	Wolle	Phosphate (Petroleum, Kupfer, Chrom)
Guinea	Reis, Bananen, Vieh, Getreide	Kaffee	—	Bauxit, Eisenerz, Diamanten, Gold (Öl)
Haiti	Zucker, Vieh	Kaffee	Sisal	Bauxit, Kupfer, Braunkohle
Laos	Reis, Gemüse, Zucker, Erdnüsse	Kaffee, Tabak	Holz, Wolle	Zinn, Eisen
Lesotho	Getreide, Vieh	—	—	Diamanten
Malawi	Getreide, Zucker, Erdnüsse	Tabak, Tee	Baumwolle	Bauxit, Monozit, Titanium, Kohle, NE-Metalle
Mali	Getreide, Vieh, Erdnüsse	—	Baumwolle	Salpeter (Eisen, Mangan, Bauxit, Barit)
Niger	Getreide, Vieh, Erdnüsse	—	Baumwolle	Uran, Zinn (Öl)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Land	Nahrungsmittel	Genußmittel	landwirtschaftliche Rohstoffe	mineralische Rohstoffe
Obervolta	Getreide, Vieh, Ölsaaten,	Kaffee, Tee	Baumwolle	Mangan (Kupfer, Bauxit)
Ruanda	Bananen, Mais, Vieh	Kaffee, Tee	Pyrethrum	Wolfram, Zinn (Gold)
Somalia	Bananen, Vieh, Getreide, Zucker, Ölsaaten,	—	Baumwolle	Uran, Gips (Blei, Zink, Fluorit, Barit, Öl)
Sudan	Getreide, Ölsaaten, Zucker, Vieh	Kaffee, Tee	Baumwolle	Gold, Asbest, Chrom, (Kupfer, Diamanten)
Tanzania	Vieh, Getreide, Ölsaaten,	Kaffee, Tee	Sisal, Holzprodukte	Kohle, Diamanten, Mica, Sodaasche, Gemmen (Eisen, NE-Metalle, Fluorit,, Miobium, seltene Erden)
Tschad	Vieh, Getreide, Erdnüsse	—	Baumwolle	Trona, Zinn, Tungsten (Kupfer)
Yemen	Getreide, Ölsaaten, Früchte	Kaffee	Baumwolle	Salz (Erdöl, Erdgas, Kupfer, Eisen, Erdwärme)

Anmerkung: Rohstoffe in Klammern sind zum Teil noch nicht erschlossen.

Quelle: UNCTAD: Agriculture, Natural Resources and Industry in Least Developed Countries. Some Indications of Potential, TD/B/AC. 17/4, 12. June 1975, S. 7 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 8

Geographisch bedingte Transportkosten in Land-locked MSA-Ländern 1970 und 1973 in Mio. US-$

Land	1970	1973
Afghanistan	6,0	12,5
Burundi	5,2	6,1
Zentralafrikanische Republik	8,1	13,9
Laos	12,1	6,9
Lesotho	0,02	0,0
Mali	8,3	16,5
Niger	10,6	14,5
Obervolta	7,7	10,4
Ruanda	3,4	3,4
Uganda	17,2	18,1

Quelle: Development and International Economic Co-Operation-Special Measures related to the particular needs of the land-locked developing countries, a.a.O., S. 46.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 9: **Zunahme des Exportvolumens in ausgewählten MSA-Ländern 1960 - 1974**

Land	Exporte 1973	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Exports in %				Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Kaufkraft der Exporterlöse in %			
	in Mio. US-$	1960 - 1970	1967 - 1970	1970 - 1973	1973 - 1974	1960 - 1970	1967 - 1970	1970 - 1973	1973 - 1974
Afghanistan	110	5,6	9,2	8,6	36,4	2,9	16,6	— 1,9	1,8
Botswana	70	8,5	11,5	50,7	14,3	..	..	..	..
Burundi	30	2,9	19,7	7,7	— 6,7	..	..	..	..
Tschad	38	8,7	3,6	8,2	71,1	6,1	0,3	— 2,7	29,0
Dahome	59	6,2	30,1	21,4	18,6	4,4	25,5	9,5	— 14,7
Äthiopien	237	5,3	6,5	24,8	18,1	3,4	2,6	12,7	— 22,0
Guinea Bissau	70	0,7	— 2,3	7,7	71,4	..	..	..	..
Haiti	50	1,9	5,6	7,7	60,0	..	..	..	..
Laos	5	21,5	20,5	— 10,6	20,0	..	..	..	..
Lesotho	14	4,1	0,0	32,6	14,3	..	..	..	..
Mali	36	9,8	44,2	2,9	0,0	7,7	39,8	— 8,1	— 28,7
Nepal	35	10,0	17,7	— 7,3	42,9	..	..	..	..
Niger	56	9,4	— 1,0	20,5	16,1	7,3	— 4,6	8,4	— 14,3
Ruanda	31	20,1	21,3	7,4	29,0	17,9	17,7	— 3.6	— 4,4
Somalia	43	3,0	3,5	11,5	39,5	1,2	— 0,1	— 0,6	— 0,8
Sudan	434	4,9	11,0	14,0	— 12,4	3,1	7,3	2,4	— 42,5
Uganda	325	7,3	9,0	5,0	25,8	5,2	5,4	— 5,2	— 9,6
Tansania	368	3,8	1,3	12,4	11,7	1,9	— 2,4	1,7	— 22.1
Obervolta	24	16,2	0,0	10,1	29,2	14,2	— 3,0	— 1,3	— 4,3
West-Samoa	7	— 3,3	7,7	6.3	114,3	..	..	..	..
Yemen Arab. Republik	8	— 8,1	0,0	18,6	50.0	..	..	..	..
Bangladesh	400	6,0	3,9	— 9,8	12,5	4,4	0,5	— 20,0	— 24,4
Zentralafrikanische Republik	48	8,3	2,2	15,7	35,4	6,2	— 1,1	4,4	1,3
Gambia	25	7,8	0,0	13,7	100,0	6,0	— 3,5	1,9	41,6
Yemen Dem. Republik	121	— 1,6	2,6	— 6,1	106,6	..	..	..	..

Quelle: **Berechnungen der Weltbank.**

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 10

Zusagen für das Special Account des Generalsekretärs der Vereinten Nationen am 1. 11. 1974 und am 16. 6. 1975 in Mio. US-$

Land bzw. Länder	Höhe der Zusage	
	1. 11. 1974	16. 6. 1975
Algerien	20	10
EWG	30	63
Island	0,04	0,04
Iran	20	20
Niederlande	16,35	6,0
Norwegen	2,8	2,985
Saudi-Arabien	30	30
Schweden	11,41	11,416
Japan		6,5
Vereinigte Arabische Emirate	10	10
Australien		4,005
Venezuela	80	80
Kuwait		10
Jugoslawien	3,2	3,2
Großbritannien		12,165
Summe	223,80	269,311

Quelle: Program of the United Nations Emergency Operations, a.a.O., Annex IV, S. 1; UN: United Nations Emergency Operations, Report of the Secretary General, A/10201, 21. August 1975, S. 13 ff.

Tabelle 11

Zusagen an MSA-Länder aus den Mitteln des Special Account des Generalsekretär der Vereinten Nationen in Mio. US-$ 1974

Länder	Zusagen		
	Geschenke	Kredite	Waren-hilfe
Zentralafrikanische Republik	1,0		1,0
Dahome	1,0		
Äthiopien	75,5	12,5	51,4
Honduras		5,0	
Indien	88,5		
Madagaskar	6,9	5,4	7,4
Pakistan		1,6	
Senegal	9,8		2,5
Somalia		7,3	
Kamerun	0,7	0,7	
Tansania	34,8	6,7	16,6
Obervolta		10,9	
Summe	218,2	50,1	77,9

Anmerkung: Zusagen an die Demokratische Republik Jemen und an El Salvador sind der Höhe nach nicht bekannt und deshalb in der Tabelle nicht ausgewiesen.

Quelle: United Nations Emergency Operation, Report of the Secretary General, a.a.O., Annex, S. 14 (auszugsweise).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 12

Ausstehende Schuld, einschließlich noch nicht gezahlter Beiträge, von 86 Entwicklungsländern, 1965 - 1972 in Mrd. US-$

Jahres-end-werte	insgesamt	Erdöl-förder-länder	übrige Länder mit:		
			hohem Ein-kommen	mittlerem Ein-kommen	niedrigem Ein-kommen
1965	38,1	5,9	14,6	6,4	11,1
1966	43,4	6,5	16,2	7,6	13,1
1967	50,3	7,3	20,1	8,7	14,2
1968	56,9	8,4	22,7	9,8	15,9
1969	63,5	10,0	25,0	11,2	17,2
1970	72,9	12,1	29,0	12,6	19,2
1971	85,1	15,0	34,5	14,5	21,1
1972	99,4	17,7	41,9	16,7	23,1

Schuldendienst von 86 Entwicklungsländern, 1965 - 1972 in Mrd. US-$

Jahr	insgesamt	Erdöl-förder-länder	übrige Länder mit:		
			hohem Ein-kommen	mittlerem Ein-kommen	niedrigem Ein-kommen
1965	3,2	0,3	1,9	0,6	0,5
1966	3,7	0,3	2,2	0,6	0,6
1967	3,9	0,3	2,3	0,6	0,7
1968	4,6	0,4	2,8	0,7	0,8
1969	5,2	0,5	3,0	0,8	0,9
1970	6,1	0,7	3,4	1,1	1,0
1971	7,0	1,0	3,6	1,1	1,2
1972	8,3	1,5	4,2	1,4	1,2

Quelle: Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, a.a.O., S. 346.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 13: **Gesamte öffentliche Leistungen und Grants einzelner Industrieländer an ausgewählte MSA-Länder 1965 bis 1973**

Geberland	Öffentliche Leistungen in Mio. US-$						Geschenke in % der öffentlichen Leistungen					
	1965 - 68	1969	1970	1971	1972	1973	1965 - 68	1969	1970	1971	1972	1973
Australien	1,68	2,62	2,90	3,26	3,12	3,73	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Österreich	0,44	0,16	1,14	1,20	0,10	0,61	27,3	100,0	8,8	15,0	100,0	100,0
Belgien	12,34	18,32	21,55	23,41	28,65	32,89	94,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Kanada	5,21	6,32	10,34	23,19	38,91	45,19	91,2	93,4	87,9	50,6	37,9	38,8
Dänemark	1,59	5,41	6,96	7,16	10,65	17,59	59,1	47,0	36,4	62,8	59,2	52,1
Frankreich	55,84	67,50	55,30	66,90	89,15	107,18	98,5	93,2	100,0	96.6	100,0	87,4
Bundesrepublik Deutschland ...	38,47	30,84	43,84	53,05	56,56	82,92	48,9	83,6	76,8	68,4	81,0	71,2
Italien	19,52	14,90	24,12	23,91	6,71	17,95	53,0	52,6	38,3	66,2	100,0	73,4
Japan	2,92	6,53	8,15	8,04	11,82	12,60	97,3	81,8	91,4	94,4	74,5	83,9
Niederlande	0,95	0,12	3,63	4,71	7,56	12,49	—	—	74,9	81,1	84,3	69,2
Norwegen	1,04	1,68	2,60	4,29	6,06	9,16	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Portugal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweden	7,78	18,18	15,78	19,06	27,99	48,88	69,2	54,6	56,4	53,9	64,3	62,4
Schweiz	1,47	2,35	2,32	2,72	4,09	7,07	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Großbritannien ..	76,92	54,37	44,24	54,63	57,52	43,31	75,8	87,2	76,4	84,5	92,7	82,9
USA	161,65	131,00	138,00	162,00	144,00	174,00	90,5	80,9	84,1	74,1	82,6	71,3
Total Bilateral ...	387,82	360,30	380,87	457,53	492,89	615,57	81,7	83,0	81,5	77,6	92,5	74,0

Quelle: Review of Progress in the Implementation of Special Measures in Favour of the Least Developed among the Developing Countries, a.a.O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 14

Kredite der Ölfazilität nach dem Stand vom Januar 1975 in Mio. SZR

Kreditnehmendes Land	Kreditbetrag
MSA-Länder	
Bangla-Desh	31,25
Birma	31,50
Haiti	4,00
Pakistan	75,00
Sri Lanka	24,50
Sudan	24,00
Summe	190,25
Andere Länder	
Chile	79,00
Fidschi	3,25
Guyana	5,00
Israel	32,50
Italien	1.000,00
Korea	20,00
Liberia	4,00
Panama	9,00
Philippinen	38,75
Summe	1.191,50

Quelle: IWF Memorandum, a.a.O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 15: **Ziehungen der Währungen und Sonderziehungsrechte beim IWF in dem am 30. April 1975 abgelaufenen Geschäftsjahr für einzelne MSA-Länder in Mio. SZR**

Land	Goldtranche	Kredittranchen				
		Bereitschafts-kredit-abkommen	Sonstige	Ölfazilität	Reguläre Währungen	Fazilitäten Sonder-ziehungsrechte
Ägypten			40,00		40,00	
Burundi	2,13			1,20	2,13	
Elfenbeinküste	10,75			11,17	10,75	
Guinea	2,65			3,51	2,65	
Kamerun	6,90			4,62	6,90	
Kenia	12,34		12,00	36,00	20,09	
Madagaskar	5,03			14,30	5,03	
Mali				5,00		
Mauretanien	1,01				1,01	
Senegal	4,75			15,53	4,75	
Sierra Leone	6,23			4,91	6,23	
Sudan		19,00		28,71	36,77	2,80
Tanzania	10,49		10,50	31,50	20,99	
Tschad			2,80	2,21		0,23
Uganda				19,20		
Zentralafrikan. Republik	0,57			3,30	0,57	
Afghanistan		2,50			1,93	0,57
Bangla Desh	0,65	29,95		51,50	29,63	0,97
Birma		24,00			24,00	
Indien			235,00	200,00	235,00	
Volksrep. Jemen	3,75			11,80	3,75	
Pakistan		49,00		125,00	49,00	
Sri Lanka		7,00		43,50	7,00	
El Salvador	4,55			17,89	4,55	
Haiti	0,67	3,00		4,80	3,67	
Honduras	6,25			16,79	6,25	
Summe:	78,72 = 8,0 %	134,45 = 10,4 %	300,30=83,4 %	650,44=26,0 %	522,65=20,3 %	4,57=18,1 %
Gesamtzahlen:	981,45 = 100 %	1297,70=100 %	360,05=100 %	2499,25=100 %	2577,90=100 %	25,30=100 %

Quelle: Internationaler Währungsfonds: Jahresbericht 1975, Washington, o. J., S. 147/148 und eigene Berechnungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Probleme einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Von *Juergen B. Donges*, Kiel

1. Seit gut zehn Jahren treten die Entwicklungsländer dafür ein, das sich historisch herausgebildete System der internationalen Arbeitsteilung — insbesondere zwischen Nord und Süd — zu überwinden und durch eine Weltwirtschaftsordnung zu ersetzen, die diesen Ländern einen, wie es heißt, „gerechteren" Anteil am Weltwohlstand sichert. Angesichts der drastischen Einkommensunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (die Relation beträgt, bei Ausschluß der OPEC-Länder, inzwischen real fast 14 : 1) und in Anbetracht des zusammengeschrumpften Weltexportanteils der nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländer (von 28 vH in 1950 auf 16 vH in 1974) scheint diese Forderung verständlich. Die grundlegende Frage ist dann, ob die Milderung und Beseitigung internationaler Ungleichgewichte auf Wegen angegangen wird, die dem Problem adäquat sind.

2. Der Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu geben, ist Aufgabe dieses Referats. Ich beginne mit einer Diagnose (Tz. 3 - 6), die kurzgehalten werden kann, weil sie auf Hypothesen beruht, die den Falsifizierungstest erfolgreich durchlaufen haben, und deshalb wenig kontrovers sein dürfte. Daran schließt sich eine kritische Evaluierung des von den Entwicklungsländern (genauer: von ihren Wortführern in der „Gruppe der 77") propagierten Aktionsprogramms zur Schaffung eines neuen Weltwirtschaftssystems an (Tz. 7 - 17). Im dritten und letzten Teil des Referats (Tz. 18 - 23) werde ich dann die Umrisse eines Alternativprogramms zur Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung aufzeigen. Da es aus Zeitgründen nicht möglich sein wird, alle Aspekte dieses komplexen Themas sorgfältig zu erörtern, werde ich mich auf jene beschränken, die neu sind und denen außerdem in der entwicklungspolitischen Debatte unserer Tage große Aufmerksamkeit geschenkt wird.

I. Ungleichheiten zwischen Nord und Süd

3. Kurz zur Diagnose: Aus der historischen Perspektive betrachtet, reflektiert sich im Nord-Süd-Einkommensgefälle der Umstand, daß die heutigen Entwicklungsländer fast ausnahmslos aus ehemaligen Kolonien der heutigen Industrieländer erwachsen sind und daß das wirt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftliche Potential der Kolonien in deren reicher Ausstattung mit Rohstoffen fußte. Im Kolonialzeitalter beruhten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländergruppen infolgedessen auf einem System der Arbeitsteilung, die insofern komplementär war, als die Kolonien in die Rolle des Rohstofflieferanten gezwungen wurden und die Industrieländer sich auf die Produktion von Halb- und Fertigwaren spezialisieren konnten. Dieses Bild hat sich nach der Entkolonialisierung nicht grundlegend gewandelt. Noch immer gilt,

— daß im Exportsortiment der Entwicklungsländer Primärgüter mit einem durchschnittlichen 75 - 80-vH-Ausfuhranteil dominieren;

— daß bei den Nahrungsmittelexporten Produkte ein starkes Gewicht haben, deren Auslandsnachfrage langsamer expandiert, als das Einkommen in den Abnehmerländern steigt (das gilt beispielsweise für Kaffee, Tee, Zucker oder Reis);

— daß die natürlichen Rohstoffe, die die Länder exportieren, sich fast durchweg eignen, früher oder später durch andere, meist synthetische Erzeugnisse, die hauptsächlich die Industrieländer hervorbringen, substituiert zu werden (etwa Naturgummi durch synthetischen Gummi, Seide und Baumwolle durch Zellulosefasern und vollsynthetische Fäden, Jute durch Plastik usw.);

— daß rohstoffsparender technischer Fortschritt den Einsatz natürlicher Rohstoffe ganz oder teilweise entbehrlich macht (wie jene bemerkenswerten Einsparungen an Rohkupfer zeigen, die durch die Anwendung elektrolytischer Verfahren bei der Herstellung von Kupferblechen möglich geworden sind);

— daß dort, wo ein Substitutions- oder Verdrängungsprozeß noch nicht virulent geworden ist, z. B. beim Erdöl oder bei Phosphat, sich nur jene wenigen Entwicklungsländer den Exporterfolg teilen, die über entsprechende Rohstoffvorkommen verfügen (wie die Ereignisse seit 1973 eindrucksvoll zeigen), und

— daß auf jenen Märkten, auf denen neben Entwicklungsländern auch Industrieländer als Anbieter von Primärgütern auftreten (z. B. bei Ölen, Getreide, Baumwolle oder Zinn), die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer unter der mangelnden Standardisierung ihrer Erzeugnisse und unter wiederholten Lieferschwierigkeiten leidet.

4. Verallgemeinernd kann man sagen: Das Exportsortiment der Entwicklungsländer weist im Durchschnitt zu niedrige Einkommens- und Preiselastizitäten auf mit der Folge,

— daß die „income terms of trade" dieser Ländergruppe einem für sie nachteiligen Trend gefolgt sind, ein Trend, der wahrscheinlich nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so ungünstig war, wie ihn die einschlägigen, Qualitätsveränderungen nicht berücksichtigenden Außenhandelsstatistiken ausweisen, aber doch ungünstig genug, um wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele unerreichbar werden zu lassen;

— daß Abweichungen zwischen Produktion und Verbrauch, wie sie bei dem zyklischen Auf und Ab der Weltkonjunktur immer wieder auftreten, stärkere Preisfluktuationen bewirkten, als mit Stetigkeit im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß vereinbar war.

5. Unter solchen Bedingungen kommt es auch bei freiem Warenaustausch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht zu der von der reinen Außenhandelstheorie prognostizierten Nivellierung der Einkommensunterschiede. Diese konnten sogar größer werden, weil der auf Güter- und Faktormärkten in Entwicklungsländern vergleichsweise niedrigere Monopolgrad diese Ländergruppe tendenziell zwingt, die in der Landwirtschaft und im Bergbau erzielten Produktivitätsfortschritte in Form sinkender Rohstoffexportpreise an die Industrieländer weiterzugeben, statt sie über höhere Realeinkommen selbst voll zu realisieren. In einer ähnlichen Situation befinden sich die Industrieländer seit Herbst 1973, als der monopolistisch erhöhte Ölpreis bei ihnen einen negativen „terms-of-trade"-Effekt auslöste, der den kostenniveau-neutralen Realeinkommenszuwachs in den Industrieländern zugunsten der Erdölländer einschränkt. Und so wie in den Industrieländern die Ölpreisexplosion, weil nicht knappheitsbedingt, als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht gebrandmarkt wird, begreifen die Entwicklungsländer ihr „terms-of-trade"-Problem als die moderne Form ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Industrieländer, in der sich fortsetzt, was einst im Kolonialzeitalter seinen Anfang genommen hatte.

6. Die Industrialisierungsbemühungen, die die Entwicklungsländer unternommen haben, um ihre Wirtschaftsstrukturen zu diversifizieren und dadurch stabiler zu machen, haben den komplementären Charakter der Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd erst in jüngster Zeit zu ändern begonnen. Solange die Industrialisierung in Form einer forcierten und protektionistischen Importsubstitution betrieben wird, wie in praktisch allen Entwicklungsländern (mit Ausnahme Hongkongs und Singapurs) in der Zwischen- und Nachkriegszeit[1], war der Weg in eine horizontale und substitutive Arbeitsteilung verbaut. Nachdem Entwicklungsländer zunehmend auf Exportdiversifizierung im industriellen Bereich umschalten[2], haben und realisieren sie auch die Chancen, die die

[1] Vgl. I. *Little*, T. *Scitovsky* und M. *Scott*, Industry and Trade in Some Developing Countries: A Comparative Study, London, New York, Toronto 1970.

[2] Vgl. J. B. *Donges*, Die Entwicklungsländer als Anbieter industrieller Erzeugnisse, in: Die Weltwirtschaft, Jahr 1971, Heft 1, S. 41 ff. — F. *Wolter*,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eingliederung in die Weltwirtschaft — verglichen mit einem Verzicht auf eine solche Eingliederung — bieten: beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum (weil der Zahlungsbilanzengpaß überwunden wird) und ein größeres Angebot an Arbeitsplätzen (weil der internationale Wettbewerb die Nutzung komparativer Vorteile in der Produktion erzwingt und diese Vorteile in Entwicklungsländern bei arbeitsintensiven Branchen realisiert werden können)[3].

II. Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung

7. Die ersten Erfolge, die mit einer exportorientierten Industrialisierung in der Dritten Welt gemacht worden sind, sollten eigentlich Anlaß dafür sein, die Integration der Entwicklungsländer in eine substitutivarbeitsteilige Weltwirtschaft zu forcieren. Der Preismechanismus könnte, ließe man ihn frei arbeiten und würde man ihn, falls notwendig, nur marktkonform lenken, solche Spezialisierungsstrukturen hervorbringen, die für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen von Vorteil sind. Doch die Entwicklungsländer fühlen sich bei einem System, das auf ex-post-Koordinierung basiert, benachteiligt. Sie setzen jetzt, nicht unbeeindruckt von dem Erfolg des OPEC-Kartells, auf einen ex-ante Ausgleich ihrer Interessen mit denen der Industrieländer, der durch Regierungsvereinbarungen herbeigeführt wird. Es soll möglich gemacht werden, so die Verfechter der neuen Weltwirtschaftsordnung, weltweit Strukturpläne aufzustellen, die nicht nur auf dem Papier kohärent sind; und es soll gelingen, diese Pläne dann auch in die Tat umzusetzen. Die sich auf diese Weise bildende internationale Arbeitsteilung käme nach diesen Vorstellungen einem System wirtschaftlicher Beziehungen gleich, das — ganz im Sinne der Dependenztheorie — nicht mehr einseitige Abhängigkeiten implizieren würde.

8. Die Regeln und Normen, nach denen die neue Weltwirtschaftsordnung funktionieren soll, beschreibt die von der UNO-Vollversammlung im Dezember 1974 gegen die Stimmen von sechs Industrieländern (außer der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um Belgien, Däne-

---

Engineering Exports of Developing Countries, Kieler Arbeitspapiere Nr. 29, März 1975. — J. B. *Donges* und J. *Riedel*, The Expansion of Manufactured Exports in Developing Countries, Kieler Arbeitspapiere Nr. 49, Juli 1976.

[3] Diese These stützt sich auf Ergebnisse von 15 Länderuntersuchungen, die am Institut für Weltwirtschaft durchgeführt worden sind, so beispielsweise L. *Müller-Ohlsen*, Importsubstitution und Exportdiversifizierung im Industrialisierungsprozeß Mexikos, Tübingen 1974. — J. P. *Wogart*, Erfahrungen mit der exportorientierten Industrialisierungsstrategie in Kolumbien, in: Die Weltwirtschaft, Jahr 1975, Heft 1, S. 69 ff. — J. *Riedel*, Wirtschaftspolitik und Exportentwicklung in Taiwan, ebenda, S. 100 ff. — W. G. *Tyler*, Manufactured Export Expansion and Industrialization in Brazil, Tübingen 1967. — J. B. *Donges*, La industrialización en España: Políticas, Logros, Perspectivas, Barcelona 1976.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

markt, Luxemburg, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten) verabschiedete „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten"[4]. Die Grundhaltung, mit der die Entwicklungsländer für die praktische Verwirklichung dieser Charta kämpfen, ist zu einem Teil Ausdruck von ökonomischem Nationalismus, zu einem guten anderen Teil jedoch rein emotional; deshalb fällt sie auch politisch so ins Gewicht. Die Kritik am Bestehenden läßt, wie wir wissen, die Entwicklungsländer eine Vielzahl konkreter Forderungen erheben, von denen unter dem Gesichtspunkt einer harmonischen Weltwirtschaftsentwicklung neu und von wesentlicher Bedeutung[5] sind:

— die nachhaltige Verbesserung der „terms of trade" zugunsten rohstoffexportierender Entwicklungsländer und anschließende Zementierung der neuen Austauschrelationen (Tz. 9 - 11);

— die Kontrolle und Regulierung ausländischer Direktinvestitionen einschließlich des Imports von Technologien (Tz. 12 - 15); und

— die Umverteilung der industriellen Produktion von Industrie- auf Entwicklungsländer (Tz. 16 - 17).

1. Zur Verbesserung der „terms of trade"

9. Die erstgenannte Forderung bezieht sich auf Niveau und Stetigkeit der Deviseneinnahmen aus dem Rohstoffexport und beinhaltet ein Kartellierungsziel, ein globales Erlösstabilisierungsziel und ein Preisindexierungsziel. Im *Kartellierungsziel*[6] spiegelt sich der Imitationseffekt wider, den die von den erdölexportierenden Staaten seit Herbst 1973 konzertiert betriebene Preis- und Mengenpolitik ausgelöst hat. Der Gedanke, die Verfügung über eigene Rohstoffe als ökonomischen

---

[4] Die deutschsprachige Fassung findet sich in den vom BMZ herausgegebenen „Materialien zur Entwicklungspolitik", Nr. 49, Juni 1975, S. 11 - 21. Im Anschluß an die Verabschiedung der Welthandelscharta haben die Entwicklungsländer in der „Deklaration der Rohstoffkonferenz von Dakar" (Februar 1975) und in der „Erklärung von Lima über industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit" (März 1975) ihre Forderungen erneuert und präzisiert. Auf der 7. Sonderversammlung der Vereinten Nationen im September 1975 wurde dann der Rahmen, innerhalb dessen nach Strategien zur Verwirklichung der „Charta" gesucht werden soll, genauer abgegrenzt. Der Suche nach solchen Strategien nimmt sich jetzt u.a. die Pariser „Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" an, auf der 8 Industrieländer und 19 Erdöl- und Entwicklungsländer vertreten sind.

[5] Wichtige Forderungen stehen auch im monetären Bereich auf der Tagesordnung, und zwar die Neuordnung des Weltwährungssystems (betreffend Sonderziehungsrechte, Stimmrechte, „Feuerwehrfonds" à la Ölfazilität) und der Entwicklungshilfemechanismen („Link", Beseitigung von Lieferbindungen, Automatik der Mittelübertragung) sowie das Problem von Schuldenmoratorien. Aus Raumgründen werden diese Fragen hier nicht behandelt.

[6] Postuliert im Artikel 5 der „Charta".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Machtfaktor zu begreifen und in Analogie zum Optimalzollargument in einen wohlfahrtssteigernden „terms-of-trade"-Effekt umzusetzen, ist sicherlich verlockend. Ob er auch feste Umrisse annehmen kann, wie viele Entwicklungsländer und einige Nationalökonomen in den Industrieländern[7] glauben, hängt von dem verfolgten Ziel ab.

a) Handelt es sich um die Bildung gemeinsamer Absatzorganisationen, mit deren Hilfe letztlich für die Mitglieder nur die Kosten der Informationsbeschaffung im Verhältnis zu den Erlösen aus dem Rohstoffexport gesenkt werden sollen, so werden die Realisierungschancen im wesentlichen von den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern selbst bestimmt. Die rohstoffimportierenden Industrieländer brauchen sich durch diese Form der Zusammenarbeit nicht benachteiligt und zu Gegenreaktionen veranlaßt zu fühlen, da die Kartellierung nicht auf die Bildung künstlicher Versorgungsengpässe angelegt ist und der Preiswettbewerb, wenn überhaupt, nur im Nebeneffekt beeinträchtigt wird. Ähnliches gilt, wenn es sich bei dem Kartell um eine Art gegengewichtiges Exportkartell handelt, das lediglich Fällen oligopsonistischer Marktstrukturen begegnen will.

b) Die Bildung von Produzentenkartellen mit dem Ziel, hohe Exportpreise durchzusetzen und auf diese Weise die Exporterlöse zu steigern, ist hingegen wenig aussichtsreich, jedenfalls mittel- und langfristig. Damit Entwicklungsländer erfolgreich Produzentenkartelle bilden können, sind erforderlich:

   — ein hoher Anteil an den Weltexporten, aber auch an der Weltproduktion und, bei nicht-regenerierbaren Rohstoffen, an den Weltvorkommen;

   — eine preisunelastische Weltnachfrage für die betreffenden Rohstoffe;

   — ein preisunelastisches Rohstoffangebot von Außenseitern;

   — ein großer Vorsprung in den Produktionskosten und/oder der Qualität gegenüber Substitutionserzeugnissen (niedrige Substitutionselastizitäten);

   — Homogenität der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Kartellmitglieder und

   — eine geringe Verwundbarkeit gegenüber Retorsionsmaßnahmen seitens der betroffenen Verbraucherländer.

c) Diese Erfolgsbedingungen sind nur im Falle von OPEC erfüllt, und auch dies kann sich bald ändern, wenn angesichts der Entschärfung

[7] Die eindeutigste Haltung nimmt dabei C. F. *Bergsten* ein. Vgl. The New Era in World Commodity Markets, in: Challenge, Vol. 17 (1974 : 4), S. 34 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Nahostproblems die politische Motivation versiegt und die immer deutlicher zu beobachtende Heterogenität der wirtschaftlichen Interessen (Indonesien, Iran, Nigerien, Algerien, die ihre Länder forciert industrialisieren wollen und können, versus Saudi-Arabien, Kuwait und Vereinigte Arabische Emirate, die wegen der auch mittelfristig begrenzten Absorptionsfähigkeit der Devisenüberschüsse besonders an wertbeständigen und gutrentierlichen Anlagemöglichkeiten interessiert sind) weiter an Gewicht zunimmt. Nur mit großen Mühen konnten die OPEC-Staaten im September 1975 bei ihrem Ringen um eine neue Erhöhung der Rohölpreise die Zerreißprobe bestehen. Offene oder verschleierte Preisunterbietungen können jetzt jederzeit das Kartell sprengen. Im übrigen sind die arabischen Erdölländer in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auch von den Industrieländern abhängig: sie haben ein Nahrungsmitteldefizit von jährlich 5 - 7 Mill. t Getreide, das sie praktisch nur durch Importe aus den Vereinigten Staaten und Kanada schließen können, und sie müssen ihren wachstumsbedingten Bedarf an Investitionsgütern und technischem „know how" ebenfalls durch Käufe in Nordamerika und Westeuropa befriedigen. Auch in zeitlicher Hinsicht wird die Marktmacht des Kartells nicht unangetastet bleiben können, weil die bereits in Gang gekommenen Einsparungs- und Substitutionsanstrengungen der Industrieländer deren Abhängigkeit von Erdölimporten aus den OPEC-Staaten in absehbarer Zeit vermindern wird.

d) Bei allen anderen wichtigen Rohstoffen, für die Entwicklungsländer wichtige Anbieter auf dem Weltmarkt sind, sind die Erfolgsbedingungen für preisorientierte Kartellabsprachen schon jetzt nicht gegeben.

   — Das trifft ganz sicher auf tropische Ernährungsgüter und landwirtschaftliche Rohstoffe zu. Entweder ist die Anzahl von Anbietern sehr groß (Kaffee, Rohrzucker), oder die zur Abstützung des Preiskartells notwendigen Exportquoten können ohne die Mitwirkung der Verbraucherländer nicht eingehalten bzw. durchgesetzt werden (Kaffee, Kakao), oder die Konkurrenz durch synthetische Produkte ist sehr intensiv (Naturkautschuk, Fasern), oder die Preiselastizität der Nachfrage ist größer als eins (Bananen).

   — Bei mineralischen Rohstoffen sind Nachfrage und Angebot zwar kurzfristig relativ preisunelastisch, nicht jedoch langfristig. Versuche, durch Kartellabsprachen die Rohstoffpreise über ihrem Gleichgewichtsniveau zu fixieren, werden Außenseiter auf den Plan rufen sowie die Verbraucherländer veranlassen, auf andere

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rohstoffe auszuweichen (z. B. von Kupfer auf Aluminium, von Kobalt auf Nickel) und/oder ihre Eigenproduktion zu steigern (auch um den Preis erhöhter Kosten); und sie werden ganz allgemein den rohstoffsparenden technischen Fortschritt und die Entwicklung von Ersatzwerkstoffen stimulieren, ganz zu schweigen vom Meeresbergbau, wo nach den neuesten Schätzungen die Vorräte an Kupfer, Kobalt, Mangan und Nickel größer sind als alle zur Zeit bekannten terrestrischen Lagerstätten.

— Zusätzliche Faktoren, die die Preiselastizität der Nachfrage nach den kartellierten Rohstoffen über deren kritischen Wert ansteigen lassen, beruhen erstens auf den Möglichkeiten, die das sog. Rohstoffrecycling, also die Wiederverwendung von Abfallprodukten bietet (insbesondere bei Kupfer), zweitens auf dem Umstand, daß einige Metalle (z. B. Mangan, Kobalt) als Kuppelprodukte entstehen und sich infolgedessen für eine Begrenzung von Absatzmengen nicht eignen, und drittens auf den in einigen Verbraucherländern aus strategischen Gründen aufgebauten Reserven (z. B. für Zinn in den Vereinigten Staaten).

— Hinzu kommt die Heterogenität der Interessen. Nur in Ausnahmefällen werden nach meinem Dafürhalten die führenden Produktions- und Exportländer gleiche wirtschaftliche und politische Ziele verfolgen: Einem Preiskartell für Chrom müßten Südafrika, Rhodesien, die Türkei, die Philippinen und die Sowjetunion angehören. Bei Kobalt dürfte ein Preiskartell nicht auf Zaire und Sambia, die führenden Anbieter auf dem Weltmarkt, beschränkt bleiben, sondern müßte Kanada und Australien einschließen, wo sehr umfangreiche Vorkommen liegen, deren Erschließung bei einem hohen Preis rentabel wird. Bei Manganerz, für dessen Verwendung als Input in der Stahlproduktion es noch verhältnismäßig wenig Substitutionsmöglichkeiten gibt, müßten die Interessen von Südafrika, Brasilien, Gabun und Indien (wahrscheinlich auch die der Sowjetunion) harmonisiert werden können. Dieses Unterfangen ist schwierig genug, wie auch im Falle von Wolfram (Kanada, Bolivien, Peru, Australien, Thailand) und Blei (Kanada, Australien, Peru und Mexiko). Die faktische Kartellierungsfähigkeit von Quecksilber (Spanien, Italien, Mexiko, Kanada und Jugoslawien) ist kein Gegenargument, weil die von zahlreichen Industrieländern getroffenen Umweltschutzmaßnahmen die Verwendung dieses Grundstoffes zur Herstellung von Chlor in absehbarer Zeit erheblich beschneiden werden und die Exporteure infolgedessen konzentriert das Ziel verfolgen (können), temporär Monopolrenten abzuschöpfen[8].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Die besten Aussichten scheinen noch für Bauxit, Kupfer, Zinn, Eisenerz und Phosphat zu bestehen, also für Rohstoffe, bei denen der Weltexport von Entwicklungsländern dominiert wird. Doch obwohl sich die jeweiligen Entwicklungsländer bereits formal in Produzentenorganisationen zusammengeschlossen haben, hat es sich als unmöglich erwiesen, eine gemeinsame Preis- und Angebotspolitik zu vereinbaren und durchzuführen. Die plausibelste Erklärung hierfür ist, daß selbst bei diesen Rohstoffen die Möglichkeiten der Bezugsquellensubstitution und die Preiselastizität des Außenseiterangebots immer noch groß genug sind, um die Preiselastizität der Nachfrage nach dem kartellierten Rohstoff spürbar über die Gesamtnachfrageelastizitäten und an Werte um und größer als eins zu drücken[9]. Man kann auch sagen, daß die Mitglieder dieser Organisationen nicht bereit oder in der Lage sind, das bei einer Preiserhöhung induzierte zusätzliche Weltmarktangebot durch eine zusätzliche Produktionseinschränkung zu neutralisieren.

e) Obwohl Entwicklungsländer ihre aus entwicklungspolitischen Gründen benötigten Devisen durch den Export von Rohstoffen erzielen und obwohl sie bei einer künstlichen Angebotseinschränkung befürchten müssen, unwiederbringliche Wachstumsverluste zu erleiden, sind Handlungen gegen die eigenen mittel- und längerfristigen Interessen dennoch nicht auszuschließen. Es sind nicht mehr, wie in früheren Zeiten, private Unternehmen, sondern die Regierungen von Staaten, die sich als Schrittmacher eines Kartellierungsprozesses betätigen wollen. Und diese Regierungen sind, nicht ohne eigene Vorarbeit, unter starken Druck der Öffentlichkeit in ihren Ländern geraten, den Export eigener Rohstoffe ertragreicher zu gestalten. Da die Preisangebots- und Nachfrageelastizitäten im relevanten Bereich kurzfristig niedrig sind, könnten Preiskartelle bei bestimmten Rohstoffen wenigstens für einige Jahre substantielle Erlöse bringen. Solange die Außenseiter- und/oder Substitutionskonkurrenz noch nicht wirksam sind, hat das Kartell sogar die Chance, den „Cournotschen Punkt" zu realisieren. Das Kartell würde dann als erfolgreich erscheinen und Akklamation erhalten, obwohl die Wohlfahrt der Bürger unter Umständen kaum oder gar nicht steigt, weil die in Ent-

---

[8] Daß selbst das nicht leicht zu erreichen ist, zeigt die anhaltende Tendenz zur Überschußproduktion, die den Weltmarktpreis für Quecksilber 1975 weit unter den anvisierten Kartellpreis und sogar unter die Herstellungskosten gedrückt hat.

[9] Über den Zusammenhang zwischen Preisnachfrageelastizität und Substitutionselastizität im Hinblick auf die Kartellierungsfähigkeit von Rohstoffen vgl. C. *van Duyne*, Commodity Cartels and the Theory of Derived Demand, in: Kyklos, Vol. 28 (1975), S. 597 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wicklungsländern zu beobachtende handelspolitische Diskriminierung des Primärgütersektors (zugunsten der Industrie) den Spielraum für eine wohlfahrtsökonomisch optimale Preisanhebung im Rohstoffbereich vorab schon eingeschränkt hat. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt die nachteiligen Konsequenzen der Kartellierung spürbar werden, dürften andere Politiker die Regierungsverantwortung innehaben. Diese können dann gegenüber der eigenen Öffentlichkeit die Aktionen anderer Länder für den Kartellzusammenbruch verantwortlich machen.

f) Auch wenn der Kartellierungsversuch in realistischer Einschätzung der mittel- und längerfristigen Perspektiven unternommen wird: unter dem Gesichtspunkt einer harmonischen Weltwirtschaft entsteht stets ein fast irreparabler Schaden, und zwar für die Gemeinschaft als Ganzes ebenso wie für die einzelnen Länder, seien sie Export- oder Verbraucherländer, Entwicklungs- oder Industrieländer. Dieser Schaden äußert sich in einer weltweiten Fehlallokation von Investitionen im Rohstoffbereich. Prospektion, Exploration und Abbau von Rohstoffvorkommen werden geringer sein als sonst oder sich auf vergleichsweise teurere Vorkommen konzentrieren. Mehr noch: der Selbstversorgungsgrad in bezug auf wichtige Rohstoffe könnte allenthalben steigen, mit der Folge, daß der Handel mit Rohstoffen schrumpft; und der bilaterale Handel könnte auf Kosten des multilateralen Warenverkehrs ausgeweitet werden, was die Gefahr eines internationalen Handelskrieges in sich birgt und die Weltwirtschaft einem Desintegrationsprozeß aussetzt.

10. Das *globale Erlösstabilisierungsziel*[10] dokumentiert, wenn man es genau nimmt, die Zweifel der Entwicklungsländer an den Realisierungschancen des preisorientierten Kartellierungsziels. Wären nämlich die von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe kartellierungsfähig, ließen sich auch die Erlöse unmittelbar stabilisieren. So aber bedarf es der Mitwirkung der Verbraucherländer. Politische Überlegungen können eine solche Mitwirkung in jedem Fall begründen. Ob sie sich ökonomisch stets rechtfertigen läßt, ist eine andere Frage.

a) Ökonomisch sinnvoll ist zweifelsohne die Stabilisierung von Exporterlösen, wenn befürchtet werden muß, daß Fluktuation der Importkapazität das wirtschaftliche Wachstum erheblich verunstetigen und dadurch spürbar verlangsamen. Dieser Tatbestand gilt allgemein als gegeben, etwas im Widerspruch zu Ergebnissen internationaler Querschnittsanalysen, denen zufolge die Entwicklungsländer nicht immer

[10] UNCTAD, An Integrated Programme for Commodities, Dezember 1974 (hektogr., TD/C. 1/166) und Oktober 1975 (hektogr., TD/B/C. 1/193).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

größeren Exporterlösschwankungen ausgesetzt sind als die Industrieländer und ein signifikanter nachteiliger Einfluß der Erlösschwankungen auf das wirtschaftliche Wachstumstempo nicht nachweisbar ist[11]. Solange diese Ergebnisse nicht durch gegenläufige Beobachtungen widerlegt werden können, scheinen Zweifel darüber berechtigt, daß Vereinbarungen über eine Erlösstabilisierung den Entwicklungsländern insgesamt wohlfahrtsökonomisch einen Vorteil bringen, der wenigstens die Kosten rechtfertigt, die mit der Handhabung eines Stabilisierungssystems (welcher Art auch immer) zwangsläufig verbunden sind. Unter diesen Umständen würden nationale Maßnahmen, die die Produktionsentwicklung mit der Entwicklung von Binnen- und Auslandsnachfrage in Einklang bringen, vermutlich wesentlich weiterhelfen.

b) Doch unabhängig davon, ob die Exporterlöse der Entwicklungsländer eine größere oder kleinere Schwankungsbreite als die der Industrieländer aufweisen, die internen Rückwirkungen können in jedem Falle schwierigere Anpassungsvorgänge implizieren. Diese Hypothese beruht auf dem Umstand, daß die Exporte der Entwicklungsländer noch zu vier Fünfteln aus Rohstoffen bestehen und einen vergleichsweise hohen Konzentrationsgrad aufweisen; und sie wird gestützt durch die Beobachtung, daß in vielen Entwicklungsländern die Mobilität der Produktivkräfte zwischen Branchen begrenzt ist. Wird infolgedessen die Erlösstabilisierung als eine notwendige Erfolgsbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung aufgefaßt und läßt sich diese Bedingung nur auf multilateralem Wege herbeiführen, so ist richtig, daß eine Stabilisierung der Exportpreise allein Erlösschwankungen nicht mit Sicherheit verhindert. Sicherer scheint der Erfolg, wenn die Preisstabilisierung wirksam mit Mengenabsprachen verbunden wird. Daß die Erfahrungen mit internationalen Rohstoffabkommen im allgemeinen unbefriedigend waren, ist kein Gegenargument, sondern offenbart nur die Unzulänglichkeiten dieser Abkommen: bei Getreide (für das langfristige Preis-Mengen-Vereinbarungen mit den Preis-Mengen-Erwartungen auf dem freien Markt konkurrierten) ebenso wie bei Kaffee (für den das Exportquotensystem nicht schnell genug an die sich ändernden Angebots- und Nachfrageverhältnisse angepaßt wurde) oder Zucker (für den nur auf einen sehr engen Residualmarkt abgestellt wurde) oder Kakao (bei dem der Stabilisierungsmechanismus gar nicht erst

[11] Vgl. A. *McBean*, Export Instability and Economic Development, London 1966. In die gleiche Richtung weist eine am Institut für Weltwirtschaft im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführte Untersuchung von H. H. *Glismann*, P. *Juhl* und B. *Stecher*, Ökonomische Implikationen der Neuen Weltwirtschaftsordnung, Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 46, Februar 1976, S. 14 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Gang gekommen ist, weil der obere Interventionspreis unterhalb des Weltmarktpreises fixiert wurde). Nur das internationale Zinnabkommen funktionierte einigermaßen zufriedenstellend, im wesentlichen wohl deshalb, weil es auf einem Bufferstocksystem basiert.

c) In dem von den Entwicklungsländern geforderten integrierten Rohstoffprogramm — dem sog. Corea-Plan — ist ebenfalls der Einsatz von „buffer stocks" zur Stabilisierung der Exporterlöse vorgesehen. Doch soll nicht mehr auf einzelne Rohstoffe abgestellt werden, sondern — in Analogie zum Goudriaan/Grahamschen Plan einer Waren-Reserve-Währung aus den dreißiger Jahren — auf ein Bündel von möglichst vielen Rohstoffen (zur Zeit stehen 10 Produkte zur Diskussion[12]), deren Bufferstockaktionen aus einem gemeinsamen Fonds finanziert werden. Damit der erhoffte erlösstabilisierende Effekt für das einzelne Entwicklungsland eintritt, ist notwendig,

   — daß sich genügend Anbieter am System beteiligen;

   — daß der Weltmarkt für die vorgesehenen Rohstoffe möglichst frei ist;

   — daß die nationale Produktion der Rohstoffe in ausreichendem Maße ausgedehnt oder eingeschränkt werden kann;

   — daß die internationale Nachfrage nach dem jeweiligen Rohstoff hinreichend unelastisch in bezug auf Preisveränderungen ist;

   — daß der „buffer stock" groß genug ist, um in anhaltenden Hausseperioden das Weltmarktangebot preiswirksam ergänzen zu können, und daß die finanziellen Reserven ausreichen, um in längeren Baisseperioden ständig Rohstoffe aufzukaufen;

   — daß die Rohstoffproduktion, wenn immer sie auftritt, die Bewegung der Weltmarktpreise glättet, also stabilisierend wirkt und nicht destabilisierend.

d) Entscheidend für das Urteil über das integrierte Erlösstabilisierungssystem ist,

   — ob es sich leichter vereinbaren läßt als individuelle Rohstoffabkommen und ob es revisionsfähig ist;

   — ob genügend Spielraum für den Marktmechanismus bleibt, seine Lenkungsfunktion wahrzunehmen;

---

[12] Es handelt sich um Zucker, Kaffee, Kakao, Tee, Baumwolle, Jute, Hartfasern, Naturkautschuk, Kupfer und Zinn. Für diese Primärgüter zusammengenommen, bestreiten die Entwicklungsländer drei Viertel des Weltexports. Ursprünglich enthielt das Warenbündel auch noch Weizen, Mais, Reis, Wolle, Blei, Zink, Bauxit, Aluminium und Eisenerz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— ob die volkswirtschaftlichen Kosten der Bildung von „buffer stocks" innerhalb tolerierbarer Grenzen bleiben;

— ob die zur Finanzierung der „buffer stocks" aufzubringenden Mittel ergänzend zur Entwicklungshilfe bereitgestellt werden.

Hierüber können gegenwärtig nur Vermutungen angestellt werden, die jedoch nicht unbegründet sein müssen.

— Beginnen wir mit dem ersten Punkt: Vergegenwärtigt man sich die großen Schwierigkeiten, mit denen in der Vergangenheit individuelle Rohstoffabkommen konfrontiert waren, so ist schwer vorstellbar, daß ein globales Programm, bei dem erheblich mehr Interessen ex ante koordiniert werden müssen, große Realisierungschancen hat. Kommt es dennoch dazu, so muß aufgrund der Erfahrungen mit den EG-Agrarmarktordnungssystemen befürchtet werden, daß spätere Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse kaum möglich sein werden.

— Zum zweiten Punkt: Die Entwicklungsländer drängen darauf, die Bandbreite für die Preisschwankungen möglichst gering zu halten. Erreichen sie dies, so wird der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt. Der ökonomische Zwang zu einer marktkonformen Angebotssteuerung im Inland entfällt oder wird zumindest spürbar gemildert, wie im übrigen auch das entwicklungspolitische Bedürfnis nach einer horizontalen und vertikalen Diversifizierung der Produktionsstruktur und das nach einer Diversifizierung der Handelsstruktur der Entwicklungsländer. Hinzu kann noch ein Mehr an ungleicher Einkommensverteilung innerhalb dieser Länder kommen, wenn es nicht gelingt (was befürchtet werden muß), die künstlich geschaffenen Produzentenrenten steuerpolitisch abzuschöpfen.

— Drittens: Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Lagerhaltung werden schon deshalb nicht unerheblich sein, weil das System den Einsatz von knappen Produktivkräften zur Gewinnung von Rohstoffen impliziert, die letztlich nur gelagert werden sollen; die Kosten entsprechen dem sozialen Wert, den jene Produktivkräfte bei alternativer Verwendung erzeugen könnten. Die sozialen Kosten sind dabei um so höher, je stärker künstlich verzerrte Preisrelationen dazu führen, daß die (durch Knappheiten vorgezeichnete) sinnvolle Reihenfolge in der Erschließung der unterschiedlichen Rohstoffquellen in der Welt nicht eingehalten wird.

— Viertens, schließlich, ist der Finanzierungsbedarf so groß (auch noch nachdem UNCTAD den ursprünglichen Ansatz von 10 Mrd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

US-$ auf 6 Mrd. reduziert hat), daß die Industrieländer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den von ihnen erwarteten Finanzierungsbeitrag größtenteils als Entwicklungshilfe deklarieren würden. Dadurch verringert sich der Spielraum für Entwicklungshilfe, die den wachstums- und beschäftigungsnotwendigen Wandel der Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern gezielt fördern könnte.

e) Alles in allem scheint das globale Erlösstabilisierungsziel nicht den tatsächlichen entwicklungspolitischen Interessen der Entwicklungsländer zu entsprechen. Sollte es einen gangbaren Weg hin zu diesem Ziel geben, so ist er bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise nicht auszumachen. Den unerwünschten Wirkungen von Exporterlösschwankungen kann vermutlich gezielter, mit weniger Aufwand und ohne negative Nebeneffekte begegnet werden, indem man bestehende Mechanismen einer direkten Ausgleichsfinanzierung[13] für diesen Zweck ausbaut und dabei insbesondere darauf achtet, daß Exporterlöseinbußen nicht (nur oder überwiegend) mit Zuschüssen ausgeglichen werden, sondern mit verzinsbaren und rückzahlbaren Krediten, und daß das Stabilisierungssystem selektiv zugunsten der rohstoffpolitisch am meisten notleidenden Entwicklungsländer eingesetzt wird.

11. Das *Indexierungsziel*[14] ist komplementär zum Kartellierungs- bzw. globalen Erlösstabilisierungsziel. Bei direkter Indexierung sollen die (zugunsten der Entwicklungsländer) veränderten „commodity terms of trade" abgestützt werden, bei indirekter Indexierung die „income terms of trade".

a) Der Gedanke, der hinter diesem Ziel steht, ist

— sicherzustellen, daß weltweite Inflationstendenzen nicht eine reale Einkommensumverteilung zum Nachteil der Entwicklungsländer bewirken;

— zu verhindern, daß die Austauschrelationen bzw. die Importkapazität der Entwicklungsländer unter ein für angemessen gehaltenes Niveau geraten;

— zu erreichen, daß der Ressourcentransfer von Industrie- in Entwicklungsländer zunimmt.

---

[13] Einen Ausgangspunkt liefern das System kompensatorischer Finanzierung des Internationalen Währungsfonds und das im Lomé-Abkommen zwischen der EG und den AKP-Staaten vorgesehene STABEX-System. Das erste orientiert sich an der Devisenbilanz eines Landes, das zweite an den Erlösen für einzelne Rohstoffe.

[14] Vgl. UNCTAD, Commodity Trade Indexation, Juli 1975 (hektogr., TD/B/563).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Es handelt sich bei diesen Plänen demnach nicht um eine Anwendung von Indexklauseln im herkömmlichen Sinne. Inflationsbedingte Indexklauseln im Handel mit Rohstoffen wären gesamtwirtschaftlich unbedenklich. Sie würden nur dafür sorgen, daß Anbieter von Rohstoffen bei längerfristigen Lieferkontrakten nicht befürchten müßten, real einen niedrigeren Erlös zu erzielen als bei Vertragsabschluß erwartet. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß bei derartigen Indexklauseln die Bereitschaft der Rohstoffexporteure fühlbar steigt, längerfristige Lieferverpflichtungen einzugehen. Die Verbraucher hätten den Vorteil einer kontinuierlichen und ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen, der auch dann nicht geschmälert würde, wenn die tatsächliche Inflationsrate hinter den Erwartungen bei Vertragsabschluß zurückbleibt; in diesem Falle würden die nominalen Zahlungsverpflichtungen ebenfalls geringer ausfallen als ursprünglich vorgesehen.

c) Die Indexierung als Mittel einer weltweiten Einkommensumverteilungspolitik erscheint hingegen wenig erfolgversprechend. Abgesehen von unüberwindlich scheinenden technischen Problemen einer solchen Indexierung, an denen sich Interessengegensätze (und zwar auch zwischen Entwicklungsländern) sehr schnell offenbaren werden, gibt es auch ein ökonomisches Optimum-Problem:

— Ist die Angebotselastizität für den jeweiligen Rohstoff hoch (was zumindest langfristig im allgemeinen der Fall ist), so wirkt die Indexierung auf eine weltweite Ausweitung der Produktion hin, die leicht größer sein kann als die Bedarfsexpansion. Gelangen die entstehenden Produktionsüberschüsse auf den Weltmarkt, so drücken sie den Preis. Wird dies durch flankierende Maßnahmen vermieden (z. B. durch Exportsteuern in den Produktionsländern, oder/und Abnahmegarantien der Verbraucherländer), so werden in den rohstoffreichen Entwicklungsländern die Neigung zur horizontalen Diversifizierung der Rohstoffproduktion gedämpft und die Anreize zur Verarbeitung eigener Rohstoffe vermindert.

— Rohstoffarme bzw. rohstoffimportabhängige Entwicklungsländer hätten das Nachsehen: sie müßten nicht nur steigende Importpreise für Fertigwaren verkraften, sondern auch die höheren Importpreise der indexierten Rohstoffe. Das wirtschaftliche Wachstum wird infolgedessen schneller als sonst auf den Zahlungsbilanzengpaß stoßen.

— Da die Industrieländer einen wesentlichen Teil der Weltrohstoffproduktion (ohne Erdöl) betreiben (bei mineralischen Rohstoffen und agrarischen Rohstoffen jeweils ungefähr 38 vH), ziehen sie bei einer Indexierung ähnliche Vorteile hinsichtlich des Res-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sourcentransfers wie die rohstoffreichen Entwicklungsländer. Will man dies verhindern, indem man nur die vorwiegend von Entwicklungsländern angebotenen Rohstoffe indexiert, so wird es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen, in dessen Verlauf diese Länder ständig Marktanteile zugunsten von Industrieländern verlieren. Versucht man hingegen das Problem dadurch zu meistern, daß man die rohstoffproduzierenden Industrieländer in die Indexierungsregelung formal zwar einbezieht, nicht aber faktisch, weil bei ihnen indexierte Preisanhebungen steuerpolitisch wieder abgeschöpft werden, so kann der erhoffte Ressourcentransfer stattfinden. Das Gegenstück dazu ist allerdings die Tendenz zu verstärkter Rohstoffverarbeitung in den rohstoffproduzierenden Industrieländern, in denen die Standortbedingungen für derartige Aktivitäten künstlich verbessert werden. Damit kommt es zu einer weltweiten Fehlallokation von Produktionsfaktoren, auch unter dem Gesichtspunkt der bestehenden Unterschiede in der Belastbarkeit von Umwelt.

2. Zur Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen

12. Die Forderung nach umfassender Kontrolle und Regulierung ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern (bis hin zum Verstaatlichungspostulat nach nationalem Recht) ist als Versuch zu werten, den Kartellierungsgedanken aus dem Rohstoffbereich im Kapitalbereich zu übernehmen.

a) Limitiert werden soll die Freiheit der einzelnen Länder, nach eigener Interessenlage Konzessionen an ausländische Investoren machen zu können. Und verbessert werden sollen die „terms of trade" der Entwicklungsländer in ihren Beziehungen zu ausländischen Investoren, insbesondere multinationalen Unternehmen.

b) Wie bei einem Preiskartell, kann ein Investitionsnachfragekartell nur zustande kommen und Bestand haben, wenn es gelingt, Außenseiter auszuschließen. Und in Analogie zum Optimalzollargument ergibt sich das Problem, daß eine restriktive Behandlung ausländischen Kapitals eine Verminderung der Investitionsströme in die Entwicklungsländer bewirken kann.

13. Ob Entwicklungsländer ein Weniger an ausländischem Kapital hinzunehmen bereit sind, ist eine Frage, die nur sie selbst beantworten können. Die Vorstellung, nationale Souveränität uneingeschränkt dokumentieren zu können, ist psychologisch-politisch sicherlich von großem Gewicht. Außerdem entbehrt es nicht einer gewissen Logik, wenn durch den Rückgang ausländischer Investitionen im Rohstoffsektor eine Ange-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

botsverknappung erzeugt wird, die die Kartellierungsfähigkeit von Rohstoffen erhöht. Doch gewichtig, weil entwicklungspolitisch von großer Tragweite, ist auch der ökonomische Tatbestand,

— daß ausbleibende Kapitalimporte im allgemeinen nicht ohne weiteres durch inländische Sachkapitalbildung gesamtwirtschaftlich wachstums- und beschäftigungsneutral ersetzt werden können, und

— daß verminderte Kapitalimporte auch den Zufluß von Technologie reduzieren und damit auf Jahre und Jahrzehnte hinaus die Chancen für ein Aufholen im weltwirtschaftlichen Wachstumsprozeß fühlbar beschneiden.

14. Der Preis, den Entwicklungsländer bei einer restriktiven Behandlung ausländischer Direktinvestitionen selbst zu bezahlen hätten, kann auch schon deshalb zu hoch sein, weil der Entwicklungsbeitrag dieser Investitionen nicht immer und nicht überall so negativ war und ist, wie häufig behauptet wird. Soweit konkrete Diagnosen vorliegen, die auf nachweisbaren Fakten beruhen[15], halten sich positive und negative Urteile durchaus die Waage. Doch selbst wenn man davon ausgeht, daß der entwicklungspolitische Nutzen ausländischer Direktinvestitionen geringer ist als erwünscht, so muß dies keineswegs zu einer Therapie führen, die einseitig restriktiv angelegt ist. Solange Möglichkeiten bestehen, bekannte Nachteile in diesem Bereich zu korrigieren, ohne den Zufluß privaten Kapitals zu beschränken, wäre der Wohlstandsgewinn für die Entwicklungsländer größer, wenn sie diese Möglichkeiten nutzten.

15. Eine Korrektur kann zum Beispiel dadurch geschehen, daß Entwicklungsländer[16]

— ausländische Unternehmen dazu drängen, mit inländischen Investoren zu kooperieren, inländische Arbeitskräfte auszubilden, und die Produktion nicht ausschließlich und nicht überwiegend binnenmarktorientiert zu betreiben;

— die Übertragung ausländischer Technologie genehmigungspflichtig machen und die Genehmigung versagen, wenn die Technologie wichtigen entwicklungspolitischen Kriterien, insbesondere im Hinblick auf den Beschäftigungs- und den Zahlungsbilanzeffekt, nicht Rechnung trägt;

— die Gewährung eines Patentschutzes an ausländische Inhaber an die Bedingung einer maximalen Ausnutzungsfrist knüpfen, die Mög-

[15] Vgl. zum Beispiel G. L. *Reuber* et al., Private Foreign Investment in Development, Oxford 1973. — R. J. *Barnett* und R. *Müller*, Global Reach: The Power of the Multinational Corporations, New York 1974.

[16] Für die Diagnose, die den folgenden Anregungen zugrundeliegt, vgl. J. P. *Agarwal*, J. B. *Donges*, E-J. *Horn* und A. D. *Neu*, Übertragung von Technologien an Entwicklungsländer, Tübingen 1975.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichkeit der Zwangslizensierung vorsehen und das Recht für sich beanspruchen, bei ihnen patentierte ausländische Erfindungen, deren Anwendung für den eigenen technologischen Fortschritt von großer Bedeutung sind, jederzeit kaufen zu können und allen inländischen Unternehmen zugänglich zu machen;

— mit den Industrieländern einen Wohlverhaltenskodex vereinbaren, der ausländische Unternehmen zu einem Verzicht, Marktmacht ökonomisch oder politisch mißbräuchlich einzusetzen, verpflichtet und der ihnen als Gegenleistung ein Investitionsklima verspricht, das Risiken und Unsicherheiten in tragbaren Grenzen hält[17].

3. Zur Umverteilung der Weltindustrieproduktion

16. Die Forderung der Entwicklungsländer nach einem wesentlich höheren Anteil an der Weltindustrieproduktion bekundet, daß trotz der ständigen Bemühungen im Bereich der Rohstoffpolitik, der Antrieb für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung in der Industrialisierung gesehen wird. Das Wachstum der Industrieproduktion in Entwicklungsländern soll wesentlich schneller werden als in der Vergangenheit und als noch für die Zweite Entwicklungsdekade für „machbar" gehalten worden war. Einer entsprechenden Zielprojektion zufolge, soll im Jahre 2000 der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion 25 vH (1974: 7 vH) betragen[18].

17. Ordnungspolitisch gesehen, könnte eine Langzeit-Projektion wie diese die ökonomisch wichtige Funktion ausüben, den Bedarf an Zukunftsinformation decken zu helfen: der Grad an subjektiver Ungewißheit bei den Unternehmen (insbesondere den vom außenhandelsbedingten Strukturwandel in Industrieländern betroffenen) würde verringert und infolgedessen ließen sich auch Fehlinvestitionen eher vermeiden, die im Nachhinein nur um den Preis hoher gesamtwirtschaftlicher Kosten (wenn überhaupt) korrigiert werden können. Damit diese

---

[17] Die Internationale Handelskammer hat in diesem Zusammenhang bereits „Leitsätze für Auslandsinvestitionen" aufgestellt (abgedruckt in Außenwirtschaft, 28. Jg. (1973), S. 220 ff. (Weitergehende Vorschläge, die dem für den internationalen Handelsverkehr geltenden GATT-Konzept entlehnt sind, finden sich bei A. *Goldberg* und Ch. P. *Kindleberger*, Toward a GATT for Investment: A Proposal for Supervision of the International Corporation, in: Law and Policy in International Business, Vol. 2, 1970), S. 295 ff. — H. H. *Glismann*, P. *Juhl* und B. *Stecher*, a.a.O., S. 79 f. — P. *Juhl*, Zur Bewältigung politischer Investitionsrisiken in den Entwicklungsländern: Das Konzept einer „Free Investment Area", in: Die Weltwirtschaft, 1976, H. 1, S. 191 ff.

[18] Vgl. UNIDO, Preliminary Note for the Preparation of a Plan of Action on Industrialization, Oktober 1974 (hektogr., ID/B/C. 3/27). In dieser Studie lautet das Ziel noch 20 vH. Auf der UNIDO-Generalkonferenz in Lima im März 1975 ist dann der Anteil von 25 vH als Zielgröße festgelegt worden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Funktion jedoch erfüllt wird, muß die Zielprojektion glaubwürdig sein, d. h. sie muß aufzeichnen, was Terminmärkte — gäbe es sie weltweit im Güterbereich — signalisieren würden.

a) Daß diese Zielprojektion es tut, ist keineswegs sicher, da ja eine Koordinierung einzelwirtschaftlicher Produktions- und Investitionsentscheidungen durch tâtonnement von den Entwicklungsländern entschieden abgelehnt wird. Bei einer dirigistischen Bestimmung der internationalen Standortstruktur von industriellen Aktivitäten besteht hingegen (weil zwar die subjektive, nicht aber die objektive Ungewißheit beseitigt wird) die begründete Vermutung, daß es zu Fehlallokationen kommt, die sich auch in den Entwicklungsländern selbst nachteilig auswirken würden.

b) Andererseits kann man durch Extrapolation von Vergangenheitstrends zu dem Ergebnis gelangen, daß die Industrialisierungsprojektion nicht unrealistisch ist. Dieses Urteil gründet sich auf die Strukturbilder, die wir, dank zahlreicher internationaler Querschnittsanalysen, vom Zusammenhang zwischen Pro-Kopf-Einkommen und Bevölkerungsgrößen einerseits und dem gesamtwirtschaftlichen Produktionsgefüge andererseits her kennen. Danach würde in den Industrieländern mit weiterhin steigendem realen Pro-Kopf-Einkommen der relative Anteil des Industriesektors zugunsten des Dienstleistungssektors abnehmen. Umgekehrt wäre es in den Entwicklungsländern. Hier bleibt das Pro-Kopf-Einkommen für's erste noch innerhalb jenes Bereiches, in dem der Anteil der Industrieproduktion an der gesamten Wertschöpfung steigt. Ein Wandel der Welt-Industriestruktur zugunsten der Entwicklungsländer wäre die Folge; ein Anteil von bis zu 29 vH bei einer optimistischen Prognose für den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt dieser Länder wäre nicht unmöglich.

c) Es ist allerdings sehr zweifelhaft, daß man mit guten Gründen annehmen könnte, die Kräfte, die in der Vergangenheit die industrielle Entwicklung in der Welt bestimmt haben, würden in gleicher Weise und Intensität auch in den kommenden 25 Jahren wirksam sein. Seit 1972 stehen Entwicklungsländer ebenso wie Industrieländer vor der schwierigen Aufgabe, Anpassungen der Produktionsstruktur an veränderte Kosten- und Preisrelationen so zu bewerkstelligen, daß unvermeidbare negative Einflüsse auf Wachstumstempo, Beschäftigungsgrad und Preisniveau in erträglichen Grenzen bleiben. Der Kern des Problems liegt nicht im Ausmaß der Ungleichgewichte, sondern darin, daß diese abrupt und sich gegenseitig verstärkend aufgetreten sind. Da wir aus Erfahrung wissen, daß die Produktionsstruktur Zeit braucht, um sich an plötzlich und drastisch geän-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

derte Kostenstrukturen anzupassen, wird sich wahrscheinlich auch die Umverteilung der Welt-Industrieproduktion von Industrie- und Entwicklungsländern langsamer vollziehen, als von der Zielprojektion beschrieben.

d) Hinzu kommt, daß der Zielprojektion, auch wenn sie als Anteilsbetrachtung formuliert wurde, quantitative Vorstellungen über Zuwachsraten des Sozialprodukts in Industrie- und Entwicklungsländern zugrundeliegen (etwa 6 bzw. 8 vH per annum). Diese Wachstumsprojektionen scheinen mir mit den heute bekannten oder einigermaßen sicher voraussehbaren Tatbeständen nicht vereinbar zu sein. Wahrscheinlich wird das wirtschaftliche Wachstum langsamer sein, als in der Zielprojektion unterstellt:

   — in den Industrieländern, u. a. weil als Folge ölpreisbedingter Investitionen zur Gewinnung von Substitutionsenergien der Kapitaleinsatz je Produkteinheit stärker steigen wird als sonst und als es seinem Trend entspricht, ferner weil die Bestrebungen zur Humanisierung des Arbeitsplatzes und zur internen Einkommensnivellierung auf Kosten des Produktivitätsfortschritts und der Leistungsbereitschaft gehen dürften, und schließlich, weil es Anzeichen dafür gibt, daß der obere Wendepunkt des vierten (innovationsbedingten) Kondratieffzyklus seit der Industriellen Revolution erreicht ist;

   — in den Entwicklungsländern hauptsächlich deshalb, weil sie in Anbetracht der chronisch unzureichenden Nahrungsmittelversorgung und der drückenden Dauerarbeitslosigkeit nicht werden umhin können, dem Agrarsektor Vorrang vor der Industrie einzuräumen (nachdem es in den vergangenen 25 Jahren überwiegend umgekehrt gewesen ist) und dafür knappe Ressourcen (einschließlich Devisen) beanspruchen müssen, die nicht noch einmal im sekundären Sektor eingesetzt werden können.

   Der „Corea-Plan", würde er Wirklichkeit, verschlechtert im übrigen die Industrialisierungserwartungen, und zwar aus mindestens zwei Gründen: Der eine ist, daß die Stabilisierung von Rohstoffpreisen auf einem künstlich überhöhten Niveau einer — rentabilitätspolitisch gesehen — Diskriminierung industrieller Aktivitäten gleichkommt (umgekehrt war es in der Vergangenheit in zahlreichen Entwicklungsländern). Der zweite Grund ist der, daß künstlich überhöhte Rohstoffpreise (ähnlich wie beim Erdöl) einen zusätzlichen Anpassungsdruck in den Industrieländern erzeugen, der sich hier wachstumsverlangsamend auswirkt und damit auch die Importnachfrage dämpft und den Spielraum für die Gewährung von industrieorientierter Kapitalhilfe an Entwicklungsländer verringert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

e) Wie groß auch immer im Jahre 2000 der Anteil der Dritten Welt an der Welt-Industrieproduktion sein wird (nach vorläufigen Schätzungen des Instituts für Weltwirtschaft scheint ein ‚bevölkerungsbereinigter' Anteil von 15 vH plausibel)[19], eines sollte nicht übersehen werden: die Industrialisierungserfolge könnten von Land zu Land sehr verschieden sein, das jetzt schon bestehende Einkommensgefälle zwischen den Ländern der Dritten Welt kann sich weiterhin vergrößern. So war es in der Vergangenheit und nichts spricht dafür, daß es in der Zukunft ein, sagen wir, international ausgewogeneres Industriewachstum geben wird. Dazu sind einfach die strukturellen, wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Bedingungen zu verschieden. Die Befürworter einer am Reißbrett zu entwerfenden internationalen Arbeitsteilung im industriellen Bereich täten gut daran, die Erfolgsbedingungen für schnelle Industrialisierung an Hand vorliegender Ländererfahrungen vorurteilsfrei zu analysieren und daraus für andere Entwicklungsländer (vor allem für jene, die erst am Anfang ihrer Industrialisierung stehen) die geeigneten Lehren zu ziehen. Den Maßstab, an dem der industrielle Fortschritt dann gemessen würde, wäre ein historischer. Als Industrialisierungserfolg könnte es sich jedes einzelne Entwicklungsland zurechnen, wenn in den kommenden 25 Jahren das industrielle Produktionspotential schneller stiege, die Möglichkeiten zur Absorption sonst beschäftigungsloser Arbeitskräfte stärker zunähmen und die sektoralen und regionalen Disproportionalitäten kleiner würden — jeweils im Vergleich zur Vergangenheit. Die Frage nach dem sich dabei ergebenden Anteil an der Welt-Industrieproduktion wäre unter diesen Umständen von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

III. Ein alternatives Programm zur Entschärfung des Einkommensgefälles

18. Wollte man das Gesamturteil über den Plan einer neuen Weltwirtschaftsordnung in wenigen Sätzen zusammenfassen, so würde man sagen können:

— die formulierten Einzelziele sind nicht aufeinander abgestimmt und nicht mit den längerfristigen Interessen der Entwicklungsländer vereinbar;

— das Ziel-Mittel-Problem ist nicht gelöst und vermutlich auch dann nicht lösbar, wenn man sich mit zweit- oder drittbesten Ergebnissen zufrieden gibt;

[19] Vgl. J. B. *Donges*, Industrialisierung in Entwicklungsländern unter dem Aspekt der neuen Weltwirtschaftsordnung, in: Internationale Entwicklung, Januar - März 1975, S. 17 ff., und U. *Hiemenz* und K. W. *Schatz*, Employment Creation in Less Developed Countries, Kieler Arbeitspapiere Nr. 38, Dezember 1975, S. 19.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— die technischen Schwierigkeiten des Aushandelns von allokationsrelevanten Abkommen, der administrative Aufwand bei den notwendigen Marktinterventionen und die volkswirtschaftlichen Kosten von Fehlallokationen im internationalen Güter- und Kapitalbereich müssen zwangsläufig hoffnungsvolle Erwartungen, die heute geschürt werden, zutiefst erschüttern, was eine Frieden und Sicherheit gefährdende Radikalisierung im Nord-Süd-Verhältnis bewirken kann.

19. Die für alle vorteilhafte Alternative zu einer dirigistischen Weltwirtschaftsordnung bietet die entschlossene Überleitung des Systems komplementärer Arbeitsteilung in eines substitutiver Arbeitsteilung[20]. Ansätze hierfür bestehen schon. Sie müssen jedoch die Gestalt eines weiten Fächers annehmen, indem

— die Entwicklungsländer, anders als bislang, ihre Standortvorteile, die sich vor allem in komparativen Kostenunterschieden niederschlagen, voll nutzen, und

— die Industrieländer, wesentlich umfassender als bisher, dem durch die Integration der Entwicklungsländer in die arbeitsteilige Weltwirtschaft ausgelösten Strukturwandel handels- und strukturpolitisch entsprechen, am besten vorausgreifend und sonst nachhelfend.

20. Für die Entwicklungsländer stellt sich demnach die Aufgabe, einen wirtschaftspolitischen Mechanismus zu entwickeln, der sicherstellt,

— daß die gewollte Industrialisierung nicht (mehr) zu Lasten der Landwirtschaft und des Bergbaus vorangetrieben wird;

— daß die Industrialisierung nicht (mehr) Leitbildern der Autarkie folgt, sondern Importsubstitution mit Exportdiversifizierung verbindet;

— daß die Faktorpreisrelationen (anders als bisher) den Knappheitsverhältnissen bei den Produktivkräften entsprechen, damit Tendenzen zu einer Überkapitalisierung der Produktion, deren Gegenstück die verbreitete Arbeitslosigkeit ist, nicht (mehr) aufkommen können;

— daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht (mehr) auf wenige Agglomerationszentren mit häufig progressiv steigenden Alternativkosten beschränkt bleibt, sondern Komplementaritätsbeziehungen im Raum

---

[20] Der häufig vorgebrachte Einwand, die Faktorproportionen-Hypothese eigne sich nicht als Richtschnur für Spezialisierungserwägungen, läßt sich empirisch widerlegen. Vgl. G. *Fels*, Die Exportnotwendigkeiten der Entwicklungsländer und der Anpassungsprozeß in den Industrieländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 78, Berlin 1974, S. 197 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geschaffen und in ein regional ausgewogenes Wachstum umgesetzt werden;

— daß der Warenaustausch mit anderen Entwicklungsländern nicht so marginal bleibt (wie bisher), sondern an Intensität kräftig zunimmt.

21. Da die Industrieländer in der laufenden Debatte die Vorzüge marktwirtschaftlicher Prinzipien besonders hervorheben, sollten sie nicht zögern, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die diesen Prinzipien zur Wirksamkeit verhelfen.

a) In Ländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung kann man zwar grundsätzlich darauf vertrauen, daß Wettbewerb und Preismechanismus die wachstumsbedingten Strukturanpassungen herbeiführen werden. Aber ganz offensichtlich ist dies nicht der Fall in Bereichen, in denen sich die Exportinteressen der Entwicklungsländer mit dem Beharrungsvermögen von Produzenten und Arbeitnehmern in Industrieländern überschneiden: in der rohstoffverarbeitenden Industrie ebensowenig wie in Branchen, die relativ arbeits- und lohnintensiv produzieren und einen vergleichsweise geringen Einsatz an Sachkapital und qualifizierten Fachkräften erfordern. Deshalb muß der Marktmechanismus wirtschaftspolitisch ergänzt werden.

b) Dies bedeutet zum einen, daß die Handelspolitik der Industrieländer so umgestaltet wird, wie es die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft erfordert. Demzufolge kann der beispiellose Agrarprotektionismus der Europäischen Gemeinschaften ebenso wenig tabuisiert bleiben, wie das angeblich aus übergeordneten Gesichtspunkten bestehende Schutzbedürfnis der inländischen Textil- oder der Schuhindustrie.

c) Hinzukommen muß eine sektorale und regionale Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, die progressiv ist und nicht konservierend oder kompensierend. Verstärkt werden muß insbesondere die Mobilität von Arbeit und Kapital. Es müssen Anreize geboten werden, damit die Bereitschaft von Arbeitnehmern steigt, den Arbeitsplatz und den Wohnort zu wechseln, aber auch erlerntes Wissen zu erweitern und zu erneuern, so daß sie von jenen Branchen absorbiert werden können, in denen Industrieländer heute und in der Zukunft ihre Standortvorteile haben. Und Unternehmen, die durch den außenhandelsbedingten Strukturwandel gefährdet sind, können aktiv darin unterstützt werden, daß sie in zukunftsträchtige Produktionen investieren oder ihre bisherige Produktion in Entwicklungsländer verlagern, in denen sie die verlorene internationale Wettbewerbsfähigkeit, auch zum Nutzen des jeweiligen Entwicklungslandes, wiedererlangen können.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

d) Die Wettbewerbspolitik muß dafür sorgen, daß die handels- und strukturpolitisch intensivierte Importkonkurrenz aus Entwicklungsländern nicht durch wettbewerbsbeschränkende Absprachen zwischen Produzenten in den Industrieländern wieder rückgängig gemacht wird. Die Regierungen der Industrieländer müssen infolgedessen darauf verzichten, die Ausfuhrtätigkeit von Entwicklungsländern durch Selbstbeschränkungsabkommen quantitativ regulieren zu wollen. Die Bildung nationaler Exportkartelle oder die Beteiligung inländischer Unternehmen an internationalen Kartellen muß entweder verboten oder doch zumindest unter eine strenge Mißbrauchsaufsicht gestellt werden, weil solche Absprachen häufig auch importdämpfend wirken[21]. Und schließlich darf es keine Ausschließlichkeitsverträge geben, die heimische Erzeuger mit ihren Abnehmern auf der Handelsstufe in der Absicht abschließen, ausländischen Konkurrenten den Zugang zum Inlandsmarkt zu erschweren.

22. Wenn die Entwicklungsländer entschlossen dazu übergehen, am weltwirtschaftlichen Wachstumsprozeß teilzuhaben, und wenn komplementär hierzu die Industrieländer den wachstumsnotwendigen Strukturwandel fördern und sich zum Freihandel bekennen, bildet sich ein System substitutiver Arbeitsteilung heraus, in dem die optimalen Produktionsstandorte immer wieder von den hochindustrialisierten Ländern in die halbindustrialisierten und von diesen in die am wenigsten industrialisierten wandern. Dieser Prozeß, den die Produktzyklus-Hypothese beschreibt, impliziert, daß die Länder der Dritten Welt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den Industrieländern aufholen und eine Verbesserung ihrer „terms of trade" erzielen können, ohne daß es dazu eines umfassenden bürokratischen Interventionismus bedarf. Die Möglichkeiten, erprobte Technologien — auf die eigenen Verhältnisse angepaßt — zu übernehmen und durch Imitation der Strukturbilder weiter fortgeschrittener Länder das eigene wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen und den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad auf einem hohen Niveau zu stabilisieren, sind natürlich nicht unbegrenzt. Aber sie sind, wie die intuitive Erfahrung lehrt, vermutlich bedeutsam genug, um eine spürbare Tendenz zum internationalen Faktorpreisausgleich auszulösen.

23. Der potentielle Einwand, daß das krasse Einkommensgefälle zwischen Nord und Süd zeige, wie gering die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus ist, geht am Problem vorbei. Zunächst einmal darf man nicht die Erfahrungen mit der komplementären Arbeitsteilung auf ein System substitutiver Arbeitsteilung übertragen. Im System der kom-

[21] Vgl. H. H. *Glismann*, Wettbewerbsbeschränkende Absprachen im Außenhandel, Kieler Studien Nr. 131, Tübingen 1975, S. 93 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

plementären Arbeitsteilung sind Produktions- und Handelsstrukturen durch Fehlentwicklungen deformiert worden. Diese historischen Fehlentwicklungen können zu einem guten Teil jedoch auf wirtschaftspolitisches Tun oder Unterlassen zurückgeführt werden, sind also nicht systemimmanent. Die Kenntnis der Mängel ermöglicht auch deren Beseitigung, obwohl in der realen Welt wegen natürlicher Trägheiten und Friktionen alles seine Zeit braucht. Daß eine substitutive Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd für alle Beteiligten von Vorteil wäre, ist eine Prognose, deren Überzeugungskraft aus den Erfahrungen herrührt, die mit der substitutiven Arbeitsteilung zwischen Industrieländern gemacht worden sind, sowie zwischen Industrieländern und jenen Entwicklungsländern, die schon in der Vergangenheit die Integration in die Weltwirtschaft entschlossen gesucht haben. Daß in einer neuen Weltwirtschaftsordnung per Dekret das internationale Allokationsproblem besser und schneller gelöst werden könnte, ist hingegen eine Erwartung, die sich durch keinerlei faktische Gegebenheiten begründen läßt, am wenigsten durch die Ergebnisse staatlicher Planwirtschaft in einzelnen Ländern. Ja selbst in jenen Entwicklungsländern, in denen auf revolutionärem Wege historisch überkommene Machtstrukturen gebrochen und anschließend durchgreifende Wirtschaftsreformen durchgeführt wurden, haben die unteren Einkommensgruppen keineswegs sichtbaren Nutzen aus den neuen Verhältnissen gezogen. Das konkrete Anschauungsmaterial, daß vor allem die Landreformen bieten, legen im Analogieschluß eher die Vermutung nahe, daß eine Einkommensumverteilung, die jetzt multinational staatlich organisiert wird, die Unterprivilegierten der weltwirtschaftlichen Entwicklung auch nicht unbedingt besserstellt. Im übrigen reflektiert der Rückstand, den die Entwicklungsländer in ihrem Lebensstandard aufweisen, auch und nicht unwesentlich das Problem der Bevölkerungsexplosion dort. Diesem Problem kann eine dirigistische neue Weltwirtschaftsordnung alleine ebenso wenig abhelfen, wie die Weiterentwicklung einer marktwirtschaftlichen arbeitsteiligen Weltwirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwicklungspolitik und Neue Weltwirtschaftsordnung

Von *Horst Wiesebach*, Bonn

I. Die tiefgehende Spaltung der Welt

1. Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist seit Ende des zweiten Weltkrieges durch einen Zuwachs an Wohlstand gekennzeichnet, der in den industrialisierten Staaten — sowohl des OECD- als auch des COMECON-Bereichs — ohne historisches Vorbild ist. Dieser günstige Trend, der für einen großen Teil der Menschheit die Beseitigung von Massenarmut bereits ermöglicht oder aber in greifbare Nähe gerückt hat, wird jedoch von einer wachsenden Kluft im Pro-Kopf-Produkt zwischen den wohlhabenden Staaten des „Nordens" und den armen Staaten des wirtschaftlich zurückgebliebenen „Südens" begleitet. Diese Kluft hat sich — wie die folgende Übersicht zeigt — nach dem Krieg nicht nur absolut, sondern auch relativ vergrößert. Wenn sich eine Stabilisierung des relativen Abstandes eingestellt zu haben scheint, so vergrößert sich doch der absolute Abstand immer mehr.

Entwicklung der Pro-Kopf-Produktion[1]
(in US $ zu laufenden Preisen)

Jahr	Entwicklungsländer	Industrieländer	Verhältnis von (1) zu (2)	absoluter Abstand (2) minus (1)
	1	2	3	4
1953	101	985	1 : 10	884
1960	140	1 490	1 : 11	1 350
1970	230	2 960	1 : 13	2 730
1972	280	3 670	1 : 13	3 390

Auch wenn man die bekannten Zweifel an den Methoden der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, insbesondere das Problem der inter-

[1] Vgl. Bundesregierung, Zweiter Bericht zur Entwicklungspolitik, Bundestagsdrucksache 7/4293 vom 10. 11. 1975, S. 7 (künftig zitiert als Zweiter Bericht).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nationalen Vergleichbarkeit der Sozialproduktsziffern[2], berücksichtigt, entspricht das von der Statistik gezeichnete Bild offensichtlich der Realität.

2. Diese Kluft hat sich für viele Länder infolge der seit 1972/73 eingetretenen weltweiten Preiserhöhungen wichtiger Importgüter (insbesondere Energie, Nahrungsmittel, Kunstdünger) sowie der weltwirtschaftlichen Rezession eher noch verschärft. Während die relativ kleine Gruppe der ölexportierenden Länder (OPEC) seit Ende 1973 infolge drastisch erhöhter Ölpreise ihre Terms of Trade und zum Teil auch ihre Einkommenssituation stark verbessern konnte[3], haben zahlreiche ärmere Entwicklungsländer den Anschluß völlig verloren[4].

3. Die schwierige Lage des Südens läßt sich anhand einiger charakteristischer Größen näher beschreiben. Es handelt sich um Werte, hinter denen sich sowohl eine starke Ungleichheit zwischen den Staaten als auch innerhalb der Staaten selbst verbirgt, m. a. W. die Lage ist häufig noch dramatischer, als diese Durchschnitte anzeigen.

4. Die Bevölkerung wächst in zahlreichen Entwicklungsländern annähernd so schnell wie das wirtschaftliche Potential, teilweise sogar noch schneller. Zur Zeit liegt dort die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung bei etwa 2,5 % jährlich. Wenn die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2000 auf sieben Milliarden Menschen anwachsen sollte, eine nicht unwahrscheinliche Annahme, dann werden fast 5,5 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern leben. Es ist schwer vorstellbar, wie die Entwicklungsländer innerhalb einer Generation einen Zuwachs von 2,5 bis 3 Milliarden Menschen, d. h. eine Verdoppelung der jetzt dort lebenden Bevölkerung, aus eigener Kraft ernähren, unterbringen, ausbilden und mit Arbeitsplätzen versehen können.

5. Diese Bevölkerung wird sich wegen der noch zunehmenden Landflucht immer mehr in den Städten konzentrieren. Breits in den acht-

---

[2] Vgl. dazu allerdings die Bemühungen, die bisherigen Unzulänglichkeiten durch verfeinerte Methoden zu überwinden bei: Kravis, Irving B. et al., A system of international comparisons of gross product and purchasing power, Baltimore & London 1975.

[3] Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Gruppe der OPEC in sich sehr heterogen ist. Nur vier Länder (Libyen, Kuwait, Quatar und Saudi-Arabien) haben strukturelle Leistungsbilanzüberschüsse, von den übrigen neun OPEC-Mitgliedern gehören zwei sogar zu den ärmeren Entwicklungsländern (Nigeria, Indonesien).

[4] So wiesen die Staaten mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) unter 200 $ pro Kopf 1973 ein durchschnittliches BSP pro Kopf von 91 $ aus (in Preisen von 1967/69). Mit Ausnahme des Jahres 1973 sank während der Periode 1971 - 1974 das Pro-Kopf-Produkt laufend. Die westlichen Industrieländer, die 1973 ein BSP pro Kopf von 3 155 $ erreicht hatten, verzeichneten dagegen in der Bezugsperiode mit Ausnahme des Jahres 1974 ein starkes Wachstum. Vgl. Bundesregierung, Zweiter Bericht, a.a.O., S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ziger Jahren wird die Stadtbevölkerung der Entwicklungsländer höher sein als diejenige der Industrieländer. Im Jahre 2000 werden annähernd 2,5 Milliarden Menschen die Städte in den Entwicklungsländern bevölkern. Man wird sich an die Vorstellung gewöhnen müssen, daß die großen Städte der Welt künftig überwiegend in den Tropen liegen werden. Die Verwaltung dieser Städte und ihre Ausstattung mit kommunalen Einrichtungen wird außerordentlich große Probleme aufwerfen.

6. Kurzfristig stellt diese Bevölkerungszunahme eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung und damit die Grundlage der Existenz überhaupt in Frage. In zahlreichen Entwicklungsländern ist hier ein sich verschärfendes strukturelles Defizit feststellbar. Der Getreideimportbedarf steigt laufend an und könnte bis 1985 die von der Transportinfrastruktur her kaum noch zu bewältigende Menge von 85 Mio. t jährlich erreichen[5].

7. Langfristig stellt sich das Problem, wie die nachwachsende Menschenmasse untergebracht, ausgebildet und mit Arbeitsplätzen, also dauerhaften Einkommensquellen, versehen werden kann. Offene und versteckte Arbeitslosigkeit trifft jetzt schon in manchen Ländern fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung. Hinzu kommt der Zuwachs arbeitssuchender Jugendlicher, insbesondere in den Städten. Von den sechs Millionen Indern, die jährlich ins erwerbsfähige Alter kommen, bleiben 2,5 Millionen ohne Arbeitsplatz[6]. Die Kapitalbildung reicht für die Schaffung der notwendigen Arbeitsplätze nicht aus.

8. Diesen Grundproblemen entspricht ein wachsendes außenwirtschaftliches Defizit. Es ist teils eine natürliche Folge des Entwicklungsprozesses (vermehrte Importe zwecks erhöhter Realkapitalbildung bei sich verstärkender internationaler Arbeitsteilung), teils aber auch ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Misere, d. h. der Unfähigkeit, die wachsende Bevölkerung zu unterhalten.

Die Leistungsbilanzlücke der ölimportierenden Entwicklungsländer, die sich gerade in den letzten drei Jahren stark ausweitete, führte zwangsläufig zu einer drastischen Erhöhung der ohnehin schon bedenklich hohen Auslandsverschuldung (Stand Ende 1973 rd. 122 Mrd. $, Ende 1974 bereits über 151 Mrd. $)[7].

Die Projektion der weiteren Entwicklung bis 1980 deutet auf eine stetig wachsende Leistungsbilanzlücke hin[8]. Viele Entwicklungsländer

[5] Vgl. FAO, Bericht zur World Food Conference (sog. Marei-Bericht), Dok. Nr. E/Conf. 65/3 und Progress Report, Dok. Nr. CL 65/6 März 1975.

[6] Vgl. Bundesregierung, Zweiter Bericht, a.a.O., S. 9/10.

[7] Vgl. Weltbank, Jahresbericht 1976, Washington D. C. 30. 6. 1976, S. 16.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden sich weiter verschulden müssen, obwohl sie wegen ihrer Entwicklungsprobleme nicht in der Lage sein werden, diese Schulden voll zu verzinsen oder zu tilgen.

II. Die Reaktion des „Südens": Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung

9. Die genannten Phänomene sind in einer Welt, die infolge der technologischen Entwicklung im Kommunikations- und Transportwesen immer „kleiner" und überschaubarer wird, nicht nur für den Wissenschaftler von Interesse. Sie sind vielmehr politische Faktoren von hoher Brisanz. Der weltweite Kommunikationsprozeß prägt auch das Bewußtsein der Völker, insbesondere ihrer tonangebenden jungen Eliten. Ihre Erwartungen richten sich immer stärker am Ideal eines vom materiellen Reichtum des Nordens geprägten Lebensstandards aus[9]. Die realen Lebensbedingungen stehen aber zu dieser „revolution of rising expectations" in scharfem Kontrast.

10. Die Regierungen der Entwicklungsländer stehen damit vor einem Dilemma: nachdem die politische Emanzipation erreicht wurde (mit Ausnahme des südlichen Afrika) und damit die angeblichen Entwicklungshindernisse beseitigt wurden, erweist es sich zunehmend als schwieriger, die einmal geweckten Erwartungen zu erfüllen. Unter dem wachsenden Druck der inneren Probleme suchen sie bewußt oder unbewußt den Schuldigen und damit auch ein Ventil für den politischen Druck außerhalb ihres Machtbereiches. Die dabei trotz der bestehenden weltanschaulichen und wirtschaftlichen Interessenunterschiede zu Tage tretende Solidarität unter den Entwicklungsländern (Gruppe der 77 bzw. der „Blockfreien") ist wenigstens zum großen Teil mit diesem gemeinsamen Dilemma zu erklären. Auf vielen internationalen Konferenzen der letzten Jahre hat diese Gruppe trotz ihrer Heterogenität eine Handlungsfähigkeit bewiesen, die jene des „Westens" weit in den Schatten stellte.

11. Nach Abschluß der politischen Emanzipation, die zwar die Souveränität, nicht aber die erwartete wirtschaftliche und soziale Entwicklung brachte, suchen die Entwicklungsländer nun ihr Heil in einem

---

[8] Vgl. dazu Weltbank, Prospects for Developing Countries, 1977 - 1985, unveröffentlichtes Manuskript (1976) sowie UNCTAD-Sekretariat, Trade Prospects and Capital Requirements of Developing Countries 1976 - 1980, 17. März 1976 (neuere Fassung des Dokuments TDB C. 3 (VII Misc. 2 vom 13. 10. 1975).

[9] Dieses Streben darf nicht mit Sympathie oder Solidaritätsgefühlen gegenüber der westlichen Kultur verwechselt werden, darauf hat schon Behrendt hingewiesen. Vgl. *Behrendt*, Richard F., Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt am Main 1965, S. 35 und S. 250 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaftlichen Emanzipationsprozeß. Das heißt für sie jedoch nicht Rückzug aus der Weltwirtschaft, sondern Veränderung eben dieser Wirtschaft im Sinne einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung". Sie wollen die Weltwirtschaft umgestalten, ähnlich wie es ihnen bei der politischen Landkarte der Erde gelang.

12. Obwohl ihr wirtschaftspolitisches Programm auch auf einen verbesserten Zugang zu den Güter- und Kapitalmärkten der entwickelten Länder hinausläuft, also insofern einen Liberalisierungseffekt enthält, ist es im wesentlichen doch Ausdruck einer tiefen Skepsis gegenüber der Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Prozesses[10]. Konsequenz dieser Skepsis ist auf der einen Seite eine Hinwendung zu der bereits von List[11] empfohlenen Strategie der partiellen Autarkie, auf der anderen Seite — und hier liegt ein neues Element vor — der Ruf nach einem weltweiten Dirigismus, um die Weltwirtschaft den Interessen der Entwicklungsländer gemäß lenken zu können[12].

13. Die wesentlichen Forderungen[13] lassen sich wie folgt charakterisieren:

Rohstoffpolitik

— Erhöhung der realen Preise der von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe und damit Erzielung besserer Terms of Trade durch ein (nicht durchgängig konsistentes) Bündel von Maßnahmen, insbesondere Rohstoffabkommen mit Ausgleichslagern, die aus einem gemeinsamen Fonds zu finanzieren wären, Duldung von Er-

---

10 Diese Skepsis ist der Wissenschaft aus der Debatte über das Freihandelstheorem bekannt, vgl. etwa *Kindleberger,* Charles P., Economic Development, 2. Aufl. New York 1965, S. 296 ff.

11 Vgl. *List,* Friedrich, Das nationale System der politischen Ökonomie, Volksausgabe, Hrsg. A. Sommer, Basel-Tübingen, 1959, insbes. S. 44 - 46 und S. 177 ff.

12 Vgl. dazu etwa die anläßlich der 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen von der algerischen Regierung veröffentlichten Broschüre „Le pétrole, les matières de base et le développement" 1974.

13 Es ist kaum noch möglich, die einschlägigen Dokumente aufzuzählen, da in den letzten Jahren die Entwicklungsländer im Rahmen einer umfassenden Konferenzstrategie praktisch alle größeren internationalen Konferenzen dazu benutzten, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. Die wichtigsten Entschließungen der Vereinten Nationen sind im Dokumententeil des zweiten entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung (a.a.O.) abgedruckt. Von Bedeutung ist ferner die von der Gruppe der 77 beschlossenen Deklaration von Manila vom 12. 2. 1976 (UNCTAD, Dok. TD/195) sowie die einschlägigen Resolutionen der im Mai 1976 in Nairobi abgehaltenen vierten Welthandels- und -entwicklungskonferenz (UNCTAD IV). Erwähnenswert sind ferner die vom Third World Forum beschlossenen „Proposals for a New International Economic Order" (1975) sowie die Rede des tansanischen Präsidenten Nyerere vor der Friedrich Ebert-Stiftung am 4. Mai 1976 in Bonn (abgedruckt als Beilage zu „Der Überblick", Nr. 2/76, Stuttgart).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zeugergemeinschaften („Produzentenkartellen"), direkte Regulierung der Produktions- und Absatzmengen von Rohstoffen, indexierte Rohstoffpreise, Erlösstabilisierungsfonds und last not least Kontrolle des auf Substitution natürlicher Rohstoffe gerichteten technischen Fortschritts.

— Minimierung des Einflusses multinationaler Unternehmen, insbesondere bei der Rohstoffgewinnung, als Beitrag zur Rückgewinnung der Souveränität über die eigenen Ressourcen; notfalls Enteignung dieser Unternehmen nach eigenem Recht ohne Anerkennung völkerrechtlicher Normen.

— Diversifizierung der Wirtschaft der Entwicklungsländer durch Verarbeitung der Rohstoffe im Herkunftsland.

— Neugestaltung des internationalen Seerechts, insbesondere Einführung der 200 sm-Wirtschaftszone und Genehmigung der Nutzung des Meeresbodens durch eine internationale Meeresbodenbehörde.

Industrielle Produktion

— Erhöhung des Anteils der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion von jetzt 7 % auf 25 % im Jahre 2000, Schaffung eines internationalen Koordinierungsmechanismus zur Erfüllung dieses Ziels[14].

— Einseitiger Abbau aller Handelsschranken (einschl. der nichttarifären), die den Export von Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern behindern, insbesondere Beseitigung der effektiven Protektion durch gestaffelte Zollsätze auf verarbeitete Waren sowie präferentielle Behandlung der Entwicklungsländer.

— Forderung nach einer vorausschauenden Strukturpolitik (anticipatory adjustment policy) der Industrieländer.

— Schärfere Kontrolle der Tätigkeit transnationaler Unternehmen, Einführung eines Verhaltenskodex für die Tätigkeit derartiger Unternehmen[15].

— Gründung einer internationalen Handelsorganisation der Vereinten Nationen zur Überwachung und Weiterentwicklung der Handelspolitik.

Währungsfragen und Ressourcentransfer

— Umgestaltugn des Weltwährungssystems, d. h. Einführung fester Wechselkurse, Schaffung eines einzigen Reservemediums (Sonder-

[14] Vgl. UNIDO, Lima Declaration and Plan of Action on Industrial Development and Cooperation, Dok. ID/B/155/Add. 1 vom 14. 4. 1975.

[15] Vgl. dazu Deutscher Bundestag, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Stenographisches Protokoll der öffentlichen Informationssitzung vom 11. und 12. November 1974 (Hearing über multinationale Unternehmen).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ziehungsrechte), Gewährung günstiger Währungskredite für Entwicklungsländer (einschl. des sog. link, d. h. besondere Zuteilungen von Sonderziehungsrechten für Entwicklungsländer), „demokratische" Verwaltung der Währungsgremien, Nutzung der Gewinne aus Goldaufwertungen für Entwicklungszwecke.

— Strikte Inflationsbekämpfung durch die Industrieländer, um weitere Preissteigerungen der von den Entwicklungsländern benötigten Importgüter zu verhindern.

— Rasche und pauschale Umschuldung öffentlicher Entwicklungskredite, insbesondere zugunsten der ärmeren Entwicklungsländer sowie Konsolidierung der privaten Handels- und Bankkredite an Entwicklungsländer, Einberufung einer Weltschuldenkonferenz.

— Erleichterung des Zugangs zu den Kapitalmärkten der Industrieländer, u. a. durch Zinssubventionen und Garantien.

— Sicherung der Kaufkraft von Kapitalanlagen der Entwicklungsländer (insbesondere OPEC) auf den Kapitalmärkten der entwickelten Länder.

— Aufstockung des 0,7 %-Ziels für den Transfer öffentlicher Mittel an Entwicklungsländer auf 1 % des Bruttosozialprodukts bei gleichzeitiger Einführung des Nettotransferprinzips[16].

— Einführung „automatischer" Transfermechanismen, z. B. durch internationale Steuern bzw. durch Erstattung von Verbrauchsteuern und Zöllen auf Importe aus Entwicklungsländern.

Sonstige Bereiche

— Transfer von Technologien zu Vorzugsbedingungen und mit staatlichen Garantien für den Nutzen der übertragenen Technologien, Förderung der Technologieforschung in Entwicklungsländern, Einführung eines rückwirkend verbindlichen Kodex für den Transfer von Technologie.

— Förderung der Nahrungsmittelerzeugung in Entwicklungsländern, Finanzierung von Nahrungsmittellagern, Verpflichtung zur Nahrungsmittelhilfe, Öffnung der Märkte der Industrieländer für Agrarimporte.

— Sondervergünstigungen für bestimmte Gruppen von Entwicklungsländern (z. B. least developed countries, Inselländer, Länder ohne Zugang zum Meer).

— Besondere Förderung der Zusammenarbeit und des Handels der Entwicklungsländer untereinander.

[16] D. h. Transfers abzüglich der rückfließenden Tilgungen und Zinsen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Abrüstung und Verwendung der auf diese Weise eingesparten öffentlichen Mittel zugunsten verstärkter Entwicklungsausgaben.

— Anpassung der internationalen Institutionen (insbesondere des Systems der Vereinten Nationen) an die Erfordernisse der Neuen Weltwirtschaftsordnung.

III. Die Forderungen der Entwicklungsländer im Lichte der weltpolitischen Gegebenheiten

14. Die Entwicklungsländer haben in den letzten fünf Jahren zunehmend und systematisch in die Weltpolitik eingegriffen[17]. Eine Vielzahl von Faktoren haben dazu beigetragen, ihr Solidaritätsgefühl und ihr politisches Selbstbewußtsein zu heben:

— die gemeinsame Frontstellung gegenüber dem reichen Norden
— die erfolgreiche Rebellion Chinas gegen das Sowjetsystem
— die Niederlage der USA in Indochina
— die Auflösung des portugiesischen Kolonialreiches
— die von den OPEC-Staaten erreichten massiven Ölpreiserhöhungen
— die in den Vereinten Nationen erzielten Abstimmungssiege bei grundsätzlichen Beschlüssen über die Ordnung der Weltwirtschaft.

15. Zweifellos wären viele dieser Erfolge nicht möglich gewesen, wenn nicht der fortdauernde Ost-West-Konflikt, der sich nicht nur in Europa auswirkt, dazu zahlreiche Möglichkeiten geboten hätte. Die Entwicklungsländer holen sich die Unterstützung, wo sie diese bekommen, ohne sich lange mit ideologischen Vorfragen abzugeben. Ebenso wichtig war jedoch ihre Erfahrung mit der gemeinsamen Frontstellung gegen den Norden, die den Entwicklungsländern klarmachte, daß ihre Stärke in solidarischem Vorgehen liegt. Sie haben dementsprechend auf vielen weltweiten Konferenzen mit einiger Konsequenz ihre Forderungen nach Umgestaltung der Welt wiederholt, z. B.

— Umweltkonferenz (1973)
— Bevölkerungskonferenz (1974)
— Ernährungskonferenz (1975)
— Industriekonferenz (1975)
— Beschäftigungskonferenz (1976)
— Habitat-Konferenz (1976)
— UNCTAD III (1972) und UNCTAD IV (1976)

[17] Vgl. dazu auch *Seitz*, Konrad, Die Dritte Welt als neuer Machtfaktor in der Weltpolitik, Europa-Archiv, Folge 7/1975, S. 213 - 225.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— 6. und 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (1974 bzw. 1975).

Weitere Gelegenheiten zum Vorbringen ihres Forderungskataloges boten die jährlichen Vollversammungen der Vereinten Nationen und schließlich der sogenannte Nord-Süd-Dialog in Paris (seit Beginn des Jahres 1976).

Die Entwicklungsländer haben in dieser Konferenzserie gelernt, das Instrument der Konferenzstrategie mit Meisterschaft zu handhaben. Die Hoffnungen mancher außerpolitischer Strategen, diese Front werde an inneren Interessengegensätzen zerbrechen, hat sich bisher nicht erfüllt und dürfte sich auch auf absehbare Zeit nicht erfüllen.

16. Allerdings ist es leichter, das bisherige weltwirtschaftliche System aus der Sicht der Entwicklungsländer zu kritisieren als ein geeignetes Bündel von Abhilfemaßnahmen, das mehr ist als nur eine Addition heterogener und nicht-konsistenter Forderungen, zusammenzustellen. Der schwerste Gedankenfehler im vorgeschlagenen dirigistischen Weltkonzept dürfte weniger im wirtschaftlichen als vielmehr im politischen Bereich liegen. Die dirigistische Ordnung der Weltwirtschaft erfordert nicht nur klare politische Prioritäten bei der Setzung wirtschaftlicher Daten (z. B. Preise, Produktionsmengen, Investitionen, technologische Innovation usw.), sondern auch einen wirksamen Verwaltungsapparat für die Durchsetzung dieser Prioritäten. Welche weitgehenden Entscheidungen und Eingriffe zur Durchführung eines solchen Systems tagtäglich notwendig sind, zeigt die Praxis der nationalen Zentralverwaltungswirtschaften, etwa im COMECON-Bereich. Selbst bei wohlwollender Betrachtung fällt es schwer, den gegebenen internationalen Gremien die Fähigkeit für die erfolgreiche Durchführung eines derart ehrgeizigen Systems zuzugestehen. Die Arbeitsweise vieler dieser Gremien mit ihrem unzulänglichen politischen Überbau kann allenfalls als Abschreckungsbeispiel dienen.

17. Die Skepsis gegenüber der Praktikabilität der vorgeschlagenen Maßnahmen wird verständlich, wenn man sich vor Augen führt, daß sie die ganze Breite der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, vom Währungssystem bis hin zur sektoralen Strukturpolitik, erfassen. Es ist kaum vorstellbar, daß die Regierungen der industrialisierten Staaten sich heute bereitfinden könnten, die Entscheidungsbefugnis über derart wichtige Bereiche der Wirtschaftspolitik an internationale Gremien, etwa im Bereich der Vereinten Nationen, zu übertragen. Welch mühsame Integrationsprozesse selbst bei Staaten ähnlicher Struktur nötig sind, um auch nur einen Teil der genannten Gebiete überstaatlich zu regeln, zeigt die Europäische Gemeinschaft täglich aufs Neue. Ange-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sichts der gegebenen politischen Strukturen ist daher die Realisierung der Vorschläge der Entwicklungsländer für eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" vorerst ein hoffnungsloses Unterfangen. Das wäre selbst dann so, wenn es nicht eine Menge guter Gründe gäbe, auch die ordnungspolitische Machbarkeit des Konzepts zu bezweifeln[18].

18. Die Industrieländer haben daher auf die Forderungen der Entwicklungsländer bisher mit Zurückhaltung reagiert. Das gilt sowohl hinsichtlich der ordnungspolitischen Fragen, d. h. der Umgestaltung der Weltwirtschaft, als auch der Forderung nach einem höheren Ressourcentransfer insbesondere von öffentlichen Mitteln, also dem Bereich, der in erster Linie mit dem vieldeutigen Begriff „Entwicklungshilfe" bezeichnet wird.

Es wird jedoch nicht genügen, die Entwicklungsländer lediglich mit marktwirtschaftlichen Formeln abzuspeisen, die in den industrialisierten Ländern längst nicht mehr so angewandt werden. Der Marktmechanismus ist eben nicht nur ein ausgezeichnetes Steuerungsinstrument für die Anzeige und Überwindung wirtschaftlicher Knappheiten, sondern er hat auch die Tendenz, die Schwachen unter die Räder geraten zu lassen und sich selbst zu transformieren. Sein Ablauf wird von allen Regierungen mehr oder weniger gesteuert und mit sozialen Stoßdämpfern versehen. Auch der Weltwirtschaft wird man daher nicht ein laissez-faire-System verordnen können, sondern allenfalls eine regulierte Marktwirtschaft, in der die Interessen der Schwachen berücksichtigt werden. Es ist die große Aufgabe der Politik der Gegenwart, hier den richtigen Weg zu erkennen und tragbare Kompromisse zwischen den berechtigten Interessen der Entwicklungsländer nach raschem Fortschritt und jenem Komplex von Bedingungen zu finden, dessen Erhaltung die Voraussetzung für eine optimal funktionierende Weltwirtschaft ist.

IV. Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung

19. Die Bundesregierung hat ihre Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern schon vor Jahren in umfassender Weise durch einen formalen Kabinettsbeschluß festgelegt. Erstmalig geschah das 1971 anläßlich des Beginns der zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[19]. Die damals beschlossene „entwicklungspolitische

[18] Zu den ordnungspolitischen Implikationen s. *Kohlhaase*, Norbert, Reform des Weltwirtschaftssystems unter ordnungspolitischen Aspekten, in: Europa-Archiv, Folge 14/1975, S. 452 - 460.

[19] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Die entwicklungspolitische Strategie der Bundesrepublik Deutschland und die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, Bonn 1971.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konzeption" ist inzwischen zweimal (1973 und 1975) fortgeschrieben worden. Seit 1973 werden diese Fortschreibungen gleichzeitig mit der im zweijährigen Turnus erfolgenden Berichterstattung an den deutschen Bundestag durchgeführt, was diesem Gelegenheit gibt, sich in Plenardebatten mit dem Komplex der Entwicklungspolitik zu befassen[20].

Zur Vorbereitung der zweiten Fortschreibung der Konzeption hielt die Bundesregierung am 9. 6. 1975 in Gymnich eine Sondersitzung ab, auf der sie Grundzüge ihrer künftigen Entwicklungspolitik in Form von 25 Thesen beschloß[21].

20. Ein Vergleich der drei bisher vorliegenden Fassungen der Konzeption zeigt den deutlichen Wandel von der klassischen „Entwicklungshilfe"politik zu einer bewußt in die Gesamtpolitik integrierten Entwicklungspolitik. Ihre Aufgabe ist es, jene Probleme zu bewältigen, die das gesamte Nord-Süd-Verhältnis den wohlhabenden Ländern stellt. Es entspricht den auf breiter Front vorgetragenen Forderungen der Entwicklungsländer, wenn dabei Fragen der Handels- und Währungspolitik an Gewicht gewonnen haben. Es ist daher zweckmäßig, heute zwischen Entwicklungspolitik i. w. S. als umfassender Regelung der wirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen und Entwicklungspolitik i. e. S., d. h. Maßnahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit unter Einsatz öffentlicher Mittel, zu unterscheiden.

1. Entwicklungspolitik i. w. S.

21. Die Entwicklungspolitik von heute stellt die zunehmende politische Bedeutung der Entwicklungsländer in Rechnung. Die Wahl zwischen einer Politik der Konfrontation und der Kooperation fällt dabei nicht schwer. Die moderne Welt kann sich eine globale Konfrontation, in der sich vermutlich Ost und Süd gegen den Westen verbänden, nicht leisten. In dieser Spannungslage ist es das Ziel der Politik der Bundesregierung, einen Interessenausgleich mit der Dritten Welt anzustreben. Für die besonders stark mit der Weltwirtschaft verflochtene Bundesrepublik liegt eine solche Politik ebenso im nationalen Interesse wie etwa die Verteilungspolitik oder die europäische Einigung. Entwicklungspolitik wird damit immer mehr zur Politik der Friedenssicherung.

---

[20] Vgl. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung Bundestagsdrucksache 7/1236 vom 9. November 1973 und Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Zweiter Bericht), Bundesdrucksache Nr. 7/4293 vom 10. November 1975. Zu den dazugehörigen Plenardebatten vgl. das stenographische Protokoll der Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 14. März 1974 und vom 28. November 1975.

[21] Abgedruckt im Bulletin der Bundesregierung, Jahrgang 1975, Nr. 75, vom 12. 6. 1975 sowie als Anlage 2 in Bundesregierung, Zweiter Bericht ... Vgl. ferner *Bahr*, Egon, Die Thesen von Gymnich, in: Außenpolitik, Heft 3/75.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

22. An die Stelle der klassischen Entwicklungshilfe, die gewisser patriarchalischer Elemente nicht entbehrt, tritt die Zusammenarbeit souveräner gleichberechtigter Staaten, die zumindest potentiell gleiche Partner sind. Richtschnur ist dabei der „Grundsatz der internationalen Solidarität sowie der Schutz der schwächeren Partner" (Tz. 2)[22].

Durch die Setzung geeigneter handels- und währungspolitischer Rahmenbedingungen soll eine indirekte Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Dritten Welt erreicht werden. Dies erfordert allerdings, daß die Partnerländer alles daran setzen, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Insoweit spielt auch das Regierungssystem in unseren Partnerländern keine entscheidende Rolle. Eine Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wird dann aber abgelehnt, wenn deren Regierungen nicht mehr gewährleisten, daß die entwicklungspolitischen Maßnahmen die vereinbarten Ziele erreichen.

23. Jedoch hat die Bundesregierung sich klar gegen einen Abbau der Marktwirtschaft auf den Weltmärkten ausgesprochen (Tz. 2), weil das den von ihr verfolgten ordnungspolitischen Prinzipien widersprechen würde. Sie übersieht dabei aber nicht, daß international von reiner Marktwirtschaft keine Rede sein kann und daß bewußt herbeigeführte oder natürliche bzw. technisch bedingte Marktunvollkommenheiten existieren. Insoweit kann und soll Abhilfe geschaffen werden. Das gilt insbesondere für manche Rohstoffmärkte, deren wilde Schwankungen stabile Exporterlöse und einen kontinuierlichen Entwicklungsprozeß in vielen Ländern behindern. Ein weltweites System zur Stabilisierung der Exporterlöse der ärmsten Entwicklungsländer sowie internationale Konsultationen, u. U. auch Rohstoffabkommen, werden als denkbare Maßnahmen in Betracht gezogen (Tz. 116). Dabei sollte den Eigenheiten der Märkte Rechnung getragen werden, d. h. daß Pauschalregelungen für den gesamten Rohstoffhandel nicht in Frage kommen. Ohnehin wird meist übersehen, daß der Welthandel mit mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffen (ohne Erdöl) zu mehr als der Hälfte von den Industrieländern bestritten wird. Es kann nicht im Interesse der rohstoffarmen Industrieländer liegen, aus entwicklungspolitischen Gründen andere, nämlich rohstoffreiche Industrieländer, zu subventionieren.

24. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bieten Maßnahmen, die das Marktgeschehen nicht künstlich verzerren, aber die besonders benachteiligten Marktpartner begünstigen. Die Bundesregierung hat daher vorgeschlagen, armen Rohstoffländern günstige Kredite zur Stabilisie-

[22] Die Textziffern der Konzeption werden in folgenden Klammern angegeben. Vgl. dazu die im „Zweiten Bericht" als Anlage 3 abgedruckte entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung (Fassung 1975).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung ihrer Exporterlöse zu geben (Tz. 117). Neben dem bereits durch das Abkommen von Lomé eingeführten sog. Stabex-System, das allerdings am Geschehen einzelner Rohstoffmärkte anknüpft, sind Erlösstabilisierungssysteme in der Diskussion, die durch einen Ausbau der schon bestehenden IWF-Fazilität der kompensatorischen Finanzierung eine umfassende Stabilisierung der Erlöse aus Rohstoffexporten (deutscher Vorschlag) oder aus dem Gesamtexport (US-Vorschlag) vorsehen.

25. Im Bereich des Handels mit Halb- und Fertigwaren zielen zahlreiche Forderungen der Entwicklungsländer auf eine einseitige Liberalisierung zu ihren Gunsten ab, z. B. Abbau von nichttarifären Hemmnissen, Ausdehnung des Zollpräferenzsystems und Verminderung des effektiven Zollschutzes. Da die Bundesregierung Liberalisierungstendenzen seit jeher unterstützt hat, ist sie zu einem nicht-reziproken Abbau von Handelshemmnissen bereit (Tz. 111 - 114). Sie nimmt dabei auch Strukturveränderungen der Binnenwirtschaft hin, die als Folge größerer Wettbewerbsverschiebungen im internationalen Handel unausbleiblich sind. Allerdings ist die Handelspolitik inzwischen der souveränen Entscheidung einzelner Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft entzogen. Es wird darauf ankommen, dem „Geist" der GATT-Deklaration von Tokio[23] in den zur Zeit laufenden konkreten Verhandlungen möglichst zum Durchbruch zu verhelfen. Die Interessen der Entwicklungsländer können nicht mehr wie in früheren GATT-Runden nachrangig behandelt werden. Erst die Öffnung der Märkte der Industrieländer bietet den Entwicklungsländern die Chance der Diversifizierung ihrer Wirtschaft und damit der Verminderung der extremen Abhängigkeit vom Auf und Ab der Rohstoffmärkte.

26. Was die währungspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer angeht, so hat sich die Bundesregierung zwar für eine stärkere Stellung der Sonderziehungsrechte im internationalen Währungssystem ausgesprochen, aber die wesentliche Forderung der Entwicklungsländer, nämlich die Einführung eines „Link" zwischen der Schaffung von Sonderziehungsrechten und der Vergabe von Entwicklungskrediten nicht unterstützt, sondern lediglich eine nähere Prüfung dieses Vorschlages akzeptiert (Tz. 122). Andererseits hat sie der Ausdehnung der Sonderfazilitäten des Internationalen Währungsfonds zugestimmt[24].

---

[23] Vgl. Bundesregierung, Zweiter Bericht, a.a.O., Anlage 5.

[24] Vgl. *Pöhl*, Karl Otto, Von Bretton Woods nach Jamaika, in: Europa-Archiv, Folge 5/1976, S. 139 - 146 sowie D 119 - D 125 sowie *Taake*, Hans-Helmut & *Weiss*, Dieter, Die Neugestaltung der Entwicklungs-Finanzierung und des Weltwährungssystems im Konflikt von Entwicklungs- und Industrieländern, Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Band 36, Berlin 1976.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wichtige währungspolitische Folgen hätte auch der Vorschlag der Entwicklungsländer, ihre auf den Kapitalmärkten der Industrieländer angelegten Kapitalien vor inflationsbedingter Entwertung zu schützen. Die Bundesregierung hat — ähnlich wie bei nationalen Anlagen — dieser Form indexgesicherter internationaler Anlagen nicht zustimmen können. Allerdings zeigt die neuerdings auch in der Wissenschaft entbrannte Diskussion um die Indexsicherung von Vermögen, daß die Forderung der Entwicklungsländer nicht leichthin abgetan werden kann.

2. Entwicklungspolitik i. e. S.

27. Das Dliemma der klassischen Entwicklungspolitik mittels öffentlicher, aus den Staatshaushalten der Industrieländer stammender Mittel ist offenkundig. Seit Jahren läßt infolge sinkender Opferbereitschaft der breiten Öffentlichkeit sowie haushaltswirtschaftlicher „Zwänge" die Intensität der Förderung, bezogen auf das wirtschaftliche Leistungsvermögen, nach. Während die USA z. B. 1948 für den Marshallplan rund 4,7 Mrd. $ (= 2,1 % des Bruttosozialprodukts) aufbrachten, betrugen 1974 ihre Leistungen für die Gesamtheit der Entwicklungsländer nur rund 3,4 Mrd. $ (= 0,25 % des BSP). Die öffentlichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland sind zwar 1974 und 1975 deutlich angestiegen (auf 0,37 % bzw. 0,40 % des BSP), aber auch hier ist infolge der restriktiven Finanzplanung des Bundes vorerst ein relativer Rückgang der Leistungen bis 1979 vorprogrammiert.

28. Eine Überprüfung dieser Finanzpolitik erscheint nicht allein wegen der seit 1972 enorm verschlechterten Leistungsbilanzen der besonders bedürftigen Entwicklungsländer und ihrer äußerst bedenklichen Zukunftsaussichten notwendig[25]. Ein großzügiger Ressourcentransfer würde eine beträchtliche Entspannung im Streit um die Neugestaltung des Weltwirtschaftssystems bedeuten. Gerade der relative Rückgang des Ressourcentransfers war einer der Gründe für die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung". Eine Verstärkung des weltweiten Finanzausgleichs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wäre ein entscheidender Beitrag für eine sinnvolle Reform der Weltwirtschaft.

29. Die Knappheit der Mittel zwingt dazu, die Zusammenarbeit auf die Länder zu konzentrieren, deren Kapitalbedarf durch private Quellen am wenigsten gedeckt werden kann: die ärmsten Länder und die von der Weltwirtschaftskrise, d. h. Inflation und Rezession am stärksten betroffenen Länder. Ihr Anteil an den Zusagen ist gestiegen und muß weiter steigen.

[25] Vgl. dazu die bereits zitierten Untersuchungen der Weltbank über „Prospects for Developing Countries" bzw. des UNCTAD-Sekretariats über „Trade Prospects and Capital Requirements of Developing Countries 1976 - 80".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neben der geographischen ist auch eine sektorale Konzentration auf die wichtigsten Engpaßbereiche, insbesondere die Nahrungsmittelerzeugung und die ländliche Entwicklung im allgemeinen, eingetreten. Eher administrative Gründe hat die zeitliche Konzentration in Form gebündelter Zusagen, so daß größere zusammenhängende Programme finanziert werden können.

Auch die Bedingungen der Entwicklungskredite wurden der zunehmenden Differenzierung unter den Entwicklungsländern angepaßt. Während die sog. least developed countries und die von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffenen Entwicklungsländer sog. IDA-Konditionen erhalten, wurden für fortgeschrittene Entwicklungsländer weniger günstige Konditionen eingeführt[26].

30. Ein besonders wichtiges Anliegen ist die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den OPEC-Ländern, insbesondere mit denjenigen unter ihnen, die hohe strukturelle Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen. Dabei geht es nicht darum, daß die OPEC-Länder nicht mehr in den Genuß der Vergünstigungen kommen, die für die ärmeren Entwicklungsländer gelten, sondern auch um eine vernünftige Nutzung der akkumulierten Devisenüberschüsse im Wege eines „Recycling", das auch den Entwicklungsländern zugute kommt. Hier bieten sich zahlreiche Modell der Dreieckskooperation an, bei denen das know how und das Kapital der Industrieländer und multilateralen Stellen mit den Devisenüberschüssen der OPEC-Länder kombiniert werden können, um Entwicklungsprojekte zu finanzieren. Es liegt in der Natur der Sache, daß derartige Projekte einer langen und sorgfältigen Vorbereitung bedürfen, so daß die Realisierung von Dreieckskooperationen mit langen Fristen rechnen muß.

31. Die intensivere politische Verflechtung der Bundesregierung mit der gesamten Welt hat dazu geführt, daß der Anteil der über multilaterale Stellen geleiteten öffentlichen Mittel (Beispiele: Europäischer Entwicklungsfonds, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Weltbankgruppe und Regionalbanken) im Laufe der Jahre stark zugenommen hat. Der Anteil ist jedoch durch Kabinettsbeschluß inzwischen auf maximal 30 v. H. begrenzt worden. Er liegt damit immer noch über der in der internationalen Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen geforderten Untergrenze von 20 %.

---

[26] Vgl. dazu Bundesregierung, Zweiter Bericht, a.a.O., S. 21 - 22. Folgende Konditionen für öffentliche Entwicklungshilfe (Zins/Laufzeit/tilgungsfreie Jahre) gelten seit 1. 1. 1976:

für ärmste und besonders hart betroffene Länder	0,75 %/50 Jahre/10 Jahre
für fortgeschrittene Entwicklungsländer	4,5 %/20 Jahre/ 5 Jahre
für alle übrigen Länder (Standardkonditionen)	2,0 %/30 Jahre/ 8 Jahre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im Bereich der Europäischen Gemeinschaft wird eine weitere Aufstockung der für entwicklungspolitische Zwecke bestimmten Mittel ausdrücklich mit Fortschritten bei der Harmonisierung der bilateralen Politiken verknüpft, um Leerlauf und Doppelarbeit beim Einsatz der knappen Mittel zu vermeiden. Die Bundesregierung hat sich deshalb mit einem entsprechenden Memorandum (vom 11. 3. 1976) an die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gewandt und sie zu ersten Schritten bei der Harmonisierung und Koordinierung ihrer Entwicklungspolitik aufgefordert.

V. Ausblick

32. Die Entwicklung der letzten drei Jahre hat das Nord-Süd-Problem auch für den Durchschnittsbürger deutlicher als früher hervortreten lassen. Aber immer noch ist Entwicklungspolitik für die breite Öffentlichkeit meist nur eine Gelegenheit, humanitäre Regungen walten zu lassen und das Gewissen zu beruhigen. Im Zweifel besinnt man sich dann noch auf den alten Spruch „charity begins at home". Wenn es auch schon immer das Mißverständnis gab, Entwicklungspolitik habe nichts mit nationalen Interessen zu tun oder sei gar gegen diese Interessen gerichtet[27], so ist doch heute dieses Mißverständnis folgenschwerer denn je. Man muß nicht zu den Propheten des Weltuntergangs gehören, wenn man erkennt, daß hier globale Aufgaben vorliegen, die nach globalen Lösungen verlangen (Egon Bahr). Daß es sich um eine Aufgabe für Generationen handelt, spricht eher für eine rasche Inangriffnahme der Probleme. Daß dies große politische und wirtschaftliche Umstellungen für jeden von uns bedeuten und einen „neuen Lebensstil"[28] erzwingen wird, sollte nicht länger verschwiegen werden.

---

[27] Mit diesem Vorurteil haben sich deutsche Entwicklungspolitiker schon immer auseinanderzusetzen gehabt, vgl. z. B. *Eppler*, Erhard, Entwicklungspolitik und Eigeninteressen, Europa-Archiv, Folge 6/1971, S. 187 - 194.

[28] S. dazu das Memorandum der Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen zur UNCTAD IV in Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 22. 2. 1976.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-43721-4 | Generated on 2025-12-20 10:03:01
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/